

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

September 2011

III

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|-------|----|
| <i>Anette Eklund Hansen</i> : Die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen – Netzwerke, Wahlrecht und Wohlfahrt | | 5 |
| <i>Martin Grass</i> : Briefe Clara Zetkins in Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung in Stockholm | | 34 |
| <i>Todor Kuljić</i> : Der flexible Feind. Zur Rolle des Antibürokratismus bei der Legitimierung von Titos Selbstverwaltungssystem | | 58 |
| <i>Raquel Varela</i> : „Wenn die Unteren nicht mehr wollen...“ Die Arbeiterbewegung und die Rolle der Soldaten in der portugiesischen Nelkenrevolution (1974/75) | | 71 |
| <i>Klaus Misgeld</i> : Teil einer weltweiten Unterstützung: Die schwedischen Gewerkschaften und die Solidarność | | 89 |

Dokumentarisches

| | | |
|---|-------|-----|
| <i>Evelyne und Edgar Günther-Schellheimer</i> : Die Magdeburger Widerstandsgruppe um Hermann Danz 1933 bis 1945 | | 108 |
|---|-------|-----|

Diskussion

- Elke Scherstjanoi*: Arbeiterlicher Staatssozialismus in den Farben der DDR 119
- Anneliese Braun*: Fritz Behrens: „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...“ Texte von und über Fritz Behrens 145

Leserzuschrift

- Martin Holler*: Heiligt der gute Zweck die Mittel?
Eine Replik auf die Leserzuschrift von Erhard Pachaly 157

Buchbesprechungen

- Bettina Günter (Hrsg.): Alte und Neue Industriekultur im Ruhrgebiet (*Evemarie Badstübner*) 160
- Denis Mäder: Fortschritt bei Marx (*Hermann Klenner*) 162
- Klaus Körner: „Wir zwei betreiben ein Compagniegeschäft“.
Karl Marx und Friedrich Engels (*Renate Merkel-Melis*) 165
- Joachim Becker/Rudy Weissenbacher (Hrsg.): Sozialismen.
Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere (*Horst Klein*) 166
- Ulla Plener: Rosa Luxemburg und Lenin. Gemeinsamkeiten
und Kontroversen. Gegen ihre dogmatische Entgegenstellung
(*Wolfgang Eichhorn*) 168
- Pavlina Amon/Stephan-Immanuel Teichgräber (Hrsg.): Otto Bauer.
Zur Aktualität des Austromarxismus (*Horst Klein*) 171
- Werner Bramke/Silvio Reisinger: Leipzig in der Revolution
von 1918/1919; Manfred Weißbecker (Hrsg.): November 1918.
Gesellschaftliche Veränderungen und Zukunftsentscheidungen;
Heidi Beutin/Wolfgang Beutin/Ralph Müller-Beck (Hrsg.):
Die Novemberrevolution 1918 in Grundzügen (*Ulla Plener*) 173

| | |
|--|-----------|
| David King: Roter Stern über Russland. Eine visuelle Geschichte der Sowjetunion von 1917 bis zum Tode Stalins (<i>Ralf Hoffrogge</i>) | 176 |
| J. G. Rokitjanskij: Gumanist oktjabr'skoj épochi. Akademik D. B. Rjazanov –social-demokrat, pravozaščitnik, učenyj (<i>Martin Hundt</i>) | 179 |
| Walter Baier: KPÖ 1918 bis 2008 (<i>Ronald Friedmann</i>) | 181 |
| Wolfgang Beutin: Hilleriana. Studien zum Leben und Werk Kurt Hillers (1885-1972) (<i>Horst Haase</i>) | 183 |
| Gerd Kaiser: Vom Kinderheim der Roten Hilfe zu Elgersburg zum Hotel „Am Wald“ (<i>Herbert Mayer</i>) | 185 |
| Stefan Heinz: Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“ (<i>Ingo Materna</i>) | 187 |
| Ulla Plener: Die Lebensgeschichte einer Idealistin – Marie-Luise Plener-Huber (<i>Jürgen Hofmann</i>) | 189 |
| Hilde Wagner: Karl Wagner. Der Kapo der Kretiner (<i>Andreas Herbst</i>) | 191 |
| R. S. Rose/Gordon D. Scott: Johnny. A spy's life (<i>Ronald Friedmann</i>) | 193 |
| Stefan Müller: Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912-2001) (<i>Joachim Heinz</i>) | 195 |
| Augustin Souchy: Anarchistischer Sozialismus, hrsg. von Hans Jürgen Degen und Jochen Knoblauch (<i>Jochen Weichold</i>) | 197 |
| Bernd Bonwetsch (Hrsg.): Kriegskindheit und Nachkriegsjugend in zwei Welten. Deutsche und Russen blicken zurück (<i>Evemarie Badstübner</i>) | 200 |
| Detlef Nakath (Hrsg.): DDR-Geschichte: Bilder und Zerrbilder. Siegfried Prokop zum 70. Geburtstag (<i>Heinz Deutschland</i>) | 202 |
| Heinz Langer: Die DDR und Kuba (<i>Ulrich van der Heyden</i>) | 204 |
| Marketa Spiritova: Intellektuelle zwischen Prager Frühling und dem Ende des Kommunismus (<i>Veronika Arndt</i>) | 205 |

| | | |
|-------------------------------|-------|-----|
| Autorenverzeichnis | | 208 |
| Jahresinhaltsverzeichnis 2011 | | 208 |
| Impressum | | 215 |

Die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen – Netzwerke, Wahlrecht und Wohlfahrt¹

Anette Eklund Hansen

Im August 2010 jährte sich zum hundertsten Mal die Zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen in Kopenhagen. Initiatorin und Präsidentin der Konferenz war die deutsche sozialdemokratische Politikerin Clara Zetkin. Elisabeth Jørgensen (später Mac), die Vorsitzende des Socialdemokratisk Kvindeforening (Sozialdemokratischer Frauenverein) Dänemarks, war Vizepräsidentin.² Die Konferenz fand im Arbeiterversammlungsgebäude im Kopenhagener Arbeiterviertel Nørrebro, Jagtvej 69, statt. Bekannt ist die Konferenz wohl in erster Linie für den Beschluss, künftig einen alljährlichen internationalen Arbeiterfrauentag zu organisieren. An der Konferenz nahmen viele damalige Pionierinnen der sozialistischen Frauenbewegung teil. Veranstaltet wurde die Konferenz von den sozialdemokratischen Frauen Dänemarks mit Elisabeth Mac und Nina Bang³ als leitende Initiatorinnen. Es gab weitere 34 Konferenzdelegierte aus den Reihen der dänischen Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratie.

1 Aus: Arbejderhistorie, 2010, Nr. 2, S.8-28. Nachdruck und Übersetzung des leicht gekürzten, um weitere biografische Angaben ergänzten und redaktionell bearbeiteten Textes erfolgen mit freundlicher Genehmigung der Autorin und der Redaktion von „Arbejderhistorie“.

2 Elisabeth Mac, geb. Jørgensen (1886-1919), Büroangestellte; gewerkschaftlich aktiv in der Gewerkschaft der Büroangestellten, 1909-1911 zweite Vorsitzende der Kopenhagener Gewerkschaft der Büroangestellten; erst aktiv im Sozialistischen Jugendverband, 1908 dann Eintritt in die Sozialdemokratische Partei Dänemarks, in dieser im selben Jahr Mitbegründerin und erste Vorsitzende des Sozialdemokratischen Frauenverbandes; 1910 zusammen mit Nina Bang Hauptorganisatorin der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen; zog sich nach 1912 von der politischen Arbeit zurück. Im Folgenden wird, außer in Zitaten, die Namensbezeichnung „Mac“ verwendet.

3 Nina Bang (1866-1928), Historikerin, arbeitete seit 1898 als Journalistin für den „Socialdemokraten“; interessierte sich in den frühen Jahren besonders für die Sache der Arbeiterinnen, verfocht aber ihr Leben hindurch die Idee, dass der Klassenkampf über dem Geschlechterkampf stehe; ab 1903 Mitglied des Hauptvorstandes der Sozialdemokratie, gehörte sie von diesem Zeitpunkt an zum inneren Kreis der Parteiführung; 1913-1917 Mitglied des Kopenhagener Stadtrates; ab 1918 Abgeordnete im Landsting, dem nationalen Parlament; 1924-1926 als Mitglied der Regierung Stauning die erste Ministerin der Weltgeschichte.

Dieser Beitrag beschreibt erstens die Vorbereitungen zur Konferenz und ihre Durchführung, dazu die Bedeutung, die dieses wichtige Ereignis für die dänische Arbeiterfrauenbewegung hatte. Zweitens konzentriert sich der Aufsatz auf die Diskussionen zu den Tagesordnungspunkten und versucht, diese in einen nationalen und internationalen Zusammenhang zu setzen. Die Tagesordnungspunkte: Aufbau einer internationalen sozialistischen Frauenorganisation, Wahlrecht und Fürsorge für Mutter und Kind waren brennende Themen für die dänischen und ausländischen Arbeiterinnen. Dies widerspiegelt sich auch deutlich in den Referaten der Konferenz.

Archivmaterialien und Literatur

Materialien zum dänischen Anteil an Vorbereitung und Verlauf der Konferenz 1910 findet man vorrangig in den Archiven der dänischen Sozialdemokratie und des damaligen Parteivorsitzenden Thorvald Stauning.⁴ Sie umfassen u. a. die Korrespondenz Staunings⁵ mit Clara Zetkin und Elisabeth Mac sowie Resolutionen und Abrechnungen. Darüber hinaus wird die Konferenz in Gewerkschaftsprotokollen, Gewerkschaftszeitungen und in der Zeitung „Socialdemokraten“ beschrieben. Hervorzuheben ist auch ein Sammelalbum im Archiv der Sozialdemokratie mit Zeitungsausschnitten über die Frauenkonferenz, den sozialistischen Kongress sowie die Veranstaltungen und Sitzungen, die zur gleichen Zeit stattfanden, als sich die internationalen Gäste in Kopenhagen aufhielten.

Die internationalen Quellen zur Konferenz, d. h. Einladungen, Berichte, Resolutionen und Referate, finden sich in gesammelter Form auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung.⁶ Außerdem ist „Die Gleichheit“, das Sprachrohr der internationalen sozialistischen Frauenbewegung unter der Redaktion von Clara Zetkin, eine wichtige Quelle zur Geschichte der internationalen sozialistischen Frauenbewegung.⁷

4 International kvindekongres, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA; Korrespondance: Clara Zetkin, kasse 29A, Thorvald Staunings arkiv, ABA.

5 Thorvald Stauning (1873-1942), Gewerkschaftsführer der Tabakarbeiter, 1906 ins Parlament gewählt, 1910-1939 Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Dänemarks; 1924-1926 erster sozialdemokratischer Regierungschef Dänemarks und wieder Regierungschef von 1929-1942.

6 Friedrich Ebert Stiftung, <http://library.fes.de/si-online/frauen-intro-dt.html>. Hier findet man Materialien von sämtlichen internationalen sozialistischen Frauenkonferenzen.

7 Die ABA verfügt über „Die Gleichheit“ für den Zeitraum 1892-1916 sowohl im Original als auch auf Mikrofilm.

In dänischem Zusammenhang wurde bisher nur ein einziger Artikel verfasst, der sich vorrangig mit der Konferenz und den frühen Agitationstagen am 8. März in Dänemark und Deutschland beschäftigt, nämlich Christl Wickerts Beitrag über „Frauen, Wahlrecht und Frieden“.⁸ Der Artikel beschreibt den Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz in Hauptzügen und bietet Kurzbiografien einiger führender dänischer sozialdemokratischer Frauen. Ulla Wikander hat in ihrem Buch „Feminism, familj och medborgerskap“ mit dem Untertitel „Debatter på internationella kongresser om natarbetsförbud för kvinnor 1889-1919“ die beiden Frauenkonferenzen 1907 und 1910 behandelt. Das Buch ist eine beeindruckende Beschreibung nicht nur der Kongressdebatten zum Verbot der Nacharbeit, sondern auch der wesentlichen internationalen Diskussionen zu diesem Thema in sozialistischen und bürgerlichen Frauenkreisen sowie der Interaktion zwischen Akteuren und den Konferenzen in diesem Zeitraum.⁹

In den letzten Jahren erschienen einige deutschsprachige Sammelbände über Clara Zetkin, ihre politischen Ideen und ihr Wirken. Mehrere Artikel beschreiben auch ihr Engagement in der internationalen sozialistischen Frauenbewegung. Die Verfasser beziehen das dänische Material nicht mit ein, sondern stützen sich auf deutsche Quellen. Ein Artikel soll hier hervorgehoben werden, nämlich Gisela Notz' „Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung“, in dem die Autorin Clara Zetkins Engagement und führende Position in der internationalen Frauenbewegung, darunter auch auf den internationalen sozialistischen Frauenkonferenzen, ins Blickfeld rückt.¹⁰

Porträt der dänischen Arbeiterfrauenbewegung um 1910

In Verbindung mit dem Kongress erschien ein Bericht über die Lage der Arbeiterfrauenbewegung in den einzelnen Ländern. Die Teilberichte un-

8 Christl Wickert: Kvinder, valgret og fred [Frauen, Wahlrecht und Frieden], in: Arbejderhistorie], 1987, Nr. 29, S.14-28.

9 Ulla Wikander: Feminism, Familj och medborgerskap. Debatter på internationella kongresser om natarbetsförbud för kvinnor 1889-1919 [Feminismus, Familie und Mitbürgerschaft: Debatten auf internationalen Kongressen über ein Verbot von Nacharbeit für Frauen 1889-1919], Stockholm 2006.

10 Siehe Gisela Notz: Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung, in: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit: Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin, Berlin 2008, S.9-21.

terstützten eines der Ziele der Konferenz, nämlich mehr Wissen und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Arbeiterfrauenbewegungen der einzelnen Länder. Elisabeth Mac verfasste den Bericht über die dänische Arbeiterfrauenbewegung. Sie beschrieb hier sowohl deren gewerkschaftliche als auch politische Organisation, kommentierte das unlängst erkämpfte Wahlrecht bei Kommunalwahlen und auch die Arbeit für die Erlangung des politischen Wahlrechtes für Frauen, also ihr Recht, an Wahlen zum dänischen Parlament, dem damaligen Reichstag, teilzunehmen.¹¹

1910 waren etwa 13.600 Arbeiterinnen in dänischen Gewerkschaften organisiert.¹² Das entsprach etwa elf Prozent aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.¹³ Die Frauen waren wie die Herrenschneiderinnen entweder in Frauengewerkschaften organisiert, die sich in einem Bündnis mit Männergewerkschaften befanden. Andere Gewerkschaften waren reine Frauenorganisationen, wie der Kvindeligt Arbejderforbund (Weiblicher Arbeiterverband) oder der Københavns Tjenestepigeforening (Kopenhagener Dienstmädchenverein), und schließlich waren viele Frauen in derselben Gewerkschaft organisiert wie ihre männlichen Kollegen, z. B. in der Nahrungsmittel- und in der Textilindustrie. Die Frauengewerkschaften forderten genau wie ihre männlichen Bruderorganisationen bessere Arbeitsverhältnisse, höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Sie verlangten eine Einschränkung der Heimarbeit und deren Einbeziehung in das Fabrikgesetz, weil die heimarbeitenden Näherinnen besonders hart ausgebeutet wurden. Der Dienstmädchenverein verlangte höhere Löhne, anständige Verpflegung und Unterkunft, festgeschriebene Freizeit und Bezahlung für Überstunden. Verbesserungen, die auch Rücksicht auf arbeitende Mütter und Schwangere nahmen, wurden in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in Verbindung mit den Änderungen des Fabrikgesetzes 1901 und 1913 regelmäßig diskutiert.

Die meisten Frauengewerkschaften sahen sich mit der Sozialdemokratie verbunden und beteiligten sich z. B. an Maiveranstaltungen mit Losungen, Fahnen und Redebeiträgen. Die Sozialdemokratie war seit 1878 of-

11 Siehe Berichte an die 2. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen, Stuttgart 1910, S.46-50.

12 Siehe Knud Knudsen/Hanne Caspersen/Vagn Oluf Nielsen: Kampen for en bedre tilværelse [Der Kampf um ein besseres Dasein], København 1991, S.99.

13 Es ist nicht möglich, den allgemeinen Organisationsgrad prozentuell zu ermitteln, da die Zahlen sehr unsicher sind. Siehe Kirsten Geertsen: Arbejderkvinder i Danmark 1914-1924 [Arbeiterfrauen in Dänemark 1914-1924], København 1977, S.60.

fen für weibliche Mitglieder.¹⁴ Viele der aktiven Frauen in den Gewerkschaftsvorständen nahmen auch am Kampf für das Wahlrecht teil. Bereits 1890 hatte eine Reihe von Frauengewerkschaften zusammen mit anderen Frauenvereinen *De samlede Kvindeforeninger* (Die vereinten Frauenvereine) gebildet, um eine Organisation zu schaffen, die für das Frauenwahlrecht wirkte. Nach der Auflösung dieses Vereins beteiligten die Gewerkschaftlerinnen sich gemeinsam mit bürgerlichen Frauenvereinen an dem 1898 gegründeten *Danske Kvinders Valgretsforbund* (Wahlrechtsverband dänischer Frauen). Die gewerkschaftlich aktiven Frauen beschäftigten sich sowohl mit gewerkschaftlichen als auch politischen Fragen und kooperierten mit den bürgerlichen Frauenorganisationen in der Wahlrechtsarbeit.

Der Kongress der II. Internationale 1907 in Stuttgart beschloss, dass sich die sozialdemokratischen Parteien in den einzelnen Ländern für das allgemeine Wahlrecht der Frauen einsetzen sollten. Diese Arbeit sollte nicht in Zusammenarbeit mit bürgerlichen Frauen erfolgen, weil diese für ein privilegiertes Wahlrecht kämpften, welches nur sehr wenigen Arbeiterinnen das Wahlrecht sichern würde. Die sozialdemokratischen Frauen zogen sich deshalb aus der Zusammenarbeit im Wahlrechtsverband dänischer Frauen zurück und bildeten 1907 den *Socialdemokratisk Kvindevalgretsforening* (Sozialdemokratischer Frauenwahlrechtsverein).¹⁵ Dieser Schritt wurde von der sozialdemokratischen Leitung nicht begrüßt. Der gesamte Problembereich bezüglich des Frauenwahlrechts, der Mitgliedschaft von Frauen in der Sozialdemokratie und der möglichen Organisation von Frauen in eigenen, selbstständigen Vereinen wurde 1908 auf dem Parteitag der dänischen Sozialdemokraten behandelt. Die Probleme wurden durch das im selben Jahr erkämpfte Wahlrecht für Frauen bei Kommunalwahlen aktualisiert, und das machte den Beitritt von Frauen zur Partei zu einer dringenden Frage. Der Parteitag beschloss, dass „bei den Arbeiterinnen kein Platz ist für eine besondere Frauenbewegung oder separate Frauenpartei“.¹⁶ Um aber den Eintritt von Frauen in die Partei

14 Siehe Drude Dahlerup: *Kvinders organisering i det danske Socialdemokrati 1908-69* [Die Organisation der Frauen in der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks 1908-69] in: *Meddelelser om forskning i arbejderbevægelsens historie* [Mitteilungsblatt für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung], 1979, Nr. 13, S.5-35.

15 Siehe Karen Kræmer: *Dagligdagens kvinder* [Die Frauen des Alltags], København 1990, S.10-13; Toni Liversage: *At erobre ordet* [Das Wort erobern], København 1980, S.115-123.

16 Liversage, *At erobre*, S.119.

zu erleichtern, wurde der Mitgliedsbetrag für Frauen auf die Hälfte dessen reduziert, was männliche Mitglieder zahlten.

Die sozialdemokratischen Frauen trotzten nichtsdestoweniger der Parteileitung und gründeten am 2. November 1908 den Sozialdemokratischen Frauenverein. Der Verein zielte darauf ab, sozialistische Aufklärung unter Frauen zu bewirken, diese zur Nutzung ihres kommunalen Wahlrechts zu bewegen und das politische Wahlrecht für Frauen zu erreichen. Der Verein organisierte in erster Linie Frauen, die bereits Mitglied eines sozialdemokratischen Wählervereins waren. Er ersuchte um Aufnahme in die Sozialdemokratie, was aber mit Hinweis auf den Beschluss des Parteitages 1908 abgelehnt wurde. Auch als die Vorsitzende des Vereins, Elisabeth Mac, in einem Brief an die Parteiverbände betonte, der Sozialdemokratische Frauenverein sei kein politischer, sondern ein Bildungsverein, änderte sich an der Position der Parteiführung nichts.¹⁷

Trotzdem bekamen der Sozialdemokratische Frauenverein und seine Vorsitzende eine führende Rolle bei der Planung und Durchführung der zweiten internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen.

Die Vorbereitungen zur Frauenkonferenz in Kopenhagen

Die erste internationale Frauenkonferenz hatte vom 17. bis zum 19. August 1907 in Stuttgart im Zusammenhang mit dem Kongress der II. Internationale stattgefunden, den diese zum ersten Mal in Deutschland durchführte. Die Initiative zur Konferenz kam von den deutschen sozialistischen Frauen. Beschlossen wurde u. a., die nächste Konferenz wieder in Verbindung mit dem Kongress der II. Internationale in Kopenhagen durchzuführen. Die dänische Sozialdemokratie war zusammen mit den sozialdemokratischen Frauen organisatorischer Gastgeber dieser zweiten internationalen Frauenkonferenz. Es war jedoch Clara Zetkin, die als Sekretärin des Internationalen Frauensekretariats für die inhaltliche Planung der Konferenz 1910 verantwortlich war. Sie und der Vorsitzende der dänischen Sozialdemokratie, Thorvald Stauning, korrespondierten sechs Monate lang über die übergeordnete Planung der Konferenz, und Stauning war die Kontaktperson zum örtlichen Komitee, das für die praktische Planung in Kopenhagen die Verantwortung trug. Die folgende Darstellung basiert auf dieser Korrespondenz, weil sie einen guten Ein-

17 Weiteres über die frühe Organisation der sozialdemokratischen Frauen siehe Dahlerup, *Kvindens organisering*. Die Argumente ähneln sehr den Argumenten, die die deutschen Frauen ihrer Parteiführung gegenüber ins Feld führten.

blick darüber gewährt, was die zwei korrespondierenden Seiten in Bezug auf Inhalt und Verlauf der Konferenz als wichtig empfanden.

In einem Schreiben vom 19. Januar 1910 fragte Clara Zetkin Stauning nach seiner Haltung und die der sozialistischen Frauen hinsichtlich einer internationalen Frauenkonferenz vor dem großen sozialistischen Kongress im August 1910 in Kopenhagen. Sie sei als internationale Sekretärin aufgefordert worden, eine Frauenkonferenz für „die Gesinnungsgenosinnen“ aus den Ländern, die in der sozialistischen Frauenbewegung vertreten seien, einzuberufen.¹⁸ Ziel der Konferenz sei eine Weiterführung der Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Frauen in den betreffenden Ländern.

Stauning antwortete am 22. Januar. Seiner Meinung nach sei es eine gute Idee, eine Frauenkonferenz zu veranstalten, da sie „agitatorisch zur Aufbauarbeit unter den Frauen beitragen kann, gewerkschaftlich wie politisch“. Die dänischen Frauen hätten 1908 das kommunale Wahlrecht bekommen, und die Sozialdemokratie arbeite für das allgemeine politische Wahlrecht der Frauen. Stauning wollte zwecks der weiteren Planung Kontakt sowohl zu Elisabeth Mac (Jørgensen) als auch zu den Organisationen der gewerkschaftlich aktiven Frauen aufnehmen. Bezüglich seiner Anschauungen zu den politischen Frauenorganisationen erklärte er: „Politische Frauenorganisationen haben wir nicht, da wir den Standpunkt vertreten haben, dass es nur eine Arbeiterbewegung geben sollte und dass die Frauen ihren Platz in den existierenden sozialdemokratischen Organisationen haben. Dies ist auch so durchgeführt, verhindert aber nicht, dass diese Vereine auch zur Durchführung der beabsichtigten Konferenz mitwirken könnten. Der Frauenverein, in der das Fräulein Elisabeth Jørgensen Vorsitzende ist, ist nicht als eine Partei-Organisation zu betrachten, sondern eher als ein Bildungsverein, der im Anschluss an die Partei wirkt, aber mit Hinblick auf die bevorstehende Konferenz kann er natürlich sehr wohl an den Aktivitäten teilnehmen.“ Trotz alledem war das also eine Anerkennung der Existenz des Frauenvereins, jedoch auch nicht mehr als das. Stauning erbat sich deshalb weitere Informationen über die Konferenz. Clara Zetkin schrieb am 9. Mai mit Informationen zum Zeitpunkt und zur Tagesordnung der Konferenz zurück. Diese sollte am 26. und 27.

18 Das Folgende stützt sich auf die Korrespondenz zwischen Clara Zetkin und Thorvald Stauning vom 19.1.1910 bis 5.8.1910, ks. 29A, Staunings arkiv, ABA. Clara Zetkins Briefe sind ins Dänische übersetzt, und hier wird aus der Übersetzung referiert. Clara Zetkins Briefe sind demnächst auf www.aba.dk > Kvindekonferencen i Kbh.1910 zu sehen.

August durchgeführt werden, also vor dem am 28. August beginnenden großen internationalen Kongress. Dadurch könne die Frauenkonferenz Vorschläge an den Kongress richten. Clara Zetkin präsentierte danach eine vorläufige Tagesordnung für die Frauenkonferenz, die im Großen und Ganzen mit der Tagesordnung der ersten Konferenz 1907 identisch war: 1. Etablierung einer festen Zusammenarbeit zwischen den organisierten Genossinnen der verschiedenen Länder; 2. Praktische Mittel zur Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen; 3. Fürsorge der Gesellschaft für Mutter und Kind. Sie begründete diese Tagesordnung damit, dass diese Themen Bedeutung für Frauen in allen Ländern hätten und dass der Erfahrungsaustausch zwischen den Genossinnen aus den Mitgliedstaaten die praktische Arbeit in die gleiche Richtung weiterführen könne. Die Tagesordnung sei von den sozialistischen Frauen der übrigen Länder gebilligt worden, und Clara Zetkin bat darum auch die dänischen Frauen um eine Stellungnahme.

Seit dem Kongress 1907 hatte Clara Zetkin hart gearbeitet, um Kontakte zwischen sozialistischen Frauen der verschiedenen Länder zu etablieren und dauerhaft zu machen.¹⁹ Deshalb hatte die Zusammenfügung der Arbeit in einem internationalen Netzwerk für sie hohe Priorität. Der Kampf um das Frauenwahlrecht und den Arbeiterschutz für die erwerbstätige Frau und ihre Kinder waren national und international weiterhin wichtige Themen der Arbeiterinnen. Clara Zetkin bat weiter um aktuelle Informationen zur Lage der dänischen Arbeiterinnen und zum Kampf um das Wahlrecht. Außerdem schickte sie zur Orientierung einen Bericht über die Situation der deutschen Arbeiterinnen.

Stauning antwortete am 25. Mai. Er habe nun für die gewünschten Tage Räume im Arbeiterversammlungshaus, Jagtvej 69, gebucht, habe dies besprochen mit „der Vorsitzenden des sozialdemokratischen Frauenagitationsvereins Elisabeth Jørgensen (nun Frau Mac) und habe ein Treffen mit den Gewerkschafterinnen über die Vorbereitung der Konferenz vereinbart“. Neben praktischen Fragen wie der wirtschaftlichen Seite der Konferenz wollte Stauning auch gern wissen, ob die Konferenz allein auf Initiative der deutschen Frauen einberufen worden war. Darüber hinaus wollten die dänischen Frauen an einem der Abende eine Veranstaltung mit einigen der ausländischen Gäste als Rednerinnen durchführen.

19 Siehe z. B. die Korrespondenz zwischen Clara Zetkin und den schwedischen sozialdemokratischen Frauen: Um die internationale sozialistische Frauenbewegung. Sieben Briefe an Mitstreiter in Schweden 1906-1914, in: Plener (Hrsg.), Clara Zetkin, S.181-193.

Am 4. Juni übersandte Clara Zetkin eine Einladung auf Deutsch. Sie bat Stauning, diese ins Dänische übersetzen zu lassen und an die dänischen sozialistischen Frauen zu übermitteln. Clara Zetkin betonte ferner, dass die Frauen aller betreffenden Länder hinter der Konferenz stünden und nicht allein die deutschen Frauen. Die Verantwortung für die ökonomische Grundlage werde man zwischen dem Sekretariat und den dänischen Veranstaltern verteilen. Was das Dolmetschen betreffe, könnten sie selbst und die italienische Delegierte Angelica Balabanova²⁰ aus dem Deutschen, Englischen und Französischen übersetzen, aber man benötige eine dänische Dolmetscherkraft als Übersetzer für die skandinavischen Delegierten. Der Zeitpunkt für die Konferenz näherte sich, und es gab weitere Briefe zwischen Stauning und Clara Zetkin. Es war immer noch Stauning, der für den direkten Kontakt zwischen der Veranstaltergruppe, der neben Elisabeth Mac auch Nina Bang angehörte, und Zetkin sorgte.²¹ Hinsichtlich Buchung und Unterbringung der Delegierten in verschiedenen Hotels vermittelte man einen direkten Kontakt zwischen Clara Zetkin und Elisabeth Mac und informierte, dass ein Hotelzimmer 2,50 Kronen pro Nacht einschließlich Frühstück koste. Stauning teilte mit, die dänischen Veranstalter hätten beschlossen, eine Frauenveranstaltung am 26. August im Grundtvigs Hus in Studiestræde durchzuführen und ein Festessen zu geben, zu dem die dänischen Arbeiterfrauenorganisationen und die politischen Organisationen die Delegierten einladen würden. Clara Zetkin erbat erneut einen Bericht über die Organisation und die Lage der dänischen Arbeiterinnen sowie Informationen zur Gesetzgebung für erwerbstätige Frauen in der Zeit nach einer Geburt. Der letzte Brief, in dem die restlichen praktischen Aufgaben vereinbart wurden, ist vom 5. August datiert.

Die Vorbereitungen im dänischen Ortsausschuss

Am 25. Juni hatte Elisabeth Mac Vertreterinnen der Kopenhagener Frauengewerkschaften zu einer Vorbereitungssitzung für die Konferenz einberufen.²² Hier wurde die Tagesordnung der Konferenz präsentiert,²³ und

20 Angelica Balabanova, Schreibweise auch (Angelika) Balabanoff, eigentlich Anželika Isaakovna Balabanova – Die Red.

21 Eine Quelle zur Ernennung des Veranstaltungskomitees konnte nicht gefunden werden, deshalb können eventuell weitere Mitglieder dieses Komitees neben Mac und Bang nicht nachgewiesen werden.

22 Dieser Abschnitt stützt sich u. a. auf Briefe von Elisabeth Mac und Stauning an die Frauengewerkschaften und die sozialdemokratischen Wählervereine, 4.7-6.8 1910, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

aus den Teilnehmerinnen wählte man einen Ausschuss zur Vorbereitung der Konferenz. Größere Beschlüsse konnten auf dieser Sitzung jedoch nicht gefasst werden, weil die Zahl der vertretenen Gewerkschaften nicht groß genug war und die anwesenden Vertreterinnen keine Vollmachten hatten, etwas zu beschließen. Dass die Veranstaltung ein wenig unorganisiert ablief, geht aus dem Protokoll der Vorstandssitzung der Frauengewerkschaft Kvindeligt Arbejderforbund vom 1. Juli hervor, in dem die Sitzung ohne größere Begeisterung referiert wurde: „Die Geschäftsführerin machte Mitteilungen über die Sitzungen, die unter den Frauenorganisationen zum internationalen sozialistischen Frauenkongress abgehalten wurden. Diese Sitzungen waren unglücklich geplant, da die Einladenden keinen Plan dafür hatten, was unternommen werden sollte, nur lag die Hauptsache wohl darin, dass die großen Frauenorganisationen die Ausgaben tragen müssten und die kleineren vertreten sein würden. Es soll noch eine Sitzung einberufen werden, bei der der endgültige Plan zur Erörterung und zum Beschluss vorliegen soll.“²⁴

Um den fehlenden Beschlüssen abzuhelpfen, sandte der Ausschuss am 4. Juli einen Brief an Gewerkschaften mit weiblichen Mitgliedern mit der Aufforderung, eine Teilnahme an der Konferenz zu beschließen und jemanden zu einer gemeinsamen Sitzung am 26. Juli im Arbeiterversammlungsgebäude in Rømersgade zu schicken. Im Brief wird hervorgehoben, dass „die Konferenz große Bedeutung bekommen wird als agitatorisches Mittel zur Mobilisierung der Frauen, als Mittel, internationale Verbindungen zu knüpfen und Verständnis zu schaffen für die Stellung und Lage der Arbeiterinnen“. Das Interesse daran, Teil einer internationalen sozialistischen Frauenarbeit zu werden, sei auch unter den dänischen Arbeiterinnen vorhanden. Um Missverständnissen vorzubeugen, wurde im Brief mitgeteilt, dass die teilnehmenden Frauenvereine nur einen kleineren Beitrag zur Veranstaltung des Festessens für die Konferenzteilnehmer leisten müssten. Die Ausgaben für die Konferenz würden die Sozialdemokratie und das internationale Sekretariat tragen.

Stauning schrieb am 7. Juli einen ähnlichen Brief an die sozialdemokratischen Parteigruppen in Kopenhagen, in dem er u. a. bemerkte: „Ich betrachte es als selbstverständlich, dass nicht allein die genannten Vereine

23 Clara Zetkin hatte die endgültige Tagesordnung am 4.6. übermittelt. Diese wird in dem Gewerkschaftsorgan „Tjenestepigenes Blad“ [Gewerkschaftszeitschrift des Kopenhagener Dienstmädchenvereins], Nr. 12 vom 15. Juli 1910 von der Vorsitzenden Marie Christensen erwähnt.

24 Verhandlungsprotokoll 1.7. 1910, Kvindeligt Arbejderforbunds arkiv, ABA.

an der Konferenz, sondern auch weibliche Repräsentanten aus den sozialdemokratischen Vereinen in Kopenhagen und Frederiksberg delegiert werden.“ Er argumentierte weiter, dass die Themen der Konferenz für die Partei von Bedeutung seien und dass diese „eine agitatorische Wirkung haben wird, die nicht übersehen werden darf, wie sie auch von Interesse und Wert für die Teilnehmenden sein wird“. Diese Versicherungen müssen in dem Lichte gesehen werden, dass der Kongress der Sozialdemokratie nur zwei Jahre früher sich von selbstständigen sozialistischen Frauenvereinen – mit Ausnahme von Gewerkschaften auf Frauenarbeitsplätzen und Vereinen zur Durchführung politischer Veranstaltungen für Frauen – eindeutig distanziert hatte. Stauning beendete seinen Brief mit dem Versprechen, dass eine Teilnahme keine Ausgaben für die Vereine mit sich bringen würde. Die Sozialdemokratie würde alle Ausgaben decken, weil man die Konferenz als Teil des internationalen Kongresses betrachte.

Auf einer gemeinsamen Sitzung am 26. Juli, zu der sowohl Elisabeth Mac als auch Thorvald Stauning eingeladen hatten, wurden Regeln für Repräsentation und Ökonomie vereinbart. Die sozialdemokratischen Vereine durften je eine Delegierte senden und die Gewerkschaften Delegierte entsprechend der Zahl ihrer weiblichen Mitglieder. Hiernach wählten die verschiedenen Vorstände im Juli und August Delegierte für die Konferenz, so z. B. Tjenestepigeforeningen, die Organisation für Dienstmädchen.²⁵

Auch bei den weiblichen Druckereiarbeitern führte die bevorstehende Konferenz zu gewerkschaftlichen Aktivitäten. Eine außerordentliche Generalversammlung der Druckereiarbeiterinnen am 15. August diskutierte über die Frauenkonferenz und wählte die Delegierten. Die Vorsitzende Henriette Crone²⁶ äußerte den starken Wunsch, auf der Konferenz einen Resolutionsentwurf über ein für die Druckereiarbeiterinnen sehr zentrales Thema vorzulegen: das Nachtarbeitsverbot für Frauen. Die Druckereiarbeiterinnen waren gegen ein solches Verbot, weil „es gleich-

25 Siehe Tjenestepigernes Blad, 1910, Nr. 16, S.80.

26 Henriette Crone (1874-1933), Druckereiarbeiterin, von 1906 bis zum Tode Gewerkschaftsführerin der Druckereiarbeiterinnen; politisch aktiv für die Sozialdemokratie; 1909-1913 Mitglied des Kopenhagener Stadtrates; 1920-1933 Abgeordnete im Parlament; repräsentierte die Arbeiterbewegung in mehreren internationalen Frauenorganisationen, so im Frauenkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes ab 1925 und im Frauenkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale; ab 1932 Mitglied des beratenden Frauenkomitees der I.L.O.

bedeutend ist mit der Ruinierung unseres Metiers und es einleuchtend ist, dass wir mit aller Macht dagegen ankämpfen müssen. Es ist für uns Frauen herabwürdigend, dass es für Frauen ein Verbot gibt, wenn dieses Verbot nicht gleichzeitig für die Männer gilt.“ Die Frauen würden eine gut bezahlte Arbeit verlieren, wahrscheinlich entlassen werden und ihre Arbeit von Männern übernommen.²⁷ Die Druckereiarbeiterinnen wollten ein Verbot sowohl für Männer als auch für Frauen, damit die Geschlechter hier gleichgestellt seien. – Das Verbot von Nachtarbeit für Frauen war seit 1900 im Zusammenhang mit einer Revision des Fabrikgesetzes diskutiert worden, und die Debatte wurde 1909 wieder aktualisiert, als das Fabrikgesetz erneut revidiert werden sollte. Die Druckereiarbeiterinnen kooperierten mit Kvindeligt Arbejderforbund und der nationalen Frauenorganisation Dansk Kvindesamfund (Frauenverein Dänemarks) gegen eine solche Sondergesetzgebung für Frauen.²⁸

Henriette Crone hatte einen Resolutionsentwurf verfasst, den sie unter Punkt 4 der Konferenztagesordnung: „Fürsorge für Mutter und Kind“ einzureichen gedachte. Ein Problem waren für sie die Konferenzsprachen (Englisch, Französisch und Deutsch), welche sie nicht genügend beherrschte, um die Resolution mitdiskutieren zu können. Sie hatte sich an Nina Bang gewandt mit dem Wunsch, diese möge die Resolution präsentieren. Nina Bang hatte dies aber abgelehnt, da sowohl sie persönlich als auch die sozialdemokratische Partei für ein Verbot der Frauennachtarbeit waren. In dieser Frage gab es also verschiedene Auffassungen unter den dänischen sozialdemokratischen Frauen. Das Problem betraf nur eine kleinere Zahl von Industriearbeiterinnen, aber diese Frauen bangten um ihren Beruf und ihre Arbeit. Die Generalversammlung beschloss, die Resolution nicht einzureichen, da niemand für sie sprechen könnte und sie damit abgelehnt werden würde. Trotzdem wurde diese der Konferenz von den Däninnen und den Schwedinnen als gemeinsame Resolution unterbreitet, als Dänisch Französisch als Konferenzsprache ablöste.

Die Konferenz war ein großes Ereignis für die dänischen Arbeiterinnen. Hier hatten sie die Möglichkeit zu berichten, wie weit es die dänischen Arbeiterinnen in ihrem Kampf für bessere Lebensverhältnisse und in ihrem Streben, ein Teil der internationalen sozialistischen Frauenbewe-

27 Typograf-Tidende [Gewerkschaftszeitung der Druckereiarbeiter], 1910, Nr. 35, S.145.

28 Siehe Anna-Birte Ravn: Lagging Far Behind All Civilized Nations, in: Ulla Wikander/Alice Kessler-Harris/Jane Lewis (Hrsg.): Protecting Women: Labor Legislation in Europe, the United States and Australia, 1880-1920, Illinois 1995, S.210-234.

gung zu werden, gebracht hatten. Deshalb wurde die Konferenz schon im Vorfeld sowohl in der Gewerkschaftspresse als auch im „Socialdemokraten“ besprochen.²⁹

Elisabeth Mac nutzte einen Artikel im „Socialdemokraten“ vom 18. August dazu, die Konferenz, einige der bekanntesten Teilnehmerinnen aus der internationalen sozialistischen Frauenbewegung sowie mehrere Resolutionsentwürfe vorzustellen. Einleitend besprach sie die erste Frauenkonferenz in Stuttgart, auf der die dänischen Arbeiterinnen nicht vertreten gewesen waren. Danach betonte sie, es sei die Aufgabe der Konferenz, einen Weg zur Zusammenarbeit der Arbeiterinnen in der ganzen Welt zu finden, um die Arbeit für eine verbesserte Lage der arbeitenden Frauen zu stärken und besser zu koordinieren. Gestützt auf Clara Zetkin berichtete sie, wie die deutsche Parteileitung anfänglich besondere Frauenkonferenzen mit Misstrauen betrachtet hatte, weil sie befürchtete, man schaffe hier einen Staat im Staate. Nun würden alle aber den Nutzen und die große agitatorische Bedeutung solcher Treffen anerkennen. Dies kann eigentlich nur als versteckte Botschaft an die dänische Parteileitung gedeutet werden. In dieselbe Richtung ging eine längere Beschreibung der Resolutionen, die die schwedischen sozialdemokratischen Frauenvereine eingereicht hatten und in denen sie u. a. gegenüber Arbeiterinnen eine energischere Agitation für den Sozialismus und die Arbeiterbewegung forderten. Abschließend rief Elisabeth Mac die Genossinnen und die gewerkschaftlich engagierten Frauen dazu auf, die Zuhörerränge der Konferenz zu füllen und am 26. August an der großen öffentlichen Veranstaltung in Grundtvigs Hus teilzunehmen, bei der einige der bekanntesten ausländischen sozialistischen Frauen auftreten sollten.

Die russische Sozialistin und Arbeiteragitorin Aleksandra Kollontaj hat in ihren Erinnerungen ihre Eindrücke als Delegierte der Frauenkonferenz in Dänemark beschrieben.³⁰ Am Tage vor der Konferenz wurde für die Delegierten eine einleitende Sitzung im Arbeiterversammlungsgebäude, Jagtvej 69, abgehalten. Kollontaj beschreibt diese Sitzung wie folgt: „An der Eingangstür werden wir von Frau Mac empfangen. Der Saal ist gedämpft beleuchtet. An dem langen Tisch sitzen etwa 40 Delegierte aus

29 Siehe Tjenestepigeres Blad, 1910, Nr.12, S.60; Typograf-Tidende, 1910, Nr. 34, S.140f.; Socialdemokraten, 18.8.1910.

30 Siehe Alexandra Kollontaj: Jeg har levet mange liv, København 1986, S.155-166 (dänische Ausgabe ihrer Erinnerungen „Ich habe viele Leben gelebt“). Die folgende Schilderung fußt auf dem Abschnitt dieses Buches über die Frauenkonferenz, der in der deutschen Fassung so nicht enthalten ist.

den skandinavischen Ländern. Däninnen und Schwedinnen, die meisten sind nicht ganz jung, Arbeiterinnen, charakteristische nordische Typen.“ Mehrere Fragen mussten vor der Konferenz geklärt werden, darunter die Resolution der Druckereiarbeiterinnen. Mit dieser ging Clara Zetkin so ins Gericht: „Sie [Schwedinnen und Däninnen, A.E.H.] protestieren dagegen, dass man mit Gesetzen verbietet, dass Frauen nachts arbeiten [...] Hier können Sie sehen, dass Sie ganz und gar im Griff der Frauenbewegung sitzen. Eine empörende Verblendung! Bürgerliche Ideologie! Wir haben eine ernst zu nehmende Arbeit vor uns. Ich bitte Sie alle, sich hierauf gründlich vorzubereiten.“

Kollontaj wurde darauf mit der Antragstellerin Henriette Crone bekannt gemacht. Sie beschrieb Crone als „eine hochgewachsene, gut gekleidete junge Frau. Sie hat kluge Augen, und es ist etwas Entschlossenes, Ruhiges und Gleichmütiges in ihren Gesichtszügen, ihrer Stimme und Haltung.“ Die Sitzung begann, aber die Däninnen und Schwedinnen hielten an dem Wunsch fest, ihre umstrittene Resolution einzureichen. Am Tage danach bemerkte die Frau eines deutschen Sozialisten hierzu gegenüber Kollontaj: „Sind Sie sich darüber im Klaren, dass die Däninnen und Schwedinnen trotz der gestrigen Debatten beschlossen haben, ihre Protestresolution gegen die Arbeiterschutzgesetze vorzubringen [...] Es ist empörend. Nach diesem Verlauf sollte von nun an kein Platz für sie in diesem Saal sein.“ Es gab also bereits vor der Konferenz unter den Delegierten der verschiedenen Länder eine bedeutende Meinungsverschiedenheit über das Nachtarbeitsverbot. Die Resolution sorgte später auch für viel Furore auf der Konferenz.

Die Eröffnung der Zweiten Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen

Die Eröffnung der Konferenz fand am Freitag, dem 26. August um 9 Uhr im Folkets Hus³¹, Jagtvej 69, statt.³² Ausgehend von den Berichten

31 Folkets Hus (Volkshaus), ein Versammlungsgebäude der Arbeiterbewegung, wurde 2007 abgerissen. Das Baugrundstück ist noch immer unbebaut. Die Geschichte des Gebäudes hat Dorte Ellesøe Hansen beschrieben in: Den gamle kasse og „Ungeren“, Årbog 2007, Arbejdermuseet og ABA [Der alte Kasten und die „Ungeren“, Jahrbuch 2007, Arbejdermuseet og ABA; „ungeren“ ist ein Kosename für junge Leute], København 2008, S.27-51.

32 Die Beschreibung der Konferenz basiert auf folgenden Quellen: Sammelalbum mit Zeitungsausschnitten, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA; Die Gleichheit, 1910, Nr. 25, S.387-389; Vorwärts, 27./28.8.1910; <http://library.fes.de/si-online/frauen-intro>

über die Konferenz erfolgt hier eine Beschreibung des Empfangs der etwa 130 Delegierten,³³ als diese den Festsaal betraten. Nina Bang beschrieb diesen Saal in einem Beitrag für den „Socialdemokraten“ so: „Der Saal ist festlich geschmückt mit internationalen Bannern und Wimpeln, Fahnen und Blumengebinden. Die Kongresstische, die hufeisenförmig aufgestellt sind, sind mit einer reichen Auswahl an prächtigen roten Rosen verziert. Vor jedem Sitzplatz der 130 Teilnehmer stehen frische, farbenprächtige Blumen – erster Willkommensgruß der dänischen Frauen an ihre ausländischen Geschlechtsgenossinnen.“

Der (männliche) Reporter der liberalen Tageszeitung „Politiken“ bemerkte, dass der Raum, in dem sich die Frauen versammelten, von Blumendüften erfüllt wäre, im Gegensatz zum Kongress der Seeleute, bei dem die Luft dick von dem Rauch der Shagpfeifen gewesen sei. Eine rote Rose stecke in den schwarzen Dokumentenmappen, die auf jedem Delegiertenplatz lagen. Auch der Berichtersteller der Zeitung „Vort Land“ („Unser Land“) notierte die frische Luft im Vergleich zum Kongress der Tabakarbeiter, den er neulich besucht hatte. Er erwähnte auch die weißen Banner im Hintergrund des Saales mit der Aufschrift „Die Emanzipation der Frau geschieht durch den Sozialismus“ sowie die Fahnen der Frauengewerkschaften, die die Wände schmückten. So trüge die Fahne der Druckereiarbeiterinnen die Aufschrift „Vorwärts im Kampf für die Rechte der Frau“, und die Fahne der Brauereiarbeiterinnen sei mit der Parole „Vorwärts Frauen für gleiches Recht“ versehen. Neben den Delegierten waren sowohl Saalplätze als auch Balkon mit Zuhörern aus Gewerkschaften dicht besetzt. Die Vorsitzende des dänischen Komitees, Elisabeth Mac, hieß die Gäste willkommen, und der Gutenbergchor sang zu einer bekannten dänischen Melodie den von A. C. Meyer zu diesem Anlass geschriebenen Kantatentext „Seid willkommen, Frauen“.

Daraufhin erhielt Clara Zetkin das Wort. Sie zeigte sich anfänglich erfreut darüber, dass diese Konferenz doppelt so viele Mitgliedstaaten verzeichnen könne wie die erste Konferenz in Stuttgart und dass die Zahl der Delegierten so groß sei. Sie betonte, dass die Konferenz zu einer Stär-

dt.html; Kollontai, *Jeg har levet*, S.157f. Die Wiedergaben gehen in etlichen Punkten auseinander, sowohl in tatsachenbezogener als auch in inhaltlich-bewertender Hinsicht. Die Berichtenden beschrieben das Erlebte je nach Aufgabe und persönlichem Hintergrund.

33 Die genaue Zahl der Delegierten ist ungeklärt, siehe dazu später in diesem Beitrag. Die nachfolgenden Zitate aus der zeitgenössischen dänischen Presse alle aus: Sammelalbum, kasse 770 Socialdemokratiets arkiv, ABA.

kung des internationalen Zusammenschlusses und zum Ziel der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft beitragen werde. Erst mit Erreichung dieses Zieles würden die Frauen die wirtschaftlichen und materiellen Möglichkeiten bekommen, voll entwickelte Frauen und Menschen zu werden: „Weit mehr als die Männer benötigen wir, befreit zu werden, aber wir müssen Schritt für Schritt an der Seite der Männer in die praktische Richtung gehen.“³⁴ Nun hielt Elisabeth Mac eine Grußansprache, in der sie die Freude der dänischen Frauen zum Ausdruck brachte, die ausländischen Gäste begrüßen zu können: „Wir haben uns darauf gefreut, mit Ihnen zusammen zu sein, Sie zu sehen und mit Ihnen zu reden, die Namen, die wir so gut kannten, als wirkliche, lebendige Menschen vor uns zu sehen.“

Die Teilnehmer der Konferenz repräsentierten die Elite der internationalen und dänischen sozialistischen Frauenbewegung. Im Archivmaterial der dänischen Sozialdemokratie zur Frauenkonferenz befinden sich Listen sowohl über ausländische als auch dänische Teilnehmerinnen. Verzeichnet sind die Namen von 65 ausländischen Delegierten aus 13 Ländern und von 36 dänischen Delegierten. Aus den Berichten in den Zeitungen und dem Bericht in der „Gleichheit“ geht hervor, dass etwa 130 Delegierte aus 17 Ländern der Konferenz beiwohnten.³⁵ Das ist auch die Zahl, die Nina Bang erwähnt.³⁶ Da sie Mitveranstalterin war, muss sie als verlässliche Zeugin betrachtet werden. Ein weiterer Zeitungsbericht notiert, dass im letzten Augenblick aus mehreren Ländern noch einige Delegiertenanmeldungen erfolgten. 130 Delegierte aus 17 Ländern sind somit wohl eine recht wahrscheinliche Zahl. Darüber hinaus gab es eine große Zahl von Zuhörerinnen – organisierte Arbeiterinnen aus Kopenhagen, denen für die Konferenz gegen Vorzeigen ihrer Gewerkschafts- oder Parteimitgliedskarte Einlass gewährt wurde.³⁷

34 Dieses und das nachfolgende Zitat aus: Socialdemokraten, 27.8.1910, Sammelalbum S.15 und S.59, kasse 770 Socialdemokratiets arkiv, ABA. Die Wiedergaben sind sehr unterschiedlich und betonen verschiedene Teile der Reden.

35 Sammelalbum, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA; Die Gleichheit, 1910, Nr. 25, S.387.

36 Sammelalbum, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA, S.11

37 Auf www.arbejdermuseet.dk > Kvindekongferencen i Kbh. 1910 befinden sich Listen der identifizierten Teilnehmerinnen.

Die Konferenz beginnt

Den Konferenzteilnehmerinnen lag der gedruckte Rechenschaftsbericht mit Berichten aus den einzelnen Ländern bereit.³⁸ Es ist aus den Berichten nicht völlig klar zu ersehen, ob die Vertreterinnen aus den einzelnen Ländern sich kurz präsentierten oder ob Clara Zetkin in ihrer einleitenden Rede die Entwicklung zusammenfasste.

Nach den Begrüßungsreden und dem Bericht wurden Clara Zetkin zur Präsidentin, Elisabeth Mac zur Vizepräsidentin sowie Dora Montefiore aus London und Adelheid Popp aus Wien zu Sekretärinnen der Konferenz gewählt. Nina Bang übersetzte aus dem Deutschen ins Dänische. Dänisch hatte Französisch als Konferenzsprache ersetzt, was bedeutete, dass die skandinavischen Delegierten jetzt auch verstehen konnten, was gesagt wurde. Die Dreisprachigkeit war ein Problem, das in mehreren Berichten erwähnt wird. Die Übersetzungen waren zeitraubend und führten mitunter zu Missverständnissen, wenn z. B. Unklarheit darüber aufkam, was gerade zur Abstimmung stand.

Den restlichen Vormittag nutzte die Konferenz zur Diskussion der vorläufigen Tagesordnung sowie zur Annahme einiger Resolutionen. Clara Zetkin plädierte stark für eine Solidaritätserklärung zum Freiheitskampf der finnischen Sozialisten gegen die Bedrohung seitens des russischen Zarenreiches.³⁹ Finnland hatte 1906 ein Einkammersystem mit allgemeinem Wahlrecht sowohl für Männer als auch für Frauen eingeführt. Das Land war damit das große Vorbild für die europäischen Sozialisten, insbesondere für die sozialistischen Frauen, die selbst das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter anstrebten. Die zweite Resolution kam von den deutschen, österreichischen und englischen Delegierten. Sie schloss sich den früher angenommenen Resolutionen über den Kampf gegen den Krieg an und hob besonders hervor, wie wichtig die Beteiligung der sozialistischen Frauen am gesellschaftlichen Leben, am Kampf für die Sicherung des Friedens und an der Verbreitung der sozialistischen Ziele war.⁴⁰

38 Siehe Berichte an die Zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen zu Kopenhagen am 26. und 27. August 1910. Druck von Paul Singer in Stuttgart, Stuttgart 1910, auf: <http://library.fes.de/si-online/frauen-intro-dt.html>.

39 Siehe Resolutionen und Beschlüsse der Zweiten Internationalen Frauenkonferenz zu Kopenhagen. Die Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen zu Kopenhagen, in: *Die Gleichheit*, 1910, Nr. 25, S.387-389, auf: <http://library.fes.de/si-online/frauen-intro-dt.html>.

40 Siehe ebenda.

Die Tagesordnung der Konferenz war, wie bereits angekündigt:

1. Die Konstituierung der Konferenz
2. Die weitere Entwicklung der Verbindungen zwischen den organisierten Genossinnen in den einzelnen Ländern
3. Mittel und Wege der praktischen Arbeit zur Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts
4. Die Fürsorge der Gesellschaft für Mutter und Kind

Hinzu kam nun als Punkt 5: Verschiedenes.

Zum Punkt 2 der Tagesordnung waren mehrere Resolutionen eingegangen,⁴¹ und dem Bericht der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ zufolge gab es eine längere Debatte darüber, wie die sozialistischen Frauen die internationale Frauenbewegung durch Fortschritte der nationalen Bewegungen stärken könnten.⁴² Aus den Niederlanden kam der Vorschlag, eine internationale Frauenzeitschrift zu schaffen. Diese sollte sowohl über die Tätigkeit der nationalen Frauenbewegungen berichten als auch prinzipielle, für die sozialistische Bewegung bedeutsame Fragen zu Lage und Arbeitsverhältnissen der arbeitenden Frauen diskutieren. Eine Begründung, die von anderen Rednerinnen unterstützt wurde, war, dass die nationalen Arbeiterzeitungen nur selten Berichte und Artikel zur Lage und zu den Problemen der arbeitenden Frauen brächten. Es sei deshalb schwierig, diese Zeitungen als Agitationsmittel gegenüber Arbeiterinnen zu nutzen, um sie für die sozialistische Bewegung zu gewinnen. Eine deutsche Delegierte meinte hierzu, es sei die Pflicht der nationalen Arbeiterzeitungen, auch über die Verhältnisse der arbeitenden Frauen zu schreiben. Ergebnis der Diskussion war, dass „Die Gleichheit“ weiterhin das gemeinsame Organ der sozialistischen Frauen sein sollte. Alle wurden aufgefordert, Berichte und Artikel über die nationalen Frauenbewegungen einzuschicken. Hiermit endete der erste Konferenztag.

Mittel und Wege der praktischen Arbeit zur Er kämpfung des allgemeinen Wahlrechts

Der dritte Punkt der Tagesordnung drehte sich um das allgemeine Wahlrecht, und wie auf der Konferenz 1907 löste diese Frage eine große Debatte aus. Die Scheidelinie ging wie früher zwischen der Forderung nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht für alle Männer und Frauen

41 Resolutionen zur Tagesordnung, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

42 Siehe Die Gleichheit, 1910, Nr. 25; 3. Beilage des „Vorwärts“, Berliner Volksblatt, 28.8.1910; <http://library.fes.de/si-online/frauen-intro-dt.html>.

oder einem eingeschränkten, privilegierten Wahlrecht, das sich später zu einem allgemeinen Wahlrecht entwickeln könnte. Das Ziel war das gleiche, die Wege zum Ziel aber verschieden. Die Wahl einer Position in dieser Frage hatte auch Konsequenzen dafür, ob man mit der bürgerlichen Frauenbewegung, die zunächst einmal für das privilegierte Wahlrecht eintrat, zusammenarbeiten sollte. Clara Zetkin und die deutschen Frauen hatten eine Resolution vorgeschlagen, die für das allgemeine Frauenwahlrecht als Ziel der politischen Befreiung und Gleichstellung der Frau argumentierte. Dies wurde so formuliert: „Die sozialistische Frauenbewegung aller Länder weist das beschränkte Frauenwahlrecht als eine Verfälschung und Verhöhnung des Prinzips der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts zurück. Sie kämpft für den einzigen lebensvollen konkreten Ausdruck dieses Prinzips; das allgemeine Frauenstimmrecht, das allen Großjährigen zusteht und weder an Besitz noch Steuerleistung noch Bildungsstufe oder sonstige Bedingungen geknüpft ist, welche Glieder des arbeitenden Volkes von dem Genutz des Rechtes ausschließen. Sie führt ihren Kampf nicht im Bunde mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, sondern in Gemeinschaft mit den sozialistischen Parteien, welche das Frauenwahlrecht als eine der grundsätzlich und praktisch wichtigsten Forderungen zur vollen Demokratisierung des Wahlrechts überhaupt verfechten.“⁴³

In der Diskussion über das Frauenwahlrecht wurde die internationale Konferenz sozusagen zur Geisel in der Wahlrechtsdebatte zwischen verschiedenen Fraktionen der sozialistischen Frauen aus Großbritannien. Die Independent Labour Party (ILP) und die „Fabianer“ sprachen für ein privilegiertes Wahlrecht, während der überwiegende Teil der Social Democratic Federation, der u. a. Dora Montefiore angehörte, Anhänger des allgemeinen Wahlrechts war. Ihnen gegenüber stand Margaret Mac Donald, ein führendes Mitglied der ILP, die für das privilegierte Wahlrecht eintrat.⁴⁴ Die übrigen Konferenzteilnehmerinnen setzten sich für das allgemeine Wahlrecht ein, und Clara Zetkins Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Dem zweiten Teil der Resolution konnten sich alle anschließen: „Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialisti-

43 Resolutionen zur Tagesordnung, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

44 Siehe Karen Hunt: The Immense Meaning of it All, in: Socialist History, 2000, Nr. 1, S.22-42.

schen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. Die Forderung muss in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muss einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“⁴⁵

Die Fürsorge der Gesellschaft für Mutter und Kind

Die Diskussion über die Wahlrechtsfrage endete erst zur Mittagszeit am 27. August, sodass es weniger Zeit für die Debatte zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Die Fürsorge der Gesellschaft für Mutter und Kind“ gab. Zwei Themen prägten die Debatte: die angekündigten Resolutionen über die gesellschaftliche Verantwortung für Mutter und Kind und ein neuer, von Henriette Crone gestellter Resolutionsantrag über das Verbot der Nacharbeit für Frauen.

Die deutschen sozialdemokratischen Frauen hatten eine umfassende Resolution mit Vorschlägen zu Verbesserungen für Mutter und Kind eingereicht. Ein sehr ähnlicher Antrag kam von der finnischen Delegation. Darüber hinaus gab es Resolutionsvorschläge der Women's Labour League und der Frauenclubs aus Stockholm über die Sicherung von Bildung für junge Menschen, öffentliche ärztliche Behandlung und Krankenpflege, öffentliche Unterstützung für Witwen mit minderjährigen Kindern, für unverheiratete Frauen und alleinstehende Mütter. Diese Vorschläge wurden in verschiedener Form in den deutschen Resolutionsvorschlag integriert. Eine Gruppe dänischer Gewerkschaftlerinnen hatte einen Resolutionsvorschlag über ein gesetzlich verankertes Verbot von Heimarbeit präsentiert. Dieses Thema wurde auch in der deutschen Resolution behandelt, deshalb zogen die dänischen Frauen ihren Antrag zurück.⁴⁶

Zum Thema gab es u. a. Redebeiträge der dänischen Delegierten Camilla Nielsen, Stadträtin in der Gemeinde Frederiksberg bei Kopenhagen,⁴⁷ über die Versorgung von Witwen und von Elisabeth Mac, die für ein

45 Resolutionen zur Tagesordnung, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA. Zur Geschichte des 8. März siehe www.aba.dk > 8.marts i 100 år.

46 Resolutionen zur Tagesordnung, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

47 Camilla Nielsen (1856-1932), 1908 Mitglied des Vorstandes der Hilfskasse Frederiksberg, ab 1910 in der Führung der Foreningen for Hjelpekasser i Danmark [Vereinigung der Hilfskassen in Dänemark]; soziale Arbeit als Leiterin der Frederiksberg Folkekøkken (Volksküche Frederiksbergs); frauenpolitisches Engagement im Vorstand der Sozialdemokratischen Frauenvereinigung Frederiksbergs; vertrat 1917-1932 die Sozialdemokratische Partei im Stadtrat von Frederiksberg.

Gesetz über ein obligatorisches Mutterschaftsgeld eintrat, das Frauen nach der Geburt erhalten sollten und das weder als Armenversorgung eingestuft noch in deren Ämtern ausgezahlt werden sollte.

Die deutsche Resolution wurde – versehen mit einer allgemeinen Einleitung der britischen Frauen über die Verpflichtung der Gesellschaft, Schwangere, Mütter mit Säuglingen, Klein- und Schulkindern zu versorgen – einstimmig angenommen. Die Resolution ist deshalb interessant, weil sie in einem ambitiösen Reformprogramm die Forderungen vereinigte, die die sozialistischen Frauen international an eine sozialistische Gesellschaft stellten. Ein Teil der Forderungen war früher auf internationalen Foren zur Arbeiterschutzgesetzgebung, auf Frauenkonferenzen sowie auf politischen und gewerkschaftlichen Konferenzen der Arbeiterbewegung diskutiert worden.⁴⁸ Viele dieser Forderungen wurden im 20. Jahrhundert Teil der Konventionen der ILO, der programmatischen Schriften der sozialistischen Parteien und nach 1945 Grundlage der Reformen in den Sozial- und Wohlfahrtsstaaten der Industrieländer. Besonders die skandinavischen Staaten setzten (mit unterschiedlicher Intensität) die Reformforderungen von 1910 zur Gleichstellung der Frau in der Familie, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft um.

Die Resolution ist in fünf Punkte mit Forderungen an Staat und Gemeinde nach sozialer Fürsorge für Mutter und Kind eingeteilt und besagt in ihren Hauptpunkten:

1. Die Arbeiterschutzgesetzgebung hat folgendes zu sichern: einen achtstündigen Arbeitstag für Arbeiterinnen über 18 Jahre, einen vier- bis sechstündigen Arbeitstag für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren und ein Arbeitsverbot für Kinder unter 14 Jahren; ein Verbot von Arbeit und Arbeitsmethoden, die der Gesundheit von Frauen und Kindern schaden können; das Recht für Schwangere, acht Wochen vor der erwarteten Geburt die Arbeit einzustellen, und ein Verbot der Wiederaufnahme der Arbeit für Mütter innerhalb der ersten acht Wochen nach einer Geburt (ein Vorschlag zur Einrichtung von Räumen in den Fabriken für stillende Mütter entfiel).

48 Siehe Wikander, *Feminism*. Das Buch untersucht umfassend die Konferenzen der internationalen Arbeiterbewegung, der Frauenbewegung und der Arbeiterschutzkonferenzen dieser Zeit. Dreh- und Angelpunkt ist das Verbot der Nachtarbeit für Frauen, aber das Buch behandelt auch andere relevante Themen dieser Kongresse über die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt, über den Arbeiterschutz sowie die Verantwortung der Gesellschaft für ihre Bürger, also Forderungen für einen Sozial- und Wohlfahrtsstaat.

2. Eine obligatorische Kranken- und Mutterschaftsversicherung, die Frauen acht Wochen vor und acht bis dreizehn Wochen nach der Geburt absichern sollte. Die finanzielle Unterstützung sollte sich auf einen durchschnittlichen Tageslohn belaufen und für sämtliche Frauen gelten, also nicht allein für Fabrikarbeiterinnen, die bereits vom Arbeiterschutzgesetz erfasst waren, sondern auch für Landarbeiterfrauen, Heimarbeitende und Dienstmädchen sowie für Frauen, deren Einkommen ein bestimmtes Niveau unterschritt. Öffentlich finanzierte Hebammenhilfe und ärztliche Behandlung sowie nachträgliche Behandlung im eigenen Heim durch Ammenhilfen gehörten auch zu den Forderungen.
3. Die Gemeinden sollten Geburtskliniken sowie Aufenthaltsorte für Säuglingsmütter einrichten, dazu Pflege für diese Mütter in ihrer eigenen Wohnstätte (durch Heimpflegerinnen) etablieren und keimfreie Milch für Säuglinge anbieten.
4. Der Staat sollte den Gemeinden Zuschüsse sichern, damit diese ihre Verpflichtungen auf dem Gebiet der Kranken- und Mutterschaftsversicherung erfüllen könnten. Eine Aufklärung für Mütter über die richtige Pflege und Ernährung des Kleinkindes kam hinzu.
5. Den Kindern sollte ein unentgeltlicher, konfessionsloser Unterricht angeboten werden. Tagesstätten für Vorschulkinder sollten eingerichtet werden, ebenso Schulheime für elternlose Kinder, Schulheime, die auch in den Ferienperioden sich der Kinder annehmen sollten. Man forderte freie Schulspeisung, Ferienlager, dazu die Errichtung von Schwimm- und Turnhallen sowie Schulgärten. Zur Erhöhung des Gesundheitszustandes sollten Schulärzte und Schulzahnärzte eingestellt werden, und man sollte Sanatorien und Waldschulangebote für kranke und schwache Kinder einrichten.⁴⁹

Die historische Perspektive der Resolution kann anhand eines Beispiels illustriert werden: der Fürsorge für schwangere Arbeiterinnen und Mütter nach der Geburt, wie sie sich in Dänemark entwickelte. Erst 1960 erhielten *sämtliche* weibliche Krankenkassenmitglieder, die Lohnarbeiterinnen waren (und nicht allein Frauen, die dem Fabrikgesetz unterlagen), das Recht auf Mutterschaftsurlaub und Mutterschaftsgeld von 14 Wochen im Zusammenhang mit der Geburt, jedoch frühestens acht Wochen vor der Geburt. Hebammen- und ärztliche Hilfe sowie das Recht auf einen Krankenhausaufenthalt bei einer Geburt war nun unentgeltliches Recht für

49 Resolutionen zur Tagesordnung, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

alle. 1972 erfasste das Gesetz alle weiblichen Lohnempfänger, aber erst 1980 wurde der bezahlte Mutterschaftsurlaub so erweitert, dass er die Zeit von vier Wochen vor der Geburt bis 14 Wochen nach der Geburt abdeckte!⁵⁰

Verbot von Nachtarbeit für Frauen

Das zweite Diskussionsthema zum Tagesordnungspunkt „Die Fürsorge der Gesellschaft für Mutter und Kind“, das Verbot von Nachtarbeit, führte beinahe zur Auflösung der Konferenz. Präsentiert wurde es von Henriette Crone, Vorsitzende der Gewerkschaft der Druckereiarbeiterinnen und Mitglied des Kopenhagener Stadtrates.⁵¹

Die Resolution nahm ihren Ausgangspunkt in der Situation der Frau unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise, die die Arbeiterin auf den Arbeitsmarkt gezwungen hätte. Nur durch ökonomische Gleichstellung könne sie dem Mann gleichgestellt werden. In einer Frage müsse ihr jedoch ein besonderer Schutz zukommen, nämlich während der Schwangerschaft und nach der Geburt, und hier rief die Gruppe die internationale Sozialdemokratie auf, sich kraftvoll dafür einzusetzen. Ansonsten forderte die Resolution: „Die Konferenz spricht sich hingegen mit Nachdruck gegen Ausnahmegesetze aus, die im Kampf um das tägliche Brot die Frau ungünstiger stellen als den Mann, wobei die wirtschaftliche Selbstbehauptung der Frau erschwert wird. Als ein solches Ausnahmegesetz betrachtet die Konferenz das Verbot von Nachtarbeit für erwachsene Frauen, wenn es nicht gleichzeitig von einem Verbot von Nachtarbeit *somohl* für Männer als auch für Frauen gefolgt wird.“

Das Verbot von Nachtarbeit allein für Frauen stellte einen Diskussionspunkt dar, der quer durch die Interessen vieler Gruppen verlief: zwischen

50 Siehe Anette Eklund Hansen: Arbejderkvindernes holdning til den første lovgivning om barselsorlov 1901-1913 [Die Haltung der Arbeiterfrauen zu den ersten Gesetzen über den Mutterschaftsurlaub 1901-1913], in: ABA's Årsskrift 2001, Kopenhagen 2002, S.34-40; dies.: www.aba.dk > Barselsorlovens historie i 100 år; Anette Borchorst: Køn, magt og beslutninger. Politiske forhandlinger om barselsorlov 1901-2002 [Geschlecht, Macht und Beschlüsse. Politische Verhandlungen über den Mutterschaftsurlaub 1901-2002], Århus 2003.

51 Die Unterzeichnenden der Resolution waren u. a. Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften der Druckereiarbeiterinnen, der weiblichen Industriearbeiter (Kvindeligt Arbejderforbund), der Dienstmädchen, der Damenkonfektionsnäherinnen sowie von sozialdemokratischen Vereinen. Resolutionen zur Tagesordnung, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

Männern und Frauen, zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Frauenbewegung, zwischen den gewerkschaftlich und politisch arbeitenden Sozialistinnen, intern in der nationalen und internationalen sozialistischen Bewegung.⁵²

Der 3. Kongress der II. Internationale 1893 in Zürich hatte nach langen Diskussionen eine Resolution angenommen, die für ein gezieltes Verbot von Nachtarbeit für Frauen eintrat. Die Resolution war ein Kompromiss und forderte eine besondere Schutzgesetzgebung für die Arbeiterin in ihrer Eigenschaft als Mutter, enthielt aber auch die Forderung nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“.⁵³ Die Position von Clara Zetkin und anderen führenden Sozialdemokraten ging davon aus, dass Männer wie Frauen in der kapitalistischen Gesellschaft der Ausbeutung des Kapitals ausgesetzt waren, dass aber auch beide Geschlechter ein Anrecht hatten, als Lohnarbeiter in der Industrie zu arbeiten. Die meisten Arbeiterfamilien benötigten ein Einkommen beider Eltern, um versorgt werden zu können, aber die Frauen hatten in ihrer Rolle als Mütter auch Anspruch auf einen besonderen Schutz. Darum forderte die Resolution von 1893 – neben dem Verbot der Nachtarbeit für Mütter – den Achtstundenarbeitstag sowie den Schutz der Frau bei Schwangerschaft und in den ersten Wochen nach der Geburt. Früher hatte man ein generelles Nachtarbeitsverbot verlangt. Die Forderungen mischten sich direkt ein in die Diskussion über die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, bei der Männer Frauen der unlauteren Konkurrenz bezichtigten, weil sie mit ihrem niedrigeren Lohn die Männer auf vielen Arbeitsgebieten niederkonkurrierten und bei neuen Technologien weibliche Arbeitskräfte gar Männer aus den Fabriken verdrängten. Die Frage der geschlechtlichen Arbeitsverteilung spielte also auch für die Männer eine Rolle. Für die Arbeiterinnen würde ein Nachtarbeitsverbot bedeuten, dass sie ihre Arbeit verlieren und damit im Wettbewerb mit den Männern um Arbeitsplätze schlechter dastehen würden. Die sozialistischen Parteien hielten auch in den nächsten Jahrzehnten an ihrer Position zum Nachtarbeitsverbot für Frauen und nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit fest.

52 Das Verbot der Nachtarbeit wird ausführlich in Wikander/Kessler-Harris/Lewis (Hrsg.), *Protecting Women*, behandelt. Hier (S.210-234) beschreibt Anna-Birte Ravn die Debatte in Dänemark: *Lagging Far behind All Civilized Nations*; siehe auch Wikander, *Feminism*.

53 Siehe Ulla Wikander: *Some Kept the Flag of Feminist Demands waving*, in: dies./Kessler-Harris/Lewis (Hrsg.), *Protecting Women*, S.36-42.

Somit betrat Henriette Crone mit ihrem Resolutionsvorschlag sozusagen ein Minenfeld.

Sie präsentierte die Resolution mit scharfen Worten. Nina Bang sprach sich danach gegen die Resolution aus. In der Wiedergabe der bürgerlichen dänischen Tageszeitung „Berlingske Tidende“ hieß es dazu: „Frau Nina Bang bedauerte, dass die Versammlung Zeuge dieser Divergenz innerhalb der dänischen Delegation werden musste, sie müsse aber deutlich von Fräulein Crone Abstand nehmen und könne die Resolution nicht empfehlen.“ Clara Zetkin schrieb in der „Gleichheit“, dass sowohl die dänischen als auch die schwedischen Sozialdemokratien in der peinlichen Situation wären, dass es bei ihnen Gruppen von Gewerkschafterinnen gäbe, die sich immer noch gegen ein Nachtarbeitsverbot für Frauen wandten. Sie hoffe aber, man könne in Verhandlungen diese Gegner bald überzeugen, dass ihr Widerstand gegen das Verbot falsch sei.⁵⁴

Nach Nina Bang meldete sich eine große Zahl von Rednerinnen zu Wort. Den Zeitungsberichten zufolge kam es zu fast tumultartigen Zuständen. Clara Zetkin und Nina Bang versuchten, Ordnung zu schaffen. Unklarheit herrschte bei den Abstimmungen, und der geplante Konferenzverlauf geriet in Gefahr. Obwohl immer noch 17 Personen auf der Rednerliste standen, stellte Clara Zetkin die Resolution zur Abstimmung. Diese wurde von sämtlichen Delegierten mit Ausnahme eines großen Teils der dänischen und der schwedischen Delegation verworfen.⁵⁵

Der Abschluss der Konferenz

Nach dieser turbulenten Situation verschob Clara Zetkin den Abschluss der Konferenz um eine Stunde. Damit verschob sich auch das festliche Abschlussessen, das im Restaurant „Nimb“ beim Kopenhagener Tivoli stattfinden sollte.

Es lagen noch einige Resolutionen vor, die aber nicht unter die bisherigen Tagesordnungspunkte gehörten. Dazu kamen einige organisatorische Fragen, zu denen Beschlüsse gefasst werden sollten. Der Resolutionsvor-

54 Sammelalbum, S. 109, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA; Die Gleichheit, 1910, Nr. 25, S.388f.

55 In Schweden war ein Nachtarbeitsverbot für Frauen am 1. Januar 1910 eingeführt worden. Schon nach einem Jahr mussten die schwedischen Frauen über viele Entlassungen berichten und darüber, dass ganze Fachbereiche in Zukunft den Frauen nicht mehr zugänglich seien. Siehe Inge Ejsing og Anni Hentze: Henriette Crone, nicht veröffentlichte Arbeit, Roskilde, RUC, 1995, S.60.

schlag der österreichischen Delegierten Emmy Freundlich, deren Resolution sich mit der Verteuerung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter beschäftigte, wurde angenommen. Hierin forderte man die Arbeiterinnen auf, ihre Ehemänner in ihrem Kampf für höhere Löhne sowie die Errichtung kooperativer Geschäfte zu unterstützen. Weitere Resolutionen und Vorschläge fanden Zustimmung, u. a. ein Vorschlag über eine Witwenversicherung und zur Unterstützung arbeitsloser Frauen. Ferner gab es Vorschläge zur Agitation Arbeiterinnen gegenüber mit dem Ziel, dass diese sich der sozialistischen Bewegung und den Gewerkschaften anschließen sollten, und für eine Bewegung zur Unterstützung der Arbeiterfrauenorganisationen. Der Almindelig Kvindeklub (Allgemeiner Frauenklub) in Stockholm schlug vor: Die Konferenz erklärt: „Alle politischen und gewerkschaftlichen Organisationen wie auch die Frauenzeitschriften, die der Aufklärungsarbeit gegenüber Frauen dienen, haben, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, ein Recht auf die materielle und moralische Unterstützung der Sozialdemokratie.“ Dieser Vorschlag muss Wasser auf die Mühlen der dänischen sozialdemokratischen Frauen gewesen sein. Der Antrag der schwedischen Frauenclubs, dazu Stellung zu beziehen, ob die sozialistischen Frauenorganisationen am besten geeignet seien, Frauen durch Agitation für die sozialistische Idee zu gewinnen, wurde auf die nächste Konferenz vertagt. Die Diskussion über selbstständige sozialdemokratische Frauenorganisationen schien auch in anderen Ländern ein Thema zu sein.

Clara Zetkin wurde als Sekretärin des internationalen Sekretariats der sozialistischen Frauen wiedergewählt, und man beschloss, die nächste Frauenkonferenz 1913 in Wien durchzuführen. Auch wurde ein Komitee zur Vorbereitung dieser Konferenz eingesetzt. Das Komitee setzte sich aus deutschen und österreichischen Delegierten zusammen. Mit seiner Tagung am 3. September begannen die Vorbereitungsarbeiten zur Planung der kommenden Konferenz.⁵⁶

Trotz des Zeitdrucks endete die Konferenz mit einigen sozialistischen Liedern, Dankreden an die Veranstalterinnen Clara Zetkin, Elisabeth Mac und Nina Bang und einer Fotoaufnahme, bevor die Teilnehmerinnen zum Restaurant „Nimb“ zogen, um gemeinsam zu essen. Die dänischen

56 Siehe Die Gleichheit, 1910, Nr. 25, S.387-389; Referat und Resolutionen und Beschlüsse der Zweiten Internationalen Frauenkonferenz zu Kopenhagen, auf: <http://library.fes.de/si-online/frauen-intro-dt.html>; Resolutioner til dagsorden, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

sozialdemokratischen Frauen und Frauengewerkschaften waren, wie gesagt, Gastgeberinnen des Konferenzessens. 16 gewerkschaftliche und politische Vereine hatten entsprechend der Zahl ihrer weiblichen Mitglieder zum Festessen beigetragen.⁵⁷

Die Vorsitzende des Kopenhagener Dienstmädchenvereins Marie Christensen⁵⁸ soll hier mit ihrer Beschreibung des festlichen Abschlusses der Konferenz am 27. August zu Wort kommen: „In Eile wurde die Konferenz inmitten aller Verwirrung mit guten Wünschen und der Fotografie abgeschlossen, und man musste sich zum Festessen im *Nimb* beeilen; die meisten Delegierten mussten so erscheinen, wie sie dastanden, denn es gab keine Zeit, nach Hause zu gehen und sich umzuziehen, obwohl das Abendessen um eine Stunde verschoben worden war. Wir versammelten uns in prächtigen, schönen Räumen, und nach einer halben Stunde geselligen Zusammenseins setzten wir uns an die Tische in dem festlich beleuchteten Speisesaal. 150 Personen, hiervon etwa 20 eingeladene Gäste, nahmen am Essen teil. Das Menu bestand aus: Hähnchen *Vol au vent*, Rotwein, Kalbsrücken mit *Sauce italienne*, Eisdessert *Congrès*, Madeira.

Alle waren müde und hatten Hunger, und deshalb kam keine feierliche Festaktstimmung auf. Es gab Höflichkeitsreden für die Präsidentin Frau Zetkin, Herrn Stauning, Frau Mac und Frau Nina Bang. Um etwa 1 Uhr ging die Versammlung nach einer vergnüglichen und gemütlichen Zusammenkunft nach Hause.⁵⁹

Die Veranstaltung der Frauen in Grundtvigs Hus

Am Abend des ersten Konferenztages (26. August) war ein großes internationales Frauentreffen in Grundtvigs Hus in Studiestræde durchgeführt worden. Veranstalter waren die sozialdemokratischen und die Gewerk-

57 Abrechnung der Frauenkonferenz. Hildora Mouritzen war Kassiererin. Die Rechenschaft des Veranstaltungskomitees wies 813,91 Kronen aus; hiervon kostete das Festessen im Restaurant „Nimb“ 595,90 Kronen. Kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

58 Marie Christensen (1871-1945), hatte großen Anteil an der Organisierung der Dienstmädchen und der Professionalisierung der Arbeit der Hausangestellten; setzte sich für das Wahlrecht der Frauen und der Dienstmädchen ein; gründete 1899 in Kopenhagen die Organisation für Dienstmädchen und führte 1906 eine Ausbildung für Hausangestellte ein, 1904-1927 Geschäftsführerin der Dienstmädchenorganisation Dänemarks und lange Zeit Redakteurin der Gewerkschaftszeitung; 1917-1921 Mitglied im Kopenhagener Stadtrat.

59 Tjenestepigernes Blad, Nr.18, 1.9.1910, S.88.

schaftsfrauen. Auch Männer waren dazu eingeladen, Eintrittskarten zu 25 Øre das Stück gab es im Büro des Socialdemokratisk Forbund (Sozialdemokratische Partei), Rømersgade 22.⁶⁰ Henriette Crone eröffnete das Treffen mit einigen Worten über den internationalen Fluch der Armut und übergab danach das Wort an Clara Zetkin. Nina Bang übersetzte aus dem Deutschen und Reinholdt Mac, der Gatte von Elisabeth Mac, aus dem Englischen ins Dänische. Alle zwölf Rednerinnen waren führende Persönlichkeiten der internationalen sozialistischen Frauenbewegung. Die in Anzeigen der Parteizeitung „Socialdemokraten“ genannte Rednerliste stimmt nicht völlig mit der im Bericht überein, u. a. sprachen: Emma Ihrer (Deutschland), Adelheid Popp (Österreich), Marie Walther (Schweiz), Dora Montefiore (Großbritannien), May Wood Simons (USA) und Angelica Balabanova (Italien). Den größten Beifall erntete (den Berichten nach) die schönste und überzeugendste Rednerin der Konferenz: die russische Delegierte Aleksandra Kollontaj. Ihr Redebeitrag hinterließ den stärksten Eindruck auf die Zuhörer, auch auf den Berichterstatter der liberalen Zeitung „Politiken“, der die Reaktion des Publikums so beschrieb: „Als das Fräulein schwieg, brach ein Beifall los, so stark, als sei es der Thron des Zaren selbst, der in Trümmer fiel. Und über das wunderbare Gesicht der jungen Frau, das nun vor Bewegung glühte, glitt ein Lächeln so wundervoll wie die Sonne der Freiheit, die das russische Volk sich so blutig zu erkämpfen versucht.“ Elisabeth Mac schloss das Treffen mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ab. Die Zusammenkunft hatte zweieinhalb Stunden gedauert, aber, wie der zitierte Berichterstatter es formulierte: „Die Zeit verschwand wie kurze Minuten. Mademoiselle Kollontai hat sie unvergesslich gemacht!“

Schluss

Die sozialistische Frauenkonferenz war eine Riesenmanifestation der dänischen sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen. Dänemark nahm auf der Weltkarte der sozialistischen Frauenbewegung jetzt einen nach außen sichtbaren Platz ein. Die dänischen Frauen waren nun formeller Teil eines internationalen Netzwerkes⁶¹ und

60 Dieser Abschnitt stützt sich auf Berichte im Sammelalbum, S.4, 15, 61, sowie auf Rechenschaftsberichte des Konferenzkomitees, kasse 770, Socialdemokratiets arkiv, ABA.

61 Etliche dänische Frauen hatten vermutlich mit Frauen anderer Länder Kontakt gehabt, u. a. im Kampf für das Wahlrecht. Es gibt aber in der Literatur nur sehr wenige Informationen über die internationalen Kontakte der Frauen.

der Diskussionen über mögliche Verbesserungen der Verhältnisse der Arbeiterinnen. Der Kontakt zum Netzwerk wurde dadurch aufrechterhalten, indem, jedenfalls in den ersten Jahren nach der Konferenz, Berichte an „Die Gleichheit“ geschickt wurden.⁶² Im eigenen Land konzentrierte man sich stärker auf die Bedeutung und die Rolle der Arbeiterin in der dänischen Arbeiterbewegung. Von 1911 bis 1917 fand wie in anderen Ländern der von der sozialistischen Frauenbewegung durchgeführte internationale Frauentag statt – nicht unbedingt am selben Datum, aber es wurde ein Frauentag veranstaltet. In den ersten Jahren lag dessen Schwerpunkt auf der Agitation für das Frauenwahlrecht.⁶³

Auch wenn die Konferenz 1910 eine ganze Menge an Uneinigkeiten kreuz und quer durch die sozialistischen Frauengruppierungen der Mitgliedsländer aufwies, zeigten die Resolutionen auch Einigkeit darüber, dass die Frauen auf eine gemeinsame Politik zur Verbesserung der Situation der Arbeiterinnen, auf dem Arbeitsmarkt wie auch politisch, hinarbeiten wollten. Es war ein groß angelegtes Programm, das für den Rest des Jahrhunderts die Tagesordnung bestimmte – sowohl in den nationalen politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen als auch auf den internationalen Foren wie der ILO und nach dem Zweiten Weltkrieg der UNO.

Die Festlegung eines internationalen Frauentages hatte große Bedeutung für die internationale Frauenbewegung. 1921 wurde in Moskau bestimmt, diesen Tag jedes Jahr am 8. März zu veranstalten. Nach dem Durchbruch der neuen Frauenbewegung Anfang der 1970er-Jahre beschloss die Frauenkonferenz der UNO 1975, den 8. März zum internationalen Frauentag zu ernennen. 2010 wurde die einhundertste Wiederkehr des Beschlusses der Kopenhagener Konferenz in Dänemark und in vielen anderen Ländern begangen.⁶⁴ Der internationale Frauentag ist ein anerkanntes Mittel, um die Probleme der Frauen in der ganzen Welt aufzugreifen.

Aus dem Dänischen von Torsten Lange

62 Siehe Wickert, Kvinder, S.20ff.

63 Siehe www.aba.dk > 8.marts; Wickert, Kvinder.

64 Siehe <http://www.8marts2010.dk>.

Briefe Clara Zetkins in Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung in Stockholm

Martin Grass

Korrespondenz in verschiedenen Formen, vom Rundschreiben bis zu persönlichen Briefen, war das hauptsächliche Kommunikationsmittel während der frühen transnationalen sozialistischen Kooperation, sowohl für Frauenbewegungen wie für die Kommunikation zwischen Frauen. Briefe berichteten und verbreiteten Informationen, beinhalteten Einladungen für Konferenzen, vertieften Kontakte, die auf Kongressen, Konferenzen und Studienfahrten geknüpft worden waren, baten um transnationale Unterstützung und so weiter. Korrespondenz ist immer ein Bestandteil, häufig sogar ein wesentlicher, in Nachlässen von Frauen und in den Beständen der Frauenverbände, der sozialistischen, kommunistischen und syndikalistischen, in Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung (Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek; ARAB) in Stockholm. Aber Briefe von Frauen tauchen naturgemäß auch in Archiven anderer Organisationen und in Nachlässen von Männern auf. Der Zugang zu den Briefen ist nicht immer leicht, da es weder Korrespondentenregister aller Archive noch eine kumulative Datenbank von Briefschreibern gibt. Außerdem sind die Korrespondenten nicht mit Angaben nach Geschlecht und auch die Briefinhalte nicht durch Suchkriterien erschlossen. Wenn es Korrespondentenregister gibt, kann man Briefe von Frauen also nur dann finden, wenn man ihre Namen kennt. Um herauszufinden, ob ein Brief von relevantem Inhalt ist, bleibt einem nur übrig – ihn zu lesen.

Als Beispiel für Briefe von Frauen werden im Folgenden die elf auf Deutsch geschriebenen Briefe Clara Zetkins, die in ARAB vorhanden sind, vorgestellt und zusammenfassend kommentiert.¹

Clara Zetkin (5. Juli 1857-20. Juni 1933) war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges eine prominente Figur der deutschen und internationalen sozialistischen Frauenbewegung. 1907 ergriff sie die Initiative und gründete eine einheitlich organisierte internationale Organisation, das Internationale Sozialistische Frauensekretariat, das Clara Zetkin als Sekretärin

¹ Den englischen Text für das Frauenprojekt von ARAB, WOW (Worlds of Women), das zur Forschung im Bereich transnationaler Verbindungen von Frauen in der Arbeiterbewegung anregen sollte, siehe www.arbak.se/2010/08/wow (Zugriff am 26. August 2010). Eine schwedische Version in: *Arbetarhistoria*, 2010, Nr. 136, S.49-60.

führte. Sie war die Koordinatorin und treibende, einende Kraft der Fraueninternationale. Bis zum Frühjahr 1917 war sie Herausgeberin der Frauenzeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands „Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen“. Diese Zeitschrift war gleichzeitig sowohl das Sprachrohr der Fraueninternationale als auch ein Forum für den transnationalen Informationsaustausch. Natürlich erregte Clara Zetkin früh die Aufmerksamkeit von „Morgonbris“, der Zeitung der schwedischen sozialdemokratischen Frauenbewegung. Diese hatte sich unter verschiedenen Namen ab 1902 herausgebildet und wurde 1920 als Sveriges Socialdemokratiska Kvinnoförbund (Sozialdemokratischer Frauenverband Schwedens) formell gegründet.

In „Morgonbris“ Nummer 3 von 1906 wurde Clara Zetkin von Wilhelm Jansson vorgestellt, einem ehemaligen schwedischen Gärtner, der später Karriere in der deutschen Gewerkschaftsbewegung machte und als wichtige Kontaktperson zwischen der schwedischen und deutschen Arbeiterbewegung sehr gefragt war. Clara Zetkins Buch „Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart“ (1889) erschien auf Schwedisch in „Morgonbris“ (Nr. 2-4/1905, Nr. 1-4/1906) unter dem Titel „Arbeterskor och nutidens kvinnor“ (Arbeiterinnen und Frauen der Gegenwart).

Clara Zetkins elf Briefe in ARAB spannen sich über ein Jahrzehnt, von 1906 bis 1917. Drei Briefe stammen aus dem Jahr 1906, einer von 1907, drei Briefe von 1910, je einer aus den Jahren 1911 und 1914 und zwei von 1917.² Mit Ausnahme eines Briefes von 1910 und der beiden von 1917 können die Briefe als persönlich adressierte Rundschreiben der Sekretärin der Fraueninternationale beschrieben werden. Diese wurden auch an die Frauenbewegungen anderer Länder geschickt. Dennoch sind die Briefe interessant. Sie verdeutlichen nicht nur Clara Zetkins Ziel, Frauen zusammenzubringen, Kontakte zu knüpfen und Informationen über die Landesgrenzen hinaus zu verbreiten, sondern auch die Grenzen der

2 Briefe von Clara Zetkin an Hjalmar Branting, 17. März 1906, 26. Juni 1906, 8. November 1907 und Postkarte von Clara Zetkin an Hjalmar Branting, 31. Oktober 1906, in Nachlass Hjalmar Branting, Box 3.1:05 und 3.1:06; Briefe von Clara Zetkin an Ruth Gustafson, 10. Mai 1910 (mit Einlage: Überblick über die deutsche sozialistische Frauenbewegung), 6. Juni 1910 (mit Einlage: Einladung zur 2. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz) und 29. Juli 1910, in Nachlass Hulda Flood, Box 25; Brief von Clara Zetkin an Kata Dalström, 20. November 1911, in Nachlass Kata Dalström, Box 15; Briefe von Clara Zetkin an Anna Lindhagen, 28. März 1914 und 2. Juli 1917 (mit Einlage: Abschrift Clara Zetkin an Heleen Ankersmit, 16. Mai 1917), in Sveriges Socialdemokratiska Kvinnoförbund, Box E 05:01; Brief von Clara Zetkin an Angelika Balabanova, 23. April 1917 (mit Einlage: Mandat für Heleen Ankersmit und Angelika Balabanova), in Nachlass Angelika Balabanova, Box 1.

transnationalen Kooperation, beispielsweise der Sprachbarrieren oder Probleme mit Empfängern von Briefen, die Clara Zetkin zwar kannte, die aber nicht immer die geeignetsten Personen waren. Die transnationale Zusammenarbeit war immer auf engagierte Personen in den nationalen Organisationen angewiesen und von den Ressourcen, Aktivitäten, Reaktionen usw. dieser Organisationen abhängig. Sieben dieser Briefe wurden gerade unter dem Titel „Sieben Briefe an Mitstreiter in Schweden 1906-1914“ in dem von Ulla Plener herausgegebenen Buch „Clara Zetkin in ihrer Zeit“ publiziert.³

Briefe an Hjalmar Branting 1906-1907

Am 17. März 1906 schrieb Clara Zetkin an Hjalmar Branting, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens (Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti; SAP) und bekannt in der internationalen Arbeiterbewegung.⁴ Mit Bezug auf eine Nachricht aus dem „Hamburger Echo“ über das Frauenwahlrecht in Schweden und auf die Resolution zum Frauenwahlrecht des Internationalen Sozialistischen Kongresses in Amsterdam 1904,⁵ fragte sie bei Branting hinsichtlich eines Artikels über das Frauenwahlrecht in Schweden für „Die Gleichheit“ an. Sie bat ihn um „gütige Vermittlung“, da sie keine anderen schwedischen Genossen und Genossinnen kenne. Allerdings zeigt der nachfolgende Brief vom Juni, dass es bereits vorher mit Genossinnen Kontakte gegeben hatte. Das Kontaktieren Brantings, der führenden Persönlichkeit der schwedischen Sozialdemokratie, war jedoch eine Möglichkeit, dem Anliegen mehr Legitimität zu verleihen. Clara Zetkin wünschte sich „eine ganz gewissenhafte Darstellung des Sachverhalts“, „eine klare und erschöpfende

3 Siehe Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit: Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen. Material des Kolloquiums anlässlich ihres 150. Geburtstages am 6. Juli 2007 in Berlin, Berlin 2008. Abdruck der Briefe S.181-193.

4 Hjalmar Branting (1860-1925) Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens seit 1907, als dieses Amt eingeführt wurde, bis zu seinem Tod; Chefredakteur des Parteiorgans „Social-Demokraten“ 1886-1892, 1896-1908, 1911-1917 und des theoretischen Organs „Tiden“ 1908-1917; Reichstagsabgeordneter seit 1897; erster sozialdemokratischer Minister in einer Koalitionsregierung mit den Liberalen 1917-1918; erster sozialdemokratischer Ministerpräsident 1920 und zwei weiterer sozialdemokratischer Regierungen 1921-1923 und 1924/25; Teilnehmer an sechs der neun Kongresse der sozialistischen Internationale 1891-1912 und ab 1903 Mitglied deren Internationalen Sozialistischen Büros; Schwedens Repräsentant im Völkerbund seit 1920 und Mitglied des Völkerbunds ab 1923.

5 Zu veröffentlichten Dokumenten der II. Internationale und auch der Fraueninternationale siehe <http://library.fes.de/si-online/index-dt.html> (Zugriff am 19. August 2010).

Darstellung der Situation“ und der vorliegenden Tatsachen. „Die Gleichheit“, so berichtete sie, sei die sozialdemokratische Frauenzeitung und habe 36.000 Abonnenten, würde aber tatsächlich von „mindestens der doppelten Anzahl Personen“ gelesen. Angesichts der Verbreitung der „Gleichheit“ würde es sich also „der Mühe“ lohnen, einen solchen Artikel zu verfassen. Ganz abgesehen davon hätten die deutschen Genossinnen „als Parteigenossinnen wie als Frauen“ ein „Anrecht“ darauf, über dieses sie interessierende Thema informiert zu werden.

Der gewünschte Artikel wurde von Branting selbst verfasst, da die Wahlrechtfrage für ihn sehr wichtig war und er sich hier sehr engagierte. In ihrem Brief vom 26. Juni dankte Zetkin Branting für seinen „sehr interessanten und wertvollen Artikel“. Im Namen der deutschen Genossinnen bedankte sie sich besonders dafür, dass Branting selbst sich die Zeit genommen habe, „so ausführlich“ zu schreiben. Brantings Stellung verlieh dem natürlich Gewicht. Sie erwähnte außerdem, dass u. a. die Wahlrechtfrage bei der nächsten Parteikonferenz der deutschen sozialdemokratischen Frauen in Mannheim diskutiert werden würde. Es wäre „sehr schön“, wenn einige der schwedischen Sozialdemokratinnen, „die ja schon wiederholt in Deutschland gewesen sind“, daran teilnehmen könnten. Die bereits bestehenden direkten Kontakte würden somit offizieller werden. Als Postskriptum fragte sie nach zusätzlicher Information. Branting hätte in seinem Artikel Anna Sterky⁶ erwähnt und sie als „Organisatorin der meisten Frauengewerkschaften in Stockholm“ bezeichnet.⁷ Clara Zetkin wollte wissen, ob das bedeute, dass es besondere Gewerkschaften für Frauen gäbe, oder ob Sterky besonders Frauen als Gewerkschafter organisiere.

Die besonderen örtlichen Frauengewerkschaften, meist Organisationen von Näherinnen, und die im Oktober 1902 gebildete Gewerkschaft der Frauen (Kvinnornas Fackförbund), auf die Branting in seinem Artikel Bezug nahm, wichen von dem in Deutschland üblichen Organisationsprinzip ab und bedurften daher einer Erklärung. Ob und wie Branting auf diese Fragen antwortete, ist mir nicht bekannt. In den persönlichen Unterlagen Clara Zetkins im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch, NY 4005) gibt es, soweit ich erfahren habe, dazu keinen Brief. Ein solcher

6 Anna Sterky (1856-1939), Dänin, kam 1891 nach Schweden, Schneiderin; 1902-1909 Vorsitzende der Gewerkschaft der Frauen (Kvinnornas Fackförbund). Eine der Pionierinnen der sozialdemokratischen Frauenbewegung; gründete 1904 deren Zeitung „Morgonbris“ und war von 1904 bis 1908 die erste Chefredakteurin; 1920 Ehrenvorsitzende des Sozialdemokratischen Frauenverbandes Schwedens.

7 Hjalmar Branting: Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie in Schweden, in: Die Gleichheit, 1906, Nr. 14 (11. Juli), S.92f., Zitat S.92.

Brief und andere relevante Briefe könnten möglicherweise im Russischen Zentrum für die Bewahrung und Erforschung Moderner Historischer Dokumente (Rossiskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšij Istorii) in Moskau zu finden sein. Jedenfalls blieb die oben genannte Formulierung im publizierten Artikel stehen, und zwar ohne kommentierende Anmerkung.

Brantings Artikel, datiert auf den 20. Juni 1906, wurde am 11. Juli in der „Gleichheit“ unter dem Titel „Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie in Schweden“ veröffentlicht. Branting hob einleitend u. a. hervor, dass Frauen nur das Recht hätten, an Kommunalwahlen teilzunehmen. Aber da dieses Wahlrecht an das Einkommen gebunden sei, wären Frauen de facto dennoch von der Wahl ausgeschlossen. Er erwähnte außerdem, dass Frauen ein Recht zur Teilnahme an bedeutungslosen Wahlen wie der „Wahl von Geistlichen“ hätten – gemeint sind Wahlen zur Synode, die aus Geistlichen und Laien bestand – und sich daran „hin und wieder“ mit „mehr Eifer“ beteiligten. Die SAP und eine radikale Fraktion im bürgerlichen Lager würden aber das allgemeine Wahlrecht fordern. Die Taktik der SAP bestünde darin, zuerst das allgemeine Wahlrecht für Männer zu fordern, um anschließend erfolgreich das Frauenwahlrecht durchsetzen zu können. Diese Taktik würde laut Branting auch von den führenden weiblichen SAP-Mitgliedern Anna Sterky und Kata Dalström⁸ unterstützt. „Anarcho-Sozialisten“ innerhalb der SAP hatten allerdings gegenteilige Ansichten. Das Ziel der Sozialdemokraten und der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen sei ein „allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht zu einer einzigen Kammer für Männer und Frauen“, so schloss Branting seinen Artikel ab.⁹

Die hier angedeutete Taktik war beispielsweise bereits am 2. März 1906 von ihm und dem Vorsitzenden des schwedischen Gewerkschaftsbundes (Landsorganisationen i Sverige, Landesorganisation in Schweden; LO) Herman Lindqvist¹⁰ in einer Erklärung für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion formuliert worden. Einige Tage später, bei einem Tref-

8 Kata Dalström (1858-1923), ab 1894 Mitglied der SAP; 1898-1901 Vorstandsmitglied in deren Nördlicher und Mittlerer Distriktsorganisation; Sitz im Parteivorstand der SAP 1900-1905; eine der wichtigen Agitatoren der ersten Jahrzehnte der Partei, gehörte dem linken Flügel der Partei an, schloss sich 1917 der neu gegründeten Sozialdemokratischen Linkspartei Schwedens, der späteren Kommunistischen Partei Schwedens an.

9 Branting, Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie, S.92f.

10 Herman Lindqvist (1863-1932), Möbelschreiner; Vorsitzender der Stockholmer Möbelschreiner-gewerkschaft, Funktionär im Schwedischen Holzarbeiterverband; ab 1898 zweiter Vorsitzender und 1900-1920 Vorsitzender im schwedischen Gewerkschaftsbund; 1921-1923 Sozialminister.

fen in Folkets Hus (Volkshaus) in Stockholm, rechtfertigte Branting seine Stellungnahme, wurde aber stark von den Frauen kritisiert. In „Morgonbris“ vom 1. März 1906, in der die Debatte und die genannte Erklärung abgedruckt wurden, wurde allerdings darauf hingewiesen, dass die Meinung über das Thema unter Arbeiterfrauen „äußerst geteilt“ wäre.

Clara Zetkin sandte nach Erscheinen des Artikels sofort mehrere Exemplare der „Gleichheit“ an Branting, die aber nicht zu ihm gelangten. In einer Postkarte vom 31. Oktober versprach sie, ihm weitere Exemplare zuzuschicken, und dankte Branting erneut für seine „Bemühungen“. Die Karte, die an die Redaktion des „Social-Demokraten“, des Parteiorgans der SAP, adressiert war, erreichte Branting in Stockholm nicht. Sie wurde ihm nach Amsterdam nachgesandt, wo er am 10. November an einem Treffen des Internationalen Sozialistischen Büros teilnahm. Als die Karte am 17. November in Amsterdam ankam, war Branting bereits über Brüssel, wo er sich am 13./14. November aufgehalten hatte, auf dem Weg nach Hause. Die Karte muss ihn irgendwann dennoch erreicht haben, denn sie befindet sich in seinem Nachlass.

Am 8. November 1907 bat Clara Zetkin erneut um einen Artikel, um einen „sehr genauen zuverlässigen“, über das begrenzte Frauenwahlrecht in Norwegen. 1907 war dort Frauen, die Steuern bezahlten, das Wahlrecht und das Recht auf Wählbarkeit zugestanden worden. Abermals fragte sie Branting nach einem Autor/einer Autorin. Einen entsprechenden Artikel habe ich in der „Gleichheit“ nicht finden können. Ob Branting dieser Bitte entsprach, sich um einen Autor/eine Autorin bemühte und keinen/keine fand oder ob er sogar beabsichtigte, wieder selbst einen Artikel zu schreiben bzw. einen geschrieben hat, ließ sich nicht feststellen.

Das Interessante an Clara Zetkins Briefen an Branting ist, dass sie zeigen, dass die Beziehungen zur schwedischen sozialdemokratischen Frauenbewegung nicht so ausgebildet waren, dass ein direkter Kontakt, ohne den „Umweg“ über Branting, den bekanntesten Mann der sozialdemokratischen Bewegung, möglich war. Dieser „Umweg“ kann gleichzeitig als taktischer Zug beurteilt werden, um einerseits der transnationalen Zusammenarbeit mehr Nachdruck zu verleihen und die schwedische Frauenbewegung konkret einzubeziehen. Andererseits sollte so die Bedeutung der Frauenbewegung und ihrer Forderungen innerhalb der SAP bzw. der Arbeiterbewegung in Schweden verstärkt werden.

Die schwedischen Frauen nahmen an der deutschen Frauenkonferenz in Mannheim nicht teil, jedoch wurde in „Morgonbris“ vom 3. September 1906 kurz darüber berichtet. Hingegen war Schweden auf der Ersten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen in Stuttgart im August

1907 vertreten, die Clara Zetkin initiiert hatte und die den Grundstein für die Fraueninternationale legte. Der Frauenverein in Borlänge hatte Maria Kvist¹¹ delegiert. Auch der Stockholmer Frauenverein hatte sie auf der Sitzung des Exekutivkomitees der schwedischen Frauenorganisation am 14. August 1907 mit der Begründung vorgeschlagen, „sie sei schon dort“.¹² Ihr Ehemann Fabian Månsson¹³ gehörte nämlich zur schwedischen Delegation beim Internationalen Sozialistischen Kongress in Stuttgart, und sie war mitgekommen. Da Maria Kvist bereits vom Frauenverein in Borlänge gewählt worden war, wurde dieser Vorschlag nicht weiterverfolgt. Sie hätte auch auf keinen Fall als offizielle Vertreterin der Frauenorganisation entsandt werden können, so Anna Sterky in der Diskussion, weil ihr Standpunkt zu den Beschlüssen der Frauenorganisation unbekannt wäre. Die Diskussion zeigte, dass die interne Kommunikation offensichtlich nicht befriedigend funktioniert hatte; denn es wurde kritisiert, dass man die an Anna Sterky ergangene Einladung und damit die Frage einer Beschickung der Konferenz im Exekutivkomitee nicht „rechtzeitig“ behandelt hätte.

Schweden war auf der ersten internationalen sozialistischen Frauenkonferenz vertreten, aber nicht durch eine offizielle Vertreterin der Frauenorganisation, sondern durch ein Mitglied eines örtlichen Frauenvereins, das zufälligerweise in Stuttgart anwesend war. In Stuttgart war eine weitere schwedische Genossin anwesend, Helene Ugland-Andersson¹⁴ vom Frau-

11 Maria Kvist (vorkommend auch in der Namensform Quist) (1879-1958), verheiratet mit Fabian Månsson (siehe Anm. 13); engagierte sich für das Frauenwahlrecht und für Dienstmädchen; ein Jahr lang Vorsitzende der Dienstmädchengewerkschaft in Stockholm, die 1904 gebildet wurde; reisende Agitatorin für die schwedische Frauenorganisation; war als eine der ersten Frauen Stadtverordnete, und zwar in Gävle 1910-1914.

12 Sveriges Socialdemokratiska Kvinnoförbundet, ARAB, Box A 02:01. Auch die nachfolgenden Angaben und Zitate der Exekutivkomitees und des Vorstands der sozialdemokratischen Frauenorganisation stammen aus dieser Quelle.

13 Fabian Månsson (1872-1938), Bauarbeiter und Bahnarbeiter, später Journalist und Schriftsteller; aktiv im sozialdemokratischen Jugendverband; 1911-1916 im Vorstand der SAP; gehörte zum linken Flügel der Partei und schloss sich 1917 der neu gegründeten Sozialdemokratischen Linkspartei Schwedens an, kehrte 1923 zur SAP zurück; Reichstagsabgeordneter für die SAP von 1912 bis zu seinem Tod.

14 Helene Ugland-Andersson (1877-1940), Norwegerin, kam 1900 nach Schweden, Lehrerin, journalistisch und agitatorisch tätig; Vorsitzende des sozialdemokratischen Frauenvereins in Göteborg 1902, gründete den Frauenverein in Norrköping und war Vorsitzende 1906-1909 und an der Gründung weiterer Frauenvereine beteiligt; Vertreterin im Ausschuss zu Konstituierung einer landesweiten sozialdemokratischen Frauenorganisation. – Die biografischen Angaben nach dem ungedruckten Seminarufsatz in Geschichte von Ulla B. Ericson, vorgelegt 2006 an der Hochschule in Falun. Erreichbar über das Internet (<http://dalea.du.se/theses>).

enverein in Norrköping, allerdings nur als private Beobachterin. Sie schrieb einen Bericht, der am 3. September 1907 in „Östergötlands Folkblad“ erschien. Maria Kvist veröffentlichte ihren persönlichen Bericht über die Konferenz, „Några ögonblicksbilder från Stuttgart“ (Einige Augenblicksbilder aus Stuttgart), im Dezember 1907. Im September war in „Morgonbris“ bereits über die Ergebnisse der Konferenz informiert worden, und zwar von dem schon genannten Wilhelm Jansson.¹⁵

Briefe an Ruth Gustafson 1910

1910 war die Situation eine andere. In Verbindung mit dem Internationalen Sozialisten-Kongress in Kopenhagen fand die Zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen am 26./27. August statt. Anlässlich dieser Konferenz schrieb Clara Zetkin am 10. Mai einen neunseitigen Brief an Ruth Gustafson, die damalige Vorsitzende der sozialdemokratischen Frauenorganisation.¹⁶ Zuerst äußerte sich Clara Zetkin zur bevorstehenden Frauenkonferenz. Diese sollte vor dem allgemeinen Sozialistischen Kongress stattfinden, um dort gemeinsame Beschlüsse der Frauenkonferenz vorlegen zu können. Das Programm sollte drei Punkte beinhalten:

1. Ausbau der Kontakte zwischen den Frauenorganisationen verschiedener Länder
2. allgemeines Wahlrecht für alle Frauen
3. soziale Fürsorge für Mutter und Kind.

Diesem Programm sei zugestimmt worden, obwohl noch weitere Punkte vorgeschlagen worden seien, wofür aber eine „nicht 2 Tage, sondern 3 Monate“ dauernde Konferenz benötigt würde. Clara Zetkin empfahl nur wenige Themen, die dann aber „gründlich“ besprochen werden könnten. In Bezug auf die Punkte 2 und 3 betrachtete sie es als Aufgabe der Konferenz, „gewisse allgemeine Richtlinien“ zu formulieren, und zwar „ohne die verschieden gelagerten Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu übersehen und zu schablonisieren“. Damit drückte sie die typische Haltung der Zweiten Internationale aus: Die angeschlossenen Organisationen konnten jeweils souverän entscheiden, ob sie die internationalen Resolutionen, die letztlich nur Empfehlungen darstellten, umsetzen konnten oder wollten.

15 Morgonbris 1907, Nr. 4, S.1-3; Nr. 6, S.11-13.

16 Ruth Gustafson (1881-1960), Näherin; 1907-1908 Sekretärin der sozialdemokratischen Frauenorganisation, 1907-1910 Vorsitzende und 1917-1920 im Vorstand; Chefredakteurin der Zeitung der Frauenorganisation „Morgonbris“ 1908-1910 und 1917-1920; Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete 1932-1948.

Clara Zetkin bat die schwedische Frauenorganisation an der Konferenz teilzunehmen, um so einen „dauernden wie regelmäßigen Anschluss an die Genossinnen der anderen Länder“ zu etablieren. Eine Verbindung mit der Fraueninternationale sei, so Clara Zetkin, „einfach“. Die Frauenorganisationen hätten nur eine Kontaktperson zu ernennen, die verpflichtet sei, über die Organisation, die Situation und die politischen Aktivitäten in ihrem Land sowie über die Entwicklung der Frauenbewegung und die Stellung der Arbeiterinnen zu informieren. Dies könnte durch Artikel (bei längeren Artikeln gegen Honorar), Berichte und Zeitungsnotizen oder durch „persönliche Informationsbriefe“ geschehen. Diese würden dann unter der Rubrik „Internationale Korrespondenz“ in der „Gleichheit“ veröffentlicht. Die Kontaktperson hätte „die Pflicht“, die internationalen Informationen in ihrem Land zu verbreiten.

Clara Zetkin wies darauf hin, dass sie als derzeitige Sekretärin der Fraueninternationale regelmäßigen Kontakt mit Österreich, Böhmen, der Schweiz, den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Finnland, Russland, Polen und den USA hätte. Mit Dänemark, Belgien und Italien bestünde nur sporadischer Kontakt. Schweden und Norwegen befänden sich seit Langem auf ihrer Wunschliste. Es hätte – aufgrund einer Empfehlung von Branting – zwar mit Kata Dalström, die seit 1898 als einzige Frau dem Vorstand einer Parteiorganisation und dann auch dem Vorstand der SAP selbst angehörte, Briefkontakt gegeben. Allerdings hätte der Kontakt nicht zufriedenstellend funktioniert, da diese nur auf Schwedisch schreiben und Clara Zetkin niemanden hätte, der die Briefe und Informationen übersetzen könnte. In einem Brief an Branting vom 19. Oktober 1895 gab Kata Dalström selbst zu: „[...] ich schreibe ja ein so erbärmliches Deutsch, zu meinem großen, großen Verdruss“, und auch mit dem schriftlichen Französischen und Englischen sei es nicht weit her.¹⁷

Hier wird ein Problem angedeutet, das eine wichtige Rolle spielte und auch ein Hindernis bei den transnationalen Kontakten der frühen Arbeiterbewegung darstellte: das Sprachproblem. Clara Zetkin hoffte, dass eine Kontaktperson gewählt würde, die auf Deutsch, Französisch oder Englisch schreiben könnte. Kata Dalström war nicht die idealste Kontaktperson. Sie war zudem zu sehr in der SAP engagiert, vor allem als reisende Agitatorin. Dem Internationalen Frauensekretariat wurde immerhin ein Tausch von „Morgonbris“ gegen „Die Gleichheit“ angeboten, worüber Clara Zetkin „hocherfreut“ war. Diesen Tausch hatte Ruth Gustafson am 24. Januar 1910 vorgeschlagen. „Ich sah darin die erste Möglichkeit, zu

17 Nachlass Hjalmar Branting, ARAB, Box 3.1:02.

einer regelrechten Verbindung zu kommen“, schrieb Clara Zetkin und erhoffte sich früher oder später ein positives Ergebnis: nämlich einen Ausbau der Verbindungen.

Zum Schluss antwortete Clara Zetkin mit dem Schreiben vom 10. Mai 1910 auf einen Brief Ruth Gustafsons, der nicht vorliegt. Sie berichtete, dass sie den gewünschten Artikel nicht schreiben könne – das Thema wurde nicht erwähnt –, aber einen Überblick über „die Organisationsform der deutschen Genossinnen“ beifüge. In ihrem Brief erläuterte Clara Zetkin diesen Maschine geschriebenen Text. Sie hob u. a. hervor, dass die SPD in Deutschland im Juni 1909 bereits 62.259 weibliche Parteimitglieder zählte und dass die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften bis 1908 138.443 Gewerkschafterinnen verzeichnete. Das Frauenbüro der SPD und das Frauensekretariat der Generalkommission seien verantwortlich für die Arbeit mit und die Rekrutierung von neuen weiblichen Mitgliedern. Die von der SPD herausgegebene Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ spiele eine wichtige Rolle für Information und Agitation. Sie habe 7.000 Abonnenten, aber „mindestens die doppelte Zahl Leser“. Die nachfolgend genannten Frauen spielten eine wichtige Rolle in der sozialdemokratischen Frauenbewegung und in den Gewerkschaften, allen voran Emma Ihrer (sie gehöre „mit zu den Begründerinnen der sozialistischen Frauenbewegung“ und „überhaupt zu den ältesten und verdienstvollsten Genossinnen in Deutschland“) und Helene Grünberg (sie gehöre zu „den besten Trägerinnen der Bewegung“ in Süddeutschland und habe vor allem Agitations- und Organisationsarbeit unter den Dienstmädchen geleistet, sodass diese jetzt ihre eigene Gewerkschaft gebildet hätten). Weiter wurden genannt, hier in alphabetischer Reihenfolge wiedergegeben: Ida Altmann, Otilie Baader, Linchen Baumann, Käte Duncker, Frau Gewehr, Gertrud Hanna (Sekretärin des Frauensekretariats der Generalkommission der Gewerkschaften), Frau Jaren, Berta Selinger, Paula Thiede, Martha Tietz, Marie Wackwitz, Frau Wengels, Mathilde Wurm und Luise Zietz (Mitglied des Frauenbüros der SPD). Rosa Luxemburg wurde auch erwähnt, diese sei aber, so Clara Zetkin, weniger in der deutschen als in der polnischen Frauenbewegung aktiv. Clara Zetkin kündigte den Versand einer Reihe von Druckschriften an und empfahl besonders die Berichte der verschiedenen Länder an die erste internationale Frauenkonferenz, mit Informationen über Deutschland, Österreich, die Niederlande, die Schweiz, Finnland und Großbritannien. Sie hob auch Themen hervor, die in Deutschland besonders aktuell wären: Frauenwahlrecht, Kranken- und Unfallversicherung, Mutter- und Kinderschutz, Anstieg der Lebensmittelpreise, Schutzmaßnahmen für

Arbeiterinnen, verbindliche höhere Schulbildung für Mädchen sowie die politische Tätigkeit von Frauen auf kommunaler Ebene. Zusätzlich erwähnte sie, dass es eine klare Trennlinie zwischen der sozialdemokratischen und der bürgerlichen Frauenbewegung gäbe: „Alle unsere Aktionen geschehen völlig selbständig und ohne Rücksicht auf die bürgerliche Frauenbewegung.“ Abschließend hoffte sie auf eine positive Antwort in Bezug auf die Zusammenarbeit der schwedischen Frauenorganisation mit der Fraueninternationale und bat gleichzeitig, einen Kontakt zur norwegischen Frauenorganisation zu vermitteln. Dann bat sie noch, Branting von ihr zu grüßen.

In der beigegeführten achtseitigen Übersicht, die auf Schwedisch unter dem Titel: „Från Tysklands socialdemokratiska kvinnorörelse“ (Über die Frauenbewegung in Deutschland) in „Morgonbris“ veröffentlicht wurde,¹⁸ umriss Clara Zetkin die Entwicklung und die Organisationsform innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Frauenbewegung, wobei sie u. a. aus den Satzungen zitierte. Sie bezog sich auch auf die sieben SPD-Parteitage, von Halle 1890 bis Leipzig 1909, bei denen die Frauenfrage diskutiert worden war. Übrigens hatte Hjalmar Branting, der am Parteitag in Halle teilgenommen hatte, in seinen Berichten die Diskussion der Frauenfrage nicht erwähnt.

Am 6. Juni 1910 verschickte Clara Zetkin die Einladung für die zweite internationale Frauenkonferenz am 26./27. August in Kopenhagen. Sie wurde auch in „Morgonbris“ abgedruckt.¹⁹ Das Programm beinhaltete die drei Tagesordnungspunkte, die Clara Zetkin bereits zuvor vorgelegt hatte. Erneut appellierte sie an Schweden teilzunehmen und erkundigte sich, wie viele schwedische Teilnehmerinnen zu erwarten seien. Gleichzeitig versuchte sie die vermuteten schwedischen transnationalen Kontakte mit den Nachbarländern auszunutzen, indem sie darum bat, ein weiteres Exemplar der Einladung an die norwegische Frauenorganisation weiterzusenden und den norwegischen Frauen zu empfehlen, das internationale Sekretariat zu kontaktieren.

Clara Zetkins Brief mit der Konferenzeinladung wurde bei der Tagung des Exekutivkomitees der Frauenorganisation am 21. Juni diskutiert. Man erhoffte sich „eine zahlreiche Teilnahme aus Schweden“ und forderte die Frauenvereine auf, Anträge an die Konferenz zu stellen. Zetkins Appell war erfolgreich. In einem Brief vom 29. Juli dankte sie der sozialdemokratischen Frauenorganisation für die übermittelten Anträge und Resolu-

¹⁸ Morgonbris, 1910, Nr. 6, S.5f., und Nr. 8, S.2f.

¹⁹ Siehe ebenda, Nr. 7, S.3.

tionsvorschläge. Diese – sie stammten von zwei Frauenvereinen in Stockholm und vom Norrköpinger Frauenverein – wurden in „Morgonbris“ veröffentlicht und dort gleichzeitig die gewählten Konferenzteilnehmerinnen genannt.²⁰ Delegiert worden waren: Anna Sterky, Ruth Gustafson, Elin Lindley,²¹ Amanda Frösell²² (alle aus Stockholm), Helene Ugland-Andersson (Norrköping) und Adolfina Larsson (Gällivare)²³. Helene Ugland-Andersson zog kurzfristig ihre Teilnahme zurück. Der Grund lag sicher darin, dass der von ihr verfasste Antrag des Frauenvereins in Norrköping vom Konferenzsekretariat nicht offiziell zugelassen war, da er nach Clara Zetkin „antisozialistisch“ wäre. Er wurde schließlich nicht einmal auf der Konferenz vorgetragen.²⁴ In „Morgonbris“ wurde ausführlich über die Kopenhagener Frauenkonferenz und den schwedischen Bericht an die Konferenz informiert. Daraus ist auch ersichtlich, dass Kata Dalström ebenfalls anwesend war.²⁵ Die geografische Nähe hatte zu einer verstärkten schwedischen Teilnahme geführt, was auch beim nachfolgenden allgemeinen Internationalen Sozialisten-Kongress der Fall war.

Brief an Kata Dalström 1911

Die Konferenz in Kopenhagen hatte gezeigt, dass die schwedische Frauenorganisation nun aktiver an der internationalen Zusammenarbeit teilnahm. Clara Zetkin reichte das aber noch nicht. All das Material und die Informationen, die sie gesandt hatte, um die internationale Bewegung zu stärken, zu inspirieren und weiter auszubauen, hatten ihrer Meinung nach in Schweden noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. In einem Brief an Kata Dalström vom 20. Januar 1911 forderte sie erneut, dass die schwedischen Frauen eine internationale Korrespondentin ernennen sollten, die „regelmäßig“ „alles Wissenswerte über die Entwicklung und die

20 Siehe ebenda, Nr. 8, S.4f.

21 Elin Lindley (1873-1946); Begründerin der Gewerkschaft der Dienstmädchen in Stockholm 1904; Vorstandsmitglied des Stockholmer Ortsvereins der SAP 1917-1919; Mitglied des Exekutivkomitees der sozialdemokratischen Frauenorganisation und Kassenwart von „Morgonbris“; Stadtverordnete in Stockholm 1919-1927.

22 Amanda Frösell (1876-1928), Lehrerin; engagierte sich für das Frauenwahlrecht und gewerkschaftliche Fragen; Anstellung im Parteisekretariat der SAP 1908-1910; Vorstandsmitglied und Vorsitzende im gewerkschaftlichen Koordinationsausschuss der sozialdemokratischen Frauen 1912-1920; wurde 1914 in das Exekutivkomitee der sozialdemokratischen Frauenorganisation und später in den Vorstand des 1920 gebildeten Frauenverbands gewählt.

23 Zu Adolfina Larsson konnten keine biografischen Angaben ermittelt werden.

24 Dazu Morgonbris, 1910, Nr. 2, S.2f.

25 Siehe Morgonbris, 1910, Nr. 9, S.1-3, 6f., und Nr. 10, S.1-4, 6-8.

Aktionen der schwedischen Schwestern“ berichte. Sie nahm auch an, dass „Morgonbris“ einen Artikel über Emma Ihrer veröffentlicht hätte, für den „Die Gleichheit“ Unterlagen geliefert hätte. Über die am 8. Januar 1911 gestorbene Emma Ihrer war in „Morgonbris“ ein kurzer Nachruf erschienen.²⁶ Wahrscheinlich basierte der kurze Artikel „De kvinnliga organisationerna i Tyskland“ (Die Frauenorganisationen in Deutschland) auch auf dem von Zetkin übermittelten Material.²⁷ In diesem Zusammenhang erwähnte Zetkin auch Wilhelm Jansson, der manchmal für „Morgonbris“ schreibe. Er hatte u. a. im April 1905 zwei Artikel über die deutsche Frauenbewegung in „Morgonbris“ veröffentlicht. Darin hatte er einige der führenden Frauen vorgestellt, auf die Clara Zetkin im oben genannten Brief vom Mai 1910 aufmerksam gemachte hatte, unter ihnen Emma Ihrer.²⁸ Er hatte auch, wie bereits erwähnt, 1906 Clara Zetkin vorgestellt und 1907 über die Stuttgarter Frauenkonferenz berichtet.

Clara Zetkin war sich bewusst, dass Kata Dalström wegen ihrer „aufreibenden Tätigkeit“ kaum Zeit haben würde, regelmäßig Informationen zu senden. Sie bat jedoch um einen kurzen, dreiseitigen Text auf Deutsch, Englisch oder Französisch für die zum ersten sozialdemokratischen Frauentag in Deutschland am 19. März geplante Wahlzeitung, deren Herausgeberin sie sein sollte. Sie wolle der Zeitung einen „internationalen Charakter“ geben. In dem Text sollten das Frauenwahlrecht in Schweden und dazu besonders die Positionen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sowie die der bürgerlichen Parteien und Frauenbewegung angesprochen werden. „Zusammen mit der Bekundung der internationalen Solidarität würde das unsere Agitation sehr wirksam unterstützen.“ Falls Kata Dalström nicht in der Lage sein sollte, einen Artikel zu schreiben, sollte sie den Auftrag einer anderen Genossin übergeben. Die 16 Seiten umfassende Zeitung „Frauenwahlrecht!“ vom 13. März 1911 enthält aber weder einen Artikel von Kata Dalström noch von einer anderen Schwedin. Dagegen gab es Nachrichten aus Finnland von Hilja Pärssinen und aus Norwegen von Anna Gjøstein. Daraus folgt, dass die Kontakte mit der Fraueninternationale und den deutschen Frauen von schwedischer Seite aus immer noch unregelmäßig und wenig intensiv waren. Sogar die norwegische Frauenorganisation, die Clara Zetkin mit der Einladung zur Kopenhagener Konferenz erst hatte ansprechen wollen, hatte sich beteiligt.

26 Siehe Morgonbris, 1911, Nr. 2, S.4.

27 Siehe Morgonbris, 1911, Nr. 1, S.3.

28 „Ur Tysklands socialdemokratiska kvinnovärld“ [Aus der Welt der sozialdemokratischen Frauen in Deutschland] und „Kvinnorörelsen i Tyskland“ [Die Frauenbewegung in Deutschland], Morgonbris, 1905, Nr.1, S.1f. bzw. S.3f.

Brief an Anna Lindhagen 1914

Im März 1914 fand der vierte deutsche sozialdemokratische Frauentag statt. Wieder veröffentlichte Clara Zetkin eine Nummer von „Frauenwahlrecht!“ (Nr. 4 vom 8. März 1914). Am 28. März schrieb sie an Anna Lindhagen, die internationale Sekretärin der sozialdemokratischen Frauenorganisation,²⁹ und teilte mit, dass der Frauentag „überall ein voller Erfolg“ gewesen sei. Doch im Brief ging es in erster Linie um die internationale Frauenkonferenz, die im August in Verbindung mit dem geplanten internationalen Sozialistenkongress in Wien stattfinden sollte. Ein vorbereitendes Treffen war für den 20. April in Kopenhagen vorgesehen, wurde dann aber später nach Berlin verlegt. Nach Clara Zetkin wäre die Teilnahme einer skandinavischen Genossin „sehr wichtig“. Es wäre auch „sehr gut“, wenn eine schwedische oder skandinavische Genossin am 21. April bei einer nachfolgenden Demonstrationsveranstaltung, die dem „Weltfrieden und der internationalen Solidarität“ gewidmet sei, referieren könnte. Man müsse allerdings damit rechnen, dass die Polizei den ausländischen Genossinnen „das Reden verbietet, ja vielleicht in letzter Stunde die ganze Veranstaltung vereitelt“. Jedoch würde das die „agitatorische Wirkung“ der Kundgebung nicht schmälern, und die geplanten Reden würden auch publiziert werden.

Clara Zetkin bat aber darum, diese Information nicht öffentlich bekannt zu machen, „damit nicht von vornherein die Polizei die Sache unmöglich macht“. Der Brief wurde im Exekutivkomitee der Frauenorganisation am 2. April diskutiert. Aus finanziellen Gründen wurde entschieden, nicht nach Berlin zu reisen und stattdessen einen schwedischen Bericht zu schicken. Eine Erklärung für die am 21. April geplante Friedensdemonstration wurde auch geschrieben und sollte auf der Veranstaltung vorgelesen werden. In „Morgonbris“ wurde kurz zusammengefasst: Man hätte in erster Linie auf die friedliche Lösung des Unionskonflikts mit Norwegen im Jahre 1905 hingewiesen. „Mit Stolz“ könnten Schwedens Sozialisten immer daran erinnern, dass sie „durch ihre Proteste in hohem Maße“ dazu beigetragen

29 Anna Lindhagen (1870-1941), Büroangestellte; 1892-1902 Sekretärin der Friedensvereinigung der Frauen Schwedens; 1902-1916 Sekretärin, zweite Vorsitzende und dann Vorsitzende der Stockholmer Vereinigung für das Wahlrecht der Frauen; ab 1909 Vorstandsmitglied des Ortsvereins Stockholm der sozialdemokratischen Frauenorganisation; 1911-1917 Chefredakteurin von „Morgonbris“ und 1920-1928 im Vorstand des Sozialdemokratischen Frauenverbands Schwedens; aktiv in verschiedenen Hilfsorganisationen (für Belgien im Ersten Weltkrieg, für russische Flüchtlinge nach 1918 und für deutsche politische Flüchtlinge nach 1933).

hätten.³⁰ Die schwedische sozialdemokratische Frauenorganisation nahm also an der transnationalen Zusammenarbeit teil, verblieb aber weiterhin an der Peripherie, wenn auch diesmal aus einem handfesten Grund.

Das Programm der internationalen Frauenkonferenz wurde in „Morgonbris“ veröffentlicht.³¹ Zur Diskussion standen die Themen: Kampf für das Frauenwahlrecht, gesetzlicher Schutz für Arbeiterinnen und soziale Fürsorge für Mutter und Kind sowie die Teuerung. Bereits am 9. Februar waren die Tagesordnungspunkte im Exekutivkomitee der schwedischen Frauenorganisation diskutiert worden. Einige Änderungen wurden vorgeschlagen, u. a. dass Schweden und Großbritannien wegen „ihrer besonderen Verhältnisse“ auch die Gelegenheit haben sollten, über die Wahlrechtfrage zu berichten. Zudem sollte Dänemark zum Thema Kinderpflege sprechen. Anna Lindhagen übernahm es, Clara Zetkin zu informieren. Auf der Sitzung des vorbereitenden Komitees der dritten sozialistischen Frauenkonferenz in Berlin am 20. April wurden auch die schwedischen Vorschläge besprochen. Der erstere Vorschlag wurde abgelehnt, da die Referentinnen selbstverständlich die Lage auch in jenen Ländern berücksichtigen würden. Aber im schwedischen Referat über das kommunale Frauenwahlrecht könnte der Kampf um das allgemeine politische Frauenwahlrecht kurz angesprochen werden. Dem anderen Vorschlag wurde entsprochen. Material über den Mutter- und Kinderschutz in Dänemark und auch in Norwegen würde eingefordert werden. Ein weiterer schwedischer Antrag, über das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit von Frauen zu diskutieren, wurde ebenfalls abgelehnt. Dies sei „eine fundamentale Forderung [...] des sozialistischen Proletariats aller Länder“, die man „nicht beliebig aus dem Zusammenhang lösen und verwerfen könne“.³²

Wegen des Kriegsausbruchs im August fanden dann weder die Frauenkonferenz noch der internationale Sozialisten-Kongress statt.

Der Kriegsausbruch

Der Kriegsausbruch im August 1914 hatte einen Abbruch der normalen transnationalen Beziehungen und das Ende der Aktivitäten der Internati-

30 Morgonbris, 1914, Nr. 6, S.5.

31 Siehe Morgonbris, 1914, Nr. 4, S.5.

32 Sitzung des vorbereitenden Komitees zur dritten Internationalen Konferenz sozialistischer Frauen und Arbeiterinnen-Organisationen vom 20. April 1914 in Berlin, Stuttgart 1914, S.5f., Zitat S.6. Erreichbar über die in Anm. 5 angegebene Internetadresse. Siehe auch den kurzen Bericht über die Sitzung in: Morgonbris, 1914, Nr. 6, S.5.

onalen zur Folge. Die sozialdemokratischen Parteien landeten in unterschiedlichen Lagern, sowohl verschiedenen Krieg führenden als auch neutralen, und sie waren außerdem ideologisch gespalten. Diskutiert wurde z. B., wie über die nun geschlossenen Grenzen korrekte Informationen geliefert, die aufgetretene Situation interpretiert und die richtigen Schlussfolgerungen über die Stellung zum Krieg sowie zu Friedensmaßnahmen gezogen werden sollten.

Im Nachlass Hjalmar Brantings findet sich Clara Zetkins Name (wenn auch nicht in ihrer Handschrift) zusammen mit denen Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Franz Mehrings (ebenfalls nicht in deren Handschrift) unter einer auf den 10. September 1914 datierten Erklärung, die an die Zeitung „Social-Demokraten“ adressiert war.³³ Die vier Unterzeichner distanzieren sich, auch im Namen anderer deutscher Sozialdemokraten, von den Mitteilungen, die die Sozialdemokraten Albert Südekum und Richard Fischer in der Parteipresse der neutralen Länder Schweden, Italien und Schweiz veröffentlicht hatten. Vom 12. bis 17. August hatte Südekum Schweden besucht und den Artikel „Tyskland och kriget. Ett ord till Sveriges socialdemokrater“ (Deutschland und der Krieg. Ein Wort an die Sozialdemokraten Schwedens) verfasst, der in „Social-Demokraten“ am 24. August veröffentlicht worden war. Darin sprach er u. a. von Deutschlands entscheidendem Kampf gegen die Westmächte und Russland sowie von der Notwendigkeit, den Krieg zu gewinnen, um die nationale Existenz zu bewahren. In diesem Zusammenhang rechtfertigte er auch den Angriff auf das neutrale Belgien. In seinem Kommentar als Nachwort zu diesem Artikel wies Hjalmar Branting die Sichtweise, dass die stärkste Macht die schwächste sein sollte, zurück, verurteilte die Verletzung von Belgiens Neutralität, welche „in Schweden niemals verstanden werden wird“, und kritisierte andere „ungerechte und irreführende“ Beurteilungen in Südekums Artikel.³⁴ In den folgenden Jahren hielt die Polemik gegen Südekum an, wie auch gegen den mehrfach genannten Wilhelm Jansson, der auf ähnliche Weise in

33 Nachlass Hjalmar Branting, ARAB, Box 3.1:11, als Anlage zu einem Schreiben von Karl Liebknecht vom 12.10.1914.

34 Social-Demokraten 24.8.1914, S.3. Zu den Parteimissionen der SPD nach Kriegsausbruch siehe Martin Grass: Friedensaktivität und Neutralität. Die skandinavische Sozialdemokratie und die neutrale Zusammenarbeit im Krieg August 1914 bis Februar 1917, Bonn-Bad-Godesberg 1975, S.50-64. Weiter Dokumentation von Annelies Laschitzka/Jan Peters: Südekums Auftrag in Schweden. Dokumente zur sozialchauvinistischen Funktion Albert Südekums, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1974, H. 4, S.600-620.

Schweden im August und September 1914 und die übrige Kriegszeit über agitierte.

Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Zetkin sprachen in ihrer Erklärung vom 10. September nur allgemein davon, dass sie einen ganz anderen Standpunkt hinsichtlich des Krieges, seiner Ursachen, seines Charakters und seiner Rolle für die deutsche Sozialdemokratie hätten als die Mehrheit der SPD. Der „Belagerungszustand“ in Deutschland mache es jedoch unmöglich, dies zu diesem Zeitpunkt „öffentlich zu vertreten“. Indem Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 im Reichstag gegen die Kriegskredite stimmte, machten er und die linke Opposition ihre abweichende Position und die tatsächliche Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie dann deutlich publik.

Auch Clara Zetkin wurde aktiv. Am 10. Dezember 1914 veröffentlichte sie einen Appell an die Frauen Deutschlands und die internationale Frauenbewegung, in dem sie einen raschen Frieden ohne Annexionen forderte. Der Appell wurde in „Morgonbris“³⁵ publiziert und sollte laut Beschluss des Vorstands der sozialdemokratischen Frauenorganisation vom 16. Dezember 1914 an alle schwedischen Parteizeitungen gesandt werden. Der Aufruf endete mit dem Ausspruch – hier zitiert nach dem Abdruck in „Morgonbris“: „Wir sozialistischen Frauen werden im Kampf gegen den Krieg immer zu den Fortschrittlichen gehören, zu den Stürmenden.“ Danach organisierte Zetkin in Bern vom 26. bis 28. März 1915 eine internationale Frauenkonferenz. Fünfundzwanzig Delegierte aus acht Ländern beteiligten sich, doch war niemand aus Schweden oder einem anderen skandinavischen Land anwesend. Einen Monat später nahm Anna Lindhagen jedoch an einem allgemeinen internationalen Frauenkongress vom 28. bis 30. April in Den Haag teil. Die Berner Konferenz forderte die Frauen u. a. auf, Massenkundgebungen gegen den Krieg und für den Frieden zu organisieren und bei internationalen Friedensaktionen mitzuwirken.

Die Stockholmer Konferenz 1917

Nach dem Ausbruch des Krieges wurde, besonders vonseiten der Sozialdemokraten der neutralen Länder und der linken Gruppen, versucht, die geteilte Sozialistische Internationale wieder zusammenzubringen. Jedoch schien erst nach der Russischen Revolution im Februar 1917 ein Durchbruch für erneute transnationale sozialistische Kooperation und eine

35 Morgonbris, 1915, Nr. 1, S.7.

Friedensbewegung greifbar. Das provisorische holländische Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros lud zusammen mit dem Sekretär der Internationale, dem Belgier Camille Huysmans, und mit Unterstützung der skandinavischen sozialdemokratischen Parteien zu einer Internationalen Sozialistischen Konferenz in Stockholm ein.³⁶

Als die Einladung bekannt wurde, verkündete Clara Zetkin sofort das selbstverständliche und grundlegende Recht der Frauen, an dieser Konferenz teilzunehmen. Sie ernannte die Russin Angelica Balabanova³⁷, die zu diesem Zeitpunkt noch im Exil in Zürich, später in Stockholm lebte, und die Holländerin Heleen Ankersmit zu Repräsentantinnen der Fraueninternationale. Das tat sie, ohne vorher die Meinung und Zustimmung der angeschlossenen Frauenorganisationen eingeholt zu haben. Ihre ungewöhnliche Entscheidung rechtfertigte sie am 23. April in einem Brief an Angelica Balabanova, dem sie ein Mandat für die beiden Vertreterinnen beifügte. Sie habe ihren Entschluss „nach reiflicher Ueberlegung“ gefasst, „um der Sache willen“. Die „aussergewöhnliche Situation“, u. a. der Zeitaspekt wegen des erschwerten Postgangs sowie Verkehrs- und Reise-schwierigkeiten, und vor allem die wichtige Rolle der Friedensarbeit seien der Grund für „die ungewöhnliche Form“. Sie sei sich sicher, dass ihrer Entscheidung allgemein zugestimmt würde. „Ich halte es für schlechterdings unmöglich, dass internationale Sozialisten in diesem geschichtlichen Augenblick aus irgendwelchen formalistischen, geschweige denn sachlichen Gründen eine Vertretung der sozialistischen Frauen von der Mitwirkung an dem Friedenswerk der Sozialisten aller Länder ausschliessen könnten“, schrieb sie abschließend im Mandatschreiben.

In einem Brief an Anna Lindhagen vom 2. Juli, aus dem auch hervorgeht, dass inzwischen von verschiedenen Seiten Zustimmung eingetroffen war, wiederholte Clara Zetkin ihre Stellungnahme. Sie betonte erneut, es sei „absolut notwendig, dass die sozialistischen Frauen überall mitwirken müssten, wo ehrlich und ernst für einen Frieden gewirkt würde, der unseren Grundsätzen entspricht“. Die Einbindung von Frauen in die Friedensarbeit sei wichtig, „gerade weil wir Frauen weibliche Menschen, nicht missratene verpfuschte Kopien der Männer sind und unsere eigenen geistigen und sittlichen Werte für die Betrachtung und Lösung der vorliegenden Probleme mitbringen“. Es seien ja gerade die Frauen gewesen, die nach Kriegsausbruch „die ersten“ gewesen wären – was nicht ganz kor-

36 Siehe meine Edition www.labourhistory.net/stockholm1917 (Zugriff 19. August 2010).

37 Angelica Balabanova, Schreibweise auch (Angelika) Balabanoff, eigentlich Anželika Isaakovna Balabanova – Die Red.

rekt ist –, die „die alten Bande“ wieder geknüpft und auf der Berner Frauenkonferenz 1915 Prinzipien „für das gemeinsame Ziel des Friedens und der Wiederaufrichtung des allgemeinen Bruderbundes“ formuliert hätten.

Es gab eine Alternative zur Teilnahme an der Stockholmer Konferenz: eine internationale Frauenkonferenz. Heleen Ankersmit schlug dies z. B. vor. Clara Zetkin war skeptisch wegen ihrer erwähnten grundlegenden Auffassung, nannte aber auch praktische Probleme wie Passgenehmigungen und Reiseschwierigkeiten. In einem Brief an Heleen Ankersmit vom 16. Mai,³⁸ den sie auch dem eben genannten Brief an Anna Lindhagen beifügte, betonte sie, dass die Voraussetzungen für „getrennte Sonderkonferenzen der Frauen“ nicht länger existierten. Nun gelte es, „alle grundsätzlich gleichgerichteten Kräfte zusammenzufassen“. Jetzt sei der Frauen „Platz und unsere Arbeitsstelle in der großen Internationale“. Im Brief an Anna Lindhagen betonte Zetkin ebenfalls, dass die Frauen an der Stockholmer Konferenz teilnehmen müssten und nicht nur an Konferenzen linker Gruppen. Die Schweizer Frauen hätten allerdings vorgeschlagen, „nur“ an der geplanten dritten Zimmerwalder Konferenz teilzunehmen, die nach der Stockholmer Konferenz stattfinden sollte. Clara Zetkin sei anderer Meinung. Die Frauenorganisation jedes Landes könnte natürlich entscheiden, an welcher der Konferenzen sie teilnehmen möchte, aber die Fraueninternationale, als Organisation, müsse allen Konferenzen beiwohnen, „die ehrlich und ernst für den Frieden und den Aufbau einer aktionswilligen und aktionsfähigen allgemeinen Internationale arbeiten wollen“. „Unser Rat und unsere Stimme muss überall in die Wa[a]g[s]chale geworfen werden, wo um die Klärung und Befestigung unserer Grundsätze gerungen und gekämpft wird. Unser Platz ist nicht nur dort, wo sich gemeinsame Erkenntnis zu einem gemeinsamen Willen zu gemeinsamer Arbeit zusammenballt, sondern auch dort, wo erst noch um grundlegende gemeinsame Erkenntnis gestritten wird, dort, wo es gilt, Verantwortlichkeiten festzustellen, Legenden zu zerstören und zu zeigen, was ist, und was sein soll.“ Dies sei letztlich auch eine „Erfüllung der Verpflichtung [der] Berner Konferenz“. Die Stellungnahme zur Kriegsschuldfrage und die kritische Beurteilung der Mythen der Vaterlandsverteidigung waren bei den Vorbereitungen der Stockholmer Konferenz allerdings nicht allgemein akzeptiert.

38 Dieser Brief ist auch abgedruckt bei Wilhelm Eildermann: Unveröffentlichte Briefe Clara Zetkins an Heleen Ankersmit, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 1967, H. 4, S.685-688.

Eine separate Frauenkonferenz sei, so schrieb Clara Zetkin an Heleen Ankersmit, nur „zweckdienlich, ja notwendig“, wenn die Stockholmer Konferenz keinen Erfolg haben sollte. Laut ihrem Brief an Heleen Ankersmit betrachtete sie Stockholm nicht als den passenden Ort für eine separate Frauenkonferenz zum selben Zeitpunkt wie die geplante Stockholmer Konferenz. Dort stehe die Friedensarbeit im Mittelpunkt und verdränge die Frauenfragen, die Probleme der Frauen, die durch den Krieg verschlimmert worden seien. Diese müssten behandelt und gelöst werden, aber es müssten erst die besten Voraussetzungen, auch praktischer Art, geschaffen und vor allem die allgemeine Teilnahme an der Konferenz und ihre gründliche Vorbereitung gesichert werden. Der beste Zeitpunkt, so Clara Zetkin, sei nach dem Friedensschluss. Als Tagesordnung schlug sie schon jetzt die bereits bekannten Themen vor, welche für die Konferenz 1914 geplant gewesen waren: Frauenwahlrecht, Arbeiterinnenschutz, Rechte für Arbeiterinnen einschließlich der Lohnfrage sowie soziale Fürsorge für Mutter und Kind.

Der linke Flügel der sozialistischen Bewegung, dem Clara Zetkin wie auch Angelica Balabanova und Heleen Ankersmit angehörten, stand der Stockholmer Konferenz skeptisch bis ablehnend gegenüber, auch nach der Konferenzinitiative des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die sich schließlich mit der des Holländisch-Scandinavisches Komitees vereinte. Clara Zetkin hob beispielsweise in ihrem Brief an Anna Lindhagen auch deutlich hervor, dass die Fraueninternationale „auf dem grundsätzlichen Boden der Zimmerwalder“ stünde. Ihre offene und energische Stellungnahme für die Teilnahme der Fraueninternationale an der Stockholmer Konferenz und ihre Kritik an einer einseitigen Beteiligung an der Zimmerwalder Konferenz sind daher etwas überraschend. Der Grund ist ihr starkes Interesse am Frieden, das sich auch im erwähnten Appell vom Dezember 1914 oder in den genannten Briefen, zumal dem ausführlichsten an Anna Lindhagen, manifestierte. Nach Tánja Puschnerat hielt Clara Zetkin nach dem Ausbruch des desillusionierend wirkenden Krieges die Forderung nach Frieden „als den einzigen Ausgangspunkt für sinnvolle integrative sozialistische Aktion“. Nur so entstände die Möglichkeit, „die Massen“ für die sozialistische Aktion zurückzugewinnen, aber auch für die notwendige Sammlung der geteilten Internationale und damit des Proletariats aller Länder. Clara Zetkin warnte – und das geht auch aus den genannten Briefen hervor – den linken Flügel vor der verhängnisvollen Haltung, nur an Konferenzen mit Gleichgesinnten teilzunehmen. Die Friedensarbeit sei „Vorarbeit für die Zukunft“, da „eine zielgerichtete und effektive sozialistische Massenarbeit“

zu Kriegszeiten nicht ergiebig sein könnte, sondern erst im Frieden. Der Versuch, nach der Februarrevolution die Internationale mit der Stockholmer Konferenz wieder zusammenzubringen und die Friedensfrage auf die Tagesordnung zu setzen, war für Clara Zetkin eine logische Konsequenz und absolute Notwendigkeit. Hierin stimme ich Tânia Puschnerat zu.³⁹

Die Pläne für die Frauenkonferenz wurden im Vorstand bzw. im Exekutivkomitee der schwedischen sozialdemokratischen Frauenorganisation dreimal diskutiert, jeweils mit der internationalen Sekretärin Anna Lindhagen als Berichterstatterin und treibender Kraft. Am 23. Mai erwähnte sie im Vorstand, dass sie „unter der Hand“ von einem Vorschlag, „nach Stockholm einen Int. Soz. Frauenkongress von verschiedenen Meinungsrichtungen einzuberufen“, erfahren hätte. Es sieht fast so aus, als wären die Stockholmer Konferenz und die Frauenkonferenz vermischt worden. Es wurde beschlossen, abzuwarten und „sich zum Vorschlag nicht zu äußern, sondern weitere Informationen abzuwarten“.

Am 21. Juni informierte Anna Lindhagen, dass sie „persönlich“ eine Einladung zu einem „Frauenkongress mit Teilnehmerinnen von verschiedenen Parteien“ mit unterzeichnet hätte. Der Kongress sollte „möglicherweise“ zur gleichen Zeit wie die Stockholmer Konferenz abgehalten werden. Die Friedensfrage, Mutterschutz und gleicher Lohn für gleiche Arbeit sollten einige der Fragen sein, die zu besprechen wären – letztere Themen hatte, wie erwähnt, auch Clara Zetkin vorgeschlagen, allerdings für eine Konferenz erst nach Kriegsende.

Es wurde also offensichtlich eine internationale Frauenkonferenz geplant, was Clara Zetkin nicht befürwortete, wohl aber verschiedene Frauenorganisationen vorgeschlagen hatten. In der Vorstandssitzung der schwedischen Frauenorganisation am 1. August teilte Anna Lindhagen mit, dass sie wegen eines Frauenkongresses Anfragen an eine Reihe von Genossinnen geschickt hätte, „ob sie nach Sthlm [Stockholm] zum Zeitpunkt der eventuellen Abhaltung des Kongresses zu erwarten wären“, wie die etwas kryptische Notiz im Protokoll lautet. Sie hätte Briefe von Clara Zetkin und Angelica Balabanova „in dieser Sache“ erhalten, „mit Programm“. Nicht genannt wird Clara Zetkins Skepsis gegenüber einer Frauenkonfe-

39 Siehe Tânia Puschnerat: Clara Zetkin: Bürgerlichkeit und Marxismus. Eine Biographie, Essen 2003, S.218-221. Siehe auch Ottokar Luban: Der Einfluss Clara Zetkins auf die Spartakusgruppe 1914-1918, in: Plener (Hrsg.), Clara Zetkin, S.82f.; Luban weist auf Clara Zetkins Kritik an der abweisenden Haltung der Spartakusgruppe der Stockholmer Konferenz gegenüber hin, ordnet dies aber nicht weiter ein, sondern meint, dass die wiedergegebenen Zitate aus einem Brief an Franz Mehring „für sich“ sprächen und „keine Erläuterung“ bräuchten.

renz zum derzeitigen Zeitpunkt und auch nicht, dass deren Programm einer Konferenz nach Kriegsende galt, eine Haltung, die Anna Lindhagen letztlich teilte, wie aus dem unten genannten Brief an Clara Zetkin hervorgeht. Was Angelica Balabanova geschrieben hatte, habe ich nicht feststellen können.

Den Vorschlag „einer kleineren vorbereitenden Konferenz“ der an der Stockholmer Konferenz beteiligten Frauen schob der Vorstand auf. Abgelehnt wurde dagegen die von Anna Lindhagen vorgelegte Einladung zur Zimmerwalder Konferenz in Stockholm. In diesem Punkt schieden sich die Geister je nach unterschiedlichen ideologischen Auffassungen. Zum Beispiel schrieb Aleksandra Kollontaj in einem Brief an Heleen Ankersmit vom 22. Juli, dass „wir keinesfalls an dem Kongress der Sozialpatrioten“ – zu denen hier auch der Petrograder Arbeiter- und Soldatenrat gezählt wurde – teilnehmen sollten. Eine Frauenkonferenz sollte nur in Verbindung mit der Zimmerwalder Konferenz stattfinden, und zwar mit den von Clara Zetkin angeregten Fragen.⁴⁰ Die Schweizer Frauen hatten, wie bereits erwähnt, eine ähnliche Haltung eingenommen. Anna Lindhagen dagegen stimmte in einem Brief an Clara Zetkin vom 21. Juli deren Standpunkt hinsichtlich der Beteiligung an der Stockholmer Konferenz zu und hoffte, diese würde stattfinden. Sie teilte außerdem Zetkins Befürchtungen über eine Frauenkonferenz zum jetzigen Zeitpunkt.⁴¹ Gleichzeitig war sie aber selbst irgendwie an der Planung einer Frauenkonferenz beteiligt. Hier liegt also eine Unklarheit vor, die, wie insgesamt eine Reihe von ungeklärten Fragen, in diesem Artikel – auch wegen der begrenzt zur Verfügung stehenden Quellen – nicht weiter untersucht werden kann.

Ich habe in den mir verfügbaren Quellen keine Informationen gefunden, ob und wie die Frage einer Beteiligung von Frauen an der Stockholmer Konferenz weiter diskutiert wurde. Thorvald Stauning, Vorsitzender der dänischen sozialdemokratischen Partei, den Clara Zetkin am 25. April kontaktierte und dessen Meinung sie suchte, antwortete sehr positiv. Er wolle dabei helfen, mehr Vertreterinnen zu finden. Allerdings empfahl er gleichzeitig eine separate Frauenkonferenz.⁴² Das Holländisch-Skan-

40 Aleksandra Kollontaj an Heleen Ankersmit, 22.7.1917, abgedruckt in Horst Lademacher: Die Zimmerwalder Bewegung: Protokolle und Korrespondenz, Bd. 1, Den Haag-Paris 1967, S.538f.

41 Siehe Briefentwurf Anna Lindhagen an Clara Zetkin, 21.7.1917, Sveriges Socialdemokratiska Kvinnoförbund, ARAB, Box. E 05:01.

42 Siehe Clara Zetkin an Thorvald Stauning, 25.4.1917, sowie undatierte Antwort von Stauning (Briefentwurf auf Dänisch), Nachlass Stauning, 29 A, Arbejderbevægelsen

dinavische Komitee war in der Frage einer gesonderten Beteiligung seitens der Fraueninternationale und der Frauenorganisationen skeptisch, wie Anna Lindhagen in ihrem Brief an Clara Zetkin vom 21. Juli mitteilte.⁴³ Sie hätte Arthur Engberg, einen der Sekretäre des Komitees, gefragt, ob die schwedische Frauenorganisation Vertreterinnen zur Stockholmer Konferenz schicken könnte, und in diesem Zusammenhang auch auf die Rolle und die Aktivitäten von Clara Zetkin hingewiesen. Aber sie hätte nur „die entmutigende Antwort“ bekommen, dass Frauen allein von ihren Parteien delegiert werden könnten und eine „besondere Repräsentation der Frauen ausgeschlossen“ wäre. Auch wenn die schwedische Frauenorganisation sie abordnen würde, würde sie kein solches Mandat bekommen, so Anna Lindhagen. Aber sie hoffe, dass mehrere Frauen von ihren Parteien delegiert und wenigstens die Mandate von Angelica Balabanova und Heleen Ankersmit akzeptiert würden.

Diese Frage wurde aber nicht auf die Probe gestellt, da die Stockholmer Konferenz trotz sechsmonatiger Vorbereitungszeit nie stattfand. Auch eine an diese Konferenz gekoppelte internationale Frauenkonferenz wurde nicht durchgeführt, sondern bis zu einer allgemeinen sozialistischen Konferenz aufgeschoben.⁴⁴ Die Dänin Nina Bang, die dem Holländisch-Skandinavischen Komitees angehörte, und Luise Zietz als Mitglied der Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einer der separaten Vorkonferenzen waren die einzigen Frauen, die an der Vorbereitung der Stockholmer Konferenz teilnahmen.

Am 14. September 1917 fanden dennoch zwei Konferenzen in Stockholm statt: zwei separate Konferenzen, was Zetkin nicht empfohlen hatte. Fünf Frauen nahmen an der dritten Zimmerwalder Konferenz teil: Angelica Balabanova, die Mitglied des Organisationskomitees und Sekretärin der Konferenz war, Käte Duncker (Deutschland), Rosa Bloch (Schweiz), Therese Schlesinger und Madame Luzzato (Österreich). In Verbindung mit der Zimmerwalder Konferenz versammelte sich am gleichen Tag eine gesonderte Frauenkonferenz unter dem Vorsitz Angelica Balabanovas mit Teilnehmerinnen aus Deutschland, Österreich, Bulgarien, Russland, Rumänien, der Schweiz, Finnland und Schweden. In einer Erklärung bedauerte man „tief“, dass Clara Zetkin nicht teilnehmen konnte, und sandte ihr

bibliotek og arkiv (Bibliothek und Archiv der Arbeiterbewegung), Kopenhagen.

43 Briefentwurf von Anna Lindhagen, 21.7.1917, Sveriges Socialdemokratiska Kvinneförbund, ARAB, Box. E 05:01; Anna Lindhagen an Arthur Engberg, 7.7.1917, Camille Huysmans-Archiv, Stockholm Corr. 1917, Nr. 62a, Amsab-Institute of Social History, Antwerpen.

44 Siehe Notiz in: Politiken (Stockholm), 6.9.1917, S.2.

ein Grußtelegramm. Ihr wurde auch das Vertrauen als Sekretärin der Fraueninternationale bekundet. Die Teilnehmerinnen sprachen über die Notwendigkeit einer neuen internationalen Zeitung wie „Die Gleichheit“, da Clara Zetkin am 16. Mai 1917 wegen ihrer linken Einstellung als Herausgeberin vom Parteivorstand der SPD entlassen worden war. Weiter wurde hervorgehoben, dass der Krieg „in bezug auf die Frauenarbeit und das Frauenleben überhaupt ungemein nivellierend, ja direkt ‚internationalisierend‘ gewirkt habe, wie die Berichte aus den verschiedenen Ländern zeigten. Es wurde versichert, dass Frauen und die Arbeiterklasse im Einklang mit den Beschlüssen von Bern 1915 und der Zimmerwalder Konferenzen für den Frieden arbeiten würden.⁴⁵

Der Krieg wurde jedoch mit einem Friedensschluss nach den Bedingungen der siegreichen Großmächte beendet – und nicht nach den Forderungen der Sozialisten und der Frauen.

Clara Zetkin war eine zentrale Figur in der frühen sozialistischen Frauenbewegung. Sie war schon immer ein beliebtes Objekt für die Forschung, und ihre Briefe sind ebenfalls gefragt. Dies wurde auch auf der Konferenz in Berlin im Juli 2007 deutlich, die anlässlich ihres 150. Geburtstages stattfand. Allein dies sollte Anlass genug sein, ihre Briefe, die in Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung in Stockholm aufbewahrt werden, vorzustellen. Diese Briefe zeigen einiges von der transnationalen Kooperation der Frauen sowie manifestieren die engagierte Arbeit Clara Zetkins und anderer Frauen und die Schwierigkeiten und Hindernisse, denen sie dabei begegneten, in normalen Zeiten wie verstärkt während des Ersten Weltkrieges. Die Briefe geben nicht zuletzt auch interessante Einblicke in die transnationale Arbeit der schwedischen sozialdemokratischen Frauenorganisation, die in ihrer Frühphase bisher kaum erforscht ist.

Aus dem Englischen von Maria Friedmann

45 Siehe Bericht in: Ebenda, 18.8.1917, S.3; Angelika Balabanoff: Die Zimmerwalder Bewegung, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, 12, 1926, S.411-413, Zitat S.412.

Der flexible Feind. Zur Rolle des Antibürokratismus bei der Legitimierung von Titos Selbstverwaltungssystem

Todor Kuljić

Trotz der in den letzten Jahren angeschwollenen Literatur über den Sozialismus sind die Unterschiede zwischen dem Sozialismus in Jugoslawien und dem in den Staaten des Ostblocks relativ unbekannt und in den Hintergrund gerückt worden. In einer differenzierenden Komparatistik des realen Sozialismus muss man die Unterschiede zwischen den Makromodellen jedoch aufmerksam registrieren. Im Vergleich mit dem Ostblock herrschten in Jugoslawien eine dosierte Pluralisierung und eine gewisse Entpolitisierung des Rechtssystems. Es gab im System der ungebrochenen Einparteiennmacht zwar keinen echten politischen Pluralismus, auch keine legalen Parteifraktionen, aber dennoch existierte eine Art latenter Pluralismus, dessen Subjekte die Parteien der einzelnen Teilrepubliken innerhalb des Systems „des Pluralismus von Selbstverwaltungsinteressen“¹ darstellten. Manchmal waren diese Subjekte mehr als Fraktionen. Titos Regime verband eine „protestantisierende“ bolschewistische Staatsdoktrin mit direkter Demokratie und einem ausgeprägten Sozialstaatsanspruch und legitimierte sich durch Antifaschismus, Antistalinismus und eine unabhängige und friedliche Außenpolitik. Das Regime war sich dieser Legitimationsquellen völlig bewusst und hielt die Vergangenheitspolitik unter strenger Kontrolle: Antifaschismus unterminierte Nationalismus, Antistalinismus neutralisierte sowjetunionfreundliche Gruppen, Antikapitalismus war selbstverständlich.

Nicht vergessen werden darf, dass die Ideologie der jugoslawischen Kommunisten sich von der Ideologie in anderen osteuropäischen kommunistischen Parteien unterschied, vor allem im Hinblick auf den Hauptfeind. Die Bürokratie, nicht die Bourgeoisie war der zentrale Feind in der Ideologie von Titos Partei. Diese antibürokratische Ideologie war hybrid. Ihr lagen unterschiedliche Traditionen und Motive zugrunde, sowohl demokratische, als auch solche der legitimatorischen Instrumentalisierung. Die Feindvorstellung signalisierte auf spezifische Weise das

1 Edvard Kardelj; Pravec razvoja političkog sistema socijalističkog samoupravljanja [Die Entwicklungsrichtlinien des politischen Systems der sozialistischen Selbstverwaltung], Beograd 1977, S.6.

Reformpotenzial und die Akzentverschiebung des grundlegenden Kurses von 1952. Dieser wurde vom Plan zum Markt, vom Zentralismus zur Selbstverwaltung, von der Kritik der Bourgeoisie zur Kritik der Bürokratie verschoben.

Von diesen Grundüberlegungen ausgehend werden hier einige wichtige Unterschiede zwischen Plan- und Marktsozialismus erörtert. Die antibürokratische Kritik an der Überregulierung war gleichsam eine Antwort auf den Stalinismus, stellte aber auch eine Methode dar, die nationalen Verhältnisse zu regulieren. Die Folgen waren verschiedenartig. Die Anregungen des Marktes führten zum Wachstum der Produktivität, brachten aber auch sektorale Disproportionen und Konflikte zwischen den jugoslawischen Republiken mit sich.

Die antibürokratische Kritik stand in Jugoslawien bereits ab Mitte 1949 im Zentrum der Ideologie der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (ab dem VI. Parteitag 1952: Bund der Kommunisten Jugoslawiens; BdkJ) , wobei im Rahmen der Stalinismuskritik der Begriff des öffentlichen Hauptfeinds – der Bürokratie – herausgearbeitet wurde. In der kritischen Situation des Konflikts mit dem bisher wichtigsten Verbündeten, der Sowjetunion, kam man zu der Schlussfolgerung, dass die Bürokratie als ein flexibler, nie gänzlich bestimmbarer Feind eine geeignetere Grundlage für Integration sein konnte als der bisherige Hauptfeind, die Bourgeoisie. Diplomatisch gesagt: „Bürokratie“ enthielt eine kreative Zweideutigkeit. Natürlich erforderte der neue außenpolitische Kurs Jugoslawiens, das gegen Stalin die Hilfe des Westens suchte, auch eine neue Akzentuierung des bisherigen Hauptfeindes, d. h. eine Milderung der Kapitalismuskritik. Antibürokratismus bedeutete im jugoslawischen Verständnis somit Antistalinismus und gemilderter Antikapitalismus zugleich.

Antibürokratismus war im Ursprung trotzkistisch getönter Antistalinismus, obwohl Trotzki in Jugoslawien nie offiziell rehabilitiert wurde. Das wäre nämlich gefährlich gewesen, denn die Rehabilitierung Trotzkis hätte automatisch die Legitimierung einer möglichen Parteifraktion bedeutet. Indes, die Veränderung im ideologischen Vokabular war nicht nur Taktik; der Antibürokratismus blieb bis zum Schluss Bestandteil der Ideologie des BdkJ. Dessen Bürokratiekritik wurde auch zu einer Grundlage für die ideologische und wissenschaftliche Ausarbeitung des jugoslawischen Selbstverwaltungssystems; sie war also mehr als eine bloße Bezeichnung für den öffentlichen Hauptfeind. Natürlich wusste die Parteispitze damals noch nicht, wie nützlich der neue Feind auch für spätere ideologische Bedürfnisse werden konnte.

Die gesamte Selbstverwaltungs-ideologie Jugoslawiens baute auf der Kritik an der Bürokratie auf. Kritik an der Bourgeoisie und deren Überresten im Land bedeutete eine Wendung nach links, zu mehr sozioökonomischer Gleichheit hin. Rückte hingegen die „bürokratische Gefahr“ in den Vordergrund, kamen Selbstverwaltung und regionale Dezentralisierung in den Blick. Schon ab 1949 drängte die Bürokratie in den Dokumenten des BdkJ die Bourgeoisie als Hauptfeind immer mehr zurück. Der Antibürokratismus wurde zum Bindeglied der Gesellschaft, während die anderen kritisierten Erscheinungen das Bild vom Feind lediglich ergänzten. Bald wurde alles, was in der Politik unerwünscht war, als eine Art Bürokratie stigmatisiert, war nicht mehr bürgerlicher oder kleinbürgerlicher, sondern bürokratischer Natur. Die Kritik galt „bürokratischen Deformationen“. Die Rolle des Antibürokratismus in der Ideologie des BdkJ soll nachfolgend historisch durch Veränderungen im In- und Ausland erklärt werden.

1. Voraussetzungen für den Antibürokratismus

Die Voraussetzungen für die Belegung des Antibürokratismus wurden nicht gleich nach der sozialistischen Revolution 1945 geschaffen. Sie entstanden erst einige Jahre später. In der Ideologie des BdkJ wurde dieser Kurs nach der scharfen Kritik an der jugoslawischen Partei eingeschlagen, sobald sich Mitte 1949 gezeigt hatte, dass der Streit mit Stalin anhalten würde.²

Der entscheidende Punkt, in dem sich die Jugoslawen dem Stalinismus widersetzen, war die Kritik an der These von der unvermeidlichen Stärkung des Staates im Sozialismus. Dem heftigen Widersetzen lag auch eine Neubewertung des sowjetischen Regimes zugrunde. In den Dokumenten des VI. Parteitag der kommunistischen Partei von 1952 wurde die Sowjetunion als eine „neue aggressive imperialistische Macht“ verurteilt, ihr sozialistischer Charakter bestritten und sie selbst als „staatskapitalistisches System“ bezeichnet. Die ausgeprägte Kritik an der Sowjetunion bedeutete außenpolitisch eine Öffnung gegenüber den westlichen Ländern, innenpolitisch schuf sie die Grundlage für das Selbstverwaltungssystem. „Die Sowjetunion ist schon längst in ihrer inneren Entwicklung vom echten, sozialistischen Entwicklungsweg abgewichen“, hieß es. „Gegenwärtig ist

² Siehe Stephen Clissold (Hrsg.): *Yugoslavia and the Soviet Union 1939-1973, A documentary survey*, London 1975; Dennison I. Rusinow: *The Yugoslav experiment 1944-1974*, London 1977; Djoko Tripković: *Iza Gvozdene zavese. Početak i eskalacija sukoba Tito-Staljin prvih meseci 1948* [Hinter dem eisernen Vorhang. Beginn und Eskalation des Tito-Stalin-Konflikts 1948], in: *Istorija 20. veka*, 1996, Bd. 14, br. 1, S.89-99.

sie mit einem bisher unvorstellbaren bürokratischen System auf dem Weg des Staatskapitalismus.“³

In den jugoslawischen Tageszeitungen dieser Jahre wurden die sowjetischen Parteiführer als Kaste von Bürokraten und Tyrannen charakterisiert, die eine bürokratische Ordnung hergestellt habe und vom Marxismus-Leninismus abgewichen sei. Diese Beurteilung war freilich gemäßiger als die sowjetischen Vorwürfe gegen die jugoslawische Parteiführung, die als „Führung von Spionen und Söldnern“ und auch als „faschistisch“ bezeichnet wurde.

Die jugoslawische Selbstverwaltung stellte einen, wenn schon nicht radikalen, so doch zumindest großen Bruch mit der bolschewistischen Ideologie und Praxis dar. Man kann in ihr eine besondere Form gebremster Modernisierung sehen: Innerhalb weniger Jahrzehnte erfolgte der Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Von 1947 bis 1974 wuchs die Industrieproduktion durchschnittlich um zehn Prozent jährlich, 1971 war der Anteil der Bauernschaft an der Bevölkerung von 70 auf 38 Prozent gesunken.⁴ Das Land öffnete sich nach Westeuropa. Säkularisierung, Aufklärung und Kosmopolitisierung erfassten den ethnisch geteilten Balkanstaat. Der jugoslawische Sozialismus war in der Epoche des Kalten Krieges und im balkanischen Umfeld eine relativ moderne Gesellschaft, was in staats- und politikzentrierten Darstellungen heute regelrecht untergeht. Die Reformversuche und die Selbstverwaltung unterlagen nicht nur der Kontrolle zuerst der zentralistischen, später der polyzentrischen Kaderverwaltung, sondern standen immer auch im Schatten nationaler Gegensätze, die oft nur autoritär entschärft werden konnten. Ab 1965 kann man in Jugoslawien von einer polyzentrischen Kaderverwaltung sprechen, die den Boden für einen - wenn auch begrenzten - Handlungsspielraum für Reformen bereitete. Dieser Prozess verlief durchaus konfliktreich und unterschied sich in den Landesteilen.⁵ In Slowenien schritten die sozioökonomischen Reformen voran, das Kosovo wurde hingegen nur sehr wenig davon erfasst. Die Kluft zwischen den Parteispitzen der jugoslawischen Republiken schuf eine sich negativ auswirkende Konkurrenz, die aber zugleich zu weiteren Reformversuchen führte und den Bol-

3 VI Parteitag KPJ [VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Jugoslawiens], Beograd 1952, S.23.

4 Siehe Branko Petranović: *Istorija Jugoslavije 1918-1988* [Geschichte Jugoslawiens 1918-1988], Beograd 1988, S.418-425.

5 Siehe Todor Kuljić: *Birokratija i kadrovska uprava* [Bürokratie und Kaderverwaltung], Beograd 1989.

schewismus beseitigte. Andererseits aber legte diese Kluft auch den Keim für die zukünftige kriegerische Auflösung Jugoslawiens.

Der Antibürokratismus bot, wie erwähnt, die Grundlage für die Kritik am Stalinismus nach innen und nach außen. Die Kritik an der „imperialistischen Hegemonie der sowjetischen bürokratischen Kaste“ stand im Einklang mit der Hervorhebung eines neuen, öffentlichen Hauptfeindes, der die Bourgeoisie als Feindbild ersetzte. Der Bürokratismus gehört, so Tito 1953, zu den größten Feinden des Sozialismus gerade deswegen, „weil er sich unbemerkt in alle Poren der gesellschaftlichen Tätigkeit einschleicht, ohne dass die Menschen sich dessen von Anfang an bewusst waren“.⁶ Sein Träger, die Bürokratie, galt als Kaste und kapitalistisches Element im Sozialismus: „Was konnte schließlich die bürokratische Kaste anderes sein als ein Rest der kapitalistischen Kaste“, schrieb Edvard Kardelj 1951.⁷

In den Dokumenten des VI. Partei-Parteitages von 1952 und in den ideologisch-theoretischen Aufsätzen dieser Periode wurde der Bürokratie verschiedene Bedeutung beigemessen. Das reichte von der These, sie sei ein Kapitalismusrest, über die verbreitete Meinung, die Bürokratie stelle ein unvermeidliches Übergangszeitphänomen dar, bis zur Auffassung, alle mächtigen Gruppen im Sozialismus seien mit der Bürokratie identisch. Nachweisbar ist auch das Bestreben, die Intelligenz in die Bürokratie einzuordnen. Diese Vorstellung resultierte aus der bolschewistischen Auffassung vom Arbeiter- und Bauerncharakter der Revolution. Der Begriff „Bürokratie“ nahm allmählich einen festen Platz im politischen Vokabular ein und wurde unersetzlich für die Beschreibung wichtiger sozialer Gegensätze in Jugoslawien.

2. Die Wellen des Antibürokratismus

In den Krisenperioden Jugoslawiens wurde die Vision vom Feind naturgemäß homogener, und die Bereitschaft zu differenzierter Auseinandersetzung nahm ab. In der Regel sind die Ideologiedokumente jener Perioden dogmatisch; Feind-Freund-Unterscheidungen bestimmen die Deutungen der Gesellschaftsstruktur. Dem lag in der Ideologie des BdkJ seit Beginn der 50er-Jahre eine Polarisierung zwischen den unmittelbaren Produzenten und der Bürokratie zugrunde. Obwohl in der unmittelbaren

6 Josip Broz Tito: *Borba za socijalističku demokratiju* [Der Kampf für die sozialistische Demokratie], Beograd 1953, S.34.

7 Edvard Kardelj: *Deset godina narodne revolucije* [Zehn Jahre der Volksrevolution], in: *Komunist*, 1951, Nr. 2-3, S.102.

Nachkriegszeit stets der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie betont wurde, fasste man die Struktur der eigenen Gesellschaft im Grunde genommen nach sowjetischem Muster auf: als Zusammenwirken dreier „befreundeter Klassen“, die organisatorisch in der Volksfront zusammengeschlossen waren. Nach 1950 vertrat man die Auffassung, die Einheit würde immer enger und das Bündnis würde auf das Niveau „unmittelbarer Produzenten“ gehoben: Arbeiter und Bauern seien zuverlässige Verbündeten im Kampf gegen den Klassenfeind, als welcher nunmehr – ziemlich unscharf – die Bürokratie erschien. Zeitgleich ginge der Prozess des Absterbens des Staates als „Demokratisierung“ und „Entbürokratisierung“ voran. Der Ausbau des bürokratischen Apparats wurde gestoppt, wobei von der Kampagne gegen den Bürokratismus zuerst die Bundesverwaltung betroffen war. Der praktische Widerstand gegen den Bürokratismus begann also mit einer Dezentralisierung, worauf auch die späteren großen ideologischen Propagandaaktionen der Republiken gegen den Zentralismus zurückzuführen sind.

Die offizielle Kritik an der Bürokratie erreichte ihren Höhepunkt in den Aufsätzen von Edvard Kardelj, Milentije Popović, Milovan Djilas und anderen führenden Parteifunktionären in der Periode zwischen dem sechsten und siebenten Parteitag des BdkJ (1952-1958). Diese Kritik am Stalinismus wurde zu einer Art Staatskapitalismustheorie, in der klare liberale und anarchistische Inhalte zu erkennen sind. Diese sehr epochenspezifische, eklektische antibürokratische Strömung gestaltete sich unter den besonderen Bedingungen des sowjetischen Drucks auf Jugoslawien und der jugoslawischen Zusammenarbeit mit dem kapitalistischen Westen. Ihre extremste Form erreichte diese Kritik 1953. Dieses Jahr stellte in den Dokumenten des BdkJ den Scheitelpunkt des antistalinistischen Widerstands dar.

Schon im Jahr danach wurde die Kritik von Djilas an der Parteibürokratie und am bolschewistischen Parteimuster energisch bekämpft. Als es bald darauf zur teilweisen Entstalinisierung in der Sowjetunion, zum „neuen Kurs“ in der sowjetischen Innen- und Außenpolitik einschließlich einer erneuten Annäherung zwischen UdSSR und Jugoslawien kam (die schließlich in Chruščevs Besuch in Jugoslawien gipfelte), war ein starker Antibürokratismus als indirekte ideologische Rechtfertigung von Politik nicht mehr so geeignet wie in den frühen Fünfzigerjahren. In der Presse wurde nach 1954 die antibürokratische und zugleich die antisowjetische Propaganda gemildert. Der innere Feind wurde offiziell an zwei entgegengesetzten Polen ausgemacht: am Bürokratismus einerseits sowie am

Anarchismus und an der Djilas-Lehre (Djilasovstina) andererseits, wobei die letzterwähnte als die größere Gefahr galt.

Mit der Expansion des allgemeinen Antibürokratismus in der Publizistik und der Literatur in den Jahren 1951 bis 1955 war natürlich auch das Parteimonopol gefährdet. Jedoch bedeutete das nicht, dass danach der offizielle fundamentale antibürokratische Kurs verlassen wurde. Man leitete ihn um, setzte neue Akzente und kombinierte die Vorwürfe an den neuen ideologischen Feind anders. So wies der VII. Parteitag des BdkJ von 1958 nicht nur auf die bürokratische, sondern auch auf die liberale Gefahr in Form „anarchistischer, pseudoliberalistischer und neoliberalistischer Tendenzen“⁸ hin. In dem auf diesem Parteitag angenommenen Programm des BdkJ ist dem Bürokratismus ein besonderer Abschnitt gewidmet.⁹ Die dort gegebene elastische Bürokratismusdefinition umschloss fast alle damaligen Sozialdeformationen, endete aber mit einer optimistischen Aussicht: Der Bürokratismus sei dem sozialistischen Staat nur in der Übergangszeit eigen.¹⁰

Wichtiger und weitreichender als die erwähnte eklektische Bürokratismusbestimmung war in dieser Phase jedoch die Ankündigung einer Dezentralisierung des politischen Systems, welches negativ als eine Verbindung des Unitarismus mit der Bürokratie bewertet wurde. Die ersten Anzeichen einer Wende hin zu einer Stärkung der Republikautonomie wurden mit der Kritik an der Bürokratie gerechtfertigt.

Im folgenden Jahrzehnt begann der BdkJ, unter der gleichen Antibürokratismus-Losung – heimlich und vernebelt – verschiedene Formen einer Trennung von Republiken und Gebieten durchzusetzen. Der Antibürokratismus trug das Potenzial von Reformen, aber auch einer latenten Desintegration des Bundesstaates in sich. Diese Janusköpfigkeit besaß der Antibürokratismus bis zum Ende des jugoslawischen Sozialismus. Obwohl als flexibles Schimpfwort nützlich, war er auch eine gute Fassade für verschiedene Desintegrationstendenzen in Staat und Partei. Die Staatsverfassung von 1963 und der VIII. BdkJ-Parteitag von 1964 beschleunigten diese Dezentralisierung und Deetatisierung. Der Bundesstaat wurde langsam schwächer, nicht aber die Partei.

Tito stärkte die Souveränität der Republiken und glaubte, mit Parteizentralismus die Staatsganzheit zu bewahren. Diese Prognose erwies sich erst Ende der 1980er-Jahre als falsch, als mit der Zerstörung des BdkJ in dem

8 Program SKJ [Der Programm des Bundes der Kommunisten Jugoslawien], Beograd 1958, S.281f.

9 Siehe ebenda, S.138-140.

10 Siehe ebenda, S.139.

komplizierten Vielvölkerstaat ein explosives Vakuum ohne integrative Kräfte entstand. Alle Integration beruhte auf dem BdkJ; die Zerstörung Jugoslawiens durch Krieg zeigte dies in katastrophaler Weise.

Bereits Mitte der 1960er-Jahre war das Problem der Nachfolgeschaft Titos aufgetaucht. Der VIII. Parteitag des BdkJ betonte die Bedeutung der Wert- und Marktgesetze für die kommende Entwicklungsphase und forderte im Einklang damit die weitere Entmachtung des Bundeszentrums in Belgrad. In den Parteitagsdokumenten wurde zum ersten Mal öffentlich der Unitarismus kritisiert und damit die Vorbereitung einer späteren Verfassungsreform der Föderation angedeutet. Gleichzeitig wurde die Aufmerksamkeit auf die Gefahr des Nationalismus gelenkt. Das Wesen der beiden entgegengesetzten Phänomene beschrieb man im antibürokratischen Kontext: „Nationalistische Deformationen tauchen auch wegen der etatistisch-bürokratischen Tendenzen auf, die die Integrationsprozesse der jugoslawischen Völker hemmen. Sie führen einerseits zu den bürokratisch-zentralistischen Tendenzen und zur unitaristischen Ignoranz der sozioökonomischen Funktion der Republiken und autonomen Provinzen und andererseits zu Tendenzen, sich innerhalb der eigenen Grenzen einzuschließen. Beide sind in ihrem Wesen nationalistisch und für den normalen Prozess der ökonomischen und sozialen Integration schädlich.“¹¹ Zugleich wurden Technokratismus und Liberalismus sowie die verschiedenen Formen ihrer Verbindung mit dem Bürokratismus als neue Feinde hervorgehoben.¹²

Nach der Wirtschaftsreform von 1965, als die Selbstständigkeit der Firmen und ihrer Fachleitungen zunahm, vermehrten sich in der Ideologie des BdkJ die Hinweise auf den „bürokratischen Technokratismus“. Der Antibürokratismus erhielt damit noch einen neuen Schimpfwortsin. Schon damals sahen einige führende Kommunisten wie Boris Krajer, dass die Hinwendung zum Markt Krieg bedeute.¹³ Tito aber hoffte, alle Problemen mithilfe der Partei regeln zu können.

Der Kurs auf die Marktwirtschaft 1965 löste nicht die letzte Welle des Antibürokratismus aus. Nach der vierten Tagung des BdkJ-Zentralkomitees und der Ablösung der „bürokratisch-zentralistischen Gruppe“ um den serbischen Vizepräsidenten des Bundesstaates Aleksandar Ranković im Jahre 1966 verstärkte sich erneut die Kritik am Zentralismus, an Bürokratismus und Autoritarismus. Die Autonomie der Republiken nahm

11 VIII Kongres SKJ [VIII. Parteitag des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens], Belograd 1964, S.131.

12 Siehe ebenda, S.35.

13 Perović Latinka: *Zatvaranje kruga* [Die Schließung des Kreises], Sarajevo 1991, S.38.

immer mehr zu. In der Sprache des politischen Alltags ersetzte man die Parole der Einheit durch die der Gleichberechtigung der Republiken. Auch diese Wende wurde mit dem Antibürokratismus legitimiert. Der Bundesstaat wurde dezentralisiert, die Partei aber noch nicht.

Der Widerstand der Republiken und autonomen Provinzen gegen das Bundeszentrum und die „bürokratischen Kräfte“ wuchs, und 1967 stießen föderale Entscheidungen auf erste Hindernisse. Auch die massenhaften Studentendemonstrationen im Juni 1968 verliefen in Jugoslawien im Zeichen des Antibürokratismus, noch immer aber waren sie mit nachdrücklichen sozialen und nicht mit nationalen Forderungen verbunden. Der offizielle antibürokratische Jargon prägte selbst die Stimme der Studentenopposition. Auch die Kritik des Selbstverwaltungssystems von links war antibürokratisch getönt.

3. Die Wende zu Marktwirtschaft und Dezentralisierung

Das Jahr 1965 markierte einen Wendepunkt in der jugoslawischen Reformpolitik. In mehreren Reformsequenzen legalisierte der Staat Markt und Dezentralisierung. Dies beförderte jene grundlegenden Föderalisierungsprozesse in Staat und Partei, die mit dem VIII. Parteitag des BdKJ von 1964 begonnen hatten und sich mit der Reform von 1965, der Ablösung von Ranković 1966 sowie den Verfassungsamendements von 1971 fortsetzten. Sie mündeten schließlich in die verfassungsmäßige Fixierung des Föderalismus und in das Gesetz über die assoziierte Arbeit von 1976. Allerdings konnte die Dezentralisierung die Spannungen nicht entschärfen, diese wurden vielmehr nur legalisiert. Die Strategie, auf den Weltmarkt zu setzen, bedeutete verstärkte Konkurrenz zwischen Betrieben, Republiken und Nationen. Der Preis war ein Boom des Nationalismus.

Der ökonomischen Liberalisierung (die keine bloße Krisenreaktion war) folgte keine Liberalisierung der Partei. In der Auseinandersetzung zwischen Zentralisten und Reformern erlangten 1965 die Letzteren die Oberhand. Tito persönlich stellte sich sehr langsam um; er war lange ein Zentralist. 1962 ging aber auch er in das Lager der Reformen über. Die Marktreformen von 1965 machten den Weg frei für einen latenten ökonomischen Bürgerkrieg, der oft nur durch direkte Arbitrage von Tito gemildert wurde. Letztendlich opferte Tito den Bundesstaatszentrismus; die Übermacht der Partei blieb für ihn aber ein Fetisch.

So war der jugoslawische Selbstverwaltungssozialismus ein vielschichtiges und widersprüchliches Gesellschaftsgebilde. Auf lokaler Ebene existierten bemerkenswerte basisdemokratische Elemente. Die herrschende Partei

verwandelte sich schon Mitte der 50er-Jahre von einer Avantgarde in eine Massenpartei, die mit Karrierismus belastet war. Das Systemgleichgewicht wurde durch permanentes Balancieren zwischen kommunistischer Ideologie, Marktgesetzen und Republikinteressen aufrecht erhalten. Die ökonomisch entwickelten Republiken Kroatien und Slowenien stellten sich gegen eine Überregulierung und gegen Zentralismus im Bundesstaat, die unterentwickelten Republiken wandten sich gegen die Haltung von Kroatien und Slowenien, wobei sich bei allen Widerstand gegen Belgrad breit machte. Letzteres war auch eine Folge der leninistischen Grundannahme, wonach der Nationalismus der jeweils größten Nation (hier der serbischen) der gefährlichste sei. Nach 1965 entstand eine neue politische Polarisierung (die entwickelten gegen die unterentwickelten Republiken, die Separatisten gegen die Zentralisten), was neue Integrationsmittel nötig machte.

Die Materialien der BdkJ-Kongresse und andere Parteidokumente aus dieser Periode aber zeugen von einem unveränderten antibürokratischen Kurs, dem nur die gelegentlich unterschiedlichen Inhaltsakzentuierungen des Hauptfeindes – der Bürokratie – eine gewisse Vitalität verschafften. Der flexibel bestimmte Hauptfeind spielte in der BdkJ-Ideologie nach wie vor eine wichtige, verbindende Rolle; das biegsame Feindbild war gut genug, um verschiedene, auch entgegengesetzte Erscheinungen (Nationalismus, Unitarismus, Liberalismus, Technokratismus) gleichzeitig anzuprangern. Reformanregungen konnten nur von oben kommen und nur von der Partei ausgehen.

Die Marktreformen führten schließlich zur Dezentralisierung des Staates und zur Stärkung der ökonomischen Gegensätze, nicht aber zur Expansion von Privateigentum. International gesehen, war die Einführung von Marktmechanismen eine Antwort auf die dirigistische sowjetische Wirtschaft und schuf zugleich einen neuen Mechanismus zur Regulierung der nationalen Gegensätze. Bald zeigte sich jedoch, dass in der Marktwirtschaft jede Teilrepublik nach wirtschaftlicher Souveränität strebte. In Kroatien ging dieser Prozess 1970/71 in offenen Nationalismus über: „Kroatisches Geld in kroatische Geldtaschen!“, lautete die Forderung, oder: „Das kroatische Gewehr über die kroatische Schulter!“. In Serbien entstanden sogenannte technoliberele Strukturen. Tito unterdrückte beide Strömungen.

Unter den Bedingungen des Marktes war die ungebrochene Parteikontrolle, die immer mittels der klassischen kommunistischen Selbstkritik aufrechterhalten wurde, der Preis der staatlichen Einheit Jugoslawiens. Ein wichtiger Aspekt kommunistischer Selbstkritik war die Devise: „Die

Chauvinisten kämpfen gegen den fremden, die Kommunisten aber vor allem gegen den Nationalismus der eigenen Nation.“ Obwohl autoritär, pazifizierte der Bolschewismus auf diese Weise fast 50 Jahre lang den explosiven Balkanraum. Dabei erleichterte der flexible Antibürokratismus die ideologische Kontinuität durch Legitimierung aller Reformen des jugoslawischen Sozialismus. Mit den Wandlungen in der Staatsorganisation und im demokratischen Zentralismus der Parteiorganisation änderten sich natürlich auch die Formen, in denen sich Bürokratie äußerte. Die beschleunigte Föderalisierung wurde mit verstärkter Kritik am bürokratischen Zentralismus gerechtfertigt. Am Ende der 1980er-Jahre begann dann auch Slobodan Milošević seinen nationalistischen Kurs unter der Bezeichnung „antibürokratische Revolution“. Damit wurde die Instrumentalisierung des bürokratischen Hauptfeindes des BdkJ ad absurdum geführt.

4. Das Ende des BdkJ

Titos Partei funktionierte durch verschiedene Kombinationen und Akzentuierungen antikapitalistischer, antifaschistischer und antistalinistischer Strömungen. Im Unterschied zu diesen relativ markanten Ausrichtungen hatte der Antibürokratismus im Selbstverständnis von Staat und Partei eine spezifische, nicht immer klar definierte und zum Teil auch indirekte Funktion. Er diente zur Legitimierung und Befriedigung sehr verschiedenartiger Interessen der Parteifraktionen und zugleich als elastisch verwendeter Kampfbegriff, der antithetische ideologische Grundeinstellungen miteinander verband. Der Antifaschismus legitimierte den BdkJ aufgrund der Verdienste der Partei im Zweiten Weltkrieg und bei der Befreiung des Landes, der Antistalinismus sicherte die Distanz von der sowjetischen Hegemonie, der Antikapitalismus rechtfertigte die Herrschaft der Arbeiterklasse und das gesellschaftliche Eigentum. Der Antibürokratismus aber amalgamierte alle Grundsätze und sicherte Kursänderungen ohne sichtbaren Kontinuitätsbruch. Die Grundstimmung des jugoslawischen Bruchs mit dem Stalinismus fand in diesem Antibürokratismus ihren Kristallisationspunkt. Fast vierzig Jahre lang bündelten sich im Antibürokratismus die Leit motive des gesellschaftlichen Bewusstseins von Titos antistalinistischer Partei und der jugoslawischen Intellektuellen. Mit der Zerstörung des BdkJ (Dezember 1989) verschwand auch der Antibürokratismus aus dem politischen Jargon. Das neue Epochenbewusstsein schwächte den Antifaschismus, verstärkte hingegen Antikommunismus und Antitotalitarismus sowie „demokratischen Nationalis-

mus“. Der schnell entstandene Antititoismus verbindet wiederum verschiedene neue abwertende Begriffe, deren gemeinsamen Nenner die Stigmatisierung Titos als Hauptschuldigen bildet. Ihnen allen gemein ist die Legitimierung des restaurierten Kapitalismus und des wiederbelebten Nationalismus. Der offene Abschied vieler Intellektueller vom Sozialismus und vom Marxismus (die große Konversion), ihr biografischer Bruch und ihr Abschied von linken Denktraditionen sorgten für eine Wandlung des gesamten intellektuellen Potenzials und öffneten neue Denk- und Debattenräume.

Schon Mitte der 1980er-Jahre, als eine Schwächung der UdSSR drohte, wurde der Antistalinismus in der Ideologie des BdkJ obsolet und verschwand in den Neunzigerjahren völlig. Zugleich verblasste der Antifaschismus, er geriet in nationalistisches Fahrwasser. Im antikommunistischen postsozialistischen Klima wurde Faschismus salonfähig, weil Faschisten als die heftigsten Antikommunisten gelten. Der Bürgerkrieg gab dem Wandel eine leidenschaftliche Note. Im Kampf gegen das Jugoslawentum (in Kroatien und Slowenien) und gegen den Internationalismus etablierte sich Patriotismus auf allen Seiten auch in neuer, faschistischer und rechtsorientierter, Gestalt.

Der Antifaschismus gilt in Jugoslawien seit 1990 als schädlich, denn er teile die Nation angeblich in Faschisten und Antifaschisten. Ein Anti-Antifaschismus ist heute bemüht, die „schädliche Teilung der Nation“ zu überwinden. Mit dem Ende des Tito-Kults erhielt Antifaschismus, so es ihn noch gab, zudem eine nationale Farbe (serbischer, kroatischer usw.). In Serbien ging die Bedeutung des Antifaschismus erst mit dem Sturz von Milosević zurück, dieser hatte seine Erinnerungspolitik noch immer auf antifaschistische Positionen gestellt. Parallel dazu wurde Antitotalitarismus funktionell, weil dieser, im Unterschied zum Antifaschismus, mit Nationalismus vereinbar ist (als totalitär werden sowohl der internationalistische Kommunismus als auch die fremde Nation stigmatisiert). Nationalismus und Antitotalitarismus verschmolzen unter der Formel „demokratischer Nationalismus“, der ethnokratische Liberalismus wurde zur globalen postsozialistischen Normalität. Während Antikapitalismus, Antibürokratismus und Antistalinismus seinerzeit dazu dienen sollten, eine übernationale Solidarität zu schaffen, sucht die heutige nationalistische Homogenisierung den politischen Hass neu zu organisieren. Der explodierte Nationalismus und Antitotalitarismus eigneten sich zur Zementierung der neuen Gemeinschaft von kommunistischen Opfern. Im Antifaschismus sieht man eine Gefahr für den „demokratischen Nationalismus“

und ein Hemmnis bei der Stärkung des antitotalitären Antikommunismus.

Zusammenfassung

Die Feindvorstellungen durchliefen in Jugoslawien von 1945 bis 2003 drei charakteristische Entwicklungsphasen: Von 1945 bis 1949 waren antikapitalistische und antifaschistische Losungen konkurrenzlos, Volksdemokratie und Sozialismus waren das Ziel. Zwischen 1949 und 1989 bildeten Antibürokratismus, Antistalinismus, Antikapitalismus und Antifaschismus einen festen Block, der im Laufe der Zeit unterschiedliche Akzentuierungen erfuhr und auf der sozialistischen Selbstverwaltung sowie der „Brüderlichkeit und Einheit“ des Vielvölkerstaates basierte. Von 1990 bis 2003 herrschten verschiedene Kombinationen aus Antikommunismus und Antitotalitarismus, womit der „demokratische Nationalismus“ gerechtfertigt wurde. Mit diesem Wandel der Feindvorstellungen als emotionaler Kern ideologischer Gegenüberstellung änderten sich auch Opfer und Täter: An die Stelle der in der Geschichte unterdrückten Arbeiterklasse trat die jeweils eigene Nation als Opfer, den Platz der Opfer faschistischer Gewalt nahmen die Opfer kommunistischer Gewalt ein. Nationalismus erhielt statt des ursprünglich negativen einen positiven Ton. Zwar gilt der Faschismus noch immer nominell als negativ, das aber nur formal. In Wirklichkeit hat sein Inhalt sich geändert. Im Kern wird Faschismus schon lange nicht mehr mit extremem Nationalismus gleichgesetzt, denn Nationalismus ist „normal“ geworden: Faschisten sind immer die anderen, der Nationalismus meiner Nation dagegen ist „Patriotismus“. Im postsozialistischen Epochenbewusstsein des vormaligen Jugoslawien bestimmt heute blinder, unkritischer Patriotismus das neue Feindbild.

„Wenn die Unteren nicht mehr wollen...“

Die Arbeiterbewegung und die Rolle der Soldaten in der portugiesischen Nelkenrevolution (1974/75)

Raquel Varela

„Wenn die Oberen nicht mehr können...“

Am 25. April 1974 setzte ein von der Bewegung der Streitkräfte (Movimento das Forças Armadas; MFA) getragener Staatsstreich der portugiesischen Diktatur ein Ende. Gegen die ausdrücklichen Rundfunkanweisungen der daran beteiligten Militärs an die Bevölkerung, sie möge zu Hause bleiben, gingen Tausende auf die Straße und riefen: „Tod dem Faschismus.“ In der Carmo-Kaserne in Lissabon wurde die Regierung umzingelt; die Gefängnistore in Caxias und Peniche öffneten sich, um alle politischen Gefangenen freizulassen; die politische Polizei (Policia Internacional e da Defes do Estado; PIDE) wurde zerschlagen, der Sitz der regimiskonformen Zeitung „A Época“ angegriffen und die Zensur abgeschafft.

Für die Metropole bedeutete die Revolution die Niederlage im Kolonialkrieg. Der siegreiche Kampf der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien fußte auf der Unterstützung der Bauern und der übrigen Bevölkerung in diesen Ländern. Er mündete in Guinea-Bissau schon 1973 in die einseitige Unabhängigkeitserklärung durch die Afrikanische Unabhängigkeitspartei von Guinea und den Kapverden (Partido Africano para da Independência da Guiné e Cabo Verde; PAIGC), nachdem ihr Vorsitzender Amílcar Cabral ermordet worden war. In Mosambik und Angola erlitt die portugiesische Armee bedeutende Niederlagen. Der lange Krieg unter der Regierung von Marcelo Caetano ohne Aussicht auf eine politische Lösung und die unübersehbar bevorstehende Niederlage hatten zu einer Krise in der Armee, dem Rückgrat des Staates, geführt.¹

Dieser Faktor traf mit den spontanen politischen Aktionen von Millionen von Arbeitern zusammen, die 48 Jahre unter der am längsten währenden Diktatur in Europa leben mussten. Die alte und von Historikern mit Bezug auf die portugiesische Revolution gern benutzte Metapher trifft hier

1 Siehe Fernando Rosas: *Pensamento e Acção Política. Portugal Século XX* [Gedanken und politische Aktion. Portugal XX. Jahrhundert] (1890-1976), Lisboa 2004, S.136.

tatsächlich zu: Die Militärs öffneten einen unter Druck stehenden Schnellkochtopf.

Doch die Ereignisse wurden noch brisanter. Auf der einen Seite existierte eine lange nationale Krise, die nicht nur die Unmöglichkeit eines militärischen Sieges widerspiegelte, sondern auch ein Einfrieren der sozialen Mobilität² bedeutete. Auf der anderen Seite bestand die tiefste Wirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges: 1974 fiel die Produktion in den Vereinigten Staaten von Amerika um 10,4 Prozent, und die Arbeitslosigkeit lag bei neun Prozent.³ In Portugal ging die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 11,2 Prozent 1973 auf 1,1 Prozent 1974 und minus 4,3 Prozent 1975 zurück.

Zu diesen objektiven Faktoren kam die Rolle der Arbeiterbewegung hinzu. Die Mehrheit der sozialen Konflikte in der portugiesischen Revolution, insbesondere in den großen Industriegürteln (Lissabon, Setúbal, Porto) hatte darin ihren Ursprung. 19 Prozent der Arbeitskonflikte geschahen in der Textilindustrie, 15 Prozent im Bereich des Maschinenbaus und der Metallindustrie, neun Prozent im Baugewerbe und sieben Prozent in der Chemie- und Ernährungsindustrie. Die Stadt Lissabon, in der 43 Prozent der Arbeitskonflikte stattfanden, ragte hierbei heraus.⁴ Es handelte sich um Auseinandersetzungen, die hauptsächlich dort zutage traten, wo der Wert direkt produziert wurde und das von einer relativ jungen Arbeiterklasse (die größte Migrationswelle vom Land in die Stadt erfolgte Anfang der 60er-Jahre), die sich geografisch um die Großstadt Lissabon, die wasserkopffartige Hauptstadt des Landes, konzentrierte.

Eine Woche nach dem 25. April 1974 kam zur Kundgebung am 1. Mai etwa eine halbe Million Menschen. Dieser Tag wurde zum Nationalfeiertag, zum Tag der Arbeiter. Medeiros Ferreira zitiert Studien, die mehr als hundert Kundgebungen im ganzen Land erwähnen und zu denen etwa

2 Auf der Suche nach Arbeit wanderte in den 60er-Jahren mehr als eine Million Arbeiter in andere westeuropäische Länder aus.

3 Siehe Osvaldo Coggiola/José Martins: *Dinâmicas da Globalização (Mercado Mundial e Ciclos Económicos [Dynamiken der Globalisierung (Weltmarkt und Wirtschaftszyklen)] 1970-2005*, São Paulo 2006, S.61.

4 Siehe Rafael Duran Munoz: *Contención y Transgresión. Las Movilizaciones Sociales y el Estado en las Transiciones Española y Portuguesa [Wettstreit und Verstoß. Gesellschaftliche Mobilisierung und Übergangszustände in Spanien und Portugal]*, Madrid 2000, S.142.

eine Million Portugiesen strömte, um 200 Rednern zuzuhören.⁵ Es folgten Häuserbesetzungen. In den ersten 15 Maitagen fanden Streiks, Arbeitsniederlegungen und in einigen Fällen Besetzungen Dutzender Fabriken und Unternehmensräume statt.

Die zweite Maihälfte war von der Radikalisierung der Konflikte gekennzeichnet. Die I. Provisorische Regierung war eine Volksfront-Regierung, die Kommunisten, Sozialisten und Liberale integrierte. Ihre Bildung am 16. Mai 1974 und der ständige Appell der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Partido Comunista Português, PCP) an die Bevölkerung, sie möge diese Regierung unterstützen, hatten keineswegs zu einer Beruhigung der Situation beigetragen. Die Regierung entschied am 24. Mai, einen Mindestlohn von 3.300 Escudos einzuführen. Das war ein viel geringerer Betrag, als er von den Arbeitern gefordert wurde (4.000 oder sogar 6.000 Escudos),⁶ und provozierte eine Radikalisierung der Streiks und weitere Fabriks- und Unternehmensbesetzungen. In den letzten Maitagen war klar, dass nicht nur ein Staatsstreich stattgefunden hatte, sondern sich ein Regimewechsel und eine mächtige soziale Bewegung vollzog, die den Privatbesitz an Produktionsmitteln infrage stellte. Am 27. Mai 1974 traten die Bäcker – entgegen einer Anordnung der Gewerkschaften – in den Streik. Zur gleichen Zeit streikten die Mitarbeiter von Carris, des Lissaboner Busunternehmens. Entgegen einer Stellungnahme der Gewerkschaft verlangten sie den gleichen Lohn wie für die Angestellten des U-Bahnunternehmens. Auch die Beschäftigten der staatlichen Post CTT (Correios, Telégrafos e Telefones) fingen einen Streik an. Lissabon hatte kein Brot, keine Busse, keine Straßenbahn und keine Post mehr.

Dennoch beeindruckte in der portugiesischen Revolution nicht allein die bemerkenswerte Anzahl von Streiks, sondern vor allem deren Dynamik. Die verzeichneten Streiks waren in ihrer Mehrheit „wilde“ Streiks, die in den meisten Fällen von Arbeiterkommissionen, die von den Arbeitern demokratisch gewählt worden waren, beschlossen und geführt wurden. Sie fanden parallel und abseits der kommunistischen und der sozialistischen Partei, die beide an der Regierung beteiligt waren, und der sich jetzt formierenden Gewerkschaften statt.

5 Siehe António Medeiros Ferreira: Portugal em Transe [Portugal im Wandel] (1974-1985), in: José Mattoso (Leitung): História de Portugal [Geschichte Portugals], Lisboa 1993, S.35.

6 Siehe Maria de Lourdes Lima dos Santos/Marinús Pires de Lima/Vítor Manuel Matias Ferreira: O 25 de Abril e as Lutas Sociais nas Empresas [Der 25. April und die sozialen Kämpfe in den Unternehmen], 3 Bde., Porto 1976-1977.

Die Rolle der Militärs in der portugiesischen Revolution zu bestimmen, ist unerlässlich, um die Ereignisse zu verstehen. Die analytischen Hypothesen sollten von zwei Schlüsselideen ausgehen: von der Beziehung zwischen Militär und Staat auf der einen Seite und der Beziehung der Militärs zu den Arbeitern auf der anderen.

Die MFA führte am 25. April 1974 den Staatsstreich durch. Ihre Mitglieder – Hauptleute, mittlere Offiziere – stammten in ihrer Mehrheit aus der kleinbürgerlichen Schicht. Sie hatten eine geringe politische Bildung, ihre Wünsche beschränkten sich auf die Beendigung des Krieges. Sie beschlossen, die Staatsführung jenem Teil der portugiesischen Bourgeoisie zu übertragen, den General António de Spínola repräsentierte. Dieser unterstützte die Bestrebungen, den Krieg zu beenden, wollte aber für die portugiesischen Kolonien eine neokoloniale Lösung mit föderativem Charakter.⁷ Seiner sozialen Klasse treu, beteuerte Spínola in der ersten Mitteilung der „Junta der nationalen Rettung“ (Junta de Salvação Nacional, JSN) an das Volk, die erste politische Aufgabe der JSN sei „das Überleben der Nation als souveräner Staat in seinem ganzen multikontinentalen Ganzen zu garantieren“.⁸ Am nächsten Tag betonte die MFA in ihrem verkündeten Programm, die „überseeische Politik der provisorischen Regierung habe nicht erkannt, dass die Lösung für die Kriege in Übersee eine politische und nicht eine militärische sein müsste“.⁹

In weniger als 24 Stunden wurde im Land bekannt, dass es Meinungsverschiedenheiten in der Grundfrage gab, die die Ursache für den Putsch gewesen war: die Art und Weise, den Krieg zu beenden und eine Lösungsmöglichkeit für die Kolonien zu finden.¹⁰

Die portugiesische Bourgeoisie war auf die Ereignisse nicht vorbereitet: weder darauf, dass die MFA, unabhängig von der spärlichen politischen Erfahrung ihrer Mitglieder, *tatsächlich* gegen den Krieg war – genau das hatte ja die Offiziere dazu gebracht, den Staatsstreich zu wagen; noch darauf, dass nach dem Putsch ein revolutionärer Prozess begann, und schließlich auch nicht darauf, dass die Befreiungsbewegungen, von den Massen und der jeweiligen Bevölkerung unterstützt, Widerstand leisten und für die Unabhängigkeit kämpfen würden.

7 Siehe Kenneth Maxwell: A Construção da Democracia em Portugal [Demokratiebildung in Portugal], Lisboa 1999.

8 Afonso Praça u. a. (Hrsg.): 25. Abril. (Documento) [25. April (Dokument)], Lisboa 1974, S.180.

9 Ebenda, S.181.

10 Siehe Ferreira, Portugal, S.21-33.

Das waren die Gründe dafür, warum die Kluft, die sich inmitten der Oberschicht selbst aufatet, durch den Staatsstreich nicht zu schließen war. Im Gegenteil, die Krise ermöglichte die Revolution. Diese verstärkte die Krise und beschleunigte die Unabhängigkeitsprozesse in den Kolonien. Der Unabhängigkeitskampf in den Kolonien beeinflusste wiederum die MFA im Sinne der Revolution im Mutterland. Das war der Kontext, in dem die MFA, gemeinsam mit der kommunistischen Partei, nach und nach bei der Stabilisierung des Revolutionsregimes eine immer größere Rolle spielte.

Die MFA erhielt von der Arbeiterklasse volle Unterstützung. Dies verdankte sie nicht nur dem Prestige der Bewegung, die die Diktatur zu Fall gebracht hatte, sondern auch der Haltung der kommunistischen Partei, die in der MFA einen Partner für ihre Strategie sah. Am 30. April 1974 kam Alvaro Cunhal zurück aus dem Exil und gab eine Pressekonferenz. Vor Hunderten von Anhängern sagte er: „Unser Volk wird, zusammen mit den Militärs des 25. April, unser Land auf den Weg der Freiheit, der Demokratie und des Friedens lenken.“¹¹ Am 17. Juli 1974 bestätigte die Leitung der PCP: „Wer systematisch die provisorische Regierung und die Bewegung der Streitkräfte bekämpft, der dient reaktionären Interessen und dem Faschismus [...]. Natürlich verteidigt die PCP das Recht der Bürger, Regierungsmaßnahmen zu missbilligen [...]. Aber ich unterstreiche, dass [...] die Fortführung der Demokratisierungspolitik von den demokratischen Kräften und vom Volk eine aktive, konstante und kreative Unterstützung der Provisorischen Regierung und der Bewegung der Streitkräfte verlangt.“¹²

Zwischen Juli 1974 und August 1975 bestand die Rolle der MFA, im Einverständnis mit der PCP und mit der Sozialistischen Partei (Partido Socialista, PS), darin, einerseits den rechten Flügel der direkten Salazar-Verbündeten zu isolieren und andererseits Forderungen, Streiks und die Entwicklung des Kampfes der Arbeiter zu leiten und ihn in die Gewerkschaftsbewegung zu integrieren, die hauptsächlich von der PCP geführt wurde.

11 Regresso do exílio de Álvaro Cunhal [Alvaro Cunhals Rückkehr aus dem Exil], <http://www.cm-odivelas.pt/Extras/MFA/cronologia.asp?canal=7> (konsultiert am 29. Januar 2008).

12 Comunicado da Comissão Política do CC do PCP de 17 de Julho de 1974 [Mitteilung der politischen Kommission des ZK der PCP vom 17. Juli 1974], in: Documentos do Comité Central do PCP. Abril a Dezembro de 1974 [Dokumente des Zentralkomitees der PCP. April bis Dezember 1974], Lisboa 1975.

Von Juli 1974 an waren Mitglieder der PCP, der PS und der MFA an allen aufeinanderfolgenden Provisorischen Regierungen beteiligt. Sie versuchten, eine klassische Politik der Volksfront zu realisieren, indem sie neue Gesetze wie das Streikgesetz, das Gesetz über den Zivildienst oder über die Gewerkschaftseinheit erließen, die die Kontrolle der Arbeiterbewegung zum Ziel hatten.

So ist es zu erklären, warum durch die Reaktion der MFA und der Arbeiterklasse die Staatsstrieche der Rechten am 28. September 1974 und am 11. März 1975 eine absolute Niederlage erfuhren. Die Arbeiter besetzten Fabriken und Gewerkschaftsgebäude, sie verbarrikierten die Straßen des Landes gegen die Bourgeoisie und ihren Repräsentanten Spínola. Sie verteidigten die Demokratie. Die Armee, die MFA, führte keinen Kampf gegen die Arbeiterklasse. Ihre Ziele und Methoden orientierten sich am Sozialismus – der Arbeitsminister, Hauptmann Costa Martins, war ein der kommunistischen Partei nahestehender Mann der MFA, Staatssekretär für Arbeit war Carlos Carvalhas, ein Mitglied der PCP.¹³

„...und die Unteren nicht mehr wollen“

Um Null Uhr des 17. Juni 1974 traten auf nationaler Ebene 35.000 Mitarbeiter der Post und der CTT (aber nicht der Telekommunikationsdienste) in den Streik. Selbst nachdem die Regierung am 16. Juni in einem Aufruf an das Gewissen der Mitarbeiter appelliert und an die gravierenden Folgen eines Generalstreiks in einem Schlüsselsektor erinnert hatte, veränderte sich nichts.¹⁴ Auch am 18. Juni kamen die MFA und das Arbeitsministerium in einer Versammlung gemeinsam mit einer Gewerkschaftskommission zu keinem Konsens. Am nächsten Tag erklärte die Regierung, dass sie die von ihr vorgeschlagenen Lohnbeträge nicht verändern werde. Die Gewerkschaft Intersindical und die PCP erklären sich am 19. Juni gegen den Streik.¹⁵

Die extreme Linke vertrat die entgegengesetzte Position. Die Linkssozialistische Bewegung (Movimento de Esquerda Socialista, MES) bestätigte in einer Mitteilung die „Unterstützung der Mitarbeiter von CTT, denn die Forderungen und die Art des Kampfes, um sie zu erreichen, wurden von

13 Carlos Carvalhas war zwischen 1992 und 2004 Generalsekretär der PCP.

14 Siehe Santos/Lima/Ferreira, O 25 de Abril, Bd. 1, Porto 1976, S.19.

15 Greve dos CTT, 19 de Junho de 1974, Centro Documentação 25 de Abril, Fundo de Comunicados e Panfletos/PCP [Der Streik der CTT, 19. Juni 1974, Dokumentationszentrum des 25. Aprils, Archiv für Mitteilungen und Panfleten/PCP].

den Arbeitern selbst festgelegt¹⁶. Die maoistische Reorganisationsbewegung der Partei des Proletariats (Movimento Reorganizativo do Partido do Proletariado, MRPP) verteidigte „den großen und gerechten Nationalstreik der CTT-Arbeiter“.¹⁷ Doch der Streik endete am 20. Juni, aber nicht etwa wegen eines Konsenses zwischen der Regierung und der Gewerkschaftskommission, sondern wegen eines drohenden militärischen Eingreifens: „[...] auf Bitte der Regierung war die Armee darauf vorbereitet, zu intervenieren, um das Funktionieren der Dienste zu gewährleisten“.¹⁸

Der Streik der Portugiesischen Fluggesellschaft (Transportes Aéreos Portugueses; TAP), auch hier ein Arbeitskampf in einem Schlüsselsektor der Wirtschaft, war entscheidend. Er wurde von der Regierung, gebildet aus Vertretern der MFA, der PS und der PCP, mit Waffengewalt unterdrückt. Am 2. Mai 1974 legte die Gewerkschaftskommission der TAP der „Junta für die Nationale Rettung“ ein Dokument vor, in dem eine ganze Reihe von Lohnforderungen und Punkten zur Erneuerung und Organisation des Unternehmens aufgelistet waren, die die Selbstverwaltung und die Wiedereinstellung aller ohne triftigen Grund Entlassenen zum Ziel hatten. Im Versuch, die Interessen der Konfliktparteien zu vereinen, wurde eine Verwaltungskommission (Comissão Administrativa; CA) gebildet, die aus je drei Repräsentanten der Arbeiter und der „Junta für die Nationale Rettung“ bestand und deren Vorsitzender Oberst Moura Pinto wurde.

Am 25. Juli forderten Arbeiter-Komitees der Basis (Comités Operários de Base, COB) die Selbstverwaltung der Unternehmen, da in einem kapitalistischen Unternehmen ein Einvernehmen der Interessen antagonistischer Klassen nicht möglich sei. Sie erarbeiteten ein Dokument, in dem ein Streik für den Monat August angekündigt wurde. Damit sollten die Forderung nach Erneuerung, die Weiterführung der Verhandlungen für einen Arbeits-Kollektivvertrag (Acordo Colectivo de Trabalho, ACT) und das Verbot von grundlosen Entlassungen durchgesetzt werden: „Wir werden uns durch Taktiken nicht einschüchtern lassen, die uns vom Kampf abhalten sollen, nämlich von der Seite derer, die mit dem Gespenst des Wirtschaftschaos drohen. Es gab schon immer das Wirtschaftschaos und wird es immer geben. Es gibt das Wirtschaftschaos, wenn sich die Pro-

16 Santos/Lima/Ferreira, O 25 de Abril, Bd. 1, S.21.

17 Luta Popular, 20.6.1974, S.7.

18 Santos/Lima/Ferreira, O 25 de Abril, Bd. 1, S.11.

duktion nicht an den Bedürfnissen der Mehrheit orientiert, sondern an einem maximalen Gewinn für eine Minderheit. Das ist das wahre Wirtschaftschaos, und dieses wird erst enden, wenn unser Kampf zum endgültigen Sieg führt, wenn der Kapitalismus niedergeschlagen wird und wenn wir Arbeiter die gesamte Gesellschaft kontrollieren mit dem Ziel, eine klassenlose Gesellschaft zu erreichen, ohne Ausbeuter oder Ausgebeutete.“¹⁹

Am 26. August, der von den Arbeitern gesetzten Endfrist für die Firma, um auf die Forderungen einzugehen, traten die Arbeiter der Abteilung für Wartung und Ingenieurwesen in den Streik. Die Regierung antwortete, indem sie Truppen schickte, um den Streik zu verhindern, und am 28. August wurden die Arbeiter unter die Verordnung für Militärdisziplin gestellt.

Am 22. August 1974 hatten ca. 30 Arbeiter der Zeitung „Jornal do Comércio“ einen Streik begonnen und die Räume des Unternehmens besetzt. Sie verlangten die Entlassung von Carlos Machado und einen gleichen Lohn wie die Angestellten der Zeitung „Diário Popular“. Machado war der Manager der Zeitungsgesellschaft und eng mit der Diktatur und der politischen Polizei verbunden. Sie forderten Pressefreiheit und bezichtigten die Zeitung, eine äußerst rechtsgerichtete Linie zu verfolgen. Die Verwaltung weigerte sich zu verhandeln. Die Angestellten blieben im Streik und beschlossen, eine Streikzeitung herauszugeben. Erneut antwortete die Regierung mit Waffengewalt. In der Nacht vom 26. zum 27. August kesselten die Polizei für Innere Sicherheit (Policia de Segurança Pública; PSP) und eine Batterie des Regiments für Leichtartillerie 1 (Regimento de Artilharia Ligeira, RAL) die Räume der Firma ein, und am 28. August wurden diese, um die Herausgabe der Streikzeitung zu verhindern, geräumt und versiegelt.

Dieser Fall löste eine Solidaritätswelle der ganzen Presse aus: Am 29. August solidarisierte sich die Journalistengewerkschaft (Sindicato dos Jornalistas, SJ) mit den Protestierenden; am 3. September forderten die SJ und die Gewerkschaft für Grafiker, Setzer und Zeitungs- und Losverkäufer in einer Versammlung einen Generalstreik von 24 Stunden. Am 4. September wurden nur zwei Zeitungen verkauft: „O Século“ und „Diário de Lisboa“. Der Streik des „Jornal do Comércio“ ging weiter und dauerte 46 Tage. Am 28. September wurde Carlos Machado festgenommen, da er am gescheiterten Staatsstreich der Spínolisten teilgenommen hatte.

¹⁹ Ebenda, Bd. 3, Porto 1977, S.125.

Inmitten dieser zugespitzten sozialen Konflikte bestätigte die Provisorische Regierung das Streikgesetz, das am 27. August 1974 in Kraft trat. Linke Kräfte bezeichneten es als „Anti-Arbeiter-Gesetz“. Es sah vor: 1.) Die Kollektivverträge dürften nicht vor der gesetzten Frist wieder verhandelt werden. Dies bedeutete bei einer zweistelligen Inflation, dass die Löhne schnell von der Inflation geschluckt würden; 2.) Armee, Feuerwehr, der Polizei und Justiz war der Streik verboten; 3.) Verboten war die „isolierte Einstellung der Arbeit durch Personal strategischer Unternehmensabteilungen, die die Desorganisation des Produktionsprozesses zum Ziel haben“, auch die Besetzung der Arbeitsplätze während des Streiks; 4.) Artikel 6 verbot den politischen und den Solidaritätsstreik „der Berufe mit ungleichen Interessen“; 5.) In einer Zeit, in der die Mehrheit der Arbeitskonflikte von den Arbeiterkommissionen geführt wurde, sah das Gesetz vor, dass die Streiks von den Gewerkschaftskommissionen entschieden wurden. Falls es diese nicht gab, sollten sie auch von Arbeiterversammlungen entschieden werden können, soweit diese Entscheidungen einer Kontrolle unterzogen wurden, mehr als 50 Prozent der Stimmen erhielten und bei der Kontrolle ein Vertreter des Arbeitsministeriums anwesend gewesen war; 6.) Es sicherte dem Arbeitgeber das Recht auf Aussperrungen zu.²⁰

Das Gesetz kam zustande, weil der Provisorischen Regierung, einschließlich der PCP und der MFA, die Kontrolle über die Arbeiterklasse fehlte. Wie Miguel Pérez betont, hatte das Streikgesetz „klare Ziele: Es sind weder Solidaritätsstreiks, noch Besetzungen gestattet, und jeder Arbeitsniederlegung muss eine Verhandlungszeit von 30 Tagen vorausgehen, wobei es feststeht, dass die Gewerkschaften die kompetenten Organe sind, um Streiks auszulösen“.²¹ Philippe Schmitter spricht von einer „ernsten Restriktion des Streikrechtes“²²

Der Kampf der Arbeiter von Lisnave, der größten Arbeiterkonzentration im Land mit etwa 8.000 Arbeitern, verwandelte sich in einen Kampf ge-

20 Decreto-lei 392/74 de 27 de Agosto de 1974.

21 Miguel Pérez: *Contra a Exploração Capitalista. Comissões de Trabalhadores e Luta Operária na Revolução Portuguesa (1974-75)*, Dissertação, Faculdade de Ciências Sociais e Humanas, Universidade Nova de Lisboa [Gegen die kapitalistische Ausbeutung. Arbeiterkommissionen und der Arbeiterkampf in der portugiesischen Revolution (1974-75)], Dissertation, Fakultät für Geistes- und Humanwissenschaften, Neue Universität Lissabon], Lisboa 2008, S.104.

22 Philippe Schmitter: *Portugal: Do Autoritarismo à Democracia*. [Portugal: Vom Autoritarismus zur Demokratie], Lisboa 1999, S.218.

gen das Streikgesetz. Wie die TAP ist auch die Lisnave, die sich am Fluss Tejo befindet, ein strategischer Wirtschaftsbereich des Landes und ein Zweig der Schwerindustrie, und zugleich eine Bastion der Arbeiter. Am 7. September ratifizierte eine Zusammenkunft von 2.000 Arbeitern die Entscheidung, eine Demonstration zu organisieren, die die Metallarbeiter von der Lisnave-Zentrale bis zum Arbeitsministerium auf dem Platz „Praca de Londres“ im Zentrum der Stadt Lissabon führen sollte. Die Arbeiter der Lisnave forderten die Erneuerung der Verwaltung und lehnten das Streikgesetz ab. Sie bezeichneten es als „Anti-Streik-Gesetz“.²³

Die Regierung, vertreten durch das Ministerium für Innere Verwaltung, erklärte am 11. September die Demonstration für gesetzwidrig. Sie befürchtete eine Ausbreitung des Kampfes auf andere Betriebe. Am Morgen des 12. September stattete eine Delegation der MFA der Lisnave einen Besuch ab. Sie wollte die Arbeiter davon überzeugen, die Demonstration auf einen Sonnabend zu verschieben. Vergeblich. Am 12. September bekräftigten die in der Werft versammelten Arbeiter mit nur 25 Gegenstimmen den Demonstrationsbeschluss. Draußen kesselten die Kräfte des Einsatzkommandos Kontinent (Comando Operacional do Continente; COPCON), den Repressionsverbänden der MFA, mit großem militärischem Aufwand die Werft ein.

In einem der symbolträchtigsten Momente der portugiesischen Revolution weigerte sich das Schießkommando, die Demonstration zu unterdrücken. Diese ging also weiter. 7.000 Arbeiter in blauer Einheitskleidung begaben sich zu Fuß über die Tejo-Brücke auf die andere Seite der Stadt und liefen sechs Stunden lang durch die wichtigsten Straßen Lissabons. Sie machten vor dem Arbeitsministerium halt und verlasen folgende Mitteilung: „Wir unterstützen die Regierung nicht, wenn sie Gesetze gegen die Arbeiter erlässt, die den Kampf der Arbeiter gegen die ausbeutenden Kapitalisten verhindern wollen. Wir werden aktiv gegen das ‚Streik-Gesetz‘ kämpfen, denn es ist ein Schlag gegen die Freiheit der Arbeiter. Wir lehnen das Recht der Arbeitgeber ab, Tausende von Arbeitern in die absolute Armut zu schicken, denn das Aussperrungsgesetz ist eines gegen die Arbeiter und zum Schutz der Kapitalisten.“²⁴

23 Siehe Santos/Lima/Ferreira, O 25 de Abril, Bd. 2, Porto 1977, S.110-112.

24 Ebenda.

Die Dualität der Macht

Dokumente des britischen Foreign Office zeigen, dass die westlichen Machtzentralen gleich im Mai 1974 die Radikalisierung der Revolution auf zwei möglichen Wegen befürchteten: erstens durch Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf die soziale Radikalisierung und zweitens durch die Effekte, die der Sturz der Regierung durch die Offiziere auf die Soldaten haben könnte.²⁵ Ihre Ängste entpuppten sich als berechtigt. Die Lisnave-Mitarbeiter hatten das Schießkommando zum Rückzug bewegt.

Am 7. Februar 1975 ging ein anderer Moment des militärischen Ungehorsams in die Geschichte ein. Auf Vorschlag der Fabrik Efacec wählte die Koordination der Arbeiterkommissionen für eine Demonstration just den Zeitpunkt, als die NATO bei Lissabon ein militärisches Manöver durchführen wollte, was als eine Provokation angesehen wurde. Die Regierung verbot Demonstrationen zwischen dem 7. und dem 12. Februar 1975. Die PCP veröffentlichte am 4. Februar eine Erklärung des Zentralkomitees, in dem sie auf die Gefahr von NATO-Manövern inmitten großer sozialer Spannungen hinwies. Sie verteidigte aber gleichzeitig angesichts der „aktuellen Situation“ die Teilnahme Portugals an der Militäralianz und bezeichnete die Demonstration als Provokation.²⁶ Die Regierung wie auch die PS sprachen sich für das Verbot der Demonstration aus. Doch die überbetriebliche Kommission besaß die soziale Kraft, weiterzumachen, und die Demonstration zählte 80.000 Teilnehmer.

Auf ihr wurden leidenschaftliche Reden gegen die von der Regierung und der PCP verteidigte Politik gehalten: Der Kampf für die nationale Produktion, die Intersindical wurden als „gelb“ und „reformistisch“ beschimpft.²⁷ Das Wichtigste an der Demonstration aber war, dass sich die Militärs unter tosendem Applaus aktiv an den Rufen der Demonstranten gegen die NATO beteiligten. Die Demonstration zeigte in der gleichen, klaren Form wie bei der Militarisierung der TAP, dass es eine Spaltung in der Armee gab und dass das Volk die MFA nicht unterstützt oder, um genau zu sein, dass ein Teil der Arbeiter – unter ihnen der kämpferischste

25 Foreign Office, Central Department and Foreign and Commonwealth Office, Southern European Department: Registered Files (C and WS Series) FCO 9/2072 SozVisit by Dr Mario Soares, Portuguese Minister of Foreign Affairs to London and other European capitals, 1-6 May 1974 . Foreign Office, Date: 1974. Source: The Catalogue of The National Archives.

26 Siehe *Avante*, Serie VII, 6.2.1975, S.3.

27 Siehe Pérez, *Contra a Exploração Capitalista*, S.139.

Teil – in bestimmten Momenten die MFA nicht unterstützte. Und sie machte auch offenbar, dass Teile der Soldaten, der Armeebasis, an der Seite dieser Arbeiter standen.

Am 11. März 1975 versuchte ein Staatsstreich von rechts der Revolution ein Ende zu setzen. Er wurde niedergeschlagen. Die Geschichte der portugiesischen Revolution nach dem 11. März zeigt, dass die demokratische Etappe der Revolution in weniger als einem Jahr von den wichtigsten Protagonisten im revolutionären Prozess – der Arbeiterklasse und Teilen anderer Sektoren der portugiesischen Gesellschaft – überholt worden war. Sie hatten in Fabriken, in den Wohnvierteln und an den Arbeitsplätzen mit verschiedenen Kampfmethoden und für Forderungen gekämpft, welche die demokratische Etappe in eine gegebene Tatsache und den Sozialismus in eine reelle Möglichkeit verwandelten.

Nach dem 11. März war die soziale Situation die radikalste seit Beginn der Revolution. Zwischen Mai und Juni 1975 fanden Streiks, Streikdrohungen und Arbeitskonflikte in Chemie- und Metallwerken, im Hotelwesen, in der Textilindustrie, in den öffentlichen Verwaltungen, im Bauwesen, im Bergbau, bei den Elektrikern, Bäckern, im Pressewesen und bei der TAP statt.²⁸ Die Besetzungen von Latifundien weiteten sich auf die Gegenden von Ribatejo und Alentejo aus. Dutzende großer Unternehmen wurden nationalisiert. Ab Mitte Februar 1975 wurden auf nationaler Ebene Häuser – insbesondere in Lissabon, Porto und Setúbal – Schlag auf Schlag besetzt. Die Anwohnerkommissionen wurden zur organisatorischen Basis für die soziale Stadtbewegung und verwandelten sich, nach der Dows Analyse, in eine „wahre doppelte Macht in der Stadt“.²⁹ Auch Valério Arcary ist der Meinung, dass die Niederlage der Rechten vom 11. März den Weg für die Radikalisierung der Revolution und für die Dualität der Macht eröffnete.³⁰

Viele dieser Kämpfe waren außerordentlich erfolgreich. Sie erzogen das Militär, überzeugten Aktivisten und organisierten immer mehr Menschen. Wie Chip Dows bemerkt, waren die Forderungen der Arbeiter und der Volksschichten im Innersten nicht revolutionär, „aber durch die Kampferfahrung bei der Befriedigung der Forderungen und für das Recht auf

28 Siehe *Diário de Lisboa*, 5.5.1975, S.1; 6.5.1975, S.1.

29 Chip Dows: *Os Moradores à Conquista da Cidade* [Die Anwohner erobern ihre Stadt], Lisboa 1978, S.59.

30 Siehe Valério Arcary: *Quando o Futuro era Agora. Trinta Anos da Revolução Portuguesa* [Als die Zukunft jetzt war. Dreißig Jahre portugiesische Revolution], in: *Outubro* (São Paulo), 2004, Nr. 11, S.78.

direkte Beschlusskontrolle wird ihre politische Bedeutung unterstrichen und wachsen [...] Es ist das Kampfbewusstsein, das die Menschen erfüllt, das Gefühl, dass sie etwas über den ihnen aufgezwungenen Alltag zu sagen und vorzuschlagen haben, obwohl sie es manchmal nicht genau erklären können“.³¹

Die Radikalisierung der Revolution nach dem 11. März wurde zur Ursache, dass sich die Regierungskrise in eine allgemeine Staatskrise verwandelte. Sie war die umfangreichste Regierungskrise der Revolution. PS und Liberale traten aus der Regierung aus und überließen der PCP im Sommer 1975, gegen deren Willen, die Bildung der Regierung, es war die V. Provisorische Regierung. Die Militärs waren tief gespalten.

Ein großer Teil der MFA, jetzt unter dem Namen „Gruppe der Neun“, verbündete sich mit der SP und mit der Kirche. Die Gruppe führte dann den konterrevolutionären Staatsstreich am 25. November. Dagegen blieb ein von Vasco Gonçalves geführter Teil der MFA der Strategie der kommunistischen Partei treu, die Revolution im Rahmen einer demokratischen Regierung und der NATO mit einer regulierten kapitalistischen Wirtschaft zu erhalten. Ein anderer Teil scheint bereit gewesen zu sein, zur Machtergreifung den Weg eines Putsches zu gehen und in Portugal ein Projekt wie Nasser in Ägypten oder wie Alvarado in Peru zu verwirklichen. Aus dieser Krise der MFA erwuchs schließlich die Kasernenrevolution. Die Soldaten konstituierten die Soldatenkommission.

„Sonjetisierung“ der Armee?

Es ist in der portugiesischen Historiografie Konsens, dass Portugal während der VI. Provisorischen Regierung eine politisch-militärische Krise durchlief, die eine Klärung verlangte.³² Die Theorie der revolutionären Prozesse verweist auf einen Moment der Revolution, in dem, unabhängig vom Resultat, eine Lösung unausweichlich ist. Dies ist die Situation, in der sich die Staatsverhältnisse durch die Erhebung der Arbeiter/Bauern (geführt von einer Partei oder einem Rat – wie in der russischen Revolution – oder von einer Militärpartei – wie in der chinesischen Revolution) entweder ändern oder unter einem konterrevolutionären Putsch der

31 Dows, Os Moradores, S.61f.

32 Siehe z. B. Maria Inácia Rezola: Os Militares na Revolução de Abril: o Conselho da Revolução e a Transição para a Democracia em Portugal [Das Militär in der Aprilrevolution: der Revolutionsrat und der Übergang zur Demokratie in Portugal] (1974-1976), Lisboa 2006; Maxwell, A Construção, S.129; Ferreira, Portugal, S.21-33.

Bourgeoisie und ihrer Verbündeten wieder stabilisieren. Dies wäre der Moment der Revolutionskrise.

Die PCP erlebte Ende August 1975, nachdem sie die Ablösung der V. Provisorischen Regierung akzeptiert hatte und an der VI. Provisorischen Regierung unter der Leitung von Pinheiro de Azevedo teilnahm, ihren schwächsten Moment seit Beginn der Revolution. Denn mit der Zerschlagung der MFA zerbrach auch die „Allianz von Volk und MFA“ und ließ die Arbeiter ohne die Führung, die die PCP selbst konstituiert hatte, wieder zurück. Selbst Autoren, die andere Thesen vertreten, stimmen zu, dass die PCP wegen des Auseinanderfallens der MFA zu diesem Zeitpunkt sehr schwach war.³³

Doch nicht nur die PCP kam in eine Krise. Mit dem Auseinanderbrechen der MFA als Stütze des Staates während der Revolution verfiel die Stabilität der Armee, welche trotz Krisen bis dahin hatte bewahrt werden können. Gleichzeitig kam es zu einer Intensivierung der Machtdualität innerhalb der Armee. Die Revolution fand auch durch die fortschreitende Organisation der Soldaten in Soldatenkommissionen durch die SUV (Soldado Unidos Vencerão, die Vereinigten Soldaten werden siegen), durch die Militärpolizei sowie durch Volksversammlungen endgültigen Eintritt in die Kasernen.

Am 5. September 1975 war es der „Gruppe der Neun“ in der Versammlung der MFA (bekannt als die Tancos-Versammlung) gelungen, Vasco Gonçalves zu entfernen und die militärische Linke im Revolutionsrat zu isolieren. Damit wurde in diesen Strukturen – aber nicht in den Kasernen – das Kräfteverhältnis zugunsten der „Gruppe der Neun“ verändert. Die Versammlung entschied über die Restrukturierung des Revolutionsrates: Die Gonzalvisten, bis dahin in der Mehrheit, erhielten nur drei Plätze, die „Gruppe der Neun“ dagegen sieben. Dazu kamen noch Pinheiro de Azevedo und Morais da Silva, die immer mehr auf der Seite der Neunergruppe standen,³⁴ sowie Otelio Sarauva de Carvalho und Costa Gomes. Ersterer nahm eine wacklige Position ein, und der Zweite spielte eine Art Schiedsrichter zwischen den verschiedenen Fraktionen und stellte sich schließlich auch auf die Seite der Gruppe der Neun.

Mit der Tancos-Versammlung begann der Wiederherstellungsprozess der Hierarchie in der Armee. Nur zwei Tage später, am 7. September, gab

33 Siehe Carlos A. Cunha: *The Portuguese Communist Party's Strategy for Power 1921-1986*, New York-London 1992, S.259.

34 Siehe Rezola, *Os Militares*, S.399.

eine Gruppe vermummter Soldaten (die bis dahin geheim operierte) eine Pressekonferenz. Sie verkündete die Bildung der SUV, einer Soldatenorganisation, die grundsätzlich die Bildung von Soldatenkommissionen in der Armee anstrebte. Auch betonte sie, gegen die MFA und für die „Zerschlagung der bürgerlichen Armee“³⁵ zu sein. Am gleichen Tag weigerte sich die Kompanie 8246 des Militärpolizeiregiments (Regimento de Polícia Militar, RPM) nach Angola einzuschiffen.

Am 9. September veröffentlichte der Revolutionsrat – als Reaktion auf „die Unterminierung der Disziplin und des Gehorsams beim Militär“³⁶ – das Gesetz 11/75. Mit ihm sollte den Presseorganen verboten werden, „Nachrichten über Ereignisse oder über Positionen von Militäreinheiten“³⁷ zu verbreiten. Es wurde als „Gesetz über die Militärzensur“ bekannt und trat nie in Kraft, da die Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen sich weigerten, es zu respektieren. Fünfzehn Tage später wurde es annulliert.

Am 21. September marschierten in Porto 1.500 uniformierte Soldaten unter Führung der SUV neben 10.000 Zivilisten bei einer Demonstration gegen die Regierung und gegen die Generäle Fabião und Charais. Diese wurden beschuldigt, der Revolution ein Ende setzen zu wollen. An diesem Tag gab es Explosionen in der Messe des Generalstabes der Armee, in der gerade Premierminister Pinheiro de Azevedo schlief. In dieser Nacht vom 21. zum 22. September besetzten Armeeeingehörige die Brücke des 25. April, jene Brücke, die beide Teielseiten in Lissabon verbindet. Die Demonstranten besetzten am 25. September auch die Studios des nationalen Rundfunks. An diesem Tag fand eine Demonstration in Lissabon statt, die als die größte Soldatendemonstration gilt, die es jemals in Portugal gab.

Am 24. September war der Generalstab der Armee zusammengekommen, um über die Krise zu beraten: über „die disziplinären Fragen im Allgemeinen, die SUV im Besonderen und den Mangel an qualifiziertem und geeignetem Personal, um die Gruppierungen zu zerschlagen, die sich innerhalb der Armee formieren“³⁸. Bei dieser Versammlung wurde die Erneuerung der MFA-Organen auf der Ebene der Einheiten und militäri-

35 Siehe Os SUV em Luta [Der Kampf der SUV], Lisboa 1975.

36 Cronologia Pulsar da Revolução [Chronologie – Das Pulsieren der Revolution], <http://www1.ci.uc.pt/cd25a/wikka.php?wakka=PulsarSetembro75> (konsultiert am 16. Februar 2010)

37 Ebenda.

38 Rezola, Os Militares, S.418.

schen Regionen beschlossen, um die „Bildung paralleler Organisationen innerhalb der Kasernen zu verhindern“³⁹.

Am 27. September erstürmten und zerstörten Demonstranten der radikalen Linke die Botschaften und Konsulate Spaniens. Diese Aktion wandte sich gegen das Franco-Regime und gegen die Todesurteile, die über sechs baskische Nationalisten verhängt worden waren. Die entsprechenden Befehle der COPCON, die diplomatischen Objekte Spaniens zu schützen, wurden missachtet.

Die SUV spielten in dieser Krise eine wichtige Rolle, weil sie die Bildung von Soldatenkommissionen verteidigten. Der Führer der Sozialistischen Partei Mário Soares sagte später zu Maria Joao Avilez, „das stimmt, in dieser Zeit befand sich die Macht in vollkommener Auflösung und sie wurde durch die Straßendemonstrationen beeinflusst. [...] Die SUV waren eine weitere Stufe auf dem Weg der Revolution. Sie waren ein eindeutiger Versuch der Sowjetisierung der Armee, der natürlich die Zerstörung der militärischen Institutionen vorausgehen sollte, um darauf eine andere Machtstruktur aufzubauen“⁴⁰.

Angesichts der Konflikte innerhalb der Armee entschied sich der Revolutionsrat für eine ganze Reihe repressiver Maßnahmen, die hauptsächlich auf die Festigung jener Teile der Armee abzielten, die besonders mit verschiedenen linken Gruppierungen verbunden waren. Es war der Versuch, die militärische Hierarchie wiederaufzubauen. Man beschloss, auf einige Forderungen von Teilen der Armee einzugehen, das Militärpolizeiregiment aufzulösen und eine aus Einsatztruppen der drei Teilstreitkräfte der Armee bestehende Militärische Eingreifgruppe (*Agrupamento Militar de Intervenção*, AMI) aufzubauen. Diese sollte als disziplinierte Kraft in der Lage sein, auf das zu antworten, was man als eine Bedrohung für die „nationale Ordnung“ ansah.

Am 30. September ordnete Premierminister Pinheiro de Azevedo die Besetzung der Radio- und Fernsehstationen an. Er argumentierte, dies wäre notwendig, um die Ausrufung eines „Notstandes“ zu vermeiden, denn das wäre, so meinte er, die „wahre Situation“.⁴¹ Aber nicht einmal so konnte der Konflikt kontrolliert werden. Am 1. Oktober versiegelten Armeeoffiziere die Räume des Senders Buraca in Lissabon, und die PSP bewachte den Ort. Proteste gegen die Regierungsentscheidung folgten. Am 21. Oktober

39 Ebenda.

40 Ebenda, S.483.

41 Ebenda, S.423.

kam es zu einer Demonstration, die von den Medien umfangreich begleitet und von Soldaten-, Anwohner- und Arbeiterkommissionen organisiert wurde. Diese setzten die Entsiegelung der versiegelten Räume durch.

Als am 7. November die Regierung die Räume von Rádio Renascença zerbomben ließ, demonstrierte sie damit ihren Mangel an Autorität. Wie Paula Borges dos Santos schreibt, widerspiegelte sich an diesem Fall die fehlende Autorität der aufeinander folgenden Regierungen. Sie waren nicht in der Lage, den Konflikt zu kontrollieren: weder durch die Bildung von Verwaltungskommissionen noch mit Nationalisierungsplänen oder mit einer militärischen Besetzung des Senders.⁴² Am Ende blieb ihr nur eine einzige Methode: die physische Zerstörung, die Bombardierung.

Als Pinheiro de Azevedo am 20. November 1975 beschloss, die Regierung aufzulösen – nachdem 100.000 Arbeiter die Verfassunggebende Versammlung für fast drei Tage besetzt hatten – gab er, befragt nach der militärischen Situation, in seinem direkten und indiskreten Stil einem Journalisten zur Antwort: „Soweit ich weiß, ist die Situation immer noch dieselbe: Zuerst macht man Versammlungen und erst dann befolgt man die Befehle!“⁴³

Eine kleinbürgerliche Utopie?

In den Jahren 1974/1975 führte die portugiesische Bourgeoisie den revolutionären Prozess und garantierte seinen Erfolg. Dies geschah durch Volksfront-Regierungen (insgesamt sechs Regierungen in 19 Monaten), die in der MFA eine ihrer wichtigsten Säulen besaßen. Die Fähigkeit, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen, stellt sicherlich einen Sieg der MFA dar. Die Verwirklichung dieses Projektes war für die portugiesische Bourgeoisie taktisch, sozusagen ein Rettungsanker, wenn schon die eigenen Kräfte die Stabilität der Regierung nicht garantieren konnten. Es war nur möglich, weil es, im Hinblick auf das Bündnissystem, dem strategischen Ziel der prinzipiellen Führung der portugiesischen Arbeiterbewegung, der kommunistischen Partei, entsprach. Von den ersten Tagen an unterstützte diese in einer denkwürdigen politischen „Allianz von Volk und MFA“ die Idee, dass der Übergang von einer Diktatur zu einer Demokratie schmerzlos (und vergaß die antikolonialen Revolutionen) und der Übergang von der Demokratie zum Sozialismus ebenfalls friedlich, ohne Leid,

42 Siehe Paula Borges dos Santos: O Caso da Rádio Renascença [Der Fall des Renascença-Senders], in: História, 2000, Nr. 27, Juli/August, S.57.

43 RTP-Archiv, <http://www.youtube.com/watch?v=6DB42QUJYSM> (konsultiert 19. Januar 2010).

ohne Bürgerkrieg sein würde und dass dieser Übergang von den gleichen Akteuren, also von der MFA, geführt werden könnte.

Während der Umzingelung der Verfassungsgebenden Versammlung durch Bauarbeiter veröffentlichte die PCP in ihrer Zeitung einen Festartikel zur russischen Revolution, in dem man lesen konnte: „Wir werden alles tun, um einen friedlichen Weg zum Sozialismus zu ermöglichen. [...] Der Oktober bedeutete mehr als nur einen Aufstand. [...] Der Oktober bedeutete den endgültigen Todesschlag gegen den Kapitalismus. Ohne Eile und Überstürzung, ohne die Ungeduld, schnell voranzukommen, mit klugen Schritten werden wir alles tun, damit jenes Trauergeläut so bald wie möglich in unserem Land erklingt.“⁴⁴

Am 25. November 1975 fand ein Putsch statt. Dieser wurde von der Mehrheit der MFA, die die Gruppe der Neun unterstützte, von der PS, der Kirche und den Rechten, den Anhängern des Salazar-Regimes, durchgeführt. Hinzu kam die Weigerung der PCP, sich dagegen zu wehren: Sie hatte verhindert, dass militärische Einheiten einschritten und die Inter-sindical Widerstand leistete.⁴⁵ Diese Faktoren führten dazu, dass sich die Konterrevolution festigte, Disziplin in den Kasernen einzog und die Hierarchie in der Armee wiederhergestellt wurde. Die Politik der „demokratischen Revolution“ der Kommunisten, die von den mittleren Offizieren außerordentlich stark unterstützt wurde, zeigte einen Übergang ohne bestimmte Grenzen, der im Rahmen der repräsentativen Demokratie den Privatbesitz sowie andere Besitzformen respektierte und die dominante Rolle der Bourgeoisie weiterhin aufrechterhielt. Deshalb handelte es sich bei der Nelkenrevolution nicht um eine Revolution im eigentlichen Sinne, sondern um eine Regimeform, die sich gegen andere Kräfte auflehnte, die sich während dieser revolutionären Zeit entwickelten, und deren Ziele und Methoden mehr auf eine soziale Revolution hindeuten.

Aus dem Portugiesischen von Manuela Sambo

44 Avante, 13.11.1975, S.9.

45 Siehe Álvaro Cunhal: Do 25 de Novembro às Eleições para a Assembleia Constituinte. Discursos Políticos 6 [Vom 25. November bis zu den Wahlen der konstituierenden Versammlung. Politische Reden 6], Lisboa 1976; ders.: A Verdade e a Mentira na Revolução de Abril [Die Wahrheit und die Lüge in der Aprilrevolution], Lisboa 1999.

Teil einer weltweiten Unterstützung: Die schwedischen Gewerkschaften und die Solidarność¹

Klaus Misgeld

Eine der größeren internationalen Solidaritätsaktionen der schwedischen Gewerkschaftsbewegung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Unterstützung für die unabhängige polnische Gewerkschaft NSZZ Solidarność (Niezależne Samorządne Związki Zawodowe „Solidarność“; Unabhängige Selbstverwaltende Gewerkschaften „Solidarität“) in den 1980er-Jahren. Doch wurde das schwedische Engagement im Verhältnis zu der Rolle, die Schweden und die schwedischen Gewerkschaften bei der Stärkung der demokratischen Bewegung in Polen spielten, bisher nicht nur in der schwedischen Geschichtsforschung, sondern auch international relativ wenig beachtet. Das schwedische Engagement für die Solidarność war Teil der weltweiten Hilfe, in der die schwedische Gewerkschaftsbewegung ihren eigenen Platz finden musste. Der folgende Artikel konzentriert sich auf den Gewerkschaftsbund von Schweden (Landsorganisationen i Sverige; LO) und seine Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) bei der Unterstützung der Solidarność vom Sommer 1980 bis zum Dezember 1981 und schließt mit einigen Bemerkungen zu den nachfolgenden Jahren.²

1 Redaktionell bearbeiteter Aufsatz für eine polnische Publikation, die Ende 2011 erscheinen soll und die die erweiterten Beiträge für die Konferenz „The World towards ‚Solidarity‘ Movement, 1980-1989“ in Wrocław im Oktober 2010 enthält. Veranstalter der Konferenz waren das Instytut Pamięci Narodowej (Institut für Nationales Gedenken) und die Universität Wrocław. Herausgeber der polnischen Publikation sind Paweł Jaworski und Łukasz Kamiński. Nachdruck und Übersetzung erfolgen mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber.

2 Siehe ausführlicher und detaillierter zu Umständen und Quellen (auch Interviews) meine Aufsätze: Klaus Misgeld: A Complicated Solidarity. The Swedish Labour Movement and Solidarność, in: International Institute of Social History, Amsterdam, IISH Research Papers, <http://www.iisg.nl/publications/respap45.pdf> (2010-07-22); ders.: Sweden: Focus on Fundamental Trade Union Rights, in: Idesbald Goddeeris (Hrsg.): Solidarity with Solidarity: Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980-1982 (Harvard Cold War Studies Book Series), Lanham 2010, S.19-50; ders.: Svensk facklig press möter det ‚katolska‘ Solidaritet [Die schwedische Gewerkschaftspresse über die ‚katholische‘ Solidarność], in: Signum. Katolsk orientering om kyrka, kultur & samhälle [Signum. Katholische Orientierung über Kirche, Kultur und Gesellschaft] (Uppsala), Jg. 34, 2008,

LO und Polen: Internationalismus und Transnationalismus

Die Konzentration auf LO versteht sich in diesem Zusammenhang von selbst. LO ist der größte Gewerkschaftsbund Schwedens mit den stärksten Ressourcen. 1898 gegründet, umfasste der Bund 1980 25 Einzelgewerkschaften mit 2,1 Millionen Mitgliedern, die mit wenigen Ausnahmen nach dem Industriezweigprinzip organisiert sind. Die Druckergewerkschaft (Grafiska Fackförbundet; GF), die hier von besonderem Interesse ist, war eine der kleineren Mitgliedsgewerkschaften mit etwas über 44.000 Mitgliedern.³

Als wichtige Organisation spielte LO bei der Herausbildung der Ideologie der Arbeiterbewegung in Schweden und in der Innenpolitik des Landes stets eine Schlüsselrolle. Der Gewerkschaftsbund war und ist mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens (Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti; SAP) eng verbunden. Bei ihren transnationalen und internationalen Aktivitäten lässt sich die schwedische Gewerkschaftsbewegung – nicht zuletzt seit dem Zweiten Weltkrieg – grundsätzlich vom Recht auf Selbstbestimmung leiten. Dies ist auch der Hauptgrund für die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von *Solidarność*.

Es ist allerdings aus schwedischer Sicht schwer einzuschätzen, welche Bedeutung und welchen Umfang die schwedische Hilfe im Vergleich zu

Nr. 8, S.16-23; Ders.: Olof Palme, CIA och Polen. Källkritiska funderingar kring en osannolik historia [Olof Palme, CIA und Polen. Quellenkritische Überlegungen zu einem wenig wahrscheinlichen Bericht], in: *Arbetarhistoria* (Stockholm), Nr. 129-130 (1-2/2009), S.29-33; Ders.: Samarbete och missförstånd: Anteckningar kring ett samtal mellan Landsorganisationen i Sverige och polska Solidaritet 1981 [Zusammenarbeit und Missverständnisse. Aufzeichnungen zu einem Gespräch 1981 zwischen dem schwedischen Gewerkschaftsbund und der polnischen *Solidarność*], in: Solveig Halvorsen u.a. (Hrsg.): *I politikens irrganger: Festskrift til Knut Einar Eriksen* [In den Irrwegen der Politik. Festschrift für Knut Einar Eriksen], Oslo 2009, S.208-223; Ders./Karl Molin: *Solidarity despite reservations*, in: *Baltic Worlds*, Centre for Baltic and East European Studies/CBEES, Södertörn University (Huddinge) III:3 (September 2010), S.10-16; Ders.: *En 'svensk modell' för Polen? Diplomatiska sidospår under det demokratiska genombrottet i Polen 1988-1989* [Ein ‚schwedisches Modell‘ für Polen? Diplomatische Nebenlinien während des Durchbruchs zur Demokratie in Polen 1988-1989], in: *Utenfor det etablerte. Aspekter ved Einhart Lorenz' forskning* [Außerhalb des Etablierten. Aspekte zur Forschung von Einhart Lorenz], Oslo o.J./2011, S.181-203. In den genannten Beiträgen wird auch die schwedische und internationale Literatur zum Thema aufgegriffen.

³ Schweden hatte zu jener Zeit 8,3 Millionen Einwohner.

der anderer Länder besaß. Allein auf das schwedische Material gestützt, lässt sich diese Frage nicht hinreichend beantworten. Auch aus polnischer Perspektive scheint es naturgemäß schwierig zu sein, ein Gesamtbild zu gewinnen. Ob es außerdem in Polen eine gewisse Bereitschaft gab, bei der Suche nach einem Ausweg aus der wirtschaftlichen und ideologischen Krise des Landes vom schwedischen Gesellschaftsmodell zu lernen, ist eine weitere Frage, auf die ich am Schluss dieses Beitrages eingehe.

Im Westen herrschten 1980 starke Befürchtungen, dass die Streiks und Unruhen in Polen zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft mit Folgen für die ganze Region führen könnten. Solche Befürchtungen gab es in Schweden natürlich auch. Die schwedische Reaktion muss vor diesem Hintergrund, aber auch im Zusammenhang mit der langen Tradition einer Politik der Blockfreiheit („Neutralität“), der Bemühungen um Brückenschlag, Abrüstung und Menschenrechte gesehen werden. Die schwedischen Gewerkschaften hatten, wie zahlreiche andere nationale Gewerkschaftsorganisationen, nicht zuletzt in Skandinavien, seit geraumer Zeit Wert auf formlose bilaterale Gewerkschaftsbeziehungen zwischen Ost und West gelegt. Bilaterale Gewerkschaftskontakte zwischen Polen und Schweden gab es während der ganzen Siebzigerjahre. Aber als im Sommer und Herbst 1980 in Polen eine unabhängige Gewerkschaft gegründet wurde, begriff man in Schweden, dass die veränderte Lage ein anderes Vorgehen erforderte. So wurde mit der neuen, rasch wachsenden Organisation Kontakt aufgenommen.

Allerdings stand eine Reihe schwedischer Sozialdemokraten bereits seit Mitte der Siebzigerjahre in Verbindung mit polnischen Demokraten, vor allem vom Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników; KOR). Dokumente von und Interviews mit Vertretern des KOR erschienen in der sozialdemokratischen Monatschrift „Tiden“ (Die Zeit). Nicht erst seit 1980 stand die Redaktion konsequent an der Seite der polnischen Opposition. Diese Kontakte, dazu Verbindungen zwischen Schiffswerften in den polnischen Küstenstädten und Gewerkschaftlern der schwedischen Kockums-Werft im Malmö sollten sich als sehr nützlich erweisen. Das gilt vor allem für die Rolle, die die schwedische Arbeiterbewegung mithilfe ihres 1978 entstandenen Internationalen Zentrums (Arbetarrörelsens internationella centrum; AIC; seit 1992 Olof Palmes internationella centrum) und dessen ein Jahr später geschaffener Internationaler Solidaritätsfonds (i-fonden) spielen sollte. Diese wurden von LO, der SAP und der Bildungsorganisation der Arbeiterbewegung (Arbetarnas bildningsförbund; ABF) sowie der Verbraucherorganisation

(Kooperativa förbundet; KF) gegründet, um die internationale Unterstützung und Zusammenarbeit zu fördern.

Die erste Reaktion von LO

Abgesehen von Nachrichten und Reportagen in den Massenmedien erreichte der wahrscheinlich erste offizielle schwedische Bericht über die Aktionen der Solidarność LO (und danach auch den IBFG) zwei Wochen nach der am 31. August 1980 geschlossenen Vereinbarung von Gdańsk und stammte vom Redakteur der AIC-Zeitschrift „aic-bulletinen“ Charles Kassman.⁴ Die Leninwerft hatte er auch zuvor schon besucht, aber diesmal kam er als Vertreter von LO und IBFG. Von besonderem Interesse ist seine Darstellung eines Gesprächs mit Lech Wałęsa und Jacek Kuroń vom KOR, in dem bereits klar wurde, dass substanzielle Hilfe, nicht zuletzt Geld und Bildungsangebote, erforderlich sein würden, um Hindernisse zu überwinden und die Organisation zu entwickeln.

Kassmans Bericht vom September 1980 ließ die schwedische Arbeiterbewegung erkennen, dass Unterstützung dringend notwendig war und die Polen einen ständigen Kontakt mit ausländischen Gewerkschaften, zunächst über den IBFG, für unerlässlich hielten. Kassman hielt auch fest, mit welchem Geschick und Selbstvertrauen KOR innerhalb von Solidarność agierte. Bald zeigte sich jedoch, dass die LO-Führung dem KOR gegenüber etliche Vorbehalte hatte. Kassmans Bericht samt Vorschlägen wurde jedoch akzeptiert – die Solidarność wurde offiziell anerkannt und Hilfe durch Bildungsmaßnahmen und die Lieferung von Druck- und Bürotechnik geplant. Im Gewerkschaftsbund und seiner Kommission für Internationale Fragen begannen unter Leitung von Zentralsekretär Rune Molin umfangreiche Diskussionen über die Lage in Polen und darüber, wie man am besten helfen könnte.

In den folgenden Wochen und Monaten reisten zahlreiche schwedische Gewerkschaftsvertreter nach Polen, wo sie mit der Landesverständigungskommission (Krajowa Komisja Porozumiewawcza) der Solidarność, mit Lech Wałęsa und anderen Köpfen der Bewegung zusammentrafen. Von ihren Gesprächen wurden ausführliche Niederschriften angefertigt, und die Gewerkschaftspresse berichtete häufig darüber. Dabei wurde deutlich, dass die Polen sehr an Auslandskontakten interessiert

4 Rapport från besök i Warszawa och Gdansk 15/9-18/9 1980, Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek Stockholm [Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung; ARAB], LO F26B:1.

waren, nicht zuletzt zu den schwedischen Gewerkschaften, und dass sie über Drucktechnik hinaus weitere Ausrüstung benötigten. Ein relevanter Bereich, in dem die Polen Unterstützung brauchten, war die organisatorische Beratung, da sie die schwedische Arbeiterbewegung als ein wichtiges Vorbild betrachteten. Letzterer Aspekt spielte dann zunächst aber keine größere Rolle.

Ende Oktober behandelte die LO-Kommission die ersten Berichte, und der Gewerkschaftsbund beschloss, die Drucktechnik zu bezahlen, die die Solidarność auf Kredit erworben hatte. Es zeigte sich, dass LO durchaus bereit war, mehr zu tun, solange die schwedische Organisation dabei im Hintergrund bleiben konnte, zumindest am Anfang. Der Bund wollte den Eindruck vermeiden, Solidarność sei in irgendeiner Weise von ausländischen Organisationen abhängig. Eine Information über diese Entscheidung wurde zusammen mit aktuellen Berichten am 31. Oktober 1980 an IBFG-Generalsekretär Otto Kersten gesandt.

Die erste offizielle Reaktion des LO-Präsidenten Gunnar Nilsson ging am 19. November 1980 als Telex an Solidarność. Darin hieß es: „Der Schwedische Gewerkschaftsbund, seine landesweiten Gewerkschaften und ihre zwei Millionen Mitglieder“ hätten die Erfolge von Solidarność „mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen“. Nilsson stellte weiter fest: „Die Arbeiter und die Regierung Polens waren selbst in der Lage, die Schwierigkeiten zu regeln“, wobei er die Bedeutung der Gewerkschaftsrechte und ihrer Weiterentwicklung hervorhob. Er wies auf das „große Interesse in Schweden an Ihrer Arbeit“, Polens Nachbarland, hin und schloss mit der Einladung einer Delegation der Solidarność, die „sobald wie möglich“ nach Schweden kommen sollte.⁵

Die Rolle von LO

Außer dem eigenen Beitrag zur Entwicklung von Solidarność übernahm es LO nun, einen Teil der Unterstützung durch den IBFG und seine Mitgliedsorganisationen für Polen zu koordinieren. Das stärkere Engagement von LO, aber auch der Druckergewerkschaft GF hatten zwei Briefe Lech Wałęsas an den IBFG (einer undatiert und einer vom 17. November 1980) ausgelöst. In dem zweiten Brief regte Wałęsa an, LO möge die Verantwortung für die Koordination der Unterstützung seitens des IBFG und seiner Mitgliedsorganisationen übernehmen. Er schrieb: „Wir den-

5 ARAB, LO F26B:4.

ken, für diese Aufgabe ist Schweden am besten geeignet, denn es ist das westliche Land, das uns am nächsten liegt, es ist neutral, Touristen können visafrei reisen, es bestehen bereits zahlreiche Kontakte zu schwedischen Gewerkschaften und funktionierende Wege zur Übermittlung von Gütern, die in Schweden lebende Polen beschafft haben.“⁶ Diese letzte Bemerkung sollte später noch einigen Ärger bereiten.

Der schwedische Gewerkschaftsbund delegierte das Polen-Projekt an die GF, die bereits Anfang November 1980 ihren technischen Ombudsmann Ture Mattson mit einer Gruppe Druckereiarbeiter nach Polen geschickt hatte. Dabei waren beträchtliche Obstruktionsversuche der polnischen Behörden zu überwinden gewesen. Ihr Bericht bestätigte die ersten Eindrücke. Weitere Reisen folgten, die Ture Mattson entweder allein oder zusammen mit anderen unternahm. Im Dezember brachten sie die in Schweden erworbene neue Drucktechnik nach Polen. Solidarność hatte bereits einige Ausrüstung aus Norwegen und Frankreich erhalten, aber nun sollten die Lieferungen auf der Grundlage von Anforderungen aus Polen koordiniert werden und die Schweden als Vermittler auftreten. Man stellte eine Liste vorgesehener Maßnahmen und notwendiger Technik zusammen. In den Diskussionen wurde klar, dass frühere Lieferungen schlecht verteilt worden waren und dem eigentlichen Bedarf nicht entsprachen. „Natürlich brauchen wir gute Drucktechnik, aber zunächst sollten es einfache Geräte sein“, erklärte Wałęsa den schwedischen Druckern freimütig, als er mit ihnen am 12. November 1980 im Büro der Solidarność in Gdańsk zum ersten Mal zusammentraf.⁷ Notizen von einem zweiten Gespräch am 8. Dezember zufolge, welche die Schweden mithilfe ihres Dolmetschers anfertigten, brachte Wałęsa seine große Dankbarkeit für den Beitrag Schwedens zum Ausdruck und erklärte, er hoffe auf weitere Unterstützung. Schweden sei „das erste Land, das uns hilft. Das werden wir nie vergessen.“ Dies wiederholte er später mehrmals. Allerdings hielten die Schweden 1980 auch fest, dass „von uns in Schweden ein viel größerer Umfang an Hilfe erwartet wird, als wir sie leisten können“.⁸

6 Ebenda, F23:89. Zitat nach der englischen, aus dem Polnischen übersetzten Version. Die englische Version als Anlage zum Protokoll der Exekutive des IBFG 26-28 Nov. 1980, 76EB/10(a), Appendix F.

7 Bericht, ARAB, LO F26B:1.

8 Ebenda. Mitschnitte von den Gesprächen siehe ARAB 2964:2-4. Hier muss vermerkt werden, dass Wałęsa seine Dankbarkeit auch anderen ausländischen Gewerkschaftsvertretern gegenüber in ähnlicher Weise ausgedrückt haben soll. Siehe die neun Länderstudien in: Goddeeris (Hrsg.), *Solidarity with Solidarity*.

Wałęsas Vorschläge wurden vom IBFG akzeptiert, allerdings blieb Kersten in seinem Brief an LO vom 28. November 1980 recht vage, wie das Ganze organisiert werden sollte. Das löste später weitere Probleme aus. „Auch wir sind der Meinung, dass Schweden der geeignetste Ort ist, von dem aus die Solidarität der internationalen freien Gewerkschaften kanalisiert werden sollte. Daher sollte es an dieser Sache beteiligt werden.“⁹ Im schwedischen Gewerkschaftsbund wurde daraufhin am 10. Dezember 1980 eine Liste von 17 Punkten zusammengestellt, in der es um die Ausrichtung der Unterstützung für die *Solidarność*, um deren besondere Wünsche und um Rechtsfragen ging. Viele Punkte betrafen den IBFG und wurden an Kersten übermittelt. Ein Schlüsselgedanke war, „dass der IBFG kaum sichtbar sein sollte“.¹⁰

Am 12. Januar 1981 erörterte und akzeptierte die LO-Führung die Vorschläge Wałęsas und des IBFG unter der Voraussetzung, dass alle Kontakte direkt zwischen dem schwedischen Gewerkschaftsbund und der *Solidarność* laufen sollten. LO war allerdings sehr darauf bedacht, die bereits begonnene Unterstützung so zu realisieren, dass der schwedische Bund selbst, der IBFG und die Internationalen Gewerkschaftssekretariate (ITS) im Hintergrund blieben, während die GF, lokale schwedische Gewerkschaften und der Solidaritätsfonds (*i-fonden*) als Hauptakteure in Erscheinung traten. Am 15. Januar 1981 informierte LO-Sekretär Rune Molin alle Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften darüber, dass LO *Solidarność* unterstütze, man wegen der prekären Lage in Polen bei jeglichen Informationen darüber jedoch größte Umsicht walten lassen müsse. Zuwendungen sollten so erfolgen, dass sie nicht von den Gegnern der *Solidarność* ausgenutzt werden könnten. Eine Erklärung für diese Vorsicht war, wie Molin einen Monat später dem Vertreter von *Solidarność* Bogdan Lis erklärte, dass die sowjetische Presse bereits von der schwedischen Unterstützung Wind bekommen habe und Schweden als verlängertes Arm der CIA gegenüber Polen bezeichnet würde.¹¹

Die Mittel, die die schwedische Arbeiterbewegung durch LO, die Mitgliedsgewerkschaften, deren örtliche Organisationen und später bei Stra-

9 ARAB, LO F26B:4; F23:89.

10 ARAB, LO F23:92; F26:B4.

11 Tonbandaufzeichnung des Gesprächs Molin-Lis vom 26. Febr. 1981, ARAB LO F26B:2, Nr. 2964:1:1-2; siehe auch unten Anm. 20. Spätere Mitteilungen der schwedischen Botschaften in Warschau und Prag bestätigten den Eindruck; Utrikesdepartementets arkiv [Archiv des Außenministeriums] HP 1 Ep 1982 skr 105 und ARAB LO F26B:6 u. 8.

ßensammlungen zusammenbrachte, wurden über den i-fonden vor allem für Einkäufe zugunsten von Solidarność verwendet. Ihr genauer Umfang ist schwer festzustellen, denn nicht alles wurde auf die zentralen Konten eingezahlt. Das klarste Bild besteht bei den Beträgen, die für den Erwerb von Druckmaschinen verwendet wurden. Diese spielten bis zur Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 eine wesentliche Rolle bei der Kommunikation der Solidarność mit der eigenen Mitgliedschaft und mit der Außenwelt. Die mangelnde Transparenz, was den Gesamtbetrag betrifft, ist mit der großen Zahl der an den Sammlungen beteiligten Organisationen zu erklären, aber auch mit einer gewissen Geheimhaltung, obwohl auch LO – zumindest vor dem 13. Dezember 1981 – betonte, alle Transaktionen müssten offen und legal ablaufen.

Für die Ausübung der Koordinierungsfunktion entsprechend dem Vorschlag Walęsas und des IBFG nutzte der Gewerkschaftsbund ein Jahr lang die Dienste des technischen Ombudsmanns der GF Ture Mattson, dem sowohl in Polen und in Stockholm Polnisch sprechende Mitarbeiterinnen beigegeben wurden. Mattson stellte detaillierte Listen des Bedarfs von Solidarność auf. Allerdings gab es häufig Probleme mit bestimmten von polnischer Seite gewünschten Geräten, da sie veraltet und im Westen schon aus dem Verkehr gezogen waren. So wurde ein ständiger Kontakt zwischen Solidarność und LO/GF immer wichtiger. Laut Pressebericht von LO vom 14. Dezember 1981 reiste Ture Mattson „nach LO vorliegenden Angaben über zwanzig Mal nach Polen, um die Drucktechnik von Solidarność nachzurüsten“.¹²

Die Zuwendungen aus dem LO-Fonds für internationale Arbeitersolidarität beliefen sich, soweit feststellbar, bis Dezember 1981 auf über zwei Millionen schwedische Kronen, das heißt damals etwa 400.000 US-Dollar, ein weit höherer Betrag als ihn z. B. die US-Gewerkschaften AFL-CIO in dieser Zeit zur Verfügung stellten.¹³ Außerdem gelangten etwa 1,3 Millionen Kronen für den Erwerb von Drucktechnik von anderen IBFG-Organisationen über LO nach Polen.¹⁴ Das zeigt, dass der schwedische Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften für einen wichtigen Teil der Mittel verantwortlich zeichneten, die die Solidarność in die-

12 ARAB, LO, F09A:3.

13 LO erhielt über den Arbeitsattaché an der schwedischen Botschaft in Washington D.C. Berichte über das Engagement von AFL-CIO, z. B. am 8. Januar 1981, LO F26B:5. Siehe auch Gregory F. Domber: *The AFL-CIO, the Reagan Administration and Solidarność*, in: *The Polish Review*, New York, NY, Vol. LII, No. 3, 2007, S.277-304, hier S.278.

14 Siehe ARAB, LO F26B:6,7.

ser Zeit erhielt. Auch die TCO (Tjänstemännens Centralorganisation), der Gewerkschaftsverband der schwedischen Angestellten, spendete beträchtliche Summen, die über LO weitergeleitet wurden. Offenbar verwandte LO zu jener Zeit etwa die Hälfte der eigenen Mittel für internationale Arbeit zur Unterstützung Polens. Aus Zuwendungen von LO und IBFG wurden zwei komplette Druckwerkstätten mit je fünf Druckmaschinen und entsprechenden Versorgungsgütern für zwei Millionen schwedische Kronen finanziert. Eine dritte befand sich im Aufbau, der mit der Verhängung des Kriegsrechts jedoch gestoppt wurde. Polnische Drucker wurden in Schweden und Polen ausgebildet und zu weiteren Teilen der Arbeiterbewegung Verbindung aufgenommen.

Auch nach dem 13. Dezember 1981 gingen die Spenden von i-fonden und aus dem LO-Fonds für internationale Solidarität weiter, startete die schwedische Arbeiterbewegung neue Sammelaktionen. AIC-Direktor Bengt Säve-Söderbergh berichtete Mitte Januar 1982, der i-fonden habe aktuell durch Sammlungen 1,6 Millionen Schwedenkronen zusammengebracht, die im Oktober auf drei Millionen angewachsen waren. Außerdem steuerte die Schwedische Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit (Styrelsen för internationellt utvecklingssamarbete; Swedish International Development Cooperation Agency, SIDA) im Jahre 1982 zwei Millionen Schwedenkronen bei (1983: drei Millionen), mit denen die vom AIC organisierte Polenhilfe mitfinanziert wurde.¹⁵ Im Winter 1983 schickte das AIC mindestens 25 LKW mit Lebensmitteln nach Polen. In den beiden Jahren 1982 und 1983 waren es insgesamt 50 LKW. Allein die Portokosten für Pakete, die die schwedische Arbeiterbewegung von 1982 bis 1989 an polnische Familien sandte, beliefen sich jährlich auf 300.000 Schwedenkronen. Ab Oktober 1982 wurden diese Kosten vom i-fonden übernommen und auch aus Fonds von LO und dessen Mitgliedsgewerkschaften beglichen (bis September 1982 hatte die schwedische Post alle „humanitären“ Sendungen nach Polen portofrei

15 Die Mitte-Rechts-Regierung Schwedens beschloss am 30.12.1981, die humanitären Programme nichtstaatlicher Organisationen für Polen mit zehn Millionen Kronen zu unterstützen. AIC beantragte drei Millionen, erhielt jedoch nur zwei Millionen. Im folgenden Jahr stellte die neue sozialdemokratische Regierung insgesamt acht Millionen zur Verfügung. ARAB AIC Vol. 8, 9 und 40. – 1989. – Zum Vergleich: Für die Periode 1989/90-1991/92 stellte die Regierung 300 Millionen für vor allem Demokratieentwicklung in Polen zur Verfügung. Nichtstaatliche Organisationen konnten über 30 Millionen davon verfügen (über SIDA), Address by the Prime Minister, Mr. Ingvar Carlsson, 2. December [1989], Documents on Swedish Foreign Policy 1989, Nr. 25, Stockholm 1990, S.136; SIDA 1989-1204 an AIC, ARAB LO acc 2008.

befördert). In Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche wurden in Polen Adressen Dritter eingerichtet, über die lokale Solidarność-Organisationen und die Familien inhaftierter Gewerkschaftler Sendungen von Privatpersonen aus Schweden empfangen konnten. In der neuen Lage nach dem 13. Dezember 1981 stellte sich für den AIC und den i-fonden heraus, dass über die katholische Kirche und ihre Hilfsorganisation Caritas nun der günstigste Weg führte, um Polen zu unterstützen.

Nach 1982 wandte LO außerdem beträchtliche Mittel für Bildung und Studium von Vertretern der jetzt illegalen Solidarność auf. Wie Bengt Säve-Söderbergh in mehreren Berichten und Artikeln, so am 16. Oktober 1983, schrieb, musste die Unterstützung weitergehen, obwohl die „anfängliche Polen-Begeisterung abgeebbt war“ und andere Organisationen sich nicht mehr in gleicher Weise wie früher beteiligten. Das polnische Volk dürfe nicht den Eindruck gewinnen, es sei bereits vergessen.¹⁶ Am 1. März 1989 erklärte Rune Molin, seit 1983 stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes, vor der Kommission für Internationale Fragen, dass LO seit 1980 „etwas mehr als eine Million Schwedenkronen jährlich“ für Polen aufgewandt habe. Darin war die Finanzierung des Informationsbüros der Solidarność eingeschlossen, das diese am 27. Dezember 1981 in Stockholm eröffnet hatte.¹⁷ In diesen Zahlen sind die eigenen Sammlungen des i-fonden nicht enthalten.

Aus alledem wird klar, dass die schwedische Arbeiterbewegung der Solidarność in den 1980er-Jahren im Verhältnis zu den Ressourcen von LO beträchtliche substanzielle Hilfe leistete. Dabei ist zu bedenken, dass sie zur selben Zeit auch Gewerkschaftsorganisationen in anderen Teilen der Welt, vor allem im Süden Afrikas und in Lateinamerika, weiter unterstützte. Ab 1982 kam es zwischen dem LO und dem Solidarność-Informationsbüro in Stockholm sogar zu „illegalen“ Absprachen, um Güter wie kleine Druckmaschinen oder Funkstationen nach Polen zu bringen. Dafür wurden LKW oder Segelboote eingesetzt und falsche Papiere benutzt, um den Charakter der Waren zu verschleiern. Mindestens zwei schwedische Kuriere des AIC wurden in Polen festgenommen und saßen mehrere Monate im Gefängnis.

16 ARAB, LO F26B:8.

17 ARAB, LO A06:8.

Schwedische Standpunkte

Von den vielen Facetten, die das Verhältnis der schwedischen Arbeiterbewegung zur demokratischen Bewegung Polens, besonders zur *Solidarność* charakterisieren, sollen hier drei behandelt werden – die Ideologie, der internationale politische Rahmen sowie Missverständnisse und Konflikte.

Zwar unterstützten die schwedischen Gewerkschaften die neue Bewegung in Polen, sie hatten jedoch gewisse Schwierigkeiten mit der katholischen Prägung der *Solidarność*. Dennoch kommentierte man in der schwedischen Berichterstattung die als inspirierend und „patriotisch“ empfundene Rolle der katholischen Kirche in einem Jahrhunderte lang unterdrückten Land, in dem alle anderen Institutionen diskreditiert waren, mehr oder weniger positiv. Es gibt auch keine Belege dafür, dass Vorbehalte wegen des „Katholizismus“ der *Solidarność* LO daran gehindert hätten, diese zu unterstützen. Aber weitere Komplikationen tauchten auf.

Die polnische *Solidarność* hatte sich dem IBFG und seinen Mitgliedsorganisationen als Gewerkschaft vorgestellt und wurde als solche akzeptiert. Ab Herbst 1980 zeigte sich jedoch, dass die gewerkschaftliche Dimension nur eine von vielen Seiten dieser Organisation war. Die Schweden meinten, selbst eine klare Vorstellung vom Wesen und den Aufgaben einer Gewerkschaft zu haben. Was die *Solidarność* betraf, so wollten die führenden Gewerkschaftsvertreter von LO die Unterstützung auf reine Gewerkschaftsaktivitäten in Polen beschränken. Außerdem waren sie der Meinung, dass die *Solidarność* sich aus politischen Fragen außerhalb gewerkschaftlicher Interessen weitgehend heraushalten sollte.

Das war auch der Hauptgrund, weshalb LO auf keine engere Zusammenarbeit mit den Anhängern und Vertretern des KOR in Schweden einging. Dazu erklärte Rune Molin auf der Sitzung des Präsidiums des Gewerkschaftsbundes am 12. Januar 1981: „Wir sollten den Kontakt zum KOR meiden, denn das ist eine politische Organisation, was zu Missverständnissen führen könnte. Die Kontakte sollen direkt zwischen den Gewerkschaftsorganisationen unterhalten werden.“¹⁸ In diesem Sinne schrieb er am 15. Januar 1981 an den IBFG, Kontakte zum KOR in Schweden bergen „das Risiko möglicher politischer Komplikationen“ in sich.¹⁹

18 LO, Protokoll des Präsidiums (Landssekretariat) 12.1.1981, Abs. 6, LO-Archiv.

19 ARAB, LO F26B:4.

Diesen Standpunkt von LO legte Molin im Gespräch mit einer Solidarność-Delegation in Schweden unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Zwischenbetrieblichen Gründungskomitees (Międzyzakładowy Komitet Założycielski) von Gdańsk Bogdan Lis unmissverständlich dar. Unterstützung aus Schweden sollte es ausschließlich für gewerkschaftliche, nicht für politische Aktionen geben. Laut Molin hatte Moskau LO und Stockholm bereits als „Zentrale antikommunistischer Aktivitäten“ ausgemacht, und er wollte „politische Probleme“ vermeiden. Lis wies darauf hin, dass die polnischen Partner eine andere Sicht als LO vertreten würden, die Meinung der Schweden aber zu akzeptieren hätten.²⁰

Die rigorose Haltung des LO blieb nicht unwidersprochen, zumindest nicht bei einigen Sozialdemokraten, die zur demokratischen Bewegung Polens Kontakt aufgenommen hatten. Das betraf insbesondere die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitschrift „Tiden“. Diese brachte Anfang 1982 einen Leitartikel, in dem die Auffassung Rune Molins und der LO-Führung kritisiert wurde: „Die Erhebung in Polen hat ihre eigene starke Dynamik entwickelt. Die kommunistische Partei ist geschlagen und unfähig, weiterhin die Führung auszuüben. Es besteht eine halb-revolutionäre Situation [...] Wie hätte Solidarność es da vermeiden können, zu einer politischen Kraft zu werden?“ Die Zeitschrift brandmarkte die Kritik an der politischen Rolle der Solidarność als kaum verhüllte Bevormundung.²¹

Die LO-Führung blieb jedoch bei ihrem Standpunkt. Einen Monat nach Verhängung des Kriegsrechts legte Rune Molin am 19. Januar 1982 vor der Internationalen Kommission das neue (und alte) Leitprinzip dar. Dabei betonte er: „Wir werden nur gewerkschaftliche und keine politischen Kontakte zu Polen unterhalten.“²² Angesichts der Diskussionen am „Runden Tisch“ in Polen in den Monaten Februar bis April 1989 bekräftigte er am 1. März vor der Internationalen Kommission seinen bisherigen Standpunkt und erklärte sogar: „Seit Solidarność als politische Partei agiert, laufen die Dinge schief!“²³

Dennoch muss man sagen (wie „Tiden“ es schon kommentiert hatte): Wie hätte eine freie Gewerkschaft in einem kommunistischen Staat „un-

20 Tonbandaufzeichnungen in ARAB, LO F26B:2, Nr. 2964:1:1-2.

21 Tiden, 1982, Nr. 2, S.74-77, Zitat S.75.

22 ARAB, LO A06:7.

23 Ebenda.

politisch“ sein können? Die Existenz einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung als solche war schon eine Herausforderung an das politische System. Und natürlich konnten auch aus polnischer Sicht – von der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei wie von der Solidarność – Fragen nach dem Wesen der Gewerkschaften und deren politischen Loyalitäten in Schweden und im Westen insgesamt gestellt werden. LO hat nie politische Ambitionen verhehlt. Die politischen Gemeinsamkeiten zwischen der schwedischen Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Partei waren ja auch für Beobachter von außen deutlich sichtbar.

In dieser Hinsicht förderte das Verhältnis zwischen den schwedischen Gewerkschaften und der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Polens in den Achtzigerjahren ein zweifaches Problem zutage: Mit seinen unverblühten Worten beschrieb Rune Molin eine *Fiktion*, die von der Realität in beiden Ländern weit entfernt war. Beide Seiten benötigten diese Fiktion, um jeden Verdacht zu vermeiden, die schwedische Unterstützung für die Solidarność stelle eine „Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates“ dar.

Was den sozialdemokratischen Standpunkt anbelangt, so ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die SAP in dieser Zeit, von 1976 bis 1982, sich zum ersten Mal seit Anfang der 1930er-Jahre unerwartet in der Opposition befand. Während der SAP-Vorsitzende Olof Palme international hohes Ansehen genoss, lag die schwedische Außenpolitik nun in den Händen einer Mitte-Rechts-Regierung. Hinzu kam, dass Palme zusammen mit seinen engen Freunden in der europäischen Sozialdemokratie, Willy Brandt und Bruno Kreisky, seit einiger Zeit einen Dialog führte, um eine Annäherung zwischen den „Blöcken“ zu erreichen, was ein positives, vertrauensvolles Verhältnis zu den Führern der polnischen Partei und Regierung einschloss.

Nachdem die Solidarność gegründet worden war, erklärte das Präsidium der SAP unter Olof Palmes Vorsitz am 22. August 1980 sofort seine Solidarität mit den streikenden Arbeitern Polens, formulierte jedoch seinen Appell an die polnische Regierung in vorsichtigen Worten.²⁴ In einem Leitartikel von „Tiden“ im August 1980 hieß es eindeutiger, es sei „eine Pflicht der Arbeiterbewegung im Westen, alles zu tun, was sie könne“, damit die neue Gewerkschaftsbewegung in Polen an Stärke gewinnt und

24 Protokoll des Präsidiums (SAP, Verkställand utskottet; VU), 22.8.1980 § 97, ARAB SAP A3A:14.

allgemeine Anerkennung erreicht.²⁵ Am 16. Dezember 1980 diskutierte Olof Palme die Lage in Polen in der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion und kommentierte unter anderem sowohl die vermuteten sowjetischen wie die amerikanischen Positionen, wobei er wiederum davor warnte, Polen zum Anlass einer polarisierenden Blockpolitik zu machen.²⁶ Als dort am 27. März 1981 landesweite „Warnstreiks“ stattfanden, brachte der Parteivorstand in einer besonderen Erklärung erneut seine „tiefe Solidarität mit dem polnischen Volk“ zum Ausdruck, erklärte allerdings auch, die Lösung des Problems sei „Sache des polnischen Volkes“.²⁷ Die Ereignisse in Polen vollzogen sich jedoch vor dem Hintergrund anderer Krisen in der Welt – Kämpfe um Menschen- und Gewerkschaftsrechte, Unabhängigkeitskämpfe –, die von der schwedischen Arbeiterbewegung moralisch und materiell unterstützt wurden. Dazu gehörten das Vorgehen der Militärjunta in der Türkei, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, die brutalen Diktaturen in Chile und Argentinien, die Unterdrückung in Südafrika und die Verfolgungen in Mittelamerika, wo die USA eingriffen. Letzteres spielte eine gewisse Rolle, als es um die Haltung zu Polen ging. Der 28. Parteitag der SAP im Jahre 1981 fand im selben Monat statt wie der erste Kongress der Solidarność. In seiner Rede zur Außenpolitik und internationalen Hilfe vor dem Parteitag am 26. September formulierte Olof Palme mit der von ihm als notwendig betrachteten Ausgewogenheit. Schwedens Tradition der Neutralität sei ein zentrales Anliegen, erklärte er, sie werde aber durch offizielle Stellungnahmen der Regierung in Gefahr gebracht. Damit meinte er offenbar den liberalen Außenminister Ola Ullsten, der vor der UNO-Vollversammlung zwei Tage zuvor „die offene, brutale Forderung der Sowjetunion, die Entwicklungen in Polen müssten rückgängig gemacht werden“, kritisiert hatte.²⁸ Palme wies jedoch darauf hin, dass die Neutralität uns nicht dazu „verurteilen“ dürfe zu schweigen, wenn es um die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gehe, die nicht zuletzt „von den USA und der Sowjetunion“ geduldet oder ausgeübt würden. Mit Bezug auf Polen und Mittelamerika fuhr er fort: „Der Abbau der Spannungen [aus dem Kalten Krieg] bringt mehr Sicherheit und zugleich die Möglichkeit, die Menschenrechte zu stärken und die Demokratie auszubauen.“ Hinsichtlich Polens stellte er danach

25 Tiden, 1980, Nr. 7, S.398.

26 ARAB, Socialdemokratiska Riksdagsgruppen A2:24, Protokoll § 4.

27 ARAB, SAP A2A:28.

28 Documents on Swedish Foreign Policy 1981, Nr. 7, Stockholm 1983, S.41f.

fest: „Nach dem August 1980 wird Osteuropa nicht mehr so sein wie zuvor.“ Und weiter: „Wir können klar und eindeutig erklären, dass dies eine Frage ist, die die Bürger Polens untereinander ohne Einmischung von außen klären müssen [...] Wir haben große Sympathie für den Kampf des polnischen Volkes um die Durchsetzung grundlegender gewerkschaftlicher und politischer Rechte. Wie wir wissen, bleibt es eine Tatsache, dass die Entwicklung in Polen letztlich auch die Sicherheitslage in Europa beeinflusst.“²⁹

Nach dem 13. Dezember 1981 wurde die schwedische Kritik an der Lage in Polen schärfer. LO und TCO protestierten am 14. Dezember sofort gegen das Kriegsrecht.³⁰ Viele weitere Erklärungen und Manifestationen von Parteien und Gewerkschaften folgten. In der Parlamentsdebatte am 17. März 1982 über die Außenpolitik war Polen natürlich ein wichtiges Thema. Palme sprach erneut von der Unterdrückung in Polen und in Mittelamerika, wobei er die Rolle der beiden Supermächte kritisierte. Wesentlich ausführlicher ging er allerdings auf Polen ein, stellte eine Reihe von Forderungen an die polnische Regierung (und die Sowjetunion), betonte aber zugleich, dass es nicht darum ginge, „legitime Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu verletzen“. Ebenso sprach er von der Solidarität mit dem polnischen Volk in Schweden und der Bereitschaft, materielle Hilfe zu leisten. „Unsere Solidarität wird nicht eingestellt. Polen steht uns nahe“, schloss er.³¹

Internationale Konflikte vermeiden

Das Verhalten von SAP und LO in der „polnischen Frage“ war von internationalen Überlegungen beeinflusst. Diese bestimmten auch das Verhältnis des schwedischen Gewerkschaftsbundes zum IBFG, als es um die Unterstützung der *Solidarność* ging. Da viele Mitgliedsorganisationen des IBFG in ihren Ländern bestimmten Parteien und Regierungen nahestanden, wurde die Gewerkschaftsinternationale in Osteuropa als Instrument der Politik des Westens gegen die Staaten des Warschauer Vertrages angesehen. Daher war LO der Meinung, dass sich der IBFG im Fall von *Solidarność* im Hintergrund halten sollte, um eine Politisierung und Internationalisierung des Konfliktes mit Polen zu vermeiden.

29 Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti, 28:e ordinarie partikongress, Stockholm 1981, S.57-66, besonders S.57, 59.

30 Siehe LO-tidningen, 1981, Nr. 51-52, S.19.

31 Riksdagens protokoll 1981/1982, Nr. 99-100, S.11-20, Zitat S.18.

Jedoch plante der IBFG – sehr wahrscheinlich nach Lobbyarbeit einiger ITS –, in Stockholm einen KOR nahestehenden polnischen Mittelsmann zu etablieren, was eine scharfe Reaktion bei LO auslöste. Bei einer Begegnung am 11. Dezember 1980 in Kopenhagen informierte dessen Führung IBFG-Generalsekretär Otto Kersten, sie wünsche die Mitwirkung eines politisierenden „Helfers“ nicht, den man verdächtigte, von den USA finanziert zu werden, und man wolle mit dem Vorschlag nichts zu tun haben. Diesen Standpunkt bekräftigte LO auch gegenüber dem stellvertretenden IBFG-Generalsekretär John Vanderreken (der in einem LO-Bericht einmal als „Handlanger der Amerikaner“ charakterisiert wurde) bei dessen Besuch in Stockholm am 9. Januar 1981 und in einem sehr deutlichen Brief Rune Molins an Kersten vom 15. Januar.³² Die Position von LO wurde vom IBFG akzeptiert und die Rolle Ture Mattsons (vom GF) bestätigt. Am 9. Februar 1981 teilte der IBFG-Generalsekretär den Mitgliedsorganisationen mit, dass „bei LO eine technische Koordinierungsstelle [...] eingerichtet“ worden sei.³³

Das komplizierte Verhältnis der schwedischen Gewerkschaftsbewegung zum IBFG wegen der Unterstützung für die Solidarność in den Jahren 1980/81 hing eindeutig mit der Rolle des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO zusammen. Dieser war damals nicht Mitglied des IBFG. Er war 1969 ausgetreten und kehrte erst 1982 wieder zurück. Aber der AFL-CIO stellte beträchtliche Geldmittel und Ausrüstungsgegenstände zur Verfügung, die auf verschiedenen Wegen, auch über Schweden, nach Polen geschleust wurden. Laut dem Verantwortlichen des schwedischen Gewerkschaftsbundes für den Aufbau des Publikationswesens der Solidarność hatte Lech Wałęsa bereits im Frühjahr 1981 begriffen, dass Unterstützung aus den USA zu Komplikationen führen könnte, weshalb die Solidarność vom LO nicht erwarten sollte, als „Überbringer amerikanischen Geldes“ zu fungieren. Diese Botschaft wurde auch den Gewerkschaften der anderen skandinavischen Länder übermittelt.³⁴ Damit wollte er vermeiden, dass die Gegner von Solidarność Munition in die Hände

32 Siehe ARAB, LO F26B:5 und F23:92.

33 Kersten/IBFG an Molin/LO, 9. und 17.2.1981, ARAB, LO F26B:5.

34 Siehe ARAB, LO F23:92. Lech Wałęsa hatte in einem Gespräch mit Ture Mattson am 10.4.1981 bedauert, dass aus den Beiträgen des AFL-CIO für den LO Probleme entstanden seien. Er erklärte, LO solle dieses Geld nicht akzeptieren. Mattsons handschriftliche Notizen über seine Gespräche in Polen vom 9.-16. April 1981. ARAB, LO F26B:1. – Siehe auch Domber, *The AFL-CIO, the Reagan Administration...*, S.278f (siehe oben Anm. 13).

bekämen und die sowjetische Presse behaupten könnte, Solidarność werde über den LO von den Amerikanern finanziert.

Während eines Besuchs im Oktober/November 1981 beobachtete der AIC-Vertreter Charles Kassman bei der Solidarność eine gewisse Irritation darüber, wie die Organisation in den USA politisch ausgebeutet wurde. „Ich habe festgestellt, dass es seit langem ernsthafte Differenzen zwischen Solidarność und dem AFL-CIO gibt, wobei Erstere dem Letzteren ‚gangsterische‘ [sic!] Tendenzen vorwirft.“ Die Solidarność-Führung sei der Meinung, dass „das Schwergewicht der internationalen Tätigkeit auf [...] Kontakten zu nationalen Organisationen bestimmter europäischer Länder, vor allem Schwedens, der Niederlande und Norwegens“, liegen sollte.³⁵ Ob nun manche dieser Bemerkungen Kassmans Wunschdenken darstellten oder nicht, man kann davon ausgehen, dass man sie in Stockholm mit großer Befriedigung hörte.

Diese Entwicklungen sollten auch vor dem Hintergrund der Überlegungen über Boykottmaßnahmen seitens der USA gesehen werden, die von der US-Gewerkschaftsbewegung unterstützt wurden. Wie AIC-Direktor Bengt Säve-Söderbergh in seinem ausführlichen Bericht über einen Besuch in Polen vom 14. bis 17. Juni 1982 schrieb, genossen Reagan und dessen militante Anhänger dort „hohe Wertschätzung“. Den Polen fehle es häufig an „Gespür“, um voll einschätzen zu können, was einige im Westen mit der Entspannungspolitik erreichen wollten. Es gäbe jedoch auch jene, die begriffen, dass die Boykottpolitik Polen nur schaden werde. „Viele Polen sind auch skeptisch, weil Solidarność die einzige Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Welt ist, die von Reagan aktiv unterstützt wird“, notierte Säve-Söderbergh.³⁶

Die Unterschiede in den Strategien der Gewerkschaften Schwedens und der USA gegenüber Polen fallen ins Auge. Eine Politik, die den Konflikt zuspitzte und das Regime in Polen destabilisierte, fand beim schwedischen Gewerkschaftsbund (und der SAP) wenig Anklang. Ihnen ging es eher darum, Reformen zu befördern, die die demokratischen Rechte stärkten und das tägliche Leben in Polen verbesserten. In dieser Hinsicht ist die Reaktion der GF auf die „Polen-Erklärung“ der ITS-Generalkonferenz in Genf am 12. und 13. Januar 1982 aufschlussreich. Das GF-Komitee unterstützte zwar die Erklärung zugunsten von Solidarność, strich daraus aber den entscheidenden Satz: „Die Regierungen des Wes-

35 ARAB, LO FO9A:3.

36 ARAB LO F26B:8; ARAB Archiv Olof Palmes 3.2:409.

tens werden so lange weitere wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung für Polen verweigern, bis die Unterdrückung [...] eingestellt wird.“³⁷

Eine erhebliche Kraftanstrengung

Die schwedischen Solidaritätsaktionen für die neue, unabhängige Gewerkschaft in Polen stießen auf zahlreiche politische und andere Komplikationen. Aber die Unterstützung hielt während der ganzen Achtzigerjahre an, wenngleich sie nach 1982 häufig verdeckt geleistet wurde. Die Hilfe für die Solidarność und die demokratische Bewegung in Polen war eine der größten internationalen Aktionen in der Geschichte der schwedischen Arbeiterbewegung. Sowohl die materielle als auch die moralische Unterstützung waren viel umfangreicher, als hier beschrieben, allerdings ist ein großer Teil nirgendwo dokumentarisch festgehalten. Mit einem für ihn bezeichnenden Understatement konstatierte LO-Präsident Gunnar Nilsson am 29. April 1982 vor den Führern der schwedischen Gewerkschaften: „[...] während der vergangenen Jahre hat vor allem die Situation in Polen unsere Kräfte beansprucht“.³⁸ Es kann also kein Zweifel daran bestehen, dass die polnische Solidarność in Schweden bedeutenden Rückhalt fand. Dabei achtete man streng darauf, so viel Hilfe wie möglich zu leisten, um das gewerkschaftliche Grundrecht auf Selbstbestimmung zu befördern, und zugleich internationale Komplikationen zu vermeiden. Die damit gegebene relative schwedische Zurückhaltung, was die eventuellen politischen Konsequenzen dieser Zusammenarbeit betraf, mag zusammen mit der schwedischen Politik der Blockfreiheit mit dazu beigetragen haben, dass das schwedische Engagement so wenig internationale Beachtung gefunden hat.³⁹

Was Anfang der Achtzigerjahre als Transfer materieller Güter begann und Mitte und Ende der Achtzigerjahre mit der Finanzierung von

37 GF-Archiv, GF FS-prot., 9.2.1982, Abs. 3:7 und Anhang 1.

38 Repräsentantskapets protokoll 29.4.1982 § 8 [Repräsentantskap ist die Vertretung aller Mitgliedsgewerkschaften von LO], LO-Archiv, LO A2A.

39 Ein Vergleich mit der Einstellung anderer gewerkschaftlicher Dachorganisationen in Westeuropa, z. B. des DGB oder des britischen TUC, ist aufschlussreich, kann hier aber nicht vorgenommen werden. Siehe dazu Goddeeris (Hrsg.), *Solidarity with Solidarity* und die in Vorbereitung befindliche polnische Anthologie. Mehr dazu auch in einem kommenden Buch auf Schwedisch (eventuell auch auf Englisch), in dem auch auf die schwedische Außenpolitik in Bezug auf Polen und den Einsatz anderer Bewegungen und Organisationen in Schweden, von Gruppen des linken und liberalen Spektrums bis zu den Kirchen eingegangen wird.

Solidarność-Arbeitergruppen vor Ort und mit der Hilfe bei der Organisation von Bildungsmaßnahmen fortgesetzt wurde, entwickelte sich gegen Ende des Jahrzehnts zu grundsätzlichen Diskussionen zwischen polnischen Politikern (einschließlich Wojciech Jaruzelski) und Führern der Solidarność einerseits und führenden schwedischen sozialdemokratischen Politikern – mehr als Gewerkschaftlern – andererseits über einen „Transfer“ des schwedischen Gewerkschafts- und Gesellschaftsmodells, was einen völlig neuen Aspekt von „Transnationalismus“ darstellte. Diese Vorstellung scheiterte am Ende jedoch, da die Entwicklung in Polen wie in ganz Ost- und Mitteleuropa in den Neunzigerjahren eine völlig andere Richtung nahm. Wie gut das Verhältnis zwischen „Solidarność-Polen“ und Schweden schließlich aber war, zeigte sich darin, dass Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki den sozialdemokratischen schwedischen Premierminister Ingvar Carlsson als ersten ausländischen Regierungschef zu einem Besuch bei der neuen polnischen Regierung einlud, der am 13. und 14. Oktober 1989 stattfand. Abschließend seien hier Carlssons Worte aus seiner Tischrede am 13. Oktober 1989 in Warschau in Anwesenheit aller wie neuer führender polnischer Politiker zitiert: „Lassen Sie mich allen hier anwesenden polnischen Freunden erklären, dass der demokratische Prozess, den Ihr Land jetzt in Angriff genommen hat, die volle Unterstützung von Volk und Regierung Schwedens findet.“⁴⁰

Aus dem Englischen von Helmut Ettinger

40 Archiv von Ingvar Carlsson, 2.1.1:24; ARAB; Gespräch von Klaus Misgeld mit Ingvar Carlsson am 2.12.2010.

Regionales

Die Magdeburger Widerstandsgruppe um Hermann Danz 1933 bis 1945¹

Evelyne und Edgar Günther-Schellheimer

Zum Widerstand gegen den Faschismus, der sich in Magdeburg organisiert hatte, gibt es bisher keine zusammenhängende Darstellung über die Gruppe, die unter Leitung von Hermann Danz, Hans Schellheimer, Fritz Rödel und Hubert Materlik in Magdeburger Betrieben und Wohngebieten bereits seit 1933 wirkte.

Mit dem Machtantritt der Nationalsozialisten 1933 hatte für sie wie für viele Mitglieder der Arbeiterparteien der illegale Widerstand begonnen, und das bedeutete, sich Verfolgungen und Inhaftierungen auszusetzen. Bereits Ende 1933 wurde Hermann Danz als Leiter des KPD-Bezirktes Magdeburg-Anhalt verhaftet und zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.² Hans Schellheimer erlitt das gleiche Schicksal. Er war bereits von März bis Ende Mai 1933 in „Schutzhaft“, das heißt in KZ-Haft genommen und Ende November des Jahres zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Ihm wurde vorgeworfen, „im Jahre 1933 in Magdeburg und Erfurt ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet zu haben“.³ Kurzzeitig war Hans Schellheimer mit Hermann Danz, der vor seiner Tätigkeit in Magdeburg in Thüringen gewirkt hatte, ausgewechselt worden. Damit bestand immer eine enge Verbindung der Magdeburger mit den Thüringern unter anderem in Schmalkalden, wo die Familie von Hermann Danz ansässig war. Auch Fritz Rödel, der im Magdeburger Stadtrat saß und als Redak-

1 Der Beitrag wurde durch die Ausstellung „Berliner Arbeiterwiderstand 1942-1945, ‚Weg mit Hitler – Schluß mit dem Krieg!‘ Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation“ (2009/2010) angeregt. Wir wollen damit auf der Grundlage des uns zur Verfügung stehenden Materials, unter anderem auch von Zeitzeugenerinnerungen, das Wirken der in der Ausstellung erwähnten Magdeburger Gruppe darstellen.

2 Siehe Kurt Meissner/Hans Burian/Franz Kahmann: „...damit die Freiheit lebt“. Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Führung der KPD im Bezirk Magdeburg-Anhalt. 1933-1945, hrsg. im April 1966 von der Bezirksleitung Magdeburg der SED, S.40.

3 Der Generalstaatsanwalt. O. J. 82/34. Kassel, den 20. Juli 1934. Anklageschrift, Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer.

teur der KPD-Zeitung „Tribüne“ tätig war, war bereits im Juni 1933 verhaftet und zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Von Anfang an waren an der Widerstandsarbeit die Ehefrauen und Lebensgefährtinnen, aber auch andere Familienmitglieder beteiligt: Eva Lippold, Klara Schellheimer und ihre Schwester Martha Ruseck, Martha Rödel, Elli Materlik u. a. Und auch die Kinder waren einbezogen. Die Mitautorin erinnert sich noch lebhaft daran, wie sie zum Beispiel zu Lucie Schmidt, Berta Schrader, Friedel Westermann und zur Familie Rödel Briefe und Päckchen hinbrachte. Die Gefahr, die mit dieser Aufgabe verbunden war, hatte sie jedoch nicht erfasst.

In der Literatur wird ungerechtfertigterweise vor allem der Anteil der Männer am antifaschistischen Widerstand herausgestellt, es waren aber nicht zuletzt oft die Frauen, die eine entscheidende Rolle in den Widerstandsgruppen spielten. Diese nahmen erhebliche Gefahren auf sich, entfalteten viele kleine und große Aktivitäten, trugen Verantwortung. Sie waren zuverlässige Kuriere und Quartiermacher, organisierten Schreibarbeiten, beschafften Schreibmaschinen, Vervielfältigungsgeräte, Druckerfarbe und Papier, sie schrieben Flugblätter und Informationsberichte. Ihnen oblag die Hauptarbeit der „Roten Hilfe“, sie sammelten Geld und Sachen und verteilten sie an Familien von Verfolgten und Inhaftierten.⁴

Eine führende Rolle in der „Roten Hilfe“ hatte von Anfang an Eva Lippold inne. Sie wurde bereits 1934 durch Verrat verhaftet und wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt. Zu dieser Zeit war das eines der härtesten politischen Urteile der faschistischen Justiz gegen eine Frau. Eva Lippold verbrachte diese Zeit zum großen Teil in Einzelhaft in den Zuchthäusern Jauer und Waldheim.⁵ Auch Klara Schellheimer, 1935 angeklagt wegen Vorbereitung zum Hochverrat, war von 1936 bis 1938 in Jauer und Waldheim in Haft. Sie setzte nach der Entlassung aus dem Zuchthaus mutig ihre Widerstandstätigkeit fort.

Zur Gruppe gehörten bereits seit 1933 der Kunstmaler Hermann Bruse und dessen Ehefrau Marianne, Willi und Erni Elze und ihre Tochter Inge, Karl Raddatz, Annel Schubert (später Weißbrodt), Walter und Irma Speer und ihr Sohn Wolfgang, Willi und Elsbeth Thiele, Lucie Schmidt, Erich und Ida Schramme, Alfred und Erna Eckruth. Hinzu kamen Karl und

4 Siehe Meissner/Burian/Kahmann, ...damit die Freiheit, S.50.

5 Eva Lippold (1909-1994) beschrieb diese Zeit in ihren Romanen „Haus der schweren Tore“ und „Leben, wo gestorben wird“, die 1972 und 1974 im Verlag „Der Morgen“ erschienen und auf deren Grundlage der Film „Die Verlobte“ (Günther Rucker/Günter Reich, 1980) beruht.

Grete Werner sowie weitere Magdeburger aus Betrieben und Wohngebieten, in denen die Leiter der Gruppe wohnten bzw. tätig waren.

Wie die Mutter von Hermann Danz, Anna Fischer, in den 1960er-Jahren in ihren Erinnerungen schrieb, hatte Hermann 1939 seinen jüngeren Bruder Paul Fischer überredet nach Magdeburg zu kommen, um in den Junkers Flugzeugwerken eine Widerstandsgruppe aufzubauen. Ende 1942 wurde Paul eingezogen, kam an die Ostfront und lief Anfang 1943 zur Sowjetarmee über.⁶

Zur Widerstandsgruppe gehörten nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten und andere Antifaschisten. Auch zu jüdischen Familien gab es Kontakte, z. B. zu den Familien Schlein und Freiberg.

Etwa ab 1942 nahm der aus Gommern stammende und dort ansässige Lehrer Martin Schwantes Verbindung zu Hermann Danz auf. Er war nach einer langen Haftzeit im Sommer 1941 aus dem Konzentrationslager Sachsenhausen entlassen worden. Als Instrukteur des ZK der KPD war er überregional tätig und stellte die Verbindung zwischen der Danz-Gruppe und der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe in Berlin her. Diese übernahm nach der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland im Jahre 1943 zunehmend die Funktion einer Zentrale gegenüber anderen regionalen Widerstandsgruppen, verteilte Propaganda- und Agitationsmaterial, übermittelte Orientierungen und Aufträge.

Eine Besonderheit, an die man sich bis heute gern erinnert, war der enge freundschaftliche Kontakt zwischen den Familien der Gruppe. Sie waren nicht nur durch die politische Arbeit miteinander verbunden, sondern auch persönlich befreundet, was in dieser Zeit der Verfolgung Andersdenkender und ständig drohender Verhaftungen sehr wichtig war. An arbeitsfreien Tagen trafen sie sich als „Naturfreunde“ mit ihren Fahrrädern an der alten Elbe. Von dort ging es meist zum kleinen Flösschen Ehle, wo sie neben Schwimmen, Sport und Spiel Gespräche über die politische Lage führten und über ihre Vorhaben in der Widerstandsarbeit berieten.

Die Gruppe um Hermann Danz förderte das illegale Erscheinen der KPD-Zeitung „Tribüne“. Sie stellte Flugblätter her, zu denen Hans und Klara Schellheimer das Papier und die Schreibmaschinen besorgten. In die Verbreitung der Flugschriften waren – wie bereits erwähnt – auch Kinder einbezogen, die, weniger verdächtig als Erwachsene, die gefährli-

⁶ Anna Fischer: Erinnerungen an meinen Sohn Hermann, Manuskript (8 S.), etwa 1968, Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer.

che Post zu Bekannten brachten. Mit Kriegsbeginn wurden gemeinsam die Nachrichten über die Lage an den Fronten und andere wichtige Informationen von BBC und Radio Moskau abgehört und weitergegeben. Darauf stand laut Reichsrundfunkgesetz die Todesstrafe.

Ein Schwerpunkt war die Arbeit in der „Roten Hilfe“, das Sammeln und die Übergabe von Geld, Lebensmitteln und Bekleidung zur Unterstützung von Familien Inhaftierter. Nach Kriegsbeginn ging es auch vermehrt um materielle Hilfe für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. So wurden zum Beispiel an diese Lebensmittel übergeben, die die Mitglieder der Widerstandsgruppe aus ihrem beruflichen Umfeld besorgen konnten: Öl und Fett kam aus der Ölmühle, wo Hans Schellheimer arbeitete, oder Zucker aus dem Betrieb, in dem Hermann Danz tätig war; Lebensmittel verschiedener Art „organisierte“ Alfred Eckrut, der in einem Konsumdepot arbeitete.

Während des Krieges entstanden Widerstandsgruppen in folgenden Magdeburger Betrieben und Institutionen: Hubbe & Fahrenholz, R. Wolf, Krupp-Gruson, Polte, Mackensen, Junkers, im Magdeburger Hafen, in der Zinkhütte, der Großgaserei, im Hauptbahnhof und bei der Konsumgenossenschaft.⁷ Bei Polte, wo viele Frauen mit Beginn des Krieges dienstverpflichtet Waffen herstellen mussten, hatten sich auf Initiative von Erna Elze und Elsbeth Thiele Widerstandsgruppen von Frauen gebildet. Wie sich Inge Weise, die Tochter von Erna Elze erinnert, unterstützten sie Zwangsarbeiter und versuchten, Waffenteile aus dem Betrieb zu schmuggeln.⁸

Als im Laufe der Kriegsjahre die Zahl der Zwangsarbeiter aus den von der faschistischen Wehrmacht besetzten Gebieten anstieg, konzentrierte sich die Widerstandsarbeit verstärkt darauf, den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in ihrem Überlebenskampf Hilfe zu geben, wodurch viele dem Hungertod entkamen. Hans Schellheimer fand unter den zur Zwangsarbeit in Deutschland verpflichteten Franzosen aufgrund seiner Sprachkenntnisse viele Freunde, die auch manchmal insgeheim die Familie besuchten. Davon zeugen noch zwei Passfotos von H. und R. De Poortere (Vater und Sohn), die diese – wie auf der Rückseite der Fotos vermerkt – mit freundlicher Widmung am 20. April 1942 oder 1943 (das

7 Siehe Meissner/Burian/Kahmann, ...damit die Freiheit, S.84.

8 Zeitzeugenbericht von Inge Weise, geb. Elze, Berlin, November 2010, Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer. Siehe auch Meissner/Burian/Kahmann, ...damit die Freiheit, S.89.

genaue Jahr ist unleserlich) den Schellheimers übergeben hatten.⁹ Im Unterschied zu den osteuropäischen durften sich französische Kriegsgefangene zeitweilig in der Stadt etwas freier bewegen.

Im Juni 1943 übernahm Martin Schwantes den Auftrag des im Moskauer Exil wirkenden Zentralkomitees der KPD und der Berliner Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe, darauf Einfluss zu nehmen, dass die Widerstandsgruppen in Betrieben und Wohngebieten zu einem Netz zusammengefasst werden. Die einzelnen Gruppen sollten untereinander und vor allem mit einer Zentralen Leitung verbunden sein. Ziel sollte nun nicht mehr nur die Beschleunigung des Kriegsendes sein, sondern die Vorbereitung auf einen antifaschistisch-demokratischen Neubeginn Deutschlands nach Kriegsende und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen, auch in den Bereichen Bildung und Soziales.¹⁰ Durch den Aufbau straffer Organisationsstrukturen wie Betriebszellen und Wohngebietsgruppen sowie auch durch kleine Gruppen von Lehrern und Ärzten sollte allmählich der Übergang von der illegalen zur legalen und nicht mehr verdeckten Arbeit vorbereitet werden, worauf bereits mit Kriegsbeginn orientiert worden war.¹¹ Doch diese Orientierung basierte unseres Erachtens leider auf einer Fehleinschätzung und war offensichtlich ohne umfassenden Einblick in die Lage in Deutschland zu einem Zeitpunkt getroffen worden, als die faschistischen Machthaber ihren Vernichtungsfeldzug voll entfalteteten und der Terror seinen Höhepunkt erreichte.

Am 9. Juli 1944 wurden bei einem Treffen mit Franz Jacob und Anton Saefkow alle Teilnehmer, darunter Hermann Danz und Martin Schwantes, und am 24. Juli 1944 in Magdeburg auch die anderen führenden Mitglieder der Gruppe sowie Klara Schellheimer und Eva Lippold verhaftet. Sie waren von Ernst Rambow, einem Gestapospitzel, verraten worden, der sich das Vertrauen Anton Saefkows erschlichen hatte. Er war mindestens ab 1944 in alle Aktionen der Berliner Gruppe eingeweiht und hatte an den wichtigen Treffen mit Vertretern der regionalen Gruppen in Berlin teilgenommen.¹²

9 Die beiden Fotos befinden sich in unserem Familienarchiv.

10 Siehe Meissner/Burian/Kahmann, ...damit die Freiheit, S.77.

11 Siehe Beatrix Herlemann: Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986, S.24, 27.

12 Siehe Berliner Arbeiterwiderstand 1942-1945. „Weg mit Hitler – Schluß mit dem Krieg!“ Die Saefkow-Jacob-Bästlein-Organisation. Katalog zur Ausstellung, Berlin 2009, S.77.

Nach diesen Verhaftungen im Juli wurden etwa ab Oktober 1944 weitere Mitglieder der Magdeburger Gruppe wegen „Verdachts auf Vorbereitung zum Hochverrat“ verhaftet: Gustav Arndt, Walter Bobe, Albert Bohm, Hermann Bruse, Wilhelm Dieker, Edeltraut Gropp, Georg Heidler, Wilhelm Hobohm, Franz Krause, Wilhelm Kruse, Gertrud Liebe, Heinrich Möller, Frida Oelschig, Otto Radant, Paul Rieschel, Gustav Schrader, Erich und Ida Schramme, Karl und Margarete Werner. Ihnen wurde zur Last gelegt, ein „revolutionäres Betriebskomitee“ bilden zu wollen, „welches im geeigneten Augenblick die Führung des Betriebes übernimmt“.¹³ Mehreren Arbeitskollegen und Bekannten von Hans und Klara Schellheimer wurde u. a. die Teilnahme an einer Geldsammlung angelastet. Sie wollten Klaras Schwester Marta, die wegen ihres starken Rheumaleidens nicht transportfähig und deshalb nicht inhaftiert worden war, vor allem bei den Mietzahlungen für die Wohnung der Schellheimers unterstützen. Karl Werner hatte die Sammlung organisiert, je 10 Mark gaben Gustav Arndt und Erich Schramme, je 20 Mark Georg Heidler, Wilhelm Hobohm und Wilhelm Kruse.¹⁴ Die in den Akten der Strafsache enthaltenen Protokolle über die Verhöre der im Oktober 1944 Verhafteten tragen Datumsangaben zwischen dem 30. Oktober und dem 11. November 1944, wobei die oben genannten „Vergehen“ vermutlich sogar unter Folter „ermittelt“ wurden. Durch das gesamte Hin und Her zwischen den beteiligten Untersuchungsinstanzen kam es zu keiner Gerichtsverhandlung. So waren am 1. Dezember 1944 die Akten, nun als „Strafsache Saefkow und Andere“ gekennzeichnet, vom Reichsicherheitshauptamt, wo die Verhöre stattgefunden hatten, nach Potsdam an den Oberreichsanwalt beim dortigen Volksgerichtshof geschickt worden. Am 11. Dezember 1944 wurde das „Verfahren wegen Verdachts zur Vorbereitung zum Hochverrat“ unter der Bezeichnung „Schrader und Andere“ an die Gestapolettstelle Magdeburg als „Ermittlungsverfahren, betr. NKFD Gruppe Magdeburg“ weitergeleitet.¹⁵

13 Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof. Strafsache gegen Werner, Karl; Schrader, Gustav; Hobohm, Wilhelm; Kruse, Wilhelm; Schramme, Erich; Arndt, Gustav; Heidler, Georg; Mölle, Heinrich; Bohm, Albert; Kraus, Franz; Rieschel, Paul. Verhörprotokolle vom 31. Okt. bis 11.11.1944, Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer.

14 Ebenda.

15 Brief vom 11. Dezember 1944. Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof. An die Geheime Staatspolizei Staatspolizeileitstelle Magdeburg, betreffend Nationalkomitee Freies Deutschland, Gruppe Magdeburg. Abschrift. Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer.

Mit Klara Schellheimer, Eva Lippold und Hermann Bruse warteten zusammen über 100 antifaschistische Kämpfer in den Gefängnissen der Stadt Magdeburg auf ihre Hinrichtung bzw. Aburteilung. Sie hatten Glück. Die Alliierten näherten sich immer mehr, Magdeburg wurde bei einem Bombenangriff am 16. Januar 1945 stark zerstört, auch das Gerichtsgebäude wurde getroffen. Alles das verzögerte offenbar die Prozessführung. Hermann Bruse schrieb später dazu: „Am 10. April hatte die Gestapo Magdeburg verlassen. Sie gab vor ihrer Flucht an die Polizei und die Gefängnisverwaltung den strikten Befehl, die 29 Magdeburger politischen Gefangenen sowie die zum Tode verurteilten am 12. April zu erschießen. [...] Würde der Blutbefehl der Gestapohenker noch seine Vollstrecker finden? Stunden und Tage unerträglicher Spannung vergingen für die Inhaftierten. Schließlich wurde es auch in den Zellen der Todgeweihten bekannt: Die Amerikaner stehen vor den Stadtgebieten von Magdeburg. Jetzt mußte es sich entscheiden. Am 13. April löste sich die aufs Höchste gestiegene Spannung. Die Gefängnisverwaltung informierte uns politische Häftlinge darüber, daß wir sämtlich noch heute entlassen würden. Der Wettlauf mit dem Tode war gewonnen.“¹⁶

Anders erging es leider Hermann Danz, Fritz Rödel, Hans Schellheimer und Martin Schwantes. Wie sich Klara Schellheimer erinnerte, mieden Fritz Rödel und Hans Schellheimer allerdings bewusst sogar nach der Verhaftung von Hermann Danz und Martin Schwantes den Gang in den Untergrund, obgleich Quartier dieser Art in Thüringen zur Verfügung stand. Es galt, der von der Partei gegebenen Orientierung mutig zu folgen und den Widerstandskampf in Magdeburg weiter zu leiten.¹⁷ Am 24. Juli 1944 wurden dann auch Fritz Rödel und Hans Schellheimer sowie Hubert Materlik verhaftet.

Die Anklage gegen Hermann Danz, Fritz Rödel, Hans Schellheimer und Martin Schwantes lautete „Vorbereitung zum Hochverrat“. Am 23. Oktober 1944 lag die Anklageschrift gegen sie vor. Hubert Materlik war bereits drei Tage nach seiner Verhaftung nach langen und quälenden Verhören zu Tode gekommen. Die Hauptverhandlung des Volksgerichtshofs (1. Senat) gegen die vier fand am 1. November 1944 in Magdeburg statt. Auf der Grundlage der Anklage wurde, wie es in der Niederschrift heißt, „für Recht erkannt: Die Angeklagten haben sich im fünften Kriegsjahr in

16 Zit. nach: Meissner/Burian/Kahmann, ...damit die Freiheit, S.99.

17 Zeitzeugenbericht von Klara Schellheimer, 1968, Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer.

Magdeburg um den illegalen Aufbau einer kommunistischen Umsturzorganisation bemüht. Sie haben sich für immer ehrlos gemacht und werden sämtlich zum Tode verurteilt.“¹⁸

In der Begründung für das Urteil werden die von den „Berliner Kommunistenführern“ (genannt werden die ebenfalls zu dieser Zeit verhafteten Franz Jacob und Anton Saefkow) veranlassten Aktivitäten zum Aufbau einer „bolschewistischen“ Organisation in Magdeburg als Beweis für die „verbrecherische“ Tätigkeit der Angeklagten angeführt.

Hauptanklagepunkte waren: „Etwa im Juli 1943 begann in Berlin eine Anzahl führender kommunistischer Funktionäre, darunter Anton Saefkow und Franz Jacob, zu denen später insbesondere Bernhard Bästlein stieß, unter Ausnutzung früherer illegaler Beziehungen erneut eine straffe kommunistische Organisation aufzuziehen, die vor allem in den Betrieben und in der Wehrmacht verankert werden sollte und sich in der Propaganda zugleich an die Ziele des ‚Nationalkomitees Freies Deutschland‘ (NKFD) anlehnte.

Die Angeschuldigten Schwantes, Danz, Schellheimer und Rödel haben ihre Kräfte zur Mitarbeit im Rahmen der genannten Organisation in Magdeburg zur Verfügung gestellt und sich insbesondere an der Schaffung von Dreiergruppen, der Einrichtung eines Werbe- und Nachrichtenwesens, der Aufrechterhaltung der Verbindung zu auswärts wohnenden Funktionären sowie der Verbreitung von kommunistischen Hetschriften und Flugblättern beteiligt. Zur Erörterung und Vorbereitung ihrer Tätigkeit haben sie untereinander und mit anderen kommunistischen Funktionären zahlreiche geheime Zusammenkünfte abgehalten.“¹⁹

Bei der Aufzählung der „Wesentlichen Ergebnisse der Ermittlungen“ ging es vor allem um die nach dem 11. Juni 1944 erfolgten Aktivitäten der Magdeburger Gruppe. Auf einem Berliner KPD-Treff an diesem Tage hatte Franz Jacob kritisiert, dass alle Aufträge an die Magdeburger Genossen bis dahin nicht zur Zufriedenheit der „Berliner“ erfüllt worden seien. In der Anklageschrift wurde dazu vermerkt: „Jacob war jedoch der Ansicht, daß in Magdeburg noch keine ‚systematische‘ Arbeit geleistet

18 „IM NAMEN DES DEUTSCHEN VOLKES.“ In der Strafsache gegen Martin Schwantes, Hermann Danz, Johann Schellheimer und Friedrich Rödel (Begründung des Todesurteils). Abschrift. 1 H 303/44 8 J 191/44, Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer.

19 Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof. 8 J 191/44g. Anklageschrift gegen Martin Schwantes, Hermann Danz, Johann Schellheimer und Friedrich Rödel. Berlin, 30. September 1944. HV.-Sache, S.2, Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer.

worden sei und forderte beide [gemeint sind Schwantes und Danz] auf, nunmehr schleunigst zunächst mit der Schaffung von Betriebskadern anzufangen, damit ‚wenigstens etwas bestände‘. Von Jacob und Saefkow wurden dann eingehend die Richtlinien für den Aufbau von Kadern in den Betrieben und der Wehrmacht, ferner Aktivgruppen in den Wohngebieten, freigewerkschaftliche Kampfgruppen und die Bildung eines Ausschusses für das ‚National-Komitee‘ durchgesprochen.²⁰ Vermutlich hatten die in der illegalen Arbeit erfahrenen Magdeburger bis dahin gezögert, das von der Zentrale gewünschte Netz miteinander verbundener Organisationseinheiten in Betrieben und Wohngebieten herzustellen.

Den Verhörenden waren alle Details der von Berlin an die Magdeburger gehenden Aufträge bekannt. So wurde im Einzelnen Hermann Danz zur Last gelegt: „Nachdem ihm schon Schwantes Näheres über die auch in Magdeburg zu errichtenden Kadergruppen mitgeteilt hatte, erhielt der Angeschuldigte Danz bei dem Treff vom 11. Juni 1944, den er mit Schwantes in Berlin wahrnahm, zunächst von Saefkow allein weitere eingehende Instruktionen über den vorzunehmenden Aufbau der illegalen Organisation in Magdeburg. Bei dieser Gelegenheit übergab ihm Saefkow ferner einen Briefumschlag mit folgendem Propagandamaterial:

1. Zwei Stücke Kadermaterial (ein vierzehseitiges Rundschreiben der Partei über die Lage am Vorabend der Invasion),
2. eine Fotokopie der Titelseite der Zeitung des Nationalkomitees ‚Freies Deutschland‘ mit einem angeblichen Artikel des Generals von Seydlitz,
3. fünf Flugblätter ‚An die Berliner Arbeiterschaft‘ unterschrieben mit ‚Kommunistische Partei Berlin‘.²¹

Die Untersuchungsorgane kannten viele Fakten der Tätigkeit der Magdeburger Gruppe, so auch die Titel der am 11. Juni 1944 übergebenen Materialien, und sie nutzten das gezielt in den Verhören. Die Angeklagten gaben dabei, wie aus der Anklageschrift und der Urteilsbegründung hervorgeht, nur zu, wovon die Justizorgane schon durch Verrat Kenntnis erhalten hatten. Der ganze Umfang der jahrelangen antifaschistischen Tätigkeit in Magdeburg, vor allem seit Kriegsbeginn, war zur Urteilsbegründung nicht bekannt, sondern nur das, was mit der Verbindung zur

20 Ebenda, S.8.

21 Ebenda, S.9f.

Berliner Gruppe zusammenhing und dort von dem Verräter Ernst Rambow in Erfahrung gebracht geworden war.²²

Mit dem Urteil vom 1. November 1944 wurden Hermann Danz, Fritz Rödel, Hans Schellheimer und Martin Schwantes zum Tode verurteilt. Doch die Vollstreckung des Urteils wurde auf Wunsch der Untersuchungsorgane ausgesetzt – weil die Preisgabe weiterer Namen und die Offenlegung von Verbindungen zum „Nationalkomitee Freies Deutschland“ erzwungen werden sollte. Das hatte teilweise auch Erfolg; es gelang, wie bereits angeführt, den faschistischen Justizorganen weitere Mitglieder der Magdeburger Gruppe zu verhaften und zu verhören.

Eva Lippold, die ebenfalls im Juli 1944 verhaftet worden war, befand sich damals im Gefängnis des Polizeipräsidiums Magdeburg. Im selben Gefängnis war Martin Schwantes inhaftiert. Eva Lippold hatte erfahren, dass weitere Verhaftungen erfolgt waren, weil Namen in den Verhören auch von Martin Schwantes genannt worden waren. Auf ihre Anfrage in einem Kassiber, den eine Wachhabende übermittelte, warum er Namen nenne, kam die Antwort, man müsse Zeit gewinnen, „wir müssen überleben“.²³

Anfang 1945 wurde die Hinrichtung von den Magdeburger Justizbehörden angemahnt. Daraufhin wurden die vier Widerstandskämpfer am 5. Februar 1945 mit dem Fallbeil in der Hinrichtungsstätte des Zuchthauses Brandenburg-Görden ermordet.

Nach Kriegsende wurde die Asche der Widerstandskämpfer nach Magdeburg überführt. Angehörige trugen die Urnen, als sie 1950 auf dem Ehrenhain des Magdeburger Westfriedhofes beigesetzt wurden. Die DDR ehrte die Widerstandsgruppe außerdem, indem sie Plätze oder Straßen und Schulen nach ihnen benannte. Noch heute gibt es in Magdeburg den Schellheimerplatz und eine Danz-, eine Rödel-, eine Schwantes- und eine Materlikstraße sowie die „Sportsekundarschule Hans Schellheimer“.

Auf Initiative von Waltraut Zachhuber, Superintendentin i. R. und Vorsitzende des Fördervereins „Neue Synagoge“ Magdeburg, wurden zur Erinnerung an die fünf ermordeten Widerstandskämpfer am 5. Februar 2010 jeweils vor ihren letzten frei gewählten Wohnstätten in Magdeburg „Stolpersteine“ des Gedenkens gesetzt. Die anschließende Gedenkfeier fand

22 Anklageschrift gegen Martin Schwantes und Begründung des Todesurteils.

23 Zeitzeugenbericht von Eva Lippold, Juli 1992, Privatarchiv Familie Günther-Schellheimer.

am Ehrenmal auf dem Westfriedhof Magdeburg um 14.00 Uhr statt – auf die Minute genau 65 Jahre nach der Hinrichtung von Hermann Danz, Hans Schellheimer, Fritz Rödel und Martin Schwantes in Brandenburg. Für die Widerstandsgruppe um Hermann Danz sowie für alle fünf Opfer des Faschismus dieser Gruppe sind Gedenkblätter in einer Stele im Eike-von-Repgow-Saal des Magdeburger Rathauses aufbewahrt.²⁴

24 Gedenkblatt für die Widerstandsgruppe um Hermann Danz und Gedenkblätter für Hermann Danz, Hubert Materlik, Fritz Rödel, Hans Schellheimer und Martin Schwantes, aufbewahrt zur öffentlichen Einsichtnahme in der Gedenkstele im Eike-von-Repgow-Saal des Rathauses Magdeburg; siehe auch [http://www. magdeburg.de](http://www.magdeburg.de) (Stichwort/“Bürger“/“Verwaltung und Politik“/“Stolpersteine“).

Der Aufsatz

Elke Scherstjanoi

Arbeiterlicher Staatssozialismus in den Farben der DDR

Seite 119-144

steht nur in der Druckausgabe zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Ihre Bibliothek.

Fritz Behrens: „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...“ Texte von und über Fritz Behrens

Anneliese Braun

2009 jährte sich zum 100. Mal der Geburtstag des marxistischen Polit-
ökonomen und Statistikers Fritz Behrens. Aus diesem Anlass erschien ein
Band, der das Anliegen verfolgt, nach wie vor aktuelle und weiterführen-
de Arbeiten von Behrens zum Teil erstmals in die kapitalismuskritische
und auf emanzipatorische Alternativen orientierte Diskussion von Linken
in Ost und West einzubringen.¹

Die Publikation enthält zunächst Beiträge über Fritz Behrens, welche auf
einem Workshop am 26. September 2009 vorgetragen wurden, ausgerich-
tet von den Rosa-Luxemburg-Stiftungen Berlin und Sachsen sowie dem
Helle Panke e. V. Danach folgen fünf bisher unveröffentlichte Texte von
Fritz Behrens aus dem Nachlass, die dieser zwischen Anfang 1970 und
Juli 1980 geschrieben hatte. Darunter befinden sich „Über Alternativen“
(Februar 1979), eine Analyse und Kritik zu Rudolf Bahros „Die Alterna-
tive“; ein „Exkurs: Zu Ota Šiks Drittem Weg“ und „Antworten auf In-
terviewfragen im Frühjahr 1980“. Das Letztere ist gewissermaßen ein auf
dem Weg des Selbstinterviews festgehaltenes Vermächtnis von Behrens.
Abgeschlossen wird der Band mit vier wieder abgedruckten Texten, die in
der „inneren Emigration“ geschrieben wurden und erst 1992 posthum
unter dem Titel „Der Abschied von der sozialen Utopie“ veröffentlicht
werden konnten. Für eine Publikation in der DDR waren sie nach Dieter
Janke „zu radikal“ (S.54).²

Die Texte von Behrens selbst enthalten eine profunde Selbstbefragung
über die Aussagekraft der Marxschen Vorstellungen für die Probleme des
Staatssozialismus in den 70er-Jahren, über deren Möglichkeiten und
Grenzen. Behrens brach damit nicht nur mit dem parteioffiziellen „Mar-
xismus-Leninismus“ und mit dem Stalinismus, sondern drang weit in

1 Fritz Behrens: „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...“ Texte von und
über Fritz Behrens, hrsg. von Günter Krause und Dieter Janke, VSA Verlag, Hamburg
2010, 247 S. Die nachfolgenden Quellenangaben stammen, wenn nicht anders angegeben,
aus diesem Buch.

2 Dieter Janke: Wie real war der Sozialismus? Fritz Behrens' Weg in die innere Emigrati-
on, S.54-65.

theoretische Gebiete wie in praktische Schlussfolgerungen vor. Behrens dachte damit angesichts der Wirklichkeit im Staatssozialismus Marxsche Auffassungen weiter und nahm das „strukturelle Unvermögen wie auch das selbstverschuldete Scheitern“ des „Realsozialismus“ „gedanklich vorweg“ (S.56).

Behrens' späte Arbeiten regen zur Diskussion, auch zum Widerspruch an. Sie enthalten sehr viele weitergehende Ansätze und Anregungen, die helfen können, die gegenwärtige Situation mithilfe eines marxistischen Herangehens zu interpretieren und emanzipatorische Alternativen zu erkennen. Das ist nicht zuletzt den verdienstvollen Herausgebern Günter Krause und Dieter Janke zu verdanken. Nachfolgend wird deshalb versucht, von einigen radikalen Erkenntnissen Behrens ausgehend zu fragen, wie sich diese und ihre Weiterführung in den Beiträgen des Workshops niederschlagen.

Behrens' Entwicklung vom „frühen Reformökonom“ des Staatssozialismus zum radikalen Interpreten der Wirklichkeit, Kritiker und marxistischen Utopisten

Mit Behrens verbinden viele Linke vor allem den „frühen Reformökonom“³ der 50er-/60er-Jahre. Dieser setzte sich dafür ein, mithilfe der Ware-Wert-Kategorien (hierbei zusammen mit Arne Benary) und durch eine reale Vergesellschaftung des Staatseigentums ein effektiveres Wirtschaften zu erreichen. Das zielte auf die Verbesserung des „Realsozialismus“. Der 2009 verstorbene Helmut Steiner⁴ recherchierte sorgfältig die von Behrens durchlaufenen Erkenntnisstufen und die Interventionen/Repressionen vonseiten der Parteiführung. So stellte er fest, die Auseinandersetzung mit Behrens und Benary im Sonderheft der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft“ vom Februar 1957 habe „keine wissenschaftliche Diskussion“, „sondern eine politische Verurteilung in einer noch größtenteils fachwissenschaftlich bemühten Ausdrucksweise“ dargestellt (S.24). Steiner bestätigte, dass Behrens einige Dogmen angetastet habe, ohne – wie die meisten Reformer – zu versuchen, den Rahmen der zentral geplanten Wirtschaft zu sprengen. Deshalb sei die „offizielle DDR-Stigmatisierung als ‚Revisionismus des Marxismus‘ [...] unbegründet“ gewesen (S.28f.).

3 Günter Krause: Wirtschaftstheorie in der DDR, Marburg 1998, S.130.

4 Helmut Steiner: Fritz Behrens im osteuropäischen Kontext. Von seinen Reformvorschlägen zur marxistischen Systemanalyse des Staatsmonopolismus, S.21-43.

Steiner beschäftigte sich des Weiteren mit der 1961 in „Ware, Wert und Wertgesetz“ Behrens „abverlangte[n] Selbstkritik“ (S.31), dem Akademie-vortrag von 1965 (in dem dieser u. a. die reale Einbeziehung der Werktätigen in die Planung als ungelöst ansah) und mit dem Vortrag von 1967 in Frankfurt am Main, der zu einschneidenden Repressionen gegen Behrens führte. Anders als Janke (S.60) bewertete Steiner das Jahr 1968 als „endgültige Resignation, öffentlich etwas bewirken zu können“ (S.36f.). Nach seiner Emeritierung sei Behrens in seinem letzten Lebensjahrzehnt von 1970 bis 1980 „zu einer tatsächlichen Neubesinnung und Revision vieler seiner früheren Positionen“ gelangt (S.37). Allerdings konnte Steiner der Veröffentlichung der nachgelassenen Texte von Behrens im Jahre 1992 nur noch einen historischen Sinn abgewinnen. Hier ist Janke und anderen zuzustimmen, die darin etwas noch Unabgeholtenes sehen.

Dazu gehören – vielleicht mehr indirekt – auch Behrens Buchveröffentlichungen zur Geschichte der Politischen Ökonomie, wie Peter Thal meint,⁵ die von Behrens „nachdrücklich herausgearbeitete Einheit von Theorie und Geschichte“ (S.122) sowie die Positionierung zur strittigen Dialektik von „Parteilichkeit und Wahrheit“ (S.123). Damit benennt er Herangehensweisen, die nicht nur bei einer adäquaten Rezeption der Arbeiten von Behrens eine Rolle spielen.

Zu Hintergründen für die Veränderungen im Erkenntnisprozess von Behrens, besonders seiner Auffassungen zur Warenproduktion, den Regulierungsmechanismen, zu Reform oder Revolution geben vor allem Steiner und Janke Auskunft. Ursprünglich hatte Behrens als „früher Reformökonom“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU ähnliche Vorstellungen wie Befürworter von Reformen in anderen staatssozialistischen Ländern wie Włodzimierz Brus in Polen, Ota Šik in der Tschechoslowakei oder Evsej G. Liberman in der UdSSR vertreten und mit ihnen kommuniziert. Später differenzierte Behrens seine Auffassungen aus, wobei er in wichtigen Fragen auch in einen Gegensatz zu anderen Systemkritikern kam, weil er konsequent nach sozialismusadäquaten Lösungsansätzen suchte und dabei auf die Arbeiten von Marx und Engels zurückgriff, ja deren Positionen z. T. infrage zu stellen begann.

Steiner verfolgte die Unterschiede im weiteren Herangehen der „Reformer“ unter der Überschrift: „Die Ausdifferenzierung sozialistischer ‚56er‘ Wirtschaftsreformer“. Bei Brus, Šik wie auch dem Ungarn Janos Kornai

5 Peter Thal: Fritz Behrens: Pionier der „Geschichte der politischen Ökonomie“ in der DDR, S.120-129.

sei es schließlich anstelle einer ursprünglich erstrebten sozialistischen Marktwirtschaft zu einem sozial-liberalen Denkmuster in Richtung eines „peripheren Kapitalismus à la Osteuropa“ gekommen (S.33). Joachim Tesch⁶ bestätigt diese Einschätzung im Prinzip. Bei der Ausdifferenzierung osteuropäischer Reformer kommt Tesch aber zu anderen Auffassungen als Steiner: „Während Behrens den Sozialismus im Marxschen Sinne einer Utopie charakterisierte, suchte Šik den Weg aus dem real existierenden Kapitalismus in ein anderes Gesellschaftsmodell mit menschlichem Antlitz.“ (S.140) Tesch sieht die Kontroverse zwischen Behrens und Šik in veränderter Form in der Gegenwart fortgesetzt, indem sich in der Diskussion um den Sozialismus im 21. Jahrhundert wiederum zwei Interpretationslinien herausbildeten: die einer Ablehnung oder einer Akzeptanz der Warenproduktion.

„Realsozialismus“ als Staatsmonopolismus und damit Nicht-Sozialismus

Behrens kam im Verlauf eines schmerzlichen Erkenntnisprozesses, den besonders Steiner und Janke nachzeichnen, schließlich zur Auffassung, dass der „Realsozialismus“ reformunfähig sei und auch eine Reform nicht mehr ausreiche, sondern dass die stagnierenden Verhältnisse nur noch durch revolutionäre Veränderungen zugunsten einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft in sozialistischer Richtung hin umgewälzt werden könnten. Behrens sah in seinen späten Arbeiten die Konflikte des „Realsozialismus“ als strukturelle Probleme. Seine früheren Positionen zur „sozialistischen“ Warenproduktion bezeichnete er als nicht wesentlich für eine Interpretation und historische Bewertung. Wesentlich sei, wer über die Macht und die Entscheidungsbefugnisse verfüge und ob das Wertgesetz und der Markt dem (demokratisch aufgestellten und kontrollierten) gesellschaftlichen Plan dienten oder umgekehrt. Die Fragestellungen hatten sich für Behrens also inzwischen grundsätzlich verändert. Dass er mit der Gegenüberstellung von Plan und Markt irrte, ändert nichts Grundsätzliches daran, dass er sich neue Einsichten erschloss.

In „Über Alternativen“, seinen Bemerkungen zu Rudolf Bahros Buch „Die Alternative“ vom Februar 1979 (S.147-171), wollte Behrens „zur Überwindung einer Grundtorheit der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts beitragen, Länder als sozialistisch oder gar kommunistisch zu bezeichnen, nur weil sie von sich sozialistisch oder gar kommunistisch nen-

6 Joachim Tesch: Fritz Behrens, Ota Šik und die Debatte über den Sozialismus im 21. Jahrhundert, S.130-143.

nenden Parteien monopolistisch beherrscht oder despotisch regiert werden“ (S.147). Im wieder abgedruckten Text „Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling“ (S.244-247) fasste Behrens im Punkt 1 seine Interpretation des „Realsozialismus“ kurz und knapp zusammen: „Der staatlich etablierte Sozialismus hat die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft noch nicht durchbrochen. Er beruht auf einer bürokratischen Produktionsweise, in der alle wesentlichen Entscheidungsbefugnisse [...] bei der [...] Bürokratie liegen. Er hat einen staatsmonopolistischen Überbau, der [...] die ökonomische Basis schützt, in der die Lohnarbeit nicht beseitigt ist. Die Struktur der Gesellschaft ist ‚hierarchisch-elitär‘.“ (S.244). Lenin habe geirrt mit seiner These vom Staatsmonopolismus als direkte Vorstufe des Sozialismus, die bekanntlich auch Bahro als „protosozialistisch“ übernahm. Behrens Schlussfolgerungen gipfelten in zwei Richtungen: einer tiefgründigen theoretischen Befragung Marxscher Kategorien auf ihre Aussagekraft hin und – im Gegensatz zu seinen früheren Meinungen – in der politischen Auffassung, eine Revolution zugunsten sozialistischer Demokratie sei nötig, welche das Staatseigentum vergesellschaftet: „Meine Antwort war damals: Sozialreform statt Revolution!“ (S.220)

Diese Position ruft heute entgegengesetzte Stellungnahmen hervor. Janke meint: „Es ist an der Zeit, Behrens‘ sozialökonomische Analyse des Staatskapitalismus neu – oder besser – eigentlich erstmalig für die linken Debatten zur Geschichte und Zukunft zu erschließen.“ (S.64) Christa Luft⁷ hingegen hat Schwierigkeiten mit Behrens radikaler und ihrer Meinung nach zu undifferenzierter Aussage, dass der „real existierende Sozialismus“ kein Sozialismus sei. „Am verblichenen Realsozialismus können [...] keine 1:1-Anleihen für sozialökonomische Alternativen genommen werden. Dennoch kann nicht übersehen werden, dass er Leistungen hervorgebracht hat, die im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung positiv verankert sind.“ Sie beruft sich darauf, dass die Wirtschaft „kein Selbstzweck“ ist (S.100, 102f.). Dem ist zuzustimmen, dennoch neige ich eher dazu, die Rigorosität von Behrens zu unterstützen. Ein *Anspruch* allein macht noch keinen Sozialismus, in ihm drücken sich Wünsche/Hoffnungen aus, die aber wenigstens zur „konkreten Utopie“ werden müssen, sollen sie zu emanzipatorischen Handlungen motivieren.

7 Christa Luft: Die Behrens'sche Suche nach einer sozialistischen Reformökonomie geht weiter, S.99-109.

„Pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft“

Behrens' „pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft“ der Produzenten, welche an die Stelle des Staatseigentums treten sollte, stellte den Kern seiner alternativen Vorstellungen dar. Für Janke geht es hier um die „*tatsächliche* Realisierung der Eigentümerfunktion der Produzenten“ (S.62). Dieses Konzept wurde auf dem Workshop fast allgemein als Vorstellung einer Wirtschaftsdemokratie der Produzenten akzeptiert, warf aber wegen Verabsolutierungen, Teilaussagen und dem von Behrens angenommenen Kompromisscharakter viele strittige Fragen auf.⁸

Behrens wollte eine Umwälzung der Produktionsverhältnisse im „Realsozialismus“, die sich in der Liquidierung des staatlichen Eigentums und der Schaffung von gesellschaftlichem Eigentum ausdrücke (S.149). Er präzierte diese „Selbstverwaltungsgesellschaft“: „In einer solchen Gesellschaft föderativer Kommunen wird es [...] eine Warenproduktion geben, in der die Wertformen, in erster Linie das Geld, für eine auf gesellschaftlichem Eigentum beruhende, gemeinschaftliche – nicht mehr staatliche – Planung ausgenutzt werden, ohne dass das Wertgesetz – und selbstverständlich nicht das Mehrwertgesetz – Produktion und Verteilung reguliert. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind optimal transparent geworden, ohne dass die Entfremdung wohl gänzlich, die Ausbeutung dagegen völlig aufgehoben wird.“ (S.210)

Schon der hierin enthaltene Gegensatz zwischen völliger Aufhebung von „Ausbeutung“ und noch bestehender (aber verminderter) Entfremdung weist darauf hin, dass Behrens hierbei an die Grenzen seines Herangehens stieß, was ihm entsprechende Kritik einbrachte. Worin vor allem bestehen diese Grenzen? Behrens ging grundsätzlich davon aus, dass es sich bei seiner „Selbstverwaltungsgesellschaft“ um eine „pluralistische“ handelt. Neben der Existenz einer „Vielfalt von Weltanschauungen und Parteien“ bedeutete das für ihn, dass es eine Gesellschaft sein sollte, „in der es divergierende Interessen zwischen den allgemeinen und gesamtgesellschaftlichen und individuellen und gruppenmäßigen Bedürfnissen

8 Dazu äußerten sich u. a. Stefan Bollinger: „... muss sie die Menschen erobern“. Fritz Behrens Scheitern und die Möglichkeiten, trotzdem Alternativen zum Staatssozialismus zu entwickeln (S.44-53); Frieder Otto Wolf: Die Differenz denken. „Staatliches Produktionsmitteleigentum“ und Selbstverwaltung der Produzenten auf der Grundlage von Gemeineigentum „frei assoziierter Produzenten“ bei Fritz Behrens (S.66-74); Manfred Lauermann: Behrens, Marx und die bundesdeutsche 68er-Bewegung (S.87-98) und Klaus Steinitz: Zum Nutzen der Behrens'schen Kritik an der Politischen Ökonomie des Sozialismus für ein modernes Konzept sozialistischer Regulierung/Planung (S.110-119).

gibt“ (S.214). Deshalb sah Behrens keine Möglichkeit, eine „pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft“ herrschaftsfrei zu gestalten. „Ist nicht auch eine pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft wieder Herrschaft – wenn auch demokratische, aber Herrschaft der Mehrheit über Minderheiten?“ (S.210)

Diese Position von Behrens ist in sich schlüssig, denn Herrschaftsfreiheit würde ja bedeuten, über die Demokratie – auch eine „sozialistische Demokratie“ – hinauszugehen. Meines Erachtens liegt eine der Ursachen für Behrens’ „Kompromiss“ darin, dass er die „Gesellschaft“ auf die „Produzenten“ reduzierte, die Dominanz der Produktion aber die letztendliche Ursache für die Entstehung und Entwicklung patriarchalischer Klassengesellschaften darstellt. So wäre die beschriebene „pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft“ gar nicht ausbeutungsfrei, weil die patriarchalische Ausbeutung bestehen bliebe, denn die unmittelbare Reproduktion des Lebens würde weder auf Lebensgrundlagen umorientiert, noch würde sie die Produktion neu und anders ausrichten.

Behrens suchte die Antworten z. B. für die Frage nach Gleichheit und Freiheit nicht in den Beziehungen zwischen unmittelbarer Reproduktion des Lebens und der Produktion – wozu Marx/Engels schon sehr früh in „Die deutsche Ideologie“ allgemeine Anregungen gegeben haben –, sondern außerhalb der politischen Ökonomie, in einem allgemeinen Gattungsbereich der Menschen, im Grundwiderspruch zwischen Individuum und Gattung. Einen Interessenausgleich sah er in einer „möglichst weitgehende[n] direkten Demokratie“ (S.159). Wenn Behrens davon ausging, die für das Überleben der menschlichen Gattung erforderliche Anpassung bedeute immer, dass Gesellschaft „die Freiheit der Individuen auf Kosten ihrer Gleichheit oder ihre Gleichheit auf Kosten ihrer individuellen Freiheit beschränken muss“ (S.205), so gilt dies ohne Zweifel für Verhältnisse patriarchalischer Klassengesellschaften. Tatsächlich aber geht es um die Umorientierung der materiellen Produktion und um die Ausrichtung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens auf allgemeine Freiheiten und allgemeine Gleichstellung – also am Beitrag zur ganzheitlich gefassten Notwendigkeit. Damit stellen sich die Fragen anders.

„Sozialistische Demokratie“ versus demokratischer Sozialismus

Sozialistische Demokratie nahm in den späten Vorstellungen von Behrens zur revolutionären Umgestaltung des Staatssozialismus eine Schlüsselrolle ein. Es klingt fast, als wäre es für heute geschrieben, wenn er for-

dert: „Es gilt, alle Monopole zu brechen, die des Kapitalismus, des Staates und der Parteien, und neue demokratische Kontrollen zu finden für Ökonomie und Politik.“ (S.236) Behrens sah einen eindeutigen Unterschied zwischen sozialistischer und bürgerlicher Demokratie: „Eine pluralistische Selbstverwaltungswirtschaft ist *keine* sozialistische Gesellschaft, denn die individuelle Freiheit wird beschränkt und die Gleichheit abgestuft sein. Aber die Freiheit wird größer und nicht nur formell, wie in der bürgerlichen Demokratie, und die Gleichheit nicht durch ökonomische Macht oder politische Monopole durchbrochen sein. Sie wird dem entsprechen können, was man als sozialistisch im Unterschied zur bürgerlichen Demokratie zu verwirklichen erhoffen kann.“ (S.238) Hier kommt wieder sein Kompromiss-Ausweg ins Spiel. Mit seiner Ablehnung des demokratischen Zentralismus machte Behrens aber auf eine ganz grundlegende Frage einer sozialistischen Demokratisierung des Staatssozialismus aufmerksam. Er kritisierte Rudolf Bahro, der sich noch nicht „von den Eierschalen des demokratischen Zentralismus befreit“ habe. Damit vertrete er „das Prinzip einer bürgerlichen repräsentativen statt das einer sozialistisch-unmittelbaren Demokratie“ (S. 156). Dem setzte Behrens die Auffassung von Rosa Luxemburg über den „Selbstzentralismus der Massen“ (S.169) entgegen, denn die Beibehaltung des demokratischen Zentralismus als Prinzip der bürgerlichen Revolution habe in „realsozialistischen“ Ländern als politisches Jakobinertum zum bürokratischen Zentralismus geführt (S.190). Für Behrens war denn auch der demokratische Zentralismus der „Kern des Stalinismus“ (S.246).

Behrens Verständnis eines „demokratischen Sozialismus“ widerspiegelt vor allem die spezifischen Bedingungen seiner Zeit, sodass es mit den heutigen Fragestellungen nicht vollends übereinstimmt. In „Kurze Bemerkungen zum Prager Frühling“ charakterisierte er die Bestrebungen des „Prager Frühlings“ bis zum 21. August 1968 als emanzipatorische Bestrebungen, die „wieder auf Liberalisierung, statt schon auf Demokratisierung gerichtet“ seien, weil im „staatlich etablierten Sozialismus“ „selbst die von der bürgerlichen Demokratie gewährten Rechte zurückgenommen“ worden wären (S.244). Davon sei auch die Lösung „demokratischer Sozialismus“ beeinflusst. Sie „artikuliert Tendenzen, innerhalb der bestehenden, reaktionär-deformierten Gesellschaft eines staatlich etablierten Sozialismus liberale Formen durchzusetzen, die das Leben angenehmer, aber noch nicht sozialistisch machen“ (S.245). Einen solchen „demokratischen Sozialismus“ bezeichnete Behrens als – „natürlich dem Stalinismus in jeder Form vorzuziehende – Variante der bürgerlichen Gesellschaft,

aber demokratisch ist diese noch nicht“ (S.245). Behrens stellte den Idealen des „Prager Frühlings“ („ein demokratischer Sozialismus, nicht eine sozialistische Demokratie“) letztere als revolutionäres Ideal gegenüber. Der „Kampf um eine sozialistische Demokratie“ (S.245), den Behrens als Ausweg aus dem „Realsozialismus“ hin zu einer sozialistischen Entwicklung sah, bereichert aktuelle Diskussionen um den demokratischen Sozialismus.

Markt und Plan

In seinen späten Arbeiten ordnete Behrens Warenbeziehungen konsequent den Kriterien einer „pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft“ und einer „sozialistischen Demokratie“ unter. Das Wertgesetz reguliere nicht mehr – prägnant nachzulesen im „Exkurs: Zu Ota Šiks Drittem Weg!“ So meinte Behrens: „Die Überwindung des Staatsmonopolismus kann daher auch nicht durch eine Restauration des blockierten Marktes, sondern durch seine Ersetzung durch den Plan, allerdings durch einen sozialistischen, keinen staatsmonopolistischen, bürokratischen Plan geschehen.“ (S.178) Darunter verstand Behrens die „Form von zentralen Plänen, die von den Produzenten selbst aufgestellt und auch von ihnen selbst kontrolliert werden und deren Durchführung in ihrem eigenen Interesse“ liegt. Der Markt hätte hierbei „eine an Bedeutung abnehmende Hilfsrolle“ (S.179f.). Der Kompromisscharakter dieser Behrens’schen Position ruft derzeit sowohl bei denen Kritik hervor, die eine Überwindung von Warenbeziehungen befürworten, als auch bei jenen, die für deren Beibehaltung eintreten.

Frieder Otto Wolf widerspricht Behrens, wobei er in der überhistorischen Betrachtung der Ware durch Behrens (wie dieser sie in seinen Ansichten zum Gesetz der Ökonomie der Zeit vertrat) die Ursache dafür vermutet, dass Behrens „daran gehindert wird, den theoretischen Durchbruch, dem er sich mehrfach annähert, auch wirklich zu vollziehen – und eben deswegen zu seiner eher resignativen Gesamtschlussfolgerung kommt“ (S.66f.). In seiner anschließenden Kritik an der Behrens’schen Auffassung vom Inhalt der gesellschaftlich notwendigen Arbeit irrt Wolf aber meines Erachtens. Behrens hat vielleicht etwas verquer formuliert, aber es entspricht vom Inhalt her den Ausführungen von Marx über Wert und Marktwert. Wolf jedoch betont: „Unter dem Gesichtspunkt der Reproduktion ist es sekundär, ob die erforderlichen Arbeiten mit ‚durchschnittlicher Intensität und Geschicklichkeit‘ erledigt worden sind.“ Es ginge

eher „um die Erledigung mit optimaler Qualität“ (S.70). Behrens ist hier gegen Wolf zu verteidigen, denn für die Reproduktion spielt die gesellschaftliche Anerkennung der verausgabten Arbeit durchaus eine wichtige Rolle, sonst wäre die Reproduktion möglicherweise defizitär. Der von Wolf herangezogene „Fetischismus“ von Ware, Geld und Kapital (S.70) charakterisiert eine andere Betrachtungsebene, welche die Prozesse von ihrer realistischen Ebene, die verallgemeinert wurde, auf die Bewusstseinsebene einer bloßen unmittelbaren Wahrnehmung verschiebt. Auch eine gedachte Existenz von unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit würde ausschließen, dass alle verausgabte Arbeit ohne Besehen als gesellschaftlich notwendig anerkannt wird. Denn die Rationalität würde in einer sozialistischen Gesellschaft eine noch größere Rolle spielen als im Kapitalismus. Nur wenn im Reich einer ganzheitlich gefassten Notwendigkeit (d. h. der Produktion von Mitteln zum Leben und der notwendigen unmittelbaren Reproduktion des Lebens) die Zeit rationell verwendet wird, können allgemeine Freiheiten erkämpft und nachhaltig reproduziert werden. Die „resignative Schlussfolgerung“ von Behrens hat meines Erachtens noch mit weiteren methodologischen Problemen zu tun, wie der Nichtunterscheidung zwischen den Bewertungskriterien der Produktion von Mitteln zum Leben und der unmittelbaren Produktion des Lebens, die neue Fragen der Umbewertung und Umorientierung der Produktion aufwerfen.

Christa Luft und Klaus Steinitz wiederum kritisieren die zu rigorosen Beschränkungen, die Behrens bei der planmäßigen Ausnutzung von Warenbeziehungen vorsah.

Luft plädiert dafür, den Markt politisch zu regulieren und sozial einzubetten, anstatt ihn zu überwinden. Obwohl sie meint, mit Behrens übereinzustimmen, weicht sie dennoch von seiner Konsequenz zur „Selbstzentralisierung“ ab, indem sie fordert, dass der demokratische Staat gesellschaftliche Gesamtinteressen wahrnehmen und Rahmen sowie Raum für die Nutzung von Marktpulsen vorgeben solle (S.105). Meines Erachtens wäre dabei allerdings zu berücksichtigen, dass Politik keine Kriterien besitzt, nach denen sie Rahmenbedingungen begründen kann. Staatliche Eingriffe höhlen den Markt und seine Wirksamkeit aus, auch zu Ungunsten der Effizienz – eine faktische Quadratur des Kreises. Es wäre deshalb zu fragen, wodurch der Markt ersetzt wird. Die Demokratie ist dafür notwendig, aber nicht hinreichend. Es geht ebenfalls darum, die Dominanz der Produktion zu überwinden und diese auf Lebensgrundlagen umzuorientieren. Dazu genügt aber eine bloße Selbstverwaltung oder

Selbstorganisation keineswegs, allgemein gleichheitliche und allgemein freiheitliche Selbstorganisation ist nötig. Damit aber sind direkt die Ziele und Triebkräfte einer emanzipatorischen alternativen Gesellschaft angesprochen, denn die Erhaltung von Lebensgrundlagen kann nur unter bestimmten Konsistenzbedingungen möglich werden. Hier müssten die zur Diskussion gestellten Vorschläge von Luft durch eine Objektivierung ergänzt werden.

Auch Steinitz setzt sich mit Auffassungen von Behrens auseinander, die seines Erachtens „zwar richtige Überlegungen enthalten, aber zugleich überzogen und problematisch sind“. (S.114) In der Position, dass Sozialismus „keine Marktgesellschaft“ sei, trifft er sich wiederum mit Behrens. Steinitz sieht als eigentliche Frage: „*Lässt sich die Marktordnung so gestalten, dass sie dazu beiträgt, sozialistische Zielstellungen zu realisieren?*“ Theoretisch beantworte ich diese Frage eindeutig mit ja!“ (S.117) Wie in den meisten anderen Beiträgen bleibt aber die Verbindung zu den sozialistischen Zielen ungeklärt, d. h. die Frage nach den Voraussetzungen, unter denen Warenbeziehungen ihren ursprünglichen gesellschaftlichen Charakter verlieren und mehr oder weniger zu bloßen Hilfsmitteln werden.

Warum kam es im Staatssozialismus nicht zu einem Paradigmenwechsel?

Abgesehen davon, dass der herangereifte Paradigmenwechsel auch heute noch aussteht, verbirgt sich sowohl in den Texten von Behrens als auch in den Beiträgen des Workshops direkt oder indirekt die Frage, warum es im Staatssozialismus nicht zu einem Paradigmenwechsel kam, welcher möglicherweise in der Lage gewesen wäre, die Implosion doch noch zu verhindern. Manfred Lauer mann betont, dass Behrens „kein Durchbruch zu einer Politischen Ökonomie des Sozialismus gelungen“ sei (S.90). Damit verkennt er aber wohl die Schwierigkeiten, die sich sowohl aus dem derzeitigen (und bisherigen) Stand von Veränderungen in sozialistischer Richtung als auch hinsichtlich des erforderlichen Paradigmenwechsels ergeben. Behrens hat ja bekanntlich die bis dato entwickelte Politische Ökonomie des Sozialismus recht realistisch mit den ökonomischen Vorstellungen beim Übergang vom Kameralismus und Merkantilismus zu den Physiokraten verglichen – im Verhältnis zur Politischen Ökonomie z. B. von Adam Smith und David Ricardo.

Stefan Bollinger spricht in ähnlicher Weise wie Lauer mann von Behrens' „Scheitern“ (Überschrift/S.44), obwohl dieser doch gerade in seinen späten Arbeiten viele gedankliche Zugänge geschaffen hat, um zu einem

notwendigen Paradigmenwechsel zu gelangen. Das sieht auch Christoph Lieber⁹ so und unterstreicht: „Behrens’ Abarbeitung an den verhängnisvollen Folgewirkungen des politischen Jakobinismus in den staatsmonopolistischen Strukturen des Realsozialismus leistet nicht nur einen Beitrag für eine moderne Sozialismuskonzeption, sondern in seinen späten Arbeiten legt Behrens darüber hinaus auch wieder den eigentlichen Impetus des (westlichen) Marxismus gegenüber einer bloßen Modernisierungstheorie im Rahmen des Staatssozialismus frei.“ (S.82) Lieber bezieht sich hierbei auf die Rechtfertigung menschlicher Opfer zugunsten der Produktivkraftentwicklung. Behrens sah diese Opfer nur in einem bestimmten Stadium der Produktivkraftentwicklung als unvermeidbar an. Im Staatssozialismus brachte er sie mit dem politischen Jakobinismus in Verbindung und sah den Keim dafür in der Übernahme des Organisationsprinzips der bürgerlich-demokratischen Revolution, d. h. der Organisation in Parteien/Klubs. Lieber interpretiert Behrens hier wie folgt: „Dagegen hätte dieser falsche Zusammenhang ab Ende der 1960er Jahre, in denen auch die realsozialistischen Länder einen Zustand des Überschusses erreicht hatten, durchbrochen werden müssen, und so der Gehalt der westlichen Lesart des Marxismus als einer Theorie emanzipatorischen Umgangs mit dem Surplus auch für eine Reform des Realsozialismus freigesetzt werden können. Dieses unabgegoldene Vermächtnis von Fritz Behrens muss nun Bestandteil einer modernen zivilgesellschaftlichen Sozialismuskonzeption des 21. Jahrhunderts werden.“ (S.85)

Dem ist nichts hinzuzufügen. Es muss allerdings noch andere Gründe geben, die nicht in Spezifika des Staatssozialismus liegen, welche einen Paradigmenwechsel so schwer erreichen lassen, denn auch der „westliche Marxismus“ hat ihn doch bisher nicht vollzogen. Es überwiegt ein andauernder Suchprozess, der bisher noch kaum zu einem Paradigmenwechsel zugunsten von allgemein gleichheitlicher und allgemein freiheitlicher Selbstorganisation zwecks emanzipatorisch orientierten Lösungen von Reproduktionskrisen führte. Noch immer werden in der Praxis für die Mehrheit der Bevölkerung unablässig die potenziell vorhandenen materiellen Reichtumsquellen über ihre kapitalistische Verwertung in ein drückender werdendes „Reich der Notwendigkeit“ umgewandelt.

⁹ Christoph Lieber: Zwischen jakobinischer Illusion und sozialer Utopie. Fritz Behrens’ kritischer Marxismus, S.75-86.

Leserzuschrift

Unser Leser Erhard Pachaly bezog in Heft 2000/II Stellung zu einer Rezension von Martin Holler.¹ Er bezichtigte den Rezensenten, dem Zeitgeist zu huldigen und das Anliegen, das der rezensierte Band verfolgt, nicht erkannt zu haben bzw. nicht zu akzeptieren. Wir fanden den Vorwurf ungerechtfertigt und baten den angegriffenen Rezensenten, seine Argumente auszubreiten.

Die Redaktion

Heiligt der gute Zweck die Mittel? Eine Replik auf die Leserzuschrift von Erhard Pachaly

Martin Holler

Mit einiger Verwunderung und großem Bedauern musste ich feststellen, dass Herr Pachaly meine Sachkritik an der Veröffentlichung von Peter Hochmuth und Gerhard Hoffmann offenbar als eine Art Generalangriff auf die Gedenkarbeit der Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora versteht. Leider übergang er dabei meine tatsächlichen Kritikpunkte an den technischen Mängeln der Publikation komplett. Die darstellerische Kürze, zu welcher die Gattung der Buchrezension verpflichtet, erlaubt lediglich die Benennung konkreter Mängel, ohne dass der Platz für ausführliche Belege bliebe. Insofern nutze ich die Gelegenheit zur erneuten Stellungnahme, die mir von der Redaktion des JahrBuchs freundlicherweise gewährt wurde, um meine negative Gesamtbeurteilung anhand konkreter Beispiele zu veranschaulichen. Aufgrund der extremen Fehlerhäufung bietet sich die biografische Darstellung des Sinto Franz Rosenbach (S.214-221) als anschauliches Beispiel an. Sie wurde von Gerhard Hoffmann, also einem der beiden Herausgeber, bearbeitet. Bereits die bloße Chronologie der Ereignisse birgt eklatante Fehler, die sich durch einen Abgleich mit schriftlichen Quellen und Literatur leicht hätten vermeiden lassen: Rosenbach wurde am 28. Januar 1944 mit der Häftlingsnummer Z-9264 in Auschwitz eingeliefert, bei Hoffmann soll es im März oder April 1943 gewesen sein (S.216). Nach „ungefähr acht Monate[n]“ in Buchenwald –

1 Peter Hochmuth/ Gerhard Hoffmann (Hrsg.): Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen. Lebensbilder, Berlin 2007, rezensiert in: JahrBuch, 2010/III, S.198f.

in Wirklichkeit war es ein knapper Monat – soll Rosenbach „gegen Ende 1943“ nach Mittelbau-Dora verlegt worden sein, dabei war er zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal in Auschwitz-Birkenau angekommen. Dem „Hauptbuch des Zigeunerlagers im KZ Auschwitz-Birkenau“ ist zu entnehmen, dass die Verlegung von dort am 15. April 1944 erfolgte. Zwei Tage später traf Rosenbach in Buchenwald ein und bekam die Häftlingsnummer 43227. Schließlich wird auch noch der Beginn des Todesmarsches falsch datiert (S.219f.).

Wer sich mit den Lebenserinnerungen Franz Rosenbachs genauer auseinandersetzt, wird darüber hinaus feststellen, dass ein besonderer Moment seiner Biografie ihn nicht mehr loslässt, und zwar die Erniedrigung, an seinem Arbeitsplatz (!) als angeblich „arbeits scheuer Asozialer“ verhaftet worden zu sein. Gerade in Beispielen wie diesen spiegelt sich die rassistische Motivation, die der Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus zugrunde lag, wider.

Kann man über derartige „Kleinigkeiten“ hinweggehen, wenn nur die Kernaussage stimmt? Ich meine, nein. Zur Beurteilung historiografischer Beiträge müssen objektive Bewertungskriterien herangezogen werden, auch wenn sich die Texte nicht ausdrücklich an ein Fachpublikum wenden. Öffentliche Aufklärungsarbeit – so gut sie auch gemeint sein mag – kann nicht auf verdrehten Fakten und ungeprüften Annahmen basieren. Auch die Praxis der Autorisierung durch den Zeitzeugen, die ja die Bestätigung von Details suggeriert, wird durch die Methode der Herausgeber widersinnig. Denn dass sich Ungenauigkeiten in die Erinnerung von Zeitzeugen einschleichen, ist vollkommen natürlich und mittlerweile ein wissenschaftlicher Gemeinplatz. Der einzige Weg, *oral history* für die Historiografie nutzbar zu machen, besteht daher im systematischen Abgleich mit schriftlichen Quellen, was natürlich einen entsprechenden Rechercheaufwand voraussetzt. Wie es gehen kann, hat Norbert Aas mit seiner sorgsam kommentierten Lebenserinnerungen Franz Rosenbachs eindrucksvoll demonstriert.²

Sollte der Kampf gegen den „Geist der Zeiten“ jedoch darin bestehen, dass man es mit den Fakten nicht so genau nehmen muss, wenn nur die Einstellung stimmt, wahrlich, so will ich mich dem auch in Zukunft verschließen. Wer jedoch minimale Standards wissenschaftlichen Arbeitens

2 Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.): „Der Tod war mein ständiger Begleiter“. Das Leben, das Überleben und das Weiterleben des Sinto Franz Rosenbach. Von ihm selbst erzählt und dokumentiert von Norbert Aas, München 2005. Tatsächlich geben die Herausgeber des rezensierten Buches an, diese Publikation für die Bearbeitung berücksichtigt zu haben, was aber augenscheinlich nicht wirklich der Fall war.

missachtet, setzt die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft der Beliebigkeit aus. Dieser Tendenz werde ich mich auch in Zukunft entgegenstellen. Mein Insistieren auf darstellerische Exaktheit und inhaltliche Verlässlichkeit richtet sich dabei – wohlgemerkt – keineswegs gegen Gedenk- und Aufklärungsarbeit, sondern geschieht vielmehr in deren Namen!

Buchbesprechungen

Bettina Günter (Hrsg.): Alte und Neue Industriekultur im Ruhrgebiet. Ein Symposium des Deutschen Werkbunds auf Zollverein (Einmischen und Mitgestalten, Bd. 11), Klartext Verlag, Essen 2010, 199 S., Abb.

Mit Blick auf sein hundertjähriges Bestehen im Jahre 2007 hatte der Deutsche Werkbund Technikhistoriker, Architekten, Kulturwissenschaftler, Denkmalpfleger, Historiker, Stadtentwicklungsspezialisten und vor allem Museumsfachleute zu einer Tagung auf die Zeche Zollverein geladen. Er unterstrich damit eindrucksvoll die Bedeutung der behandelten Industriekulturthematik, denn diese imponierende Anlage gehört inzwischen zum anerkannten Weltkulturerbe. „Der Begriff ‚Industriekultur‘ an sich ist ja sehr vage und dient, grob betrachtet, der Beschreibung dreier ganz unterschiedlicher Felder: das der baulichen Hinterlassenschaften des Industriezeitalters, das der Kulturangebote, die an und in stillgelegten Industrieanlagen stattfinden, und das der sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen dieser relativ kurzen Phase von etwas mehr als 150 Jahren Industriegeschichte.“ (S.48) Mit diesen Worten suchte eine Konferenzteilnehmerin den komplexen und vielschichtigen Gegenstand inhaltlich wenigstens einigermaßen zu bestimmen (Susanne Abeck: Forum Geschichtskultur an Rhein und Ruhr). Die im Bd. versammelten äußerst anregenden Beiträge und Erfahrungsbe-

richte lassen allerdings weiteren Diskussionsbedarf erkennen.

Intensiveres wissenschaftliches Nachdenken über Industriegesellschaft, Industriekultur und Alltagsleben begann in der alten Bundesrepublik in den 70er-Jahren. Entsprechende Pionierarbeit leistete dabei der Kulturhistoriker Hermann Glaser, vorgestellt von Helmut Lackner (Technisches Museum Wien). Im Grunde ging es zunächst darum, konservative, nur an feudaler und bürgerlicher Hochkultur orientierte Kulturauffassungen in der Kulturgeschichtsschreibung und damit auch in der Denkmalpflege zu überwinden, die sich insbesondere auf Erhalt von Burgen, Schlössern, Rathäusern und Kirchenbauten kaprizierte. Doch die Industriekultur „hat ein Bestands-Recht um ihrer selbst willen – wie jede Epoche. [...] Was für den Kölner Dom gilt, hat ebenso für den Gasometer in Oberhausen zu gelten.“ (S.102) So umriss der derzeitige Werkbundvorsitzende Roland Günter dieses Anliegen in seinen 35 Thesen zur Industrie-Kultur, die darüber hinaus wichtige und weiterführende Gedanken über deren gesellschaftliche Rolle in Gegenwart und Zukunft enthalten.

Um Akzeptanz für diese neuen Sichtweisen zu erlangen, wurden anfangs für Industriearchitektur nicht selten Bezeichnungen erdacht wie ‚Kathedralen der Arbeit‘ und ähnliche ‚Verhübschungen‘, die seitens kritischer Geister einhellige Ablehnung erfuhren, denn Fabrikhallen sind keine Kathedralen. Auch wenn dieser Begriff auf der Konferenz nicht fiel, die Indus-

triebauten des Ruhrgebiets waren ‚Großbauten des Kapitalismus‘ und widerspiegeln auf ihre Weise Macht und Reichtum der Stahl- und Kohlebarone, die es sich eben auch leisten konnten, eine Maschinenhalle mit einem prachtvollen Jugendstilportal auszustatten (Zeche II/IV in Dortmund) und dafür anerkannte Architekten zu verpflichten. Insofern erweisen sich die heutigen Denkmale als interessante Objekte für Technik- und Architekturhistoriker.

Doch Historiker wie der langjährige Direktor des Ruhrland-Museums Essen und nunmehrige Leiter des neu konzipierten Ruhrmuseums auf Zollverein Ulrich Borsdorf verlangten darüber hinaus sehr engagiert, Industriekultur grundsätzlich interdisziplinär anzugehen und vor allem ihre Einbettung in den Geschichtsprozess nicht zu vernachlässigen, d. h. auch dem „heute Unsichtbaren“ einen Platz einzuräumen: „Dazu gehören zum Beispiel historische Phänomene wie Gewalt, Frauenarbeit, Einwanderung, Betriebsverfassung, Religiosität, Zwangsarbeit, Genozid, Rüstung – also ein ganzes Bündel von Erscheinungen, die in der historischen Gestalt des Ruhrgebietes eine zentrale Rolle spielen, ohne bedeutende materielle Zeugnisse hinterlassen zu haben.“ (S.99) Wie recht er hat, demonstrierten die Ausführungen Klaus Tenfeldes, eines ausgewiesenen Spezialisten für Arbeitergeschichte, vor allem für Arbeitergeschichte des Ruhrgebiets. Er lieferte einen faktenreichen historischen Abriss zu Geschichte und Sozialstruktur des Ruhrgebiets und über die Entwicklungsphasen dieser Region, der von den Anfängen des Bergbaus und

des Hüttenwesens bis zum gegenwärtigen Strukturwandel des Gebietes reichte und zugleich vielfältige Informationen über Lebensweisen und Alltag der Arbeiterbevölkerung anbot, damit jeglicher Idealisierung entgegenwirkend. Auch Christoph Zöpel, einst Stadtentwicklungsminister unter Johannes Rau und Förderer der Zeche Zollverein, wandte sich entschieden „gegen eine Industriekultur, die die Lebensverhältnisse der Arbeiter verherrlicht“. (S.198)

Doch es bleibt die Frage nach dem Arbeiterselbstverständnis, nach Arbeiterwiderständigkeit und Arbeiterkultur. Zugespitzter formulierte es Thomas Parent (Westfälisches Industriemuseum Dortmund), indem er die Sorge aussprach, dass „ein nostalgisches Interesse an Kunst und Technik den Blick auf die Schattenseiten der Industrialisierung, auf Profitgier und Ausbeutung, Leid und Mord“ verstellen könnte (S.46). Prononciert verwies er auf Auschwitz, auf den millionenfachen Massenmord durch technische Errungenschaften wie Verbrennungsöfen (Topf und Söhne) oder Zyklon B, aber ebenso auf den Massenmord durch Industriearbeit, der auch in der Montanindustrie des Ruhrgebiets stattfand.

Anschaulich ergänzten dies die Erfahrungen Dirk Zaches (ebenfalls Westfälisches Industriemuseum Dortmund), die er aus seiner Zeit als ehemaliger Leiter des Museums Peenemünde einbrachte. Was war Peenemünde – Wiege der Raumfahrt oder Brutstätte von Massenvernichtungsmitteln?, lautete seine Ausgangsfrage. Er erinnerte daran, dass eine 1992 vom Bund dort geplante Feierlichkeit zum 50. Jah-

restag der Raumfahrt nach internationalen Protesten zu Recht abgesagt werden musste, und belegte anhand vieler Beispiele, wie sehr gerade Peenemünde, „eine der heutigen und zukünftigen Kernfragen der Gesellschaft“ berührt, nämlich „die Frage nach dem Verhältnis von Ethik und Technik“ (S.151). In diesem Sinne bezeichnete er die Denkmal-Landschaft Peenemünde als Erinnerungsspeicher und Anlass zum Nachdenken über die NS-Zeit, über den Missbrauch menschlicher Fähigkeiten, über Häftlingsausbeutung und -vernichtung, Zerstörung von Natur und Landschaft, über Friedensarbeit und letztlich über die Ambivalenz der Raketenentwicklung damals wie heute. Insgesamt herrschte großes Einverständnis darüber, dass Erforschung, Erhalt und Nachnutzung von Industriekultur interdisziplinär anzugehen seien und das Zusammenwirken von Denkmalpflege, Kunstgeschichte, Architektur- und Technikgeschichte, Geschichte und Kulturwissenschaften, Natur- und Landschaftspflege erfordern. Viele der gehaltenen Beiträge – ob über die Probleme der Sanierung und Umnutzung von Industriebauten (etwa in der einstigen ‚Elektropolis‘ Berlin), über den Emscher-Umbau oder den Museumsbahnsteig in Oberhausen, über anthropologische Erfahrungen in industriekulturellen Räumen, über Stadtentwicklung und Stadtmarketing oder über die spezifische Situation von Industriemuseen – führten dies eindringlich vor Augen. Aus kulturhistorischer Sicht interessant war der Beitrag von Bettina Günter, die sich Objekten der industriellen Massenkultur zuwandte und am Bei-

spiel der elektrischen Glühbirne deren Platz im Alltagsleben verdeutlichte. Damit lieferte sie indirekt Erklärungen dafür, warum die kleine, leicht austauschbare, warme Licht verbreitende Glühbirne u. a. als Sinnbild für Behaglichkeit und heimische Geborgenheit gegenüber den neuen Energiesparlampen bis heute „aus emotionalen Gründen bevorzugt“ (S.73) wird. Den zunehmenden Bemühungen um ostdeutsche Industriegeschichte, um die Errichtung von Industriemuseen oder den Rückbau von Tagebauen kann der Bd. mit seinem Erfahrungsreichtum manche Anregung bieten.

Evemarie Badstübner

Denis Mäder: Fortschritt bei Marx, Akademie Verlag, Berlin 2010, 367 S.
Die von Frieder Otto Wolf und Andreas Arndt betreute Dissertation wurde im August 2008 am Philosophischen Institut von Berlins Freier Universität eingereicht; der MEGA-Förderungsverein unterstützte ihre Drucklegung. Um es vorweg zu sagen: Die Betreuung hat sich gelohnt und die Förderung war berechtigt. Sie galten einem den MEGA- gegenüber den MEW-Bänden den Vorrang einräumenden Forschungsergebnis von rundum beeindruckender, gewiss Habilitationsniveau erreichender Qualität: Die für einen Erstling außergewöhnliche Quellen- und Sprachkenntnis des Autors reicht weit über das Marx/Engels-Ceuvre hinaus; sein Ansatz ist eigenständig und wird mit großer Konsequenz durchkonjugiert; seine Ergebnisse, so diskussionsbedürftig sie sind (und vom Rezensenten, zumindest in einem Grundgedanken, nicht geteilt werden), muss man erst

einmal widerlegen und ermöglichen jedenfalls einen ernst zu nehmenden Weg aus der Sackgasse, in die eine dogmatisierende Literatur von Marx-Bekennern die Marx-Erkennen fehlgeleitet hatte. Selbstverständlich wurden das Fortschritts-Lemma des „Historisch-kritischen Wörterbuchs des Marxismus“ (Bd. 5, S.702-744) sowie die im „Argument“ (41. Jg., 1999, H. 2/3) geführte Fortschrittsdiskussion ausgewertet, auch wenn deren Autoren sich vermutlich nicht immer verstanden fühlen werden.

Von Marx, zu dessen Stärken wahrlich nicht das Definieren der von ihm verwendeten Begriffe gehörte, ist keine in sich geschlossene Fortschrittstheorie, ja nicht einmal ein ausformulierter Fortschrittsbegriff überliefert. „He never addressed the subject of progress explicitly“ (S.11), heißt es in einer von M. herangezogenen, an der Universität Boston eingereichten Dissertation von M. J. Roberto aus dem Jahre 2001 (mit dem unser Autor keineswegs immer konform geht). Also blieb beiden Dissertanten die riskante Vorgehensweise nicht erspart, den originellen Marxschen Fortschrittsbegriff als einen von ihm eben nur *implicitly* verwendeten zu erschließen. So stellt sich auch M. das Ziel, den impliziten Begriff von Fortschritt, den Marx am konkreten Stoff und in kritischer Auseinandersetzung mit dem traditionellen Konfliktmodell des Geschichtsverlaufs entwickelt hatte, wie es ihm vor allem in Form der hegelianisch geprägten Geschichtsphilosophie begegnet war, zu rekonstruieren. Im Gegensatz zur Rekonstruktionsbehauptung des historischen Materialismus von Habermas (Zur Rekon-

struktion des Historischen Materialismus, Frankfurt am Main 1982) bleibt M. – zu seinem und unserem Vorteil – aber hart an den Originaltexten von Marx. Kein Etikettenschwindel also!

Zum Ergebnis: Unter Zurückweisung jedweden „Offizialmarxismus“ bis hin zu Mao und Stalin wird in voller Kenntnis der vergangenen und gegenwärtigen Kontroversen auf einer Originalität der Marxschen Fortschrittskonzeption bestanden und gleichzeitig ihr Kern, der Fortschrittsgedanke, als Kategorie eines historisch bewegten eindeutig Guten herausgearbeitet. Marx selbst wird rehabilitiert, doch mit seinen Gedanken wird experimentiert.

Das Ganze ist eingebettet in die Gedankenvielfalt vergangener und gegenwärtiger Philosophen. Ein atemberaubender Parforceritt durch die Welt der Ideen und der Illusionen, in der die Hauptformen zeitgenössischer, tendenzpessimistischer Fortschrittskritik (Heilslehrenvorwurf und Ambivalenztheorie) ebenso ihren Platz finden wie die Genesis des originellen Marxschen Fortschrittsbegriffs samt seiner Absage an das tradierte Konfliktmodell. Dabei wird zwischen zwei Dimensionen dieses Fortschrittsbegriffs unterschieden, nämlich zwischen seiner formalen Dimension als Bewegungsbegriff und seiner ethischen Dimension als Wertbegriff. Es wird also nicht, oder jedenfalls nicht in erster Linie, das progressive Weltbild des Karl Marx dargestellt, mit anderen Weltbildern vor oder nach ihm verglichen und dieses bewertet; vielmehr wird auf die Art und Weise abgestellt, *wie* Marx den Fortschritt als die historische Bewegung des Guten dachte

(S.32). Dabei wird er, der den Fortschrittsbegriff vor allen Dingen als eine rückblickende Urteilkategorie über die Strukturen und Antagonismen der bürgerlichen Gesellschaft verwendet hat, gegen den Vorwurf verteidigt, er habe den Fortschritt teleologisch gedacht und die Weltgeschichte als Entelechie.

Gerade weil M. den Marxschen Fortschrittsbegriff als Bestandteil einer materialistischen Geschichtsauffassung versteht, bleibt sein Beharren auf der ethischen Dimension dieses Fortschritts (S.251) fragwürdig, weil sie kaum mit den Intentionen von Marx in Übereinstimmung zu bringen ist. In der von M. häufig herangezogenen „Deutschen Ideologie“ werden die moralisch begründeten Werturteile und Forderungen, ob der im Wohlstand schwelgenden Reichen oder der in ihrer Bedürftigkeit leidenden Arbeiter, aus den Existenzbedingungen ihrer jeweiligen Klasse abgeleitet. M. hingegen führt die Wertsetzung durch Marx auf die Bedürftigkeit der Arbeitenden zurück und spricht in diesem Zusammenhang von einer „Ökonomie der Moral“, die von der Einsicht ausgehe, dass ausgerechnet die Bedürfnisse derjenigen unbefriedigt bleiben, die die materiellen Werte schaffen (S.314). Freilich spricht für M., der im Übrigen Marx Feinfühligkeit bescheinigt und ihn gegen antikommunistische Brechstangen-Ideologen verteidigt, dass man mit seinem Ableitungszusammenhang zeigen kann, dass die Armut in der bürgerlichen Gesellschaft kein Ergebnis fehlerhafter Auswüchse des Realkapitalismus, sondern dessen unvermeidbare Konsequenz ist. Mir scheint jedoch, dass

der Autor bei aller sonstigen, immer wieder bewundernswerten Filigranarbeit zwei durchaus verschiedene Ebenen vermischt: Der Bewertung wie der Wirkung von Marxens Geschichtsphilosophie eignet eine ethische Dimension, seiner Fortschrittstheorie selbst aber nicht. Schließlich beanspruchten Marx/Engels, aller Moral den Stab gebrochen zu haben (MEW, Bd. 3, S.404).

Auch wenn der Autor das Revolution/Reform-Problem des Fortschritts weitgehend ausblendet – was vermutlich darauf zurückzuführen ist, dass er den historischen Arbeiten von Marx weniger Aufmerksamkeit zuwendet als den philosophischen –, ist sein Beharren auf der von Marx beanspruchten emanzipatorischen Macht des Wissens geeignet, den notwendigen Zusammenhang von Objektivität und Subjektivität seiner Erkenntnisse gegen die vordergründigen Vorwürfe zu verteidigen, seine Gedanken seien eine hochgestochene Form politischer Apologie. In M.s Konzeption haben Baccos: „not an opinion to be held, but a work to be done“ (Über die Würde und die Förderung der Wissenschaften, Freiburg 2006, S.746) und Leibnizens: „theoria cum praxi“ (Politische Schriften, Bd. 2, Frankfurt/Main 1867, S.86) ihre genuine Nachfolge in dem weltbekannten Klarblick gefunden: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an sie zu verändern“ (MEGA, Bd. IV/3, S.21). *Hermann Klenner*

Klaus Körner: „Wir zwei betreiben ein Compagniegeschäft“. Karl Marx und Friedrich Engels. Eine außergewöhnliche Freundschaft, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 2009, 176 S.

Der Autor legt hier eine Doppelbiografie vor, die flüssig geschrieben ist und durch Faktenreichtum besticht. Grundlage der Darstellung sind die Marx-Engels-Werke, die MEGA, die Korrespondenz, Zeugnisse von Zeitgenossen und eine umfangreiche Sekundärliteratur, wobei auf das Ungleichgewicht der Überlieferung – eine Vielzahl von Marx-Biografien, wenig von Engels – aufmerksam gemacht wird. Nach Herkunft, Ausbildung, Arbeitsweise und Anschauungen waren Marx und Engels eigenständige Persönlichkeiten, die einander fast ideal ergänzten und sich dennoch in vielen Punkten unterschieden.

Das gemeinsame Wirken von Marx und Engels wird in sieben Kapiteln dargestellt, die nach den Phasen der Zusammenarbeit eingeteilt sind. Beginnend mit ihrer Zusammenarbeit in Paris 1844, werden die Arbeit an gemeinsamen und parallelen Buchprojekten und der Beginn der politischen Arbeit für die Revolution 1848/49 behandelt. Nach deren Scheitern begann die längste Phase – die Zeit des Exils in England von 1850/51 bis 1870. In diese Zeit fiel der Ausspruch von Marx, der dem Bd. seinen Titel gab (S.67). Ein eigenes Kapitel ist der Entstehungsgeschichte von Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ gewidmet. Dass Marx allerdings darauf bedacht war, dass dieses Werk nicht als Gemeinschaftsprojekt entstand und erst nach 1869/70 eine Phase der erneuten

Zusammenarbeit bei der Leitung der Internationale und der Kommentierung der deutschen Einigungskriege begann, ist nicht exakt: Marx schrieb „Das Kapital“ in engster Konsultation mit Engels und unter dessen unmittelbarer Anteilnahme.

Seit den 1870er-Jahren, so K., stieg Engels zum maßgeblichen Ratgeber der deutschen Sozialdemokratie auf und wurde nach Marx' Tod 1883 zu dessen literarischem Testamentsvollstrecker, Hrsg. der beiden ausstehenden „Kapital“-Bände und „Marx-Glossator“ (S.12).

Bedenken ruft die Gewichtung zwischen Marx und Engels hervor. Wenn es auch zu Beginn der Darstellung heißt, Engels' großes Verdienst sei es gewesen, im letzten Drittel des 19. Jh. das Werk von Marx popularisiert zu haben, was nicht ohne grobe Vereinfachungen abging, allerdings dem Ideologiebedarf der aufstrebenden Sozialdemokratie hervorragend entsprach (S.9f.), so wäre hierbei zweierlei zu bedenken: Engels' eigene Leistung wird damit unterbewertet und seine Fähigkeit, komplizierte Probleme verständlich darzulegen, ungenügend gewürdigt.

Differenzierter wäre auch die Aussage zu bewerten, dass die öffentliche Rolle von Marx 1872 zu Ende war und nun Engels vor allem die Lehren von Marx weiterentwickelte, interpretierte und popularisierte. Hier ist darauf zu verweisen, dass Marx zur Vervollständigung des wissenschaftlichen Fundaments seiner ökonomischen Theorie umfangreiche naturwissenschaftliche Studien unternahm, von denen u. a. ein MEGA-Band mit Exzerpten zur Geologie, Mineralogie und Agrikultur-

chemie, der 2011 erscheinen soll, Zeugnis ablegt.

Bedauerlicherweise enthält das Bändchen eine Reihe von Fehlern (Karl Schapper wird auf S.37 zu Heinrich Schapper) und Druckfehler, die bei sorgfältiger Korrektur hätten vermieden werden können. Dessen ungeachtet vermittelt die Doppelbiografie einen interessanten Einblick in das Leben und Schaffen von Marx und Engels und in ihr „Compagniegeschäft“.

Renate Merkel-Melis

Joachim Becker/Rudy Weissenbacher (Hrsg.): Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere, Promedia Verlag, Wien 2009, 234 S.

„Nicht die Revolution, sondern die Mühen der Ebene nachrevolutionärer Entwicklung mit sozialistischem Anspruch“ (S.7) werden von elf Autoren aus Wien, Marburg, Hannover und Budapest untersucht. Sie widmen sich den unterschiedlichen Entwicklungsmodellen mit sozialistischer Ausrichtung, denen letztlich allen das Ziel einer Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung der Wirtschaft gemein ist. Von RevolutionärInnen, so die Hrsg. einleitend weiter, die Karl Marx für die wissenschaftliche Begründung der sozialistischen Entwicklung beanspruchten, sei oft übersehen worden, dass sich dieser primär der „Analyse der kapitalistischen Ökonomie“ und nicht dem „Entwurf einer nachkapitalistischen Gesellschaftsordnung“ gewidmet habe. Zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung habe er sich „eher vage und bruchstückhaft geäu-

bert“ (S.7). Allerdings sei für Marx und Engels klar gewesen, dass die neue Gesellschaft mit all ihren emanzipatorischen Ansprüchen aus Übergangsprozessen hervorgehen könne, die von kapitalistischen und vorkapitalistischen Rudimenten geprägt seien.

Die Autoren bieten eine differenzierende Sicht auf die weltweit unterschiedlichen Versuche einer sozialistischen Gesellschaftsentwicklung, die sich „grob in Staatssozialismen und in Gesellschaftsprojekte mit sozialistischer Orientierung einteilen“ ließen (S.8). Für Becker, der seine Analyse „Anatomie der Sozialismen, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft“ (S.13-56) nennt, zeichnen sich Staatssozialismen durch einen weit höheren Grad der Vergesellschaftung in Form der Verstaatlichung, d. h. der Durchstaatlichung der Gesellschaft und wirtschaftlichen Autarkie, aus als Länder mit sozialistischer Orientierung. Hans-Heinrich Nolte befasst sich mit der „Nachholende[n] Entwicklung in der Sowjetunion“ (S.57-73), die mit dem sowjetischen Sozialismusmodell in einem Land versucht wurde, das in besonderer Weise vom Erbe des zaristischen Russlands – vor allem von der ursprünglich stark bäuerlichen Wirtschaft – geprägt gewesen sei. N. schildert die Rolle der KPdSU im Prozess der Industrialisierung und bei der Durchsetzung ihrer Agrarpolitik sowie deren Verantwortung für die Weiterführung der aus dem Zarismus übernommenen Zwangsarbeit (S.65). Im Weiteren werden Gründe für das Scheitern des Sozialismus in der Sowjetunion untersucht, zu denen auch die Massenverbrechen (GULAG, „Großer Terror“) zu zählen seien. Auf

einen weiteren Versuch staatssozialistischer Entwicklung macht Weissenbacher mit dem Thema „Sozialismus in Jugoslawien. Die Selbstauflösung des Entwicklungsstaats“ aufmerksam (S.74-97). Dort habe der Bund der Kommunisten eine Version des Staatssozialismus entwickelt, die sich als Arbeiter selbstverwaltung verstand und folglich auf Dezentralisierung von Kompetenzen gesetzt habe. Zu den Besonderheiten zählt er neben dem Bruch mit der Sowjetunion auch die Eigentumsverhältnisse, die eine Art „Nicht-Eigentum“ kreierte hätten, „für das keine wirksame gesellschaftliche Verantwortungsstruktur existierte“ (S.94). Dieter Segert widmet sich unter dem Titel „Staatssozialismus, ökonomische Entwicklung und Modernisierung in Osteuropa“ (S.98-116) den verschiedenen Varianten und Erfahrungen in dieser Region. Er setzt sich mit der Charakterisierung des Staatssozialismus als totalitäre Diktatur auseinander und schlussfolgert, dass hier „ideologische Vorannahmen in ein scientistisches Gewand gehüllt“ (S.99) werden. Susan Zimmermann untersucht „Geschlechterregime und Geschlechterauseinandersetzung im ungarischen ‚Staatssozialismus‘“ (S.117-140) und zeigt auf, wie es um die Frauenemanzipation in Ungarn wirklich bestellt war. Die Politik der Einbeziehung der großen Mehrheit der Frauen in die Erwerbsarbeit habe dabei in enger Beziehung zur Politik der „nachholenden Industrialisierung“ gestanden, von der auch Ungarn geprägt gewesen sei. Andererseits sei „über die Niedrighaltung der Löhne das Doppelverdienertum in der Familie als Massenphänomen ökonomisch erzwungen“

worden (S.119). In diesem Zusammenhang untersucht Z. kritisch die Sozial- und Gesellschaftspolitik (Arbeit, Familie, Kinder). In einem weiteren Beitrag analysiert Rüdiger Frank vergleichend „Sozialismus in Ostasien. China und Nordkorea“ (S.141-159). Beide Staaten, so F., weichen erheblich von den europäischen Beispielen von Staatssozialismus ab. Bei ihnen fehlen die Merkmale eines „deutlichen Zusammenbruch[s], den man standardmäßig als Nachweis des Scheiterns des sozialistischen Modells definieren könnte“ (S.141). Gegenstand von F.s Aufsatz sind Definitionsversuche des Sozialismus, die Charakteristika des sozialistischen Systems, der Vergleich der Entstehungsbedingungen in China und Nordkorea (S.142-158). Ingrid El Masry nennt ihren Beitrag „Arabische Sozialismen im Vergleich. Praxis, Scheitern und Spätfolgen in Ägypten, Syrien und Irak“ (S.160-174). Sie untersucht historische Ausgangsbedingungen (Fremdherrschaft, Unterentwicklung) und arabische sozialistische Ideologien, die sich „deutlich von europäischen“ abheben, „sie erscheinen vielmehr in mancher Hinsicht anders als ‚klassisch sozialistisch‘, vielleicht eher ‚sozialdemokratisch‘ angelegt. So wird etwa die Problematik der Vereinbarkeit von politischer und sozialer Gleichheit bzw. Freiheit in den Ideologien der arabischen Sozialismen früh und differenziert erkannt“ (S.165). M. untersucht die „ideologischen Übereinstimmungen der beiden wichtigsten Strömungen des arabischen Sozialismus, dem Nasserismus und der Baath-Ideologie“ (S.166), und erhellt Ursachen für deren Scheitern bereits zu Beginn der

1970er-Jahre. Der politische Islamismus der Gegenwart sei „schließlich eine historisch-logische Konsequenz aus dem Scheitern der historischen Arabischen Sozialismen“ (S.161), die „in allen Fällen bestenfalls die Form von Entwicklungsdiktaturen“ (S.171) annahmen. M. bietet Einblicke in die von sozialen Widersprüchen geprägte arabische Welt, die für das Verständnis derzeit revolutionärer Aufstände gegen Diktaturen hilfreich sind. Walter Schicho widmet sich dem „afrikanischen Sozialismus“ (S.175-188), der sich seit der Unabhängigkeit auf sozialistische Ziele berufe, um sich von der Kolonialherrschaft abzugrenzen. Die Konzepte seien sehr unterschiedlich gewesen, wobei sich in den 60er-/70er-Jahren in Tansania sozialistische Strukturen (Gemeinschaftsdörfer) entwickeln konnten, die aus verschiedenen Gründen gescheitert seien (S.184). „Sozialistische Versuche im Südlichen Afrika. Angola und Mosambik“, die aus dem bewaffneten Befreiungskampf gegen die portugiesische Kolonialmacht zu erklären seien, sind Gegenstand einer vergleichenden Studie von Becker (S.189-207). B. erläutert Gemeinsames und Unterschiedliches in den Befreiungsbewegungen und in den Staatsparteien sowie Ursachen der Destabilisierung und Wende zum Kapitalismus. „Die Unidad Popular in Chile (1969-1973) – ein gescheiterter Weg zum Sozialismus“ ist der Titel einer Untersuchung von Dieter Boris (S.208-222). Er benennt die demokratischen Traditionen, auf die sich das sozialistische Projekt stützen konnte, und die sozialen Widersprüche, die schließlich zur Destabilisierung und zum Putsch der „Rechten im Innern“

führten. Im abschließenden Aufsatz „Was ist die Seele des Sozialismus“ (S.223-234) untersucht Michael Polák Kriterien des Sozialismus und die Ursachen für das Scheitern der emanzipatorischen Ideen in der Praxis. Das Buch ist insgesamt ein beachtlicher Gewinn für die Sozialismusforschung.

Horst Klein

Ulla Plener: Rosa Luxemburg und Lenin. Gemeinsamkeiten und Kontroversen. Gegen ihre dogmatische Entgegenstellung, NORA Verlagsgemeinschaft, Berlin 2009, 304 S.

Ulla Plener will mit ihrem Buch mehr Wahrheit, Sachlichkeit und Objektivität in die Debatten um das Verhältnis von Luxemburg und Lenin bringen. Sie greift auf das zurück, was von Lenin und von Luxemburg zu konzeptionellen und strategischen Fragen des Kampfes für Frieden und Sozialismus *tatsächlich geschrieben* wurde. Das verdient, hervorgehoben zu werden, sind wir doch auf diesem Gebiet weiterhin mit politischen Vorurteilen, Vorverurteilungen, Unterstellungen, Legendengründen und Denunziationen konfrontiert – früher oft in Bezug auf Rosa Luxemburg, heute in Bezug auf Lenin. Dem Bestreben, zu den Quellen zurückzukehren, dient auch der umfangreiche Dokumententeil, in dem Lenin und Luxemburg selber zu Wort kommen. Allerdings gibt es da eine Ungleichheit der Textanteile, mit denen Luxemburg und Lenin vertreten sind (sie verhalten sich etwa wie 1 zu 4). Vor allem hätte sich der Rezensent gewünscht, dass Rosa Luxemburgs Arbeit über die russische Revolution stärker herangezogen worden wäre.

Gleich zu Beginn macht P. darauf aufmerksam, dass eine generelle konzeptionelle Gegensätzlichkeit und entsprechende parteipolitische Spaltungstendenzen erst nach dem Tod Luxemburgs und Lenins in deren Verhältnis *hineingedeutet* wurden.

Eine besondere Rolle spielte dabei Stalins Artikel über die Geschichte des Bolschewismus (1931). In ihm wird Rosa Luxemburg eine prinzipielle Gegnerschaft gegen das „Leninsche Revolutionsschema“ angedichtet. Ihr werden „halbmenschewistische“, „zentristische“ und „trotzkistische“ theoretische und politische Aktivitäten unterstellt. Davon musste unter den damaligen Umständen ein schädigender Einfluss auf die revolutionäre Arbeiterbewegung ausgehen. Auch in einer ZK-Tagung der KPD im Februar 1932 wurde ganz auf der von Stalin vorgegebenen Linie gegen den „Luxemburgismus“ und das „System von Fehlern“ der Rosa Luxemburg polemisiert.

Interessant dürfte in diesem Zusammenhang auch die damalige Verteidigung Rosa Luxemburgs in Trotzki's Artikel „Hände weg von Rosa Luxemburg!“ (1932) sein. Trotzki wies Versuche zurück, Lenin gegen Luxemburg oder Luxemburg gegen Lenin auszuspielen, und das war offenkundig – auch aus heutiger Sicht – die geschichtlich angemessene Haltung.

Seit sich mit der Niederlage des sowjetischen Sozialismusmodells der politische Wind drehte, findet sich in der linken Literatur neben dem verdienstvollen Bestreben, verdeckte Wahrheiten aus der Geschichte der Arbeiterbewegung ans Licht zu ziehen, leider auch die Tendenz, die Plätze, die Lenin und Luxemburg in Stalins In-

terpretation einnahmen, zu vertauschen, dabei aber die von Stalin praktizierte denunziatorisch-vorverurteilende Art rollenvertauscht zu übernehmen. P. ist daher im Recht, wenn sie sich gleich zu Beginn gegen Bestrebungen abgrenzt, „einen ideellen Graben zwischen Rosa Luxemburg und Lenin aufzureißen“ (S.7). Natürlich beabsichtigt sie nicht, die Widersprüche in deren Beziehungen kleinzureden, zu glätten, über sie hinwegzureden oder den Blick für sie zu verstellen. Dazu neigten ja auch weder Lenin noch Luxemburg. Beide tendierten dazu, Meinungsverschiedenheiten in der Öffentlichkeit der Arbeiterbewegung zu klären. Bei beiden war der theoretische Denkansatz stets durch die Geschichtskonzeption von Marx geprägt, und das führte zu den tiefen und von beiden immer wieder bekundeten Gemeinsamkeiten bei der Deutung geschichtlicher Ereignisse und bei der Findung und Begründung strategischer Konzepte. P. verfolgt das an Hand der Auseinandersetzungen in der Revolution 1905/07, in der sozialistischen Internationale wie auch im Weltkrieg 1914/18, wobei sich zeigt, dass gerade die wesentlichen Widersprüche in den Auffassungen von Luxemburg und Lenin (zum Ultrazentralismus, zur Diktatur des ZK, zum blinden Gehorsam) infolge der Entwicklung der Ereignisse wie auch der Vorstellungen dahin tendierten, sich in Nichts aufzulösen.

In den Debatten über die russische Revolution, speziell in Rosa Luxemburgs Arbeit über die Oktoberrevolution, wurden allerdings auch grundsätzliche programmatische und konzeptionelle Meinungsverschiedenhei-

ten sichtbar. So hinsichtlich der Frage nach dem Platz der Massen der Bauern im gesellschaftlichen Umwälzungsprozess und hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts der Nationen. Da blieb Lenin, wie P. zeigt, gegen Luxemburgs Kritik ganz entschieden im Recht. Und zwar in weltgeschichtlicher Dimension, denn die Landfrage und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sollten in den geschichtlichen Umwälzungen, die sich seit dem Ende des 19. Jh. vorbereiteten, mit der Oktoberrevolution zum Durchbruch kamen und in den folgenden Jahrzehnten die imperial-kolonialistische Struktur des Weltsystems zum Einsturz brachten, gravierende Bedeutung erlangen.

Komplizierter liegen die Dinge, wenn Rosa Luxemburg, die den Sieg der Oktoberrevolution und die konsequente Haltung der Bolschewiki begeistert begrüßte, den Bolschewiki doch zugleich in Bezug auf die Rolle demokratischer und speziell parlamentarischer Institutionen die bittersten kritischen Vorhaltungen machte. Dass diese nicht aus der Luft gegriffen waren, sollte die weitere Entwicklung zeigen. Allerdings ließ sich Rosa Luxemburg hinsichtlich der Auflösung der konstituierenden Versammlung durch die Bolschewiki – und diese Maßnahme gilt ja manchen als die größtmögliche Ursünde, derer sich die Bolschewiki schuldig machen konnten und machten – nicht in die Irre führen. Trotzki's kurze, aber doch kräftige Argumentation zum Vorgehen der Bolschewiki nannte sie „ganz ausgezeichnet und sehr überzeugend“; die Bolschewiki, meinte Luxemburg, durften die Geschehnisse der Revolution

nicht dieser verjährten konstituierenden Versammlung anvertrauen. Luxemburg wunderte sich nur, dass „so kluge Leute wie Lenin und Trotzki“ diese „totgeborene konstituierende Versammlung“ nicht kurzerhand kassierten und ungesäumt Neuwahlen zu einer neuen Konstituante ausschrieben (Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, <http://www.glasnost.de/klasiker/luxem3.html>).

Dennoch erwiesen sich – meint P. – manche der von Luxemburg im Zusammenhang mit der Arbeit demokratischer Institutionen ausgesprochenen Warnungen angesichts der stalinistischen Praxis im späteren Parteikommunismus „in der Tat als prophetisch“ (S.59).

Interessant ist die von P. vorgenommene Einordnung des Leninschen Projekts der Neuen Ökonomische Politik in sein Demokratiekonzept. Tatsächlich war ja die NÖP viel mehr als ein von der äußersten Not der Umstände erzwungenes Konzept wirtschaftsfördernder Maßnahmen. Sie war der Entwurf einer Gesellschaftstransformation, der auf dem Konzept eines komplizierten und widerspruchsvollen wirtschaftsstrukturellen Übergangs zu einer sozialistischen Produktionsweise beruhte und der auf die Entwicklung der Lebenshaltung und des Kulturniveaus des Volkes unter Nutzung der Errungenschaften der bürgerlichen Kultur gerichtet war. Die NÖP sollte die schöpferische Initiative und die Teilnahme der Volksmassen fördern. Sie war zugleich das Konzept einer realen Demokratie, in der die Rechte der unterdrückten und ausgebeuteten Massen im Mittelpunkt standen. Und sie wirkte auch so. Da-

her wurde mit dem Abbruch der NÖP gegen Ende der 20er-Jahre auch die damit verbundene demokratische Entwicklung abgebrochen. P.: „Lenins Demokratiekonzept wurde in Sowjetrussland nicht realisiert.“ (S.97)

Wolfgang Eichhorn

Pavlina Amon/Stephan-Immanuel Teichgräber (Hrsg.): Otto Bauer. Zur Aktualität des Austromarxismus (Studien der Dokumentationsstelle für ost- und mitteleuropäische Literatur, Bd. 1) Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main u. a. 2010, 146 S.

Die vorzustellende Arbeit beinhaltet Beiträge einer wissenschaftlichen Konferenz, die anlässlich des 70. Todestages Otto Bauers 2008 in Wien stattfand. Sieben österreichische, deutsche und ungarische sozialdemokratische Autoren gehen der Frage nach, ob dem einst führenden Austromarxisten Otto Bauer noch eine theoretische, politische und überregionale Bedeutung zukommt. Die Beiträge reflektieren den derzeitigen Forschungsstand, und sie sollen, so die Hrsg., „die Diskussion über Otto Bauer wieder neu beleben und sein Potential in der heutigen Zeit der Globalisierung“ ausloten. „In der Krise der europäischen Sozialdemokratie [zeige] sich erneut die Aktualität der politischen Strategie und Theorie Otto Bauers, die die Vereinigung der linken Kräfte favorisiert und die fruchtlose Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien ablehnt.“ (S.5)

Richard Saage referiert „Zur Rezeption und Aktualität des Austromarxismus“ am Beispiel Otto Bauer. Er würdigt die wissenschaftlichen Leis-

tungen Bauers und macht diese an dessen Studie „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ fest. Mit dieser habe Bauer seinen „Aufstieg zum anerkannten Experten der Nationalitätenkonflikte in der Habsburgermonarchie“ begonnen und „in marxistischen Kreisen der internationalen Sozialdemokratie“ Achtung erworben. Im Weiteren habe Bauer u. a. theoretische Grundlagen für eine sozialdemokratische Sozialisierungskonzeption geschaffen und prägend an der Entwicklung einer Faschismustheorie mitgewirkt. Die Gründe für die große Akzeptanz Bauers in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung seien vielfältig und komplex. So habe er jeden demagogischen Populismus und arroganten Intellektualismus vermieden (S.11f.). Bauer habe „sich für eine Politik entschied[en], die verantwortungsethischen Standards entsprach“ (S.21). S. schlussfolgert: Die „Beschäftigung mit dem Austromarxismus und dem Werk Otto Bauers“ sei alles andere „als nostalgische Flucht vor den realen Problemen des globalisierten Kapitalismus und seiner neoliberalen Hegemonie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. [...] Eine soziale Bewegung wie die Sozialdemokratie ist in ihrem Profil ganz wesentlich von der Erinnerung an ihre Geschichte bestimmt. Es ist wie beim Individuum: Wer sein Gedächtnis verliert, geht seiner Identität und damit seiner Glaubwürdigkeit bei den Massen verlustig.“ (S.22)

Andre Kiss gab seinem Beitrag den Titel „Ein Revolutionär mit Genauigkeit und Seele (Otto Bauer im dritten Jahrtausend)“. Er widmet sich dem theoretischen Lebenswerk Bauers und

verweist auf dessen Reichtum, Komplexität und Vielschichtigkeit. Sein Marxismus dürfte „als ein revolutionärer, aber nicht-leninistischer, mit anderen Worten ein *nicht-leninistisch* revolutionärer Marxismus eingestuft werden, der sich durch seine optimalisierenden und integrierenden Verhalten, sowie durch einen quasi-szientistischen Realitätssinn auszeichnete“ (S.24).

Hartmut Rüdiger Peter befasst sich mit „Fedor I. Dan, die Menschewiki im Exil und der ‚Bauerismus‘“. Er analysiert in Anlehnung an Otto Leichter (1897-1973) die „Geistesverwandtschaft des Austromarxismus mit dem Menschewismus“ (S.33). Wolfgang Maderthaler untersucht „Otto Bauer und die Problematik der jüdischen Identität“, ein Thema, das in der bisherigen Diskussion austromarxistischer Geschichte unterbelichtet geblieben ist. Hier werden geschichtlich gewachsene Gemeinsamkeiten zwischen Arbeiterbewegung und Judentum, Erscheinungen des Antisemitismus, Probleme der Assimilationstheorie und des Zionismus aufgeheilt. Der Autor verweist darauf, dass Bauer, der selbst aus einer jüdischen Kaufmannsfamilie stammte, vehement für die nationale Assimilation der Juden eintrat, aber auch Mitglied der jüdischen Kultusgemeinde blieb (S.54f.).

Axel Rüdiger widmet sich dem Thema „Den Marxismus wiederholen! Der ‚Austromarxismus‘ aus der Perspektive des ‚Postmarxismus‘“. Wie in allen hier genannten Beiträgen erscheint Otto Bauer als Vordenker der Globalisierung. Untersucht wird dessen Marxismusverständnis im Unterschied zu dem Max Adlers, das am Problem der

Ethik im Austromarxismus aufgeheilt wird. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis von Marxismus und Kantianismus beleuchtet und auf die philosophische Entwicklung Bauers aufmerksam gemacht. Dieser habe sich vom formalen Kantianismus Adlers distanziert und sei so „zu einem radikalen Historismus in der Geschichtsphilosophie“ (S.75) aufgestiegen. Hier ist anzumerken, dass diese Entwicklung in Bauers Arbeiten aus den 30er-Jahren leicht nachzuvollziehen ist.

Peter Ulrich Lehner widmet sich sehr ausführlich dem Thema „Wirtschaftliche Selbstverwaltung des ganzen Volkes. Zu den wirtschaftsdemokratischen Entwürfen Otto Bauers“. Die Wirtschaftsdemokratie sei „einer der tragenden Bestandteile des Theoriegebäudes des Austromarxismus“ (S.85). Eine biografische Skizze, der Demokratiebegriff, Gildensozialismus, Basisdemokratie, Sozialisierung, Strategie gegen Entfremdung, Sicht auf die Bolschewiki sowie Erfahrungen der Wiederentdeckung des Austromarxismus durch Linkssozialisten und die Sozialdemokratie sind Kapitel seines Beitrages.

Ernst Hanisch: „Sozialismus als Ziel: Sozialdemokratie der Weg: Otto Bauer als Politiker – Intellektueller“, so der Titel seines Artikels, in dem er den Erkenntnisprozess Bauers zur Vision des Sozialismus und Marxismus nachvollzieht und im Weiteren sich mit dem Wissenschafts- und Marxismusverständnis der Austromarxisten befasst.

Ein Vorzug der Beiträge ist in der Erläuterung des weitestgehend authentischen theoretischen Werks Otto

Bauers und im Beleg der Aktualität des Austromarxismus gegeben. Allen ist es überzeugend gelungen, Bauer und den Austromarxismus aus der Geschichte in die Gegenwart zu transferieren und diesen als Vordenker linkssozialistischer Strategieentwicklung anzubieten.

Horst Klein

Werner Bramke/Silvio Reisinger: Leipzig in der Revolution von 1918/1919, Leipziger Universitätsverlag 2009, 152 S.; **Manfred Weißbecker (Hrsg.): November 1918. Gesellschaftliche Veränderungen und Zukunftsentscheidungen**, Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V., Jena 2009, 79 S.; **Heidi Beutin/Wolfgang Beutin/Ralph Müller-Beck (Hrsg.): Das waren Wintermonate voller Arbeit, Hoffen und Glück... Die Novemberrevolution 1918 in Grundzügen** (Bremer Beiträge zur Literatur- und Ideengeschichte, Bd. 58), Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2010, 164 S.

„Revolutionsgeschichte hat derzeit keine Konjunktur...“. Und: Es bleibe eine Tatsache, dass „Revolutionen in Deutschland bislang keine positive traditionsbildende Kraft entwickelt haben. Im Gegenteil, diese Traditionen wurden mehr oder weniger systematisch unterdrückt. [...] Die Verdrängung jeder positiven Revolutionserfahrung spiegelt sich [...] im Umgang mit der Revolution von 1918/19.“ So Reinhard Rürup 1993 anlässlich deren 75. Jahrestages (Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichte, zit. nach Helga Grebing [Hrsg.]: Die deutsche Geschichte 1918/19, Berlin 2008, S.325). Das galt auch 15 Jahre später zum 90. Jahrestag dieser Revo-

lution. Von Regierungsseite gab es keine offizielle Würdigung. Dabei war es diese Revolution – nicht etwa die offiziell mehr gefeierte von 1848 –, die Deutschland nach einem verheerenden Krieg den Frieden brachte, das Kaisertum stürzte und die parlamentarische Republik durchsetzte. Zumindest in der historischen Literatur gab es einige Veröffentlichungen, die dieses Ereignis auch mit neuem Material und neuen Forschungsergebnissen beleuchten. Da ein umfassender Literaturbericht nicht möglich ist, seien drei Titel hier vorgestellt.

Wie in einem Brennglas konzentriert, lässt sich das Revolutionsgeschehen „oben“ und besonders „unten“ am Beispiel einer Stadt nachvollziehen: Leipzig, das auch für andere industrielle deutsche Großstädte steht – und Besonderheiten aufweist. Davon handelt das Buch von Bramke und Reisinger. Das Geschehen in ganz Deutschland im Blick wird festgestellt: „In Leipzig und nicht, wie oft betont, in München wurden die Schlusspunkte im nationalen Revolutionsgeschehen von 1918/1919 gesetzt. Die militärische ‚Befriedung‘ der Messestadt im Mai/Juni 1919 und die endgültige Entmachtung des Arbeiterrates reichlich einen Monat später markierten diesen Abschluss, der einiges über den Stellenwert Leipzigs in dieser Revolution verrät.“ (S.7) Die Vf. richten ihr Hauptaugenmerk auf das Geschehen in Leipzig – streckenweise verfolgt Tag für Tag, Woche für Woche –; sie legen damit die erste Gesamtdarstellung der Revolution 1918/1919 in der Stadt vor.

Die Revolutionsereignisse in Deutschland von 1918/1919 setzen die Auto-

ren in Beziehung zum politischen und gesellschaftlichen Umbruch in der DDR von 1989/1990. Sie wollen damit eine „aufstörende“, eine „positive Unruhe in die Historikerzunft bringen, in einer Zeit, wo der Satz ‚Dazu gibt es keine Alternative‘ zu einem beherrschenden Schlagwort geworden ist“ (S.15). Die Revolution von 1918/1919, die entsprechend ihrem sozialen Grundzug „von der Arbeiterbewegung getragen und ganz überwiegend von Arbeitern ausgefochten worden“ war, bewertet B. (wie schon 1988) als Versuch, eine Demokratie ganz neuen Typs zu schaffen (S.20). Diese über die repräsentative parlamentarische Demokratie hinausgehende *soziale Demokratie* sollte ökonomisch auf sozialisierte (volkswirtschaftlich entscheidende) Teile der Schwerindustrie gegründet und politisch auf Arbeiterräte als ein Gegengewicht zur Nationalversammlung, eventuell mit dieser „verschränkt“, gestützt sein. Und nach dem Umbruch in der DDR? „Die soziale Frage ist, was die Wenigsten erwartet haben, wieder zu einer fast alle Politikbereiche bedrängenden Frage geworden.“ (S.15) Der Rückgriff auf die Revolution von 1918/1919 in Leipzig ist als Anstoß gedacht, um einen Vergleich der Volkserhebungen von 1918 und von 1989 anzuregen, aber auch, um Grundfragen der Novemberrevolution, die im früheren Meinungsstreit zu heftigen Kontroversen führten, wieder aufzugreifen. Die Darstellung konzentriert sich auf zwei dieser Grundfragen: den Streit in der damaligen Arbeiterbewegung um die Perspektive der Revolution („nur“ parlamentarische oder auch soziale Demokratie oder Sozialismus als Ziel) und auf

das Bündnis der Mehrheits-Sozialdemokraten um Friedrich Ebert mit der reaktionären militärischen Führung, das „zur Entscheidungsfrage für den Ausgang der Revolution“ wurde (S.21). Dem Streit um die Perspektiven der Revolution von 1918/1919 lag die Spaltung der demokratischen Kräfte zugrunde. Die Arbeiterbewegung als politische und soziale Trägerin des Geschehens „ging weitgehend unvorbereitet in diese Revolution, was auf unterschiedliche Weise für alle ihre Gruppierungen zutraf“ (S.17). Es kam zu der „paradoxen Situation“, dass die Mehrheits-SPD mit Ebert an der Spitze, die die Revolution nicht wollte (aber verbal am Ziel Sozialismus festhielt), die Führung in dieser übernahm. (S.19). Die USPD-Führung war uneinheitlich. Der Kompromiss des dritten Weges, also Nationalversammlung mit dem Gegengewicht der Räte, war schon früh infrage gestellt worden und scheiterte. Das Scheitern dieses Konzepts muss „aber nicht dessen Illegitimität oder grundsätzliche Fehlkonstruktion beweisen“ (S.20). Die radikale Linke erstrebte ein sozialistisches Rätedeutschland: Die Räte hätten als Organe der politischen Macht durch eine Sozialisierung von Teilen der Schwerindustrie und eine Bodenreform den Einfluss der Schwerindustriellen und der Großagrarien auf die Politik zurückdrängen können, und der „Weimarer Demokratie wäre damit eine ganz andere Chance eröffnet worden“ (S.20).

Bezogen auf die genannte zweite Grundfrage arbeitet B. sehr präzise das Agieren Eberts und seines Umkreises gegen die Revolution heraus. Als Gründe werden genannt, dass sie

sich in die bürgerliche Gesellschaft integriert fühlen, daher „vertrauten sie den Ordnungskräften des alten Staates mehr als möglichen neuen aus ihrer eigenen Bewegung, der sie sich teilweise entfremdet hatten.“ (S.24) Verviesen wird auch auf die starken Spannungen zwischen „beiden Flügeln der Revolution“, die „Möglichkeiten zu einer Deeskalation zur rechten Zeit“ wären nicht genutzt worden: „Hassgefühle und eine falsche Beurteilung der seit dem Januar entfesselten Militärs leiteten weiter die Politik der mehrheitssozialistischen Führer.“ (S.25) Inhaltlich schließt das schmale, von Weißbecker herausgegebene Bändchen – Ergebnis einer der Novemberrevolution gewidmeten Tagung in Erfurt 2008 – an Bramke/Reisinger an. Auch hier wird konstatiert: „Offensichtlich passt der 9. November 1918 nicht in das offiziöse Geschichts- und Politikverständnis“, obwohl die Entscheidungen des November 1918 vielfältige Probleme unserer Zeit berühren, so z. B. „die damals eingeschlagenen Wege zu einer demokratischen Verfassung“ oder „die Differenzen in den Zielvorstellungen proletarischer Organisationen“ (S.5). In Thüringen müssen die heute Regierenden daran erinnert werden, dass die Gründung des Landes als administrative Einheit ein Ergebnis dieser Revolution war. Übereinstimmend mit Bramke hebt Hartmut Henicke den sozialen Aspekt der Novemberrevolution hervor. Er versucht in einem weit gespannten Bogen, den „historischen Platz der Weltkriegsrevolutionen“ über Deutschland hinausgehend zu skizzieren, bleibt aber in seinen Bewertungen strecken-

weise sehr abstrakt. H. betont zugleich, dass in diesen Revolutionen im Unterschied zu früheren das Proletariat „die legislative und exekutive Gewalt beanspruchte und zeitweilig übernahm, die Produktion kontrollierte, ins kapitalistische Eigentum eingriff und damit eine reale sozialistische Alternative in der Praxis versuchte“ (S.31). Letzteres war in Sowjetrußland, in Ungarn und partiell auch in Deutsch-Österreich der Fall. Regional wird dies von Mario Hesselbarth am Beispiel der Erfurter Arbeiter- und Soldatenräte (S.51-61) und von Eberhart Schulz anhand des Jenaer Arbeiter- und Soldatenrates dargestellt (S.62-71). Weißbecker setzt sich überdies mit „Argumenten‘ wider die Revolution von 1918/1919“ auseinander (S.34-50). Aus Erfahrungen mit Parteien in Revolutionen leitet er ab, es seien „neue Inhalte der Parteitätigkeit, neue Kontrollmöglichkeiten der Gesellschaft gegenüber den Parteien und vor allem eine neue Funktionsbestimmung für ein die Demokratie förderndes Wirken von Parteien in den Parlamenten“ erforderlich (S.47f.). Den Hrsg. und Autoren des Sammelbd. von Beutin/Beutin/Müller-Beck (die meisten von ihnen aus Schleswig-Holstein) geht es um Wesen, Verlauf und Ergebnisse der Revolution. Wolfgang Beutin verbucht auf der Habenseite „einige progressive ‚Teilergebnisse‘“ (S.34) der Revolution (die Republik als Grundlage für den Kampf um die weitere Demokratisierung, demokratische Rechte, Achtstundentag u. a.). Als „Geburtsfehler“ sieht er: „Die Republik war wesentlich nicht von den Volksmassen, nicht ‚von unten‘ erkämpft worden.“ (S.35)

Dietrich Lohse (S.39-81) widerlegt diese These. Er setzt den Beginn der Revolution – im Unterschied zu Beutin, der diese mit der Forderung der Obersten Heeresleitung nach Frieden am 29.9.1918 als „Revolution von oben“ beginnen lässt, – mit der Bewegung der Matrosen in Kiel Anfang November 1918 an, die „unmittelbar in den revolutionären Aufstand überging“. Durch die Bildung des ersten Soldatenrates in der Geschichte der Revolution am 4.11. in Kiel, durch Arbeiter- und Soldatenerhebungen im ganzen Reich „wurde die Ausrufung der ersten deutschen Republik möglich“ (S.39f.).

Neue Erkenntnisse zur Revolutionsgeschichte bietet der Aufsatz von Harald Lützenkirchen „Kurt Hiller und der Politische Rat geistiger Arbeiter in der Novemberrevolution 1918“ (S.83-93). Dieser, als „dritte Macht“ neben dem Arbeiter- und Soldatenrat und als zuständig für Kulturpolitik gedacht, entstand am 7./8.11.1918 in Berlin – es folgten ähnliche Räte in anderen Großstädten (S.84). Olaf Walther schreibt über „Kurt Tucholsky, 1918 und die SPD – ein gespanntes Verhältnis“ (S.111-117). Den Frauen in der Novemberrevolution, ein in der Literatur eher vernachlässigtes Thema, widmet sich Heidi Beutin. Sie geht exemplarisch auf Ricarda Huch, Rosa Luxemburg und Toni Sender ein (S.119-137).

Johann Dvořak weist mit seinem Beitrag über „Die österreichische Revolution: 12. November 1918 – und danach“ über den „deutschen Tellerand“ hinaus. Obwohl es eine relativ starke Rätebewegung gab und die demokratische Republik eine „bewuss-

te, geplante Schöpfung seiner Bevölkerung“ (S.147) war, wird auch in Österreich heute nicht an die Gründung der Republik 1918 erinnert, vielmehr bezieht sich der Nationalfeiertag auf 1955. Das Thema Intellektuelle in der Revolution führt die Autoren zu der kultur- und kunsthistorischen Frage: „Der Expressionismus als literarische Parallele der Novemberrevolution?“ Jost Hermand (USA) interpretiert in seinem Beitrag „Expressionismus als Revolution“ (S.151-164) diese Kunstrichtung als Aufbruch, als Wandlung, als Ausdruck des Willens, die Verhältnisse grundsätzlich zu ändern (S.153, 162). Auch hier also neue Sichten und Fragestellungen im Ergebnis der Forschung über die Novemberrevolution. *Ulla Plener*

David King: Roter Stern über Russland. Eine visuelle Geschichte der Sowjetunion von 1917 bis zum Tode Stalins, Mehring Verlag, Essen 2010, 345 S.

Der Bildbd. „Roter Stern über Russland“ wurde zusammengestellt vom Designer und Fotografen David King, der von 1965-1975 das Kunstressort der britischen „Sunday Times“ leitete. Ausgehend von einer Fotorecherche zu Leo Trotzki im Jahre 1970 trug K. in jahrzehntelanger Kleinarbeit eine einzigartige Sammlung von Fotos, Plakaten und Bilddokumenten zur Geschichte der Sowjetunion zusammen. Eine Auswahl davon aus den Jahren 1917-1953 ist nun erstmals in der vorliegenden Ausgabe versammelt. Allein die Fülle des Materials ist überwältigend. Man findet einige Fotos von geradezu ikonenhafter Bekannt-

heit wie das Lenin-Porträt von Moisei Nappelbaum aus dem Jahre 1918 oder die berühmte Momentaufnahme von flüchtenden und getroffen darnieder liegenden Demonstranten, als die Provisorische Regierung Straßenproteste in Petrograd am 4.7.1917 niederschließen ließ. Neben solchen Bildern, die in sehr guter Qualität und mit ausführlichem Kommentar wiedergegeben werden, finden sich in weitaus größerer Anzahl seltene und unbekanntere Aufnahmen und Bilddokumente: etwa ein kubo-futuristisches Trotzki-Porträt aus dem Jahr 1920, direkt gegenübergestellt einem Rekrutierungsplakat der Roten Armee von 1918, das noch völlig der Formensprache des 19. Jh. verpflichtet bleibt. Kontraste wie diese machen den Bd. aus, der jenseits des Dokumentarischen auch die kurze, aber einzigartige Liaison von künstlerischer und politischer Revolution dokumentiert.

Wie mögen den Bewohnern und Bewohnerinnen des russischen Dorfes solche Bilder vorgekommen sein, deren Augen, geschult an Ikonen und mittelalterlicher Wandmalerei, plötzlich auf moderne Plakate trafen, auf Fotografien und bewegte Bilder aus den Kinos der auf Schienen übers Land rasenden Propagandazüge? K.s. Sammelbd. schafft es, eine Ahnung von diesen Kontrasten zu vermitteln.

Besonders interessant sind jene Propagandaformen, in denen sich die Künstler in überraschender Weise auf die Bilder- und Gedankenwelten der Bevölkerung einlassen. So findet man ein Porträt von Trotzki als heiligen Sankt Georg mit rotem Schild, der mit einem Lanzenhieb dem Drachen der Konterrevolution den Garaus bereitet

(S.113). Noch interessanter ist Dmitri Moors Bürgerkriegsplakat von 1919, das einen Reiter mit Krummdolch porträtiert und die Betrachter in arabischer Schrift anspricht: „Genossen Muslime! Unter dem grünen Banner des Propheten habt ihr für euer Land und eure Dörfer gekämpft. Dann haben die Feinde des Volkes euch euer Land geraubt. Jetzt, unter dem Banner der Arbeiter und Bauernrevolution, unter dem Stern der Armee aller Unterdrückten und Arbeitenden, schließt euch an.“ (S.90)

Weitere Plakate von Moor tragen die Unterschrift: „Wer dieses Plakat entfernt oder überklebt, handelt konterrevolutionär“ – ein Satz von geradezu entwaffnender Direktheit, dem man angesichts der revolutionären Ästhetik seiner Kunst lächelnd zustimmen möchte.

Auch wenn K. immer wieder Propaganda dokumentiert, verschweigt er nicht die dunkle Seite der Revolution. Die Fotos zeigen auch das, was die Plakate heroisieren oder ganz weglassen. Die Geschichte der Sowjetunion ist Teil der Gewaltgeschichte des 20. Jh., und dies wird trotz aller im Bilddb. dokumentierten revolutionären Schaffenskraft immer wieder deutlich. Die Bolschewiki erscheinen dabei als Täter und Getriebene zugleich – beseelt von den Idealen der Befreiung, skrupellos in ihren Mitteln. „Ich bewundere Sie als Frau, doch wüsste ich, dass Sie ein Feind oder eine Gefahr für unsere Revolution sind, so versichere ich Ihnen, dass ich nicht zögern würde, Sie eigenhändig zu erschließen“ – mit diesen Worten wandte sich Trotzki an die britische Bildhauerin Clare Sheridan, während sie eine Büste

von ihm erstellte (S.124). K. recherchierte diese und andere Anekdoten auf seiner Suche nach den „verschundenen Bildern“ von Trotzki, der von Stalin aus allen Druckwerken und Ausstellungen verbannt wurde. K. macht diese Retuschen und Geschichtsfälschungen rückgängig. Er legt dabei jedoch weniger eine historische „Wahrheit“, sondern vielmehr einen neuen Personenkult frei, der selbst voller Widersprüche ist.

Denn auch wenn der erwähnten Bildhauerin Trotzki's Rücksichtslosigkeit imponierte: Andere, die solche Äußerungen in weniger ironischer Atmosphäre empfangen, mögen sie weniger charmant gefunden haben. Da wäre zum Beispiel Nestor Machno, revolutionärer Bürgerkriegsgeneral und Anführer einer anarchistischen Bauernrevolte in der Ukraine. Ein recht klein geratenes Porträt von ihm ist mit dem Kommentar versehen: „1921 distanzieren sich die Sowjets von ihm und nannten ihn einen Bandenführer, Bandit und Räuber. Machno floh schließlich nach Paris, wo er 1934 starb.“ (S.93) Diese Zeilen können kaum die Tragik der Ereignisse vermitteln, als die Rote Arbeiter- und Bauernarmee unter Trotzki's Kommando eine originär revolutionäre Befreiungsbewegung der Bauern zerschlug, weil Machno und die Bauern sich nicht unterordnen wollten. In solchen Vorgängen liegt zweifelsohne eine der Wurzeln des Stalinismus – ein Phänomen, dem sich K. am Schluss des Bd. ausführlich widmet, ohne dass er hier eine Verbindung herstellt.

Obwohl die Kommentare zu den Bildern sonst in einzigartiger Weise Kontext und politische Hintergründe

vermitteln, werden an dieser Stelle die Grenzen des Ansatzes einer „Visuellen Geschichte der Sowjetunion“ deutlich. Die Bilder sprechen eben nicht für sich. Zugleich schaffen es auch die Bildunterschriften nicht immer, die Widersprüchlichkeit der historischen Prozesse zu vermitteln. Dazu sind längere Ausführungen notwendig. Die Einleitung, die hier zumindest einen Ansatz hätte liefern können, besteht leider nur aus einer Reihe von Anekdoten. Diese sind zwar witzig und lesenswert, aber sie lassen umso mehr eine zusammenhängende Chronologie oder Kurzdarstellung der historischen Abläufe vermissen. Zudem trägt die Verehrung des Autors für Trotzki dazu bei, dass einige Auslassungen bestehen, die angesichts der verfügbaren Literatur zur russischen Geschichte nicht zu rechtfertigen sind. Fairerweise muss man sagen, dass K. seinen politischen Standpunkt nicht verschweigt, sondern gleich zu Beginn des Buches klarmacht. Zudem ist seine klassisch-trozkistische Herangehensweise an den Gegenstand oft differenzierter als viele an der Totalitarismustheorie orientierte Darstellungen, die von vorformulierten Urteilen ausgehen und gar nicht erst versuchen, das Phänomen der russischen Revolution samt ihrer Gewalttätigkeit aus der historischen Situation heraus zu erklären.

Wer also eine kohärent erzählte Geschichte der Sowjetunion sucht, der sollte bei der Lektüre ein oder zwei andere Titel zu Rate ziehen. Die Mehrheit der Leser und Leserinnen aber wird von einem Bildbd. vor allem beeindruckende Bilder erwarten, und damit kann die vorliegende Publikati-

on in Hülle und Fülle dienen. K.s Sammlung ist einzigartig und zeigt vieles, was man so noch nicht gesehen hat. Alle Abbildungen sind ergänzt um solide recherchierte Informationen zum Bildmotiv und zum Künstler bzw. Fotografen. Der Bd. genügt damit auch wissenschaftlichen Standards und wird hoffentlich nicht nur in den Bereichen Kunstgeschichte und Fotografie, sondern auch in der Geschichtswissenschaft seine Leser finden – ganz abgesehen davon, dass er allen, die auch nur ein wenig Interesse an der Geschichte der Sowjetunion haben, einzigartige Eindrücke bietet.

Ralf Hoffrogge

J. G. Rokitjanskij: Gumanist oktjabr'skoj epochi. Akademik D. B. Rjazanov – social-demokrat, pravozaschitnik, učenij [Humanist der Oktoberepoche. Akademiemitglied D. B. Rjazanov – Sozialdemokrat, Verteidiger des Rechts, Gelehrter], Moskva 2009, 576 S.

Es ist die erste vollständige Biografie des lange verfemten Politikers und Vaters der ersten MEGA, die der Marx-Engels-Forscher (und Dichter) Jakov Rokitjanskij, seit dem Ende der Sowjetunion Mitarbeiter an der Russischen Akademie der Wissenschaften, vorgelegt und „dem Gedenken russischer Sozialdemokraten, den Opfern des Stalinschen Terrors“ (S.2) gewidmet hat.

Als Ergebnis langjähriger Quellenforschung, darunter der Befragung zahlreicher heute nicht mehr lebender

Zeitzeugen, wird Rjazanovs Leben erstmals detailliert geschildert.¹

Geboren 1870 in Odessa als David Goldendach in der kinderreichen Familie eines vermögenden jüdischen Händlers, nahm Rjazanov frühzeitig am illegalen Kampf der russischen Sozialdemokratischen Partei teil, lebte in verschiedenen europäischen Ländern im Exil, wurde zu einem der führenden Marx-Engels-Forscher, nach der Oktoberrevolution ein aktiver, vielseitiger Politiker der frühen Sowjetunion. Sein Auftreten gegen diverse linksradikale Erscheinungen, in der vorliegenden Biografie erstmals ausführlich geschildert, ist von großem Interesse. Der Höhepunkt in seinem Leben aber war der 7. Juli 1924, als er vor dem V. Weltkongress der Kommunistischen Internationale die Notwendigkeit einer vollständigen Veröffentlichung der Werke und Briefe von Marx und Engels begründete und dies in seinem Sinne auch so beschlossen wurde.

R. charakterisiert Rjazanov ausführlich als „Humanisten der Oktoberepoche“, als Sozialdemokraten, Verteidiger des Rechts sowie als Gelehrten. Das ist er zweifellos alles gewesen, aber er war auch einer der ersten und zugleich

1 Wichtig für die Forschung bleiben: Bernd Rabehl: Über den Marxisten und Marxismusforscher Rjazanov, in: Marx und Engels nicht nur für Anfänger, Berlin (West) 1973, S.181-190; Volker Külöw/André Jaroslawski: David Rjasanov. Marx-Engels-Forscher – Humanist – Dissident, Berlin 1993; Jakov Rokitjanskij/Reinhard Müller: Krasnyj dissident [Der rote Dissident], Moskau 1996; David Borisovič Rjazanov und die erste MEGA (Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge. Sonderband 1), Hamburg 1997.

wirkungsmächtigsten akademischen Marx-Engels-Forscher und -Editoren. Das Werk von Marx und Engels möglichst vollständig, absolut wort- und werkgetreu der internationalen Arbeiterbewegung und darüber hinaus der gesamten wissenschaftlichen Welt als Kulturerbe der Menschheit zur Verfügung zu stellen, das war Rjazanovs jahrzehntelanges Bestreben und ist wohl seine größte bleibende Leistung. Diesem seinem Ethos ist auch die heutige Marx-Engels-Forschung und -Edition noch verpflichtet.

Besonders epochemachenden Wissenschaftlern und Künstlern der Menschheitsgeschichte ist es vorbehalten, dass ihr Werk in historisch-kritischen Gesamtausgaben ediert wird. Dieses Bestreben hatte und hat in vielen Fällen, auch bei Marx und Engels, vielfältige Widerstände und Rückschläge zu überwinden. Doch wenn Rjazanov seit 1910, besonders hartnäckig aber in den 20er-Jahren des vorigen Jahrhunderts auf einer Marx-Engels-Gesamtausgabe bestand, sah er darüber hinaus auch, dass das Wort der beiden eine mächtige Waffe gegen den aufkommenden Stalinismus sein konnte. Rjazanov ging, um Zugang zum Archiv der SPD zu erhalten, auf einen Vertrag mit führenden deutschen Sozialdemokraten sowie auf die für ihn zunehmend politisch riskanter werdende Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung ein,² weil das unerlässlich für die Arbeit an der MEGA war.

Dieser Aspekt ist in der vorliegenden Biografie nicht ausführlich genug hervorgehoben. Für das Russland am Beginn des 21. Jh. war es offenbar (leider) vorrangig zu zeigen, dass es im ersten Drittel des 20. Jh. in der frühen Sowjetunion wenigstens einen europäisch denkenden Mann gab, und zwar einen Mann im weiteren Führungskreis der Bolschewiki, der mit dem Geist der Bebelschen Sozialdemokratie aufs engste verbunden war, die selbstständige Rolle der Gewerkschaften betonte, der überhaupt auf Recht und Gesetz pochte.

Gerade diesen Mann aber beauftragte Lenin im Februar 1921 mit der Sammlung und Edition der Werke von Marx und Engels, und diesen Mann ließ Stalin genau zehn Jahre später verhaften und im Januar 1938 in Saratow brutal ermorden. Sein Name wurde aus allen Büchern gelöscht, er durfte jahrzehntelang bei Strafe nicht genannt werden. Das ist der Kern der Vita Rjazanovs. Er wurde 1958 halberzig und erst 1990 vollständig rehabilitiert.

Seine schreckliche Ermordung, bei der auch alle noch vorhandenen unersetzlichen Arbeitsmaterialien in einem Ofen verbrannt wurden, bis dieser barst, ist ein unübersehbares Symbol für das absolut divergierende Verhältnis von Marxismus und Stalinismus. In der Person Rjazanovs wollte Stalin auch den wahren Geist von Marx ermorden. Gerade angesichts der Verfolgung und Ermordung Rjazanovs –

2 Siehe die Sonderbde. 2 und 3 der Beiträge zur Marx-Engels-Forschung. Neue Folge, Hamburg 2000 und 2001, über die Kooperation des Frankfurter Instituts für

Sozialforschung mit dem Moskauer Marx-Engels-Institut in den 1920er-Jahren sowie über das Ende der ersten MEGA 1931-1941.

und vieler seiner Mitstreiter an der MEGA – gilt es, sich der Erkenntnis zu stellen, dass das millionenfach gedruckte Emblem mit den „vier Klassikern des Marxismus-Leninismus“ im Profil einer der perfidesten Schwindel der Weltgeschichte war.

Sich dieser bitteren, aber auch bitter notwendigen Erkenntnis bewusst zu werden, kann das vorliegende Buch – richtig gelesen – helfen. Eine deutsche Übersetzung ist zu empfehlen.

Martin Hundt

Walter Baier: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008, Edition Steinbauer, Wien 2009, 304 S.

Die Kommunistische Partei Deutschösterreichs, wie sie bei ihrer Gründung im November 1918 hieß, ist die zweitälteste kommunistische Partei in Westeuropa und die fünftälteste weltweit. Sie entstand in den letzten Tagen des Ersten Weltkriegs, inmitten des Zerfalls der österreichisch-ungarischen Monarchie und der Errichtung der ersten Republik Österreich, unter der entscheidenden Mitwirkung radikaler Intellektueller, aber weitgehend losgelöst von der österreichischen Arbeiterbewegung.

Anders als in Deutschland, wo sich im April 1917 die USPD von der SPD abgespalten und sich bereits der Spartakusbund formiert hatte, hatten die Differenzierungsprozesse innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie den kritischen Punkt noch nicht erreicht. All das schildert B., von 1994 bis 2006 selbst Vorsitzender der KPÖ, in seiner Darstellung des „Kommunismus in Österreich“ in sehr anschaulicher und lesenswerter Art und Weise.

Für B. gilt dabei in besonderem Maße, was wohl grundsätzlich für jeden Historiker zutrifft: je größer der zeitliche Abstand, desto größer die Chance einer von Vorurteilen nicht allzu sehr belasteten Bewertung. Insbesondere bei der Darstellung jener Ereignisse und Entwicklungen, in die er selbst in verantwortlicher Position involviert war, gelingt es B. nur sehr unzureichend, die notwendige Distanz aufzubringen.

Eher dem Zeitgeist als der historischen Wahrheit verpflichtet ist über weite Strecken B.s Darstellung der Verhältnisses von Kommunisten und Sozialdemokraten: Zwar schildert er die auch in den letzten Tages des Ersten Weltkriegs weitgehend ungebrochene Zustimmung Victor Adlers zur k.u.k.-Monarchie (S. 20), das von Karl Renner geforderte „Ja“ bei dem von Hitler angeordneten „Volksentscheid“ über den Anschluss Österreichs (S. 55) und schließlich die Bemühungen der führenden Sozialdemokraten in den Jahren nach 1945, sich umgehend aller eigenen Mitglieder und Funktionäre zu entledigen, die die Angebote und Vorschläge der Kommunisten zum gemeinsamen Handeln nicht rigoros ablehnten (S. 108). Doch ist es ausschließlich seine Partei, die KPÖ, der B. regelmäßig Sektierertum im Verhältnis zur anderen Partei unterstellt.

Zweifellos ein Höhepunkt von B.s Darstellung sind seine ausführlichen Berichte über den vielfältigen und aufopferungsvollen antifaschistischen Widerstandskampf der österreichi-

schen Kommunisten, über ihre Rolle in den Internationalen Brigaden in Spanien oder auch in eigenständigen Partisaneneinheiten in Jugoslawien.

Doch auch hier ignoriert B. wichtige Aspekte: Richtig ist, dass die KPÖ nach dem Anschluss an Hitlerdeutschland im März 1938 die profilierteste und engagierteste Kraft im Kampf um die Wiedererrichtung der österreichischen Nation war. Entsprechend sind die Schilderungen B.s. Doch er blendet dabei – aus welchen Gründen auch immer – den gemeinsamen (!) antifaschistischen Widerstandskampf deutscher und österreichischer Kommunisten aus. Sichtbarster Ausdruck dieser Gemeinsamkeit war die Tatsache, dass Johann Koplenig, der langjährige Vorsitzende der KPÖ, bis zum Kriegsausbruch im September 1939 de facto Mitglied der in Paris ansässigen Auslandsleitung der KPD war. Dies findet allerdings bei B. keinerlei Erwähnung.

Völlig zu Recht kritisiert B., dass in früheren offiziellen Darstellungen der Geschichte der KPÖ die Rolle der Parteiführung im Moskauer Exil bis 1945 überbewertet wurde (S. 81). Jetzt begeht er denselben Fehler unter umgekehrtem Vorzeichen: Dieser Teil der Parteigeschichte findet nun überhaupt nicht mehr statt.

Eine ausgesprochene Bereicherung des Buches sind die zahlreichen kurzen Biografien, die im Kontext der Parteigeschichte immer wieder eingefügt sind. Bemerkenswert ist dabei das Bemühen B.s, auch den nicht wenigen Frauen in der österreichischen kommunistischen Bewegung eine angemessene Würdigung zuteil werden zu lassen.

Für den Leser in Deutschland ist insbesondere die kompakte Darstellung der faktischen Enteignung der KPÖ durch die Bundesrepublik Deutschland nach 1990 von Interesse: Mit der vollkommen unbewiesenen Behauptung der einschlägigen deutschen Behörden, damit angebliches Auslandseigentum der SED zu sichern, wurden im Jahre 2008 im Rahmen eines in jeder Hinsicht fragwürdigen Vergleichs nicht weniger als 120 Millionen Euro von Schweizer Konten der KPÖ in den deutschen Staatshaushalt transferiert. Die KPÖ, die durch jahrzehntelange erfolgreiche Wirtschaftstätigkeit eine der reichsten Parteien Westeuropas geworden war, hatte nach dem von Deutschland geforderten Einfrieren ihrer sämtlichen Konten buchstäblich nicht mehr das Geld, um den juristischen Kampf zur Verteidigung ihres rechtmäßigen Eigentums fortsetzen zu können.

Offensichtlich gescheitert ist B. mit seinem Versuch, die jüngste Entwicklung der KPÖ und ihre faktische Spaltung in drei Strömungen unvoreingenommen darzustellen. Denn hier geht es um sein eigenes Wirken als Parteivorsitzender, aber auch und vor allem um Verletzungen, die ihm persönlich in den zum Teil jahrelangen parteiinternen Auseinandersetzungen zugefügt wurden.

Bedauerlicherweise hat B. insgesamt darauf verzichtet, interne Dokumente aus dem zweifellos umfangreichen Parteiarchiv der KPÖ zu verwenden. Selbst bei der Darstellung so gravierender Einschnitte in der Parteigeschichte wie dem 19. Parteitag 1967 und den nachfolgenden Ereignissen beschränkt er sich auf die Wiedergabe

bereits früher zugänglicher Reden und Erklärungen, wobei er dennoch sehr überzeugend die für Außenstehende damals kaum erkennbaren Hintergründe aufzeigt.

Gelegentlich gibt B. – bewusst oder unbewusst – Hinweise auf bisher unbearbeitete Forschungsthemen, so zum Beispiel in Zusammenhang mit dem sogenannten Auschwitz-Text von Alfred Klahr, der der KPD in dem 1944 während der Haft im KZ Auschwitz entstandenen Text vorwarf, in der Weimarer Republik „sich in der nationalen Frage ins Schlepptau des Nationalsozialismus begeben zu haben“ (S. 86).

Ärgerlich sind gelegentliche historische Ungenauigkeiten. So wurde Gorbatschow im März 1985 nicht vom 27. Parteitag der KPdSU zum Generalsekretär gewählt (S. 193), sondern – nach dem Tod seines Vorgängers Tschernenko – von einer außerordentlichen Tagung des Zentralkomitees. Der 27. Parteitag fand erst ein Jahr später, im Februar und März 1986, statt.

Wer sich der genannten Unzulänglichkeiten bewusst ist, wird das Buch dennoch mit großem Gewinn lesen.

Ronald Friedmann

Wolfgang Beutin: Hilleriana. Studien zum Leben und Werk Kurt Hillers (1885-1972), Bockel Verlag, Neumünster 2010, 232 S.

Als ich 1954, an meiner Dissertation über eine expressionistische Zeitschrift arbeitend, deren noch lebende Autoren zu einigen sachlichen Problemen befragte, erhielt ich aus London Post von Kurt Hiller, die ich in ihrem Inhalt wie in der Form als sehr unge-

wöhnlich empfand: sich scharf abgrenzend, unversöhnlich polemisch und in einem satirischen sprachlichen Gestus von der Art „vogesenluboal“ und „Schickele-Cliquele“ schrieb er über seine damaligen Mitautoren. Ich konnte seinerzeit nicht viel damit anfangen. Und auch anderen mag es so ergangen sein, wenn der ihm zeitweilig sehr nahe stehende Vf. des vorliegenden Buches bestätigt, dass Hiller nach seiner Rückkehr aus dem Exil 1955 nicht mehr „mit derselben Effektivität“ (S.115) wirksam geworden sei, wie das in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. der Fall gewesen war.

Dem frühen Kurt Hiller, dem Vordenker und Wegbereiter des Expressionismus und Aktivismus, dem unterschiedenen Pazifisten der Zwanzigerjahre gilt deshalb zunächst die Aufmerksamkeit in den hier versammelten Untersuchungen, Vortragstexten und Zeitungsartikeln. Als Gründer des „Neuen Clubs“ 1909, Initiator des „Neopathetischen Cabarets“ und, bald danach, des Kabarets „Gnu“ bewegte er sich im Zentrum der Berliner literarischen Moderne. Der nimmermüde Handelnde und geistige Inspirator, Herausgeber und Zeitschriftengründer verfocht und repräsentierte jenen politisierten, aktivistischen Flügel des Expressionismus, dessen voluntaristische, „willenshaftliche“, auf eine „Geistesaristokratie“ orientierte Komponente ihn bald ins Leere laufen ließ. Hillers Stil in seinen Abhandlungen, seiner Kurzprosa, seinen pamphletistischen und aphoristischen Einwürfen, auch lyrischen Versuchen entsprach dieser intensiven Gerichtetheit, die mit sprachlicher Skurilität verknüpfte sa-

tische Schärfe ließ sein rigoreses Streben nach eindeutiger Klärung und Abgrenzung als Kennzeichen seiner Persönlichkeit deutlich hervortreten. Auch der Rechtstheoretiker Hiller, früher Vorkämpfer für eine Reform des Strafrechts, besonders des Sexualstrafrechts, wird von B. vorgestellt. Umfangreicher als angebracht, wenn gleich sehr aufschlussreich, ist das konfliktvolle Verhältnis zu Karl Kraus hier einbezogen. Kurt Hillers Wirken als „Weltbühnen-Autor“ und in der pazifistischen Bewegung der Weimarer Republik, unter anderem als Leiter der Gruppe Revolutionärer Pazifisten, kommt hingegen etwas kurz weg.

Den Nazis war Hiller wegen dieser Aktivitäten und natürlich auch als Jude einer der bestgehassten Intellektuellen. Viermal wurde er 1933/34 verhaftet und misshandelt und nur infolge von glücklichen Umständen, die hier resümiert sind, jeweils wieder entlassen. Im Oktober 1934 entkam er nach Prag, wo er bis 1938 lebte, danach bot ihm London bis 1955 Exil. Obwohl ihm die Einigung der Linken stets ein besonderes Anliegen war und er Heinrich Mann verehrte, ist er in die Bemühungen um eine antifaschistische Volksfront offenbar nicht sonderlich involviert gewesen. Ein Mann für Bündnisse war Hiller nicht.

Über die späte Zeit in Hamburg berichtet B. höchst anschaulich aus eigenem Erleben. Dem jungen Studenten und Nachwuchswissenschaftler war mit dieser Begegnung der direkte Anschluss an die avantgardistische und antifaschistische Tradition eröffnet. Vor allem aber gewannen er und seine Sympathisanten in Hiller einen entschiedenen Mitkämpfer ge-

gen das Adenauer-System, dessen restaurative Züge ihre Empörung hervorriefen und dem sie mit publizistischen Mitteln zu begegnen suchten. So gab B. von 1960 bis 1966 die hektografierte Zeitschrift „LYNX“ heraus, die sich der Renazifizierung und Remilitarisierung widersetzte und für die Hiller ein wichtiger Autor und Unterstützer war. Worum es dabei ging, verdeutlicht B. in einem Artikel zu dessen 80. Geburtstag 1965, den Jubilar zitierend, es sei das „einzige Ziel von Hoffnung und Größe: die Weltverbesserung. Wir leiten sie nicht aus dumpfen Moralen ab; es springt aus unserem schärfsten und heitersten Denken“ (S.191). Das war, hillerssprachlich, ein großer Anspruch. Je mehr es jedoch in der bundesdeutschen Studentenschaft zu brodeln begann, erwiesen sich solche Deklarationen als unzureichend.

B. beschreibt die zunehmende Distanz, die sich im Verhältnis zu Hiller herausbildete und die sich insbesondere aus dessen Verweigerung jeglicher Gesellschaftsanalyse und aus seinem ablehnenden Verhältnis zur Arbeiterbewegung ergab. Als B. sich entschloss, die Zeitschrift eher einzustellen als einen vernichtenden Artikel Kurt Hillers über Rosa Luxemburg zu drucken, führte das zum Bruch mit dem prominenten Autor, der sich seiner einzigen Möglichkeit zu regelmäßiger Publikation entzogen sah. Und als sich Hiller schließlich gar weigerte, eine Protestresolution gegen die Ermordung Benno Ohnesorgs zu unterschreiben, war das Verhältnis endgültig zerbrochen. Dass jedoch B. den historischen Charakter dieser Vorgänge objektiv einzuordnen vermag, beweist dieses Buch.

Augenfällig war der Remigrant Hiller, wie manch anderer seinesgleichen, in der Bundesrepublik verhältnismäßig isoliert, seine Publizität beschränkt. Der von ihm wiedergegründete „Neusozialistische Bund“ erlangte kaum politische Bedeutung. Seine radikalen Rundumschläge, sie reichten von Heidegger bis Marcuse, von Ernst Jünger bis Günter Grass, und die Missachtung der modernen Medien – er besaß weder Radio noch Fernseher – trugen ebenso dazu bei wie auch seine elitäre Sicht auf die parlamentarische Demokratie. Der Kreis um B. war bemüht, dem entgegenzuwirken. Hillers 75. und 80. Geburtstag boten Anlässe dafür, wie hier, auch in einem umfangreichen dokumentarischen Anhang, belegt ist. 1998 dann wurde eine Kurt-Hiller-Gesellschaft gegründet; der bis 2002 blockierte Nachlass ist nun zugänglich. Eine wissenschaftliche Erschließung von Biografie und Werk Hillers steht jedoch noch aus. Die vorliegende Folge von Aufsätzen B.s aus 20 Jahren ist ein verdienstvoller Schritt auf diesem Wege. Sie zeigen, dass uns Hiller auch heute noch viel zu sagen hat, als ein „Wortomane“ besonderer Art, der auf eine eingreifende Literatur aus war, als ein Intellektueller und Publizist, der stets entschieden für das Verbot jeglichen Angriffskrieges kämpfte und als einsichtsvoller Theoretiker, demzufolge die politische und soziale Revolution nicht zuletzt eine kulturelle Revolution verlangt.

Horst Haase

Gerd Kaiser: Heim in idyllischer Lage. Vom Kinderheim der Roten Hilfe zu Elgersburg zum Hotel „Am Wald“, Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, 176 S.

1925 ließ die Rote Hilfe die Villa Bauer im thüringischen Elgersburg kaufen. Sie hatte ein Gebäude in „idyllischer Lage“ gesucht, um dort ein Kinderheim einzurichten (S.17). An der Heimeröffnung am 12. April 1925 nahmen über 2.000 Personen teil, darunter Jakob Schloer, der Generalsekretär der Roten Hilfe Deutschlands (RHD), der KPD-Abgeordnete Wilhelm Pieck und Jelena Stassowa von der Internationalen Roten Hilfe (IRH; MOPR) (S.24-26). Im ersten Jahr konnten bereits 149 Kinder in fünf Durchgängen für acht bis zwölf Wochen das Heim besuchen.

Den Schwerpunkt seiner Darstellung legt K. auf die Zeit bis 1933 (S.7-76). Zunächst skizziert er die Entstehung und Entwicklung der proletarischen Solidaritätsorganisationen Internationale Arbeiterhilfe (IAH) und Rote Hilfe. Wünschenswert (auch im Glossar) wäre gewesen, wenn die Unterschiede beider Organisationen deutlicher benannt worden wären.

K. berichtet über Alltag und Aktivitäten im Kinderheim, wie Konzeptionen zur Heimarbeit und zur Sprachpflege, Freizeitgestaltung, medizinische Betreuung und Lehrer. Die Kinder konnten sich im Heim nicht nur erholen und ein solidarisches Gemeinschaftsgefühl erfahren, es sollte ihnen zudem ein proletarisches Klassenbewusstsein vermittelt werden. Manch Kurioses und Überzogenes jener Zeit tritt zutage. Kinder und Erzieher redeten sich

mit Genosse an – das Wort „Tante“ war verpönt –, Behördenvertreter wurden von den Kindern provozierend mit „Heil Moskau“ empfangen (S.35).

Das proletarische Kinderheim hatte es als alternatives Modell gegen die Dominanz kirchlicher Einrichtungen nicht leicht, selbstverständlich gab es von Anfang an ständig Behinderungen seitens der konservativen Thüringer Regierung. Als Ende der 20er-Jahre die KPD das Heim zunehmend zu Bildungs- und Schulungszwecken nutzte, drohten die Behörden mit Schließung, unterlagen aber gerichtlich. Andere Schwierigkeiten entstanden durch oft wechselnde Heimleiter und Lehrer oder durch wirtschaftliche und finanzielle Probleme für den Unterhalt des Heimes. Komplikationen ergaben sich auch durch Eingriffe der KPD-Führung in die Rote Hilfe mit der Ausschaltung wichtiger Funktionäre. Die Existenz des Heimes wurde durch Spenden gesichert, die Heimleitung legte auf Heller und Pfennig genaue Rechnungsberichte vor. Das Heim fand die Unterstützung prominenter Persönlichkeiten, so – um nur einige zu nennen – Hans Baluschek, Albert Einstein, Magnus Hirschfeld, Gustav Kiepenheuer, Käthe Kollwitz, Heinrich Zille, die in einem Kuratorium der Kinderheime der Roten Hilfe mitwirkten (S.49f.).

K. verarbeitet in seiner Darstellung vorhandene archivalische Unterlagen und viele Berichte von Zeitzeugen über das Leben im Heim. Dadurch entsteht eine hohe Anschaulichkeit, eine Stärke des Buches. Zugleich zeigt sich eine – kaum vermeidbare – Schwäche. Eine quellenkritische Über-

prüfung der vorliegenden Erinnerungen war kaum möglich. Das betrifft auch die Schilderungen für die Zeit nach 1945.

Problematisch ist die folgende Strukturierung und Periodisierung des Bd.: Die NS-Zeit, der DDR-Abschnitt und die Zeit von 1990 bis zur Gegenwart werden in ein Kapitel („Das Haus seit 1933“) gezwängt (S.77-94). 1933 beschlagnahmte das Thüringer Innenministerium das Heim und stellte es der Hitlerjugend zur Verfügung, danach war es eine Zeitlang ein privates Kinderheim, und während des Krieges diente es der Kinderlandverschickung bzw. der Marine.

Ende 1945 übergab die SMAD das Haus an die Volkssolidarität, die Wiederöffnung des Heims fand am 2. Mai 1946 statt (S.82). Ende 1949 übernahm die SED-Landesleitung Thüringen und dann die Bezirksleitung Suhl das Heim mit Grundstück, bis 1955 fungierte es noch als „Kinder- und Ferienheim MOPR“. Danach wurde es ein zentrales Erholungsheim der SED, eine „geschlossene Einrichtung“ (S.88). 1990 unter die Aufsicht der Treuhand gestellt, unterlag es nach einem juristischen Vergleich 1995 nicht mehr deren Verwaltung. Im März 1996 gründete sich die „Hotel am Wald GmbH“, das frühere MOPR-Heim wurde zum Hotel.

Eine besondere Würdigung verdient das letzte Kapitel (S.95-114). Unter der Überschrift „Zärtlichkeit der Völker“ stellt der Autor internationale Kinderheime der Zwischenkriegszeit vor: die IAH-Heime Worpswede (bei Bremen), Öhrenfeld (im Harz) und in Waskino (bei Moskau), das IRH-Heim in Iwanowo-Wosnessensk, das Kin-

derheim Nr. 6 in Moskau und das Komintern-Kinderheim „Lesnoi Kurort“. Eine herausgehobene Stellung nahm das Heim (als „Haus der Sonne“ bezeichnet) in Iwanowo-Wosnesensk ein. In ihm befanden sich auch Kinder bekannter Führer kommunistischer Parteien: von Mao Zedong, Liu Shaoqi, Luigi Longo, Palmiro Togliatti, Josip Broz Tito, Boleslaw Bierut oder Dolores Ibarruri.

Der Abschnitt „Helft den Kindern in Not“ (S.115-134) enthält, wie der Untertitel vermerkt, „zeitgenössische Dokumente der Solidarität“. Abgedruckt sind u. a. verschiedene Resolutionen und Richtlinien der IRH zur Arbeit unter den Kindern, Briefe und diverse Dokumente zu Kinderheimen, auch Schreiben und Erinnerungen zum Elgersburger Kinderheim. Der „Biogramme bzw. kommentiertes Personenregister“ bezeichnete Teil (S.135-154) enthält leider keine Seitenangaben, aufgeführt sind lediglich – und das auch nicht vollständig – im Text genannte Personen. Sehr verdienstvoll ist dies aber für die mit dem Elgersburger Haus in Beziehung stehenden Personen.

Im Glossar (S.155-160) hat der Autor sachkundig im Text erwähnte Organisationen und Vereine vorgestellt und erläutert. Eine Chronik (S.161-167), beginnend mit Herbst 1878, vermittelt wichtige Daten der proletarischen Solidarität vor allem zur Kinderhilfe und zum Elgersburger Heim. Der Anhang (S.168-175) über Archive, Sammlungen, Interviews sowie Literatur und einem Dank an jene, die bei der Erarbeitung des Buchs auf diese oder jene Weise mitgeholfen haben, belegt noch einmal die aufwendige

Arbeit für dieses interessante und lesenswerte Büchlein. *Herbert Mayer*

Stefan Heinz: Moskaus Söldner? Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“. Entwicklung und Scheitern einer kommunistischen Gewerkschaft, VSA Verlag, Hamburg 2010, 572 S., Abb.

„Dieses Buch stellt einen sehr wichtigen Beitrag zur Kommunismusforschung und zur Entwicklung der freien und kommunistischen Gewerkschaftsbewegung dar.“ Mit diesem Satz auf dem Einband hat Siegfried Mielke die vorliegende Arbeit zusammenfassend treffend charakterisiert. Sie entstand an der Freien Universität Berlin und wurde hier am 11. Februar 2009 als Dissertation angenommen.

H. geht von der Feststellung aus, dass die kommunistische Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, die RGO wie auch der Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins (EVBM) in der Forschung bisher nur begrenzte Aufmerksamkeit fanden. Zudem dominierte die hauptsächlich von Hermann Weber begründete Auffassung, KPD und RGO seien unter dem bestimmenden Einfluss der KI zunehmend von der KPdSU und Stalin beherrscht und zu einer „Hilfstruppe“ oder – so der Buchtitel – „Moskaus Söldner“ (S.281 „Söldlinge“) geworden (S.36). Dem setzt H. sechs Thesen entgegen. Die wichtigste: Der EVBM könne nicht „allein als Resultat einer Steuerung der KI und RGI betrachtet werden“ und habe sich dem „Einflussbereich der KPD- und RGO-Leitungsgremien“ entzogen, hatte also eine „relative Autonomie“ (S.36).

Seine Thesen begründet H. nach der Einleitung und grundsätzlichen Überlegungen zur kommunistischen Gewerkschaftspolitik am Ende der Weimarer Republik detailliert in zwei chronologisch angelegten Kapiteln (1927-1930 und 1930-1933), denen er ein „Zwischenresümee“ (Kapitel 5) anfügt. In einem weiteren (6.) Kapitel untersucht H. die Rolle des EVBM in der „Illegalität und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (1933-1935)“, in der Forschung bisher fast völlig übersehen. Es folgt ein letztes (7.) Kapitel mit über 100 S.: „Die Kernmitgliedschaft des EVBM – Umrisse einer kollektiven Biografie“, ein interessanter Versuch, durch die Untersuchung der Sozialisation von 68 bedeutenden Mitgliedern (von etwa 12-15.000) und vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung seit dem Ersten Weltkrieg deren „relative Autonomie“ gegenüber der KPD- und der RGO-Führung aufzuzeigen. Zugleich bestand, so H., eine grundsätzliche Übereinstimmung mit KPD und RGO, da diese keineswegs „teufliche Pläne, dem Hirn Moskauer Diktatoren entsprungen“ (DMV-Flugblatt des 1929 – S.442) verfolgten. Ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis (S.522-568) sowie ein zuverlässiges Personenregister beschließen den Bd.

Berlin war Zentrum der deutschen Metallindustrie mit etwa 180.000 Arbeitern. 1929 gehörten 17,3 Prozent der Arbeiterinnen und 26,3 Prozent der Arbeiter der Metallindustrie dem Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV), der größten Einzelgewerkschaft des ADGB, an. Die Mitgliederzahl des Berliner DMV fiel von 82.000

im Jahre 1929 auf den Tiefstand 1932 mit 58.000 (S.50ff.). Der kommunistische Einfluss war bereits vor den „Wendungen“ von 1927 in Moskau rückläufig. Der neue Kurs auf eine eigenständigere „Gewerkschaftspolitik [...] unter revolutionärer Führung“ (S.69) führte zunächst nicht zur Bildung eigener „roter Verbände“, sondern orientierte auf revolutionäre Arbeit im ADGB/DMV, richtete sich gegen deren Schlichtungspolitik im Lohnabbau und das „Ausschlussfieber“ (S.70) gegenüber Kommunisten (war jedoch für eigene Listen bei Betriebsratswahlen) und wandte sich stärker Frauen, Jugendlichen und Erwerbslosen zu.

Mit dem Ausbau der RGO 1929/30 verstärkte sich der Druck nach „roten Verbänden“, nach selbstständigen Organisationen an der Basis; in Berlin geschah dies nach dem Rohrlegerstreik und dem Ausschluss von Teilen der Rohrleger, Dreher und Former aus dem DMV 1929. Nicht Moskauer Beschlüsse, sondern weitere Ereignisse in Berlin wie speziell der Metallarbeiterstreik im Oktober 1930 mit 130.000 Beteiligten markieren den Gründungsprozess des EVMB als erstem „roten Verband“ der RGO. Er entstand im Zuge des Streiks am 4.11.1930, obgleich die KPD die Voraussetzungen für einen solchen Verband noch nicht als gegeben ansah. Allerdings hatte der V. RGI-Kongress (15.-30.8.1930) statt der bisherigen Losung „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften“ die Forderung nach eigenen „roten Verbänden“ aufgestellt. Die konkrete Positionierung der RGO war „nicht das alleinige Ergebnis einer Fernsteuerung durch KI und

der RGI“, sondern durch lokale Faktoren beeinflusst, schreibt H. (S.277) – aber auch! Damit war der Widerspruch, in dem sich der EVBM seit Gründung befand, formuliert: Die eigene Organisation und zugleich „die Arbeit der RGO-Fraktion im DMV muss verstärkt werden“ (S.158, 212 u. a.) – Forderungen, die an der Basis „unbeachtet verhallen“ (S. 215), wie H. zu Recht meint. Der große Widerspruch „Sozialfaschismus“ und „Einheitsfront“ dominierte auch, nachdem das ZK der KPD im Februar 1932 gefordert hatte, den Kampf verstärkt in den freien Gewerkschaften zu führen und die Politik „elastischer zu gestalten“ (S.212). Der EVBM blieb trotz gewisser Korrekturen seiner Strukturen weitgehend isoliert. Geringe Erfolge konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nie gelang, „eine radikale Sammlungsorganisation [...] aufzubauen“ (S.285).

Die Errichtung der faschistischen Diktatur richtete sich natürlich sofort auch gegen den EVBM, der den DMV vergebens zu einer Einheitsfront gegen den Faschismus aufrief. Anfang 1934 zeigte sich in der RGO ein Sinneswandel: Die SPD erschien nicht mehr als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“. Man glaubte zwar immer noch an mögliche „Klassengewerkschaften“ als Alternative zur DAF, bis sich Ende 1934 die RGO auflöste und wie die KPD für den Wiederaufbau des DMV eintrat; keine KI oder RGI hinderte diese Orientierung (S. 468).

Eine Fülle von Details bietet H. schließlich im (7.) Kapitel. Ohne die ausgezeichneten Forschungsergebnisse zu referieren: Auch hier wird nach-

gewiesen, dass sich das „wissenschaftliche Modell der ‚Stalinisierung‘ [...] als nur bedingt tauglich für eine Analyse des Innenlebens“ des EVBM erweist (S.364), „vielfältige Verhaltensmuster“ (S. 365) an der Basis wie die z. T. divergierende Interessenlage zwischen der Moskauer „Welpartei“ und den Kommunisten vor Ort würden verkannt.

So kann H. in seiner „Schlussbetrachtung“ (S.477-483) sehr begründet und abgewogen feststellen, dass die bis dato „dominierende Interpretation“ durch seine Untersuchungen in soweit widerlegt sei, dass die RGO-Politik nicht das „Produkt eines aus Moskau von der KI und RGI gesteuerten Komplexes war, das die KPD-Spitze ohne eigene Entscheidungsgewalt durchzusetzen hatte“ (S.477). Es bestätigt sich die eingangs zitierte Einschätzung Mielkes. *Ingo Materna*

Ulla Plener: „Ich bereue mein Leben nicht.“ Die Lebensgeschichte einer Idealistin – Marie-Luise Plener-Huber. Teil I einer Familiensaga des 20. Jahrhunderts in Dokumenten, NORA Verlagsgemeinschaft, Berlin 2010, 496 S., Abb.

Sie waren eine Minderheit, die sich von Beginn an dem Naziregime entgegenstellte, lange bevor sich einige wenige Vertreter der militärischen Elite zum Attentat auf Hitler entschlossen. Es war der Arbeiterwiderstand, der mit Abstand den umfassendsten Beitrag zum Kampf gegen das NS-Regime leistete. Frauen und Männer riskierten bei zahllosen Aktionen Existenz und ihr Leben. Sie waren das „Fußvolk der Geschichte“ (S.342),

ohne das manche überlieferte Aktion überhaupt nicht möglich gewesen wäre. In der Erinnerung treten sie jedoch meist zurück hinter herausgehobene, mehrheitlich männliche Persönlichkeiten. Was hat sie bewogen, was hat sie angetrieben?

Die Autorin erzählt am Beispiel ihrer Mutter einen solchen Lebensweg. Sie schlägt einen großen Bogen und schildert das proletarische Milieu am Beginn des 20. Jh. Der Rückgriff auf Erinnerungen und Aufzeichnungen von Familienmitgliedern lässt ein plastisches Bild des Alltags und des politischen Klimas dieser Jahre entstehen. Hier gelingt die Verknüpfung von Dokumentenauszügen mit begleitender Erzählung besonders gut. Lebensumstände, Weltbilder und familiäres Umfeld führen aber nicht zwangsläufig zu gleichen Prägungen, schränkt die Autorin ein. Für ihre Mutter wurde „der Widerspruch, das Sich-wehren, wenn sie Ungerechtigkeit empfand oder angegriffen wurde“ (S.45), charakteristisch. Daraus speisten sich ihre Ideale. Diese charakterliche Disposition brachte sie aber auch immer wieder in Konflikt mit „karriereorientierten“ Funktionären und den Apparaten des „antimanzipatorischen Parteikommunismus“ (S.9). Die Autorin lässt vor und in den Kapiteln mehrfach Peter Weiss (1916-1982) und seine „Ästhetik des Widerstands“ zu Wort kommen, der den Widerspruch und die Konflikte zwischen emanzipatorischem Wollen der kommunistischen Bewegung und stalinistischer Parteistruktur treffend dargestellt hat.

Bereits als junge Frau wurde Marie-Luise in Moskau mit den Folgen systemimmanenten Misstrauens konfron-

tiert. Die Frau ihres Bruders war Sekretärin bei Karl Radek, und der war zum Volksfeind erklärt worden. Der Mann der Großmutter Plener, der als deutscher Spezialist in der Sowjetunion arbeitete, wurde verhaftet und erschossen. Die Familie erfuhr davon erst Jahrzehnte später.

Wer von den Frauen zur illegalen Arbeit in das Ausland geschickt wurde, war mehrfachen Belastungen ausgesetzt. Kinder mussten zurückgelassen bzw. unter den Bedingungen der Illegalität durchgebracht werden. Marie-Luise ging nach Frankreich. Die Agitation unter Wehrmachtssoldaten und die Nachrichtenbeschaffung aus deutschen Dienststellen waren physisch belastende und lebensgefährliche Unternehmungen, die in der Forschung bisher stiefmütterlich behandelt sind. Die Autorin greift das Schicksal mehrerer Frauen in der Résistance auf, um dies zu illustrieren (siehe dazu auch Ulla Plener [Hrsg.]: *Frauen aus Deutschland in der französischen Résistance. Eine Dokumentation*, Berlin 2006). Dabei gerät jedoch die Zentralfigur etwas in den Hintergrund. Der Satz, „leicht hatten es die Mädchen wirklich nicht“ (S.120), spricht Bände und ist zugleich wohl eher eine Untertreibung.

Der Neuanfang nach dem Krieg war ebenfalls wieder konfliktbeladen. Aus dem Polizeidienst in Essen als Kommunistin bald aussortiert, war die Tätigkeit in der Deutschen Verwaltung des Innern in der sowjetischen Besatzungszone zwei Jahre später gleichfalls nicht von Dauer. Westemigranten standen unter Generalverdacht, auch wenn sie im Widerstand mehrfach ihr Leben riskiert hatten. Die Demütigung

lässt sich gut nachvollziehen. Es folgten Jahre als Verlagsredakteurin bzw. Pressesprecherin sowie ein Fernstudium. Ihr Widerspruchsgeist war aber auch unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nicht unbedingt gern gesehen. Auftrieb gab ihr noch einmal der Einsatz an der Seite ihres neuen Partners als Korrespondentin in Indonesien von 1958 bis 1961. Dem folgen noch einmal fast drei Jahrzehnte als Betreuerin ausländischer Delegationen, als wissenschaftliche Mitarbeiterin und Hobbyhistorikerin, der die Erinnerung an den Widerstand am Herzen lag.

Die Autorin breitet für die Jahre ab 1949 eine große Menge an Material (Artikel und Briefe) aus. Sie ermöglichen einerseits einen unverfälschten Einblick in jeweils zeitgebundene Eindrücke und Überlegungen der Hauptfigur. Andererseits verliert sich in der Fülle hin und wieder der Hauptstrang der Erzählung. Dem Leser wird es nicht leicht gemacht, im Wechsel von illustrierender Dokumentation und kommentierender Schilderung den Überblick zu behalten. Da ohnehin ein Anhang weitere Dokumente enthält, hätten etliche Dokumente aus der vorangehenden Darstellung dorthin verlagert werden können.

Im Krisenjahr 1989 resümierte Marie-Luise Plener-Huber: „Ich bereue nicht, dass ich Kommunistin war und bin, dass ich das alles durchgemacht habe. Es war ja nicht nur die Idee – wir wollten etwas zum Guten verändern!“ (S.339) Sie hatte sich ihre „moralische Widerstandskraft und die Achtung vor [...] selbst erhalten“ (S.177), wie sie es in einem privaten Brief schon einmal 1947 formuliert hatte. Eins

wird dem aufmerksamen Leser klar: solche Biografien lassen sich nicht in das Schema rückblickender Pauschalurteile oder Schlagwörter pressen. Es lohnt sich allemal, den Idealen, den Brüchen und den Enttäuschungen etwas genauer nachzugehen.

Der Untertitel lässt auf eine beabsichtigte Fortsetzung der Familiensaga schließen.

Jürgen Hofmann

Hilde Wagner: Karl Wagner. Der Kapo der Kretiner, Pahl Rugenstein Verlag, Bonn 2009, 199 S.

In der Reihe „Bibliothek des Widerstandes“ des Pahl Rugenstein Verlages erschienen 2009 als Neuauflage die von seiner Frau Hilde (1924-2002) zusammengestellten Erinnerungen des 1983 verstorbenen Widerstandskämpfers und KZ-Häftlings in Dachau und Buchenwald Karl Wagner.

Der 1909 in Stuttgart geborene Arbeitersohn Karl Wagner lernte Kunststeinarbeiter. Als überzeugter NS-Gegner schloss er sich der KPD an, wurde bereits im März 1933 verhaftet, setzte nach dreimonatiger Haft im KZ Heuberg den Widerstand gegen das Nazi-Regime fort. Mit Unterstützung der Roten Hilfe floh er in die Schweiz und stieß zunächst auf Ablehnung – zu groß war das Misstrauen vor Agenten der Gestapo. Er kehrte im März 1935 nach Deutschland zurück, um die Leitung der Roten Hilfe in Stuttgart zu übernehmen. Schon im April wurde er verhaftet und nach monatelangen Verhören und brutalen Misshandlungen in der berüchtigten „Büchenschmiere“, dem Stuttgarter Polizeigefängnis, 1936 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Nach Haft im Ge-

fängnis Ulm kam er ins berüchtigte KZ Börgermoor. Kurz vor Weihnachten 1936 nach Dachau verschleppt, wurde er Häftling der Strafkompagnie. Hier bemühte er sich erfolgreich um die Funktion als Baukapo und stieg bis zum Lagerkapo auf. Er erstrebte und benützte das „Amt“, um Mithäftlingen zu helfen.

Häftlinge, die durch ständigen Hunger, durch Qualen und Schikanen der SS gesundheitlich völlig heruntergekommen waren, bezeichnete die SS als „Kretiner“ oder „Muselmänner“. Einer, der sich dieser „Kretiner“ annahm, war der Kapo der Arbeitskolonne am Krematoriumsbau im KZ Dachau Karl Wagner, der sich, ohne an sein eigenes Leben zu denken, für die Häftlinge einsetzte. Das Grauen, die Seuchen, Misshandlungen, der Tod in tausenderlei Gestalt – das war Dachau, und viele wären vom Wahnsinn gepackt worden, wenn sich nicht Leidensgefährten wie Karl Wagner gefunden hätten, die sie wieder aufrichteten und ihnen neuen Mut gaben.

Im April 1943 wurde Wagner Lagerältester im Außenlager des KZ Dachau, das sich im Münchner Stadtteil Allach befand. Im Sommer desselben Jahres weigerte sich Wagner, einen Befehl des Lagerführers, SS-Untersturmführer Josef Jarolin, auszuführen. Er sollte einen sowjetischen Gefangenen auspeitschen. Wagner berichtet über seine Reaktion: „Jarolin gab mir den Befehl: ‚Schlagen!‘ Ich antwortete: ‚Ich schlage nicht!‘ Jarolin: ‚Warum schlägst Du nicht?‘ Meine Antwort: ‚Ich kann nicht schlagen!‘ Nun probierte es Jarolin mit dem Zuckerbrot: ‚Versuch’s,‘ befahl er. Meine Antwort: ‚Ich schlage nicht!‘ Jetzt spielte Jarolin den wilden Mann,

zog die Pistole und brüllte: ‚Du Kommunistenschwein, das habe ich doch gewußt!‘ In diesem Moment rechnete ich damit, abgeknallt zu werden. Ich riß meine Lagerältestenbinde vom Arm und warf sie auf den Bock. Jarolin aber drückte nicht ab, er gab lediglich den Befehl, mich abzuführen. Ich wurde in den Arrestbau gebracht. Fünf Tage lang saß ich im Allacher Bunker. Danach wurde ich nach Dachau gebracht und mit sechs Wochen Dunkelarrest bestraft. Anschließend erhielt ich 25 Stockhiebe.“ (Ich schlage nicht. Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Widerstands 1943 im KZ-Außenlager Dachau-Allach, Karlsruhe 1980, S.11)

Der Mithäftling Edgar Kupfer-Koberwitz (1906-1991), Verfasser der „Dachauer Tagebücher“, notierte am 7. August 1943 in seinem Tagebuch: „Endlich wieder einmal einer, der sich wie ein Mann benimmt und wie ein Mensch.“ (Die Mächtigen und die Hilflosen, Bd. II, Stuttgart 1960, S.147)

Im Juli 1944 auf Vernichtungstransport in das KZ Buchenwald geschickt, überlebte Karl Wagner dank der Solidarität seiner Mithäftlinge. Nach der Befreiung wieder aktives Mitglied der KPD, arbeitete er in der Rückführungsstelle für ehemalige Verfolgte des Naziregimes in Stuttgart bzw. als VVN-Funktionär in Stuttgart und in Karlsruhe. 1968 trat er der Deutschen Kommunistischen Partei bei.

Angemerkt sei noch, dass Josef Jarolin, der berüchtigte Schutzhaftlagerführer im Konzentrationslager Dachau und Lagerführer des Dachauer Außenlagers Allach, zuletzt SS-Obersturmführer, im Dezember 1945 von

einem amerikanischen Militärgericht wegen Kriegsverbrechen zum Tod durch den Strang verurteilt und im Mai 1946 in Landsberg am Lech gehängt wurde.

Nach dem Tod ihres Mannes 1983 arbeitete Hilde Wagner seine Aufzeichnungen und die gesammelten Dokumente literarisch auf und veröffentlichte sie 1991 im Eigenverlag. Als sich im Oktober 2008 auf dem Friedhof in Grötzingen Freunde und Weggefährten zu einer Gedenkfeier anlässlich des 25. Todestages ihres Kameraden Karl Wagner trafen, versprachen sie, dass 2009, anlässlich des 100. Geburtstages von Karl Wagner, das Buch von Hilde Wagner „Der Kapo der Kretiner“ wieder aufgelegt wird. Dieses Versprechen hielten sie ein, Hilde Wagner indes erlebte die Neuherausgabe des Buches nicht mehr, sie war im April 2002 in Karlsruhe verstorben. Nun ist dieses Buch wieder verfügbar – und es sollte in die Hände möglichst vieler junger Leserinnen und Leser gelangen. *Andreas Herbst*

R. S. Rose/Gordon D. Scott: Johnny. A spy's life, Pennsylvania State University Press, University Park 2010, XVI, 462 S.

Die beiden Autoren haben sich mehr als zehn Jahre mit dem Leben des „abtrünnigen“ deutschen Kommunisten und langjährigen britischen Geheimdienstspitzels Johann Heinrich Amadeus de Graaf (1894-1980), besser bekannt als Johnny de Graaf, befasst. Bereits im Jahre 2001 publizierte einer der Autoren in einer renommierten US-amerikanischen Zeitschrift ein erstes vielversprechendes Ergebnis der

gemeinsamen Arbeit (R. S. Rose: Johnny's Two Trips to Brazil, in: Luso-Brazilian Review, Vol. 38, No. 1, Summer, 2001).

Das jetzt veröffentlichte Buch kann den damals geweckten Erwartungen in keiner Weise gerecht werden. Zwar enthält der umfangreiche wissenschaftliche Apparat eine lange Liste der angeblich genutzten Quellen und Archive aus aller Welt und eine beeindruckende Übersicht der – wiederum – angeblich genutzten Sekundärliteratur. Doch letztlich kommt in dem Buch nur Johnny de Graaf selbst zu Wort: In den Jahren 1975 und 1976 führte Scott zahlreiche Gespräche mit ihm, der zu dieser Zeit bereits seit vielen Jahren als Geschäftsmann und Pensionär in Kanada lebte. Die Tonbandaufzeichnungen dieser Gespräche waren in der Folge die wichtigste Grundlage des nun vorliegenden Buches. Die Darstellungen de Graafs wurden von den Autoren grundsätzlich nicht infrage gestellt und nur ausnahmsweise – und dann stets sehr wohlwollend – auf ihre Plausibilität geprüft.

So ist ein Buch entstanden, das in weiten Teilen fatal an eine US-amerikanische Publikation aus dem Jahre 1940 erinnert. Damals erschien unter dem Titel „Out of the Night“ die angebliche Autobiografie des deutschen Kominternfunktionärs Jan Valtin, die sich jedoch sehr bald als phantasievolle Werk des weithin unbekannteren früheren KPD-Funktionärs Richard Krebs entpuppte. Dieser hatte tatsächlich zeitweise eine untergeordnete Rolle im Kominternapparat gespielt, wollte nun aber nach seinem Wechsel auf explizit antikommunistische Positionen Mitte der Dreißiger-

jahre mit seinem Buch ein neues, eben antikommunistisches Glaubensbekenntnis ablegen.

Auch bei dem Buch über Johnny de Graaf muss grundsätzlich jede Aussage angezweifelt werden. Das liegt nicht nur an den zahllosen Ungenauigkeiten hinsichtlich einzelner historischer Fakten, für die einige kurze Beispiele genügen sollen: Das maßgebliche Führungsgremium der KPD war erst ab 1925 das Zentralkomitee, vorher hieß es einfach Zentrale. Und der Rotfrontkämpferbund wurde erst 1924 gegründet und konnte schon deshalb im Jahre 1923 keine zwei Millionen (sic!) Mitglieder haben (S.88). Die Gestapo wurde erst im April 1933 gebildet, konnte also nicht schon im Januar 1933 gegen deutsche Antifaschisten vorgehen. Die wichtigste paramilitärische Organisation der deutschen Faschisten war im Frühjahr 1933 nicht die SS, sondern die SA (S.168) usw. usf.

Schlimmer noch, es gibt wiederholt Darstellungen, von denen die Autoren ganz offensichtlich wussten, dass sie falsch waren, die sie aber dennoch unkommentiert in der Diktion von de Graaf wiedergeben: So soll beispielsweise Arthur Ewert, bis 1929 Mitglied des KPD-Politbüros, dann aber als sogenannter Versöhnler von der Arbeit in der KPD ausgeschlossen, angeblich im Januar 1933 auf einer Kundgebung der KPD in der Berliner Schützenhalle (sic!) gesprochen haben, bei der verkündet wurde, dass nicht Hitler, sondern Franz Bracht der nächste deutsche Reichskanzler werden würde (S.168). Tatsächlich befand sich Ewert aber zu diesem Zeitpunkt im Auftrag der Komintern bereits in

China, wie die Autoren wenige Seiten später selbst bestätigen (S.184).

Wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Leben von Johnny de Graaf werden nicht oder nur am Rande erwähnt. So bleibt beispielsweise die Rolle, die er in den Zwanzigerjahren in der KPD spielte, vollkommen diffus. Offenbar wollten die Autoren den Eindruck erwecken, dass de Graaf in dieser Zeit zwar aktiver Kommunist war, aber außerhalb der offiziellen Parteistrukturen stand. Das Gegenteil jedoch ist richtig. Denn de Graaf war ein gut funktionierender Teil des von ihm in diesem Buch viel geschmähten Apparates mit Verantwortung für das gesamte Ruhrgebiet, mehr noch, er zählte zu jenem auserwählten Kreis von Funktionären, deren Status durch ein Mandat als Landtagsabgeordnete aufgewertet wurde. Davon erfährt der Leser allerdings nichts.

Geradezu lächerlich ist die Schilderung der Kontaktaufnahme de Graafs mit dem britischen Geheimdienst im Sommer 1933 in Berlin. So soll Frank Foley, ein erfahrener und fähiger Geheimdienstoffizier, der in späteren Jahren maßgeblichen Anteil daran hatte, dass in Hitlerdeutschland keine Atombombe gebaut werden konnte, dem Selbstanbieter de Graaf bereits beim ersten Gespräch mitgeteilt haben, dass die Mitbegründer der USPD Dittmann, Haase und Ladebour (sic!) jahrelang auf den Gehaltslisten des britischen Geheimdienstes standen und dass das gesamte Projekt USPD vom britischen Geheimdienst finanziert wurde (S.172). Abgesehen davon, dass die Autoren jeden Beleg für die von ihnen mitgetragene Behauptung de Graafs schuldig bleiben, ist es

absurd anzunehmen, dass ein Geheimdienstoffizier eine so wichtige Information ohne Not an einen unbeteiligten Dritten weitergeben würde.

Nur noch als zynisch ist die Darstellung der „Intentona Comunista“, des kommunistischen Aufstandsversuch in Brasilien im November 1935, zu bezeichnen. De Graaf, der ebenso wie Arthur Ewert zu den Emissären der Komintern gehörte, die in Brasilien die Übernahme der politischen Macht durch Luis Carlos Prestes und die kommunistische Partei organisieren sollten, informierte regelmäßig den britischen Geheimdienst über jeden geplanten Schritt, der wiederum alle Informationen an die brasilianischen Behörden weitergab. Dass es unter diesen Umständen keine Chance für einen Erfolg der Operation gab, lag also nicht an der von de Graaf immer wieder mit Verve beklagten falschen Einschätzung der Lage durch Prestes, Ewert und Co., sondern eben daran, dass die Gegenseite durch den Verrat von de Graaf jederzeit detailliert informiert war.

Kurzum: Mit den ausführlichen mündlichen Schilderungen de Graafs verfügten die Autoren über eine Quelle, die bei kritischer und distanzierter Verwendung zu einem einzigartigen Buch hätte führen können. Diese Chance wurde – aus welchen Gründen auch immer – vertan. *Ronald Friedmann*

Stefan Müller: Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürrbeck (1912-2001), (zugl. Diss. FU Berlin 2009), Klartext Verlag, Essen 2010, 567 S., Abb.

M. stellt in seiner Biografie einen Gewerkschafter vor, der in der sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegung vor 1933 sozialisiert wurde und nach 1945 als Betriebsratsvorsitzender bei AEG und später im Vorstand der IG Metall Karriere machte. Einen besonderen Akzent erhält die Darstellung durch den zweimal erhobenen Vorwurf, Dürrbeck sei Agent des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR und, so der Vorwurf im zweiten staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren, 1961 an der Entführung des Redakteurs der Zeitschrift „Metall“ Heinz Brandt beteiligt gewesen. Auf die juristisch nie geklärten Vorwürfe geht M. umfassend ein.

Heinz Dürrbeck wurde 1912 in Stuttgart als ältester Sohn des Holzarbeiters Franz Dürrbeck und seiner Ehefrau Elisabeth geboren. Da der Vater seit 1915 im Kriegeinsatz als vermisst galt, zog die Familie 1917 zu den Eltern der Mutter nach Hannover-Linden.

Im „Roten Linden“ wuchs Dürrbeck im sozialdemokratisch geprägten Milieu auf, das ihn zeitlebens prägen sollte. Mit dem Besuch der Mittelschule legte er die Grundlage für seinen späteren beruflichen und sozialen Aufstieg. Nach einer Elektrolehre absolvierte er mit einem Stipendium der Stadt Hannover ein zweijähriges Studium der Elektrotechnik. Dürrbeck war in der sozialdemokratischen Arbeiterjugend und dann im kommunistischen Jugendverband organisiert. Für Anfang 1933 lässt sich die Teilnahme Dürrbecks an illegalen Aktionen gegen das NS-Regime nachweisen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg engagierte Dürrbeck sich als Betriebsrat in

der AEG und als Gewerkschafter in der IG Metall. Es ging um Möglichkeiten und Grenzen der betrieblichen Mitbestimmung, um Entnazifizierung und in den ersten Monaten und Jahren besonders um alltägliche Versorgungsprobleme der Belegschaft. M. arbeitet deutlich heraus, dass die Betriebsvereinbarung des Gesamtbetriebsrates – dem Dürrbeck auch angehörte – mit dem Vorstand der AEG vom Oktober 1946 eine der frühesten und weitestgehenden in der Britischen Besatzungszone (BBZ) war. Besonders hervorzuheben ist die Vereinbarung zur Aufnahme von Arbeitnehmervertretern mit Sitz und Stimme, also mitbestimmend und nicht nur informativ, in Vorstand und Aufsichtsrat der AEG, was aber für den Vorstand letztlich nicht durchsetzbar war. Auch die erweiterte Mitbestimmung entsprechend der im Montanbereich war nicht erreichbar.

Beim Wiederaufbau der Gewerkschaften in der BBZ schildert M. die bekannten Problemlagen: Die Entscheidung zwischen dem Modell des Industrieverbandssystems und der in Niedersachsen favorisierten „Allgemeinen Gewerkschaft“, gegliedert nach relativ unselbstständigen Wirtschaftsgruppen innerhalb eines zentralen Verbandes. Die dritte Variante in der BBZ, das Hamburger Modell mit selbstständigen Einzelgewerkschaften, brachte auch eine selbstständige Angestelltengewerkschaft hervor, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG).

1948 wurde Dürrbeck zum Vorsitzenden des Bezirksangestelltenausschusses der niedersächsischen IG Metall gewählt, an deren Spitze Otto Brenner

stand. Auf dessen Initiative wurde Dürrbeck im Januar 1954 in den geschäftsführenden Vorstand gewählt. Er passte in den personellen und politischen Umbruch der IG Metall, den Brenner Anfang der 50er-Jahre einläutete. Die Strategie der Demokratisierung der IG Metall war auch eine Auseinandersetzung mit der Funktioniärgeneration, die schon vor 1933 hauptamtlich tätig gewesen war und die von Brenner und Dürrbeck mitverantwortlich gemacht wurde für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933.

Die Gruppe um Brenner und Dürrbeck gehörte zu den kämpferisch eingestellten Sozialisten in der Endphase der Weimarer Republik, die am Immobilismus der alten Arbeiterbewegung verzweifelten. M. führt für diese Gruppe den Begriff der „sozialistischen Brückengeneration in den deutschen Gewerkschaften“ ein, „die verbindende Glieder zwischen der ‚alten‘ Arbeiterbewegung der Weimarer Republik und der Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik“ waren und bis Anfang der 70er-Jahre die „politische Ausrichtung der IG Metall“ (S.16) bestimmten. Ausführlich beschreibt M. Dürrbecks Bemühungen in der Angestelltenpolitik der IG Metall. Grund allen Übels war für diesen das falsche Bewusstsein der Angestellten. „Es kommt also darauf an, den Angestellten ihre wirkliche Lage klar zu machen“ (S.198), war eine Grundüberzeugung von Dürrbeck.

Detailliert schildert M. in dem zentralen Kapitel des Buches die Bildungsarbeit der IG Metall, für die Dürrbeck zwischen 1962 und 1972 zuständig

war. Wesentlich mit Hans Matthöfer, der seit 1960 die zuständige Vorstandsabteilung leitete, und in intensiver Zusammenarbeit mit jungen Sozialwissenschaftlern entwickelte Dürrbeck die IG Metall-Bildungsarbeit zur Massenbildung. Für ihn war Bildung ein wesentlicher Ansatzpunkt für die Demokratisierung der Gewerkschaften und die Verbreiterung aktiver Gewerkschaftsbasis, um gewerkschaftliche Gegenmacht aufzubauen. Eng mit diesem Konzept verbunden war die Schulung von Bildungsobleuten. Demokratisch-kritische Bildungsarbeit hieß unter Dürrbeck und Matthöfer auch Kritik an der eigenen Organisation und Infragestellen der Machtpositionen von Bezirksleitern und anderen Funktionsträgern. Der sich daraus entwickelnde Konflikt um die Bildungsarbeit in der IG Metall, die Dürrbecks Kontrahenten „zu wenig an den Interessen der Organisation orientiert war“ (S.13), führte schließlich 1972 zu dessen Ablösung. Ähnlich wie in der Angestelltenfrage erreichte er auch im Bildungsbereich sein Ziel nicht, wofür er auch den Apparat der IG Metall verantwortlich machte.

M., der sein Buch mit einem Kapitel „Plädoyer für eine politische und emanzipatorische gewerkschaftliche Bildungsarbeit“ abschließt, hat ein engagiertes, gut recherchiertes Buch über Heinz Dürrbeck, aber auch über die IG Metall in den ersten dreißig Jahren der BRD vorgelegt. Er weist zu Recht darauf hin, dass „die Biografien wesentlicher Gewerkschaftsführer [...] nach wie vor ungeschrieben“ (S.21) sind. Ohne von einem neuen Boom sprechen zu wollen, scheint das Thema Arbeiter- und Gewerkschaftsbe-

wegung wieder verstärktes Interesse zu finden, wie an den biografischen Veröffentlichungen der letzten Jahre zu Otto Brenner, Hans Gottfurcht, Hans Böckler oder auch Carl Legien ersichtlich ist. *Joachim Heinz*

Augustin Souchy: Anarchistischer Sozialismus, hrsg. von Hans Jürgen Degen und Jochen Knoblauch (Klassiker der Sozialrevolte, Bd. 21), UNRAST Verlag, Münster 2010, 273 S.

Augustin Souchy (1892-1984) war sicher eine der bekanntesten anarchistischen Persönlichkeiten der alten Bundesrepublik, die nicht nur in den einschlägigen Blättern der kleinen anarchistischen Szene zu Wort kam, sondern auch in überregionalen Zeitungen und Zeitschriften wie der Berliner „tageszeitung“ (taz), dem „Parlament“ oder dem Hamburger Nachrichten-Magazin „Der Spiegel“. Er gilt als einer der wenigen internationalen Aktivisten, die als Bindeglied zwischen dem „Alt-Anarchismus“ vor dem Zweiten Weltkrieg und dem „Neo-Anarchismus“ seit Ende der 1960er-Jahre fungierten. Souchy sei aber kein eigenständiger Theoretiker des Anarchismus gewesen, konstatieren die Hrsg. des Bd., sondern „ein Multiplikator libertärer Theorien“ (S.13).

Aufgewachsen in einem sozialdemokratischen Elternhaus in Oberschlesien, in dem nach der Revolution von 1905 in Russland auch russische Revolutionäre verkehrten, wurde er mit deren Ideen und Vorstellungen vertraut. „Ich staunte, machte große Augen und Ohren und wurde Revolutionär“, erzählte Souchy gegen Ende

seines Lebens über diese Kindheits-Erfahrung (S.8).

Als Neunzehnjähriger kam er 1911 nach Berlin, wo er durch Vermittlung Eduard Bernsteins den Anarcho-Sozialisten Gustav Landauer traf und Mitglied der Gruppe „Beginnen“ des „Sozialistischen Bundes“ wurde. Als überzeugter Antimilitarist floh er bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges ins neutrale Schweden, wo er sich in der anarchosyndikalistischen Sveriges Arbetare Centralorganisation (SAC, Schwedische Arbeiter-Zentralorganisation) engagierte. Zwischen 1919 und 1933 war er einer der führenden Köpfe der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD). Als deren offizieller Vertreter nahm Souchy 1920 am II. Kongress der Kommunistischen Internationale in Moskau teil und bereiste in dem Jahr Sowjetrußland. Am Rande des Kongresses hatte er eine Diskussion mit Lenin, der versuchte, ihn von seiner „linken Kinderkrankheit“ zu heilen. Doch sowohl die Reiseerlebnisse in Sowjetrußland als auch die Debatte mit Lenin führten zu einer Festigung der anti-autoritären, anti-staatlichen und anti-marxistischen Auffassungen Souchys und „bestimmten nachdrücklich die Bolschewismuskritik der FAUD mit“, schreiben D. und K. So verwundert es nicht, dass Souchy 1922 zu den Mitbegründern der anarchosyndikalistischen Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) gehörte, die als Gegenründung zur Komintern gedacht war, und dass er neben Rudolf Rocker und Alexander Schapiro dann als einer der Sekretäre der IAA tätig war.

1933 emigrierte Souchy nach Frankreich, während des spanischen Bürgerkrieges war er als Leiter für Außeninformation der anarchosyndikalistischen Confederación Nacional del Trabajo (CNT, Nationale Konföderation der Arbeit) tätig. Nach der Niederlage der Spanischen Republik floh er zunächst nach Frankreich, 1940 dann nach Mexiko. Vortragsreisen führten Souchy nach dem Zweiten Weltkrieg durch Mittel- und Südamerika, in die USA, nach Kanada, Westeuropa, Äthiopien, Madagaskar und Israel, bevor er 1966 in die Bundesrepublik zurückkehrte.

Geprägt von der schwedischen (pragmatischen) Variante des Anarchosyndikalismus in Gestalt der SAC, wandelte er sich nun schrittweise vom revolutionären Syndikalisten und Anarchosyndikalisten zum „revisionistischen“ Syndikalisten und gab den Jugendtraum von der alles umstürzenden, verändernden Revolution gegen Ende seines Lebens völlig auf. Einer friedvollen, herrschaftslosen Gesellschaft räumte er schließlich erst für das 21. Jh. eine Chance ein. Wesentliche Stichworte für seinen anarchistischen „Freiheitlichen Sozialismus“ waren „direkte und permanente Kontrolle durch die Produzenten und Konsumenten in der Wirtschaft“ und „Initiative des Volkes statt Einmischung durch Regierungsorgane“ (S.56). Dem „Spiegel“ sagte er 1983: „Anarchismus ist Gesetz und Ordnung ohne Gewalt.“ (S.260)

Im klassischen Verständnis von Anarchismus unterstrich Souchy immer wieder die Ablehnung von Autorität und Staat. Macht korrumpiere immer. „Nähmen die Anarchisten an der

Macht teil“, erklärte er 1977, „dann würden auch sie korrupt werden. In der Nichtbeteiligung an der praktischen Politik liegt ihre Einzigartigkeit, ihre Bedeutung für den Fortschritt.“ (S.240) Es sei immer so: „Die Eroberung der politischen Macht durch eine Partei führt nicht zur Emanzipation des Proletariats, sondern zur Errichtung einer neuen Herrschaftselite.“ (S.264) Es gehe den Anarchisten nicht darum, „den Machthaber auszutauschen, sondern die Institution der staatlichen Macht zu beseitigen“ (S.21).

Wiederholt betonte Souchy den Gegensatz von Marxismus und Anarchismus, ersterer habe schmähslich versagt, so seine tiefe Überzeugung. „Der Staatssozialismus à la Marx und Lenin hat sich als der falsche Weg erwiesen“, konstatierte Souchy 1983. „Das russische Volk kam vom kapitalistischen Regen in die totalitäre Traufe.“ (S.62) Und schon 1950 schrieb er, dass in den sogenannten Volksdemokratien in Mittel- und Osteuropa der Kapitalismus nicht beseitigt sei, sondern nur seine Form geändert und sich zum Staatskapitalismus gewandelt habe. Durch Überführung des Privateigentums in Staatseigentum würde die kapitalistische Ausbeutung *nicht* abgeschafft, der Staatskapitalismus gewähre den Arbeitern keine besseren Lebensbedingungen als der Privatkapitalismus (S.54f).

Im klassischen Verständnis des kollektivistischen Anarchismus à la Kropotkin, Landauer oder Reclus pochte Souchy auf die Ziel-Mittel-Identität: „Die Ära von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit kann nicht durch totalitäre Methoden eingeführt werden.“

(S.62) Die These von der diktatorischen Übergangsperiode als Vorstufe zum kommenden Paradies habe ihre Glaubwürdigkeit verloren (S.252). Und mit dem Blick auf die Krieg-Frieden-Frage unterstrich Souchy, dass der Grundsatz der Gewaltlosigkeit dem Anarchismus inhärent sei und zum Wesen der Herrschaftslosigkeit gehöre (S.240). „Wer sich heute zum Sozialismus bekennt“, schrieb er um 1970 in einem bisher unveröffentlichten Manuskript, „kann nicht Krieg und Militarismus bejahren“. (S.226)

Der von D. und K. vorgelegte Sammelbd. ist eine Zusammenstellung von Texten aus allen Politikphasen Souchys und gibt einen Überblick über sein breites publizistisches Wirken von den 1920er-Jahren bis zu seinem Lebensende. Darunter befinden sich Artikel, die heute schwer zugänglich sind, einige Erstübersetzungen und bisher unveröffentlichte Manuskripte. Der Bd. gliedert sich in sieben Teile. Teil 1 enthält Selbstzeugnisse Souchys, Teil 2 Texte zur Theorie von Sozialismus, Anarchismus und Anarchosyndikalismus. Teil 3 birgt Texte zur Entwicklung in Sowjetrußland bzw. in der Sowjetunion, darunter den Redebeitrag Souchys auf dem II. Kongress der KI 1920. Teil 4 ist der „sozialen Revolution“ in Spanien während des spanischen Bürgerkrieges gewidmet. Teil 5 enthält Beiträge zu (aus Sicht Souchys – trotz der aufgetretenen Probleme – durchaus wegweisenden) Sozialexperimenten, insbesondere in Mexiko, Paraguay, Frankreich und Israel, und zur (Arbeiter-)Selbstverwaltung in Spanien, Jugoslawien und Uruguay. Teil 6 bietet Interviews, Reden und andere Texte zu Antimilitarismus, Gewaltlo-

sigkeit und zur Zukunft des Friedens. Teil 7 befasst sich mit der Zukunft des Anarchismus. Eine Auswahl-Bibliografie der Schriften Souchys (Bücher und Broschüren) rundet den lesenswerten Bd. ab. *Jochen Weichbold*

Bernd Bonwetsch (Hrsg.): Kriegskindheit und Nachkriegsjugend in zwei Welten. Deutsche und Russen blicken zurück, Klartext Verlag, Essen 2009, 327 S., Abb.

Insgesamt 17 Historiker – zehn Deutsche und sieben Russen, geboren zwischen 1933 und 1942 – erinnern sich an Kindheit und Jugend im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit, wobei das Besondere und Eigenartige der Sammlung aus dem Umstand erwächst, dass alle Autoren Historiker sind, „die deutschen mit dem Schwerpunkt osteuropäische, insbesondere russische Geschichte, die russischen mit dem Schwerpunkt deutsche Geschichte“ (S.13). Da nur drei Frauen an diesem Unternehmen beteiligt waren, konfrontiert es den Leser vor allem mit Aufzeichnungen über Erlebnisse und Werdegang männlicher Heranwachsender. Ostdeutsche Osteuropaforscher wurden entweder nicht um Mitwirkung gebeten oder wollten sich nicht äußern. Eine verbindende Zwischenstellung nimmt die in Sibirien aufgewachsene Ludmila Thomas ein, deren wissenschaftliche Karriere aber in der DDR und danach der Bundesrepublik stattfand.

Die Frage, ob es eine gute Idee war, beide Erfahrungswelten in einem Buch vorzustellen, ist nicht ohne Weiteres

mit Ja zu beantworten. Glück und Unglück sahen nun einmal im realen Sowjetsozialismus wesentlich anders aus als im Westen. B. schickte der Sammlung immerhin eine behutsam argumentierende Einleitung voran, die auf die innere Problematik und auch die Grenzen des Bd. aufmerksam macht. Ihm war offensichtlich daran gelegen, keine simple Gleichsetzung der je unterschiedlichen nationalen Erfahrungen zuzulassen: „Zumindest in Bezug auf Deutsche ist es zweifellos ein Balanceakt, vom Leiden von Gruppen einer Gesellschaft zu sprechen, die als ganze so viel Leid über andere gebracht hat“ (S.7). Erleichtert stellte er fest, dass keiner der deutschen Beiträger Mitleid erwecken oder sich als Opfer gerieren wollte. Aber, so meinte er weiter: „Die Erfahrung einer Ausbombung, einer Beraubung, einer Vergewaltigung oder eines Totschlags wird nun einmal durch Reflexionen über deutsche Schuld und alliierte Vergeltung nicht verändert.“ (S.8) Doch ist eine Verarbeitung solcher Erlebnisse tatsächlich zu erreichen, ohne die Frage nach dem Warum zu stellen?

In direkte Kampfhandlungen an der Front war keiner der hier Vertretenen einbezogen, aber Not und Entbehrungen erfuhren sie alle, die russische Seite jedoch in unvergleichlich höherem Maße. Mit Aufnahmen von russischen Kindern inmitten noch rauchender Ruinen hat der Hrsg. im beigegebenen Bildteil versucht, wenigstens einen Eindruck von Härte und Unglück dieser Kriegskindheiten zu vermitteln. Besonders verweist er aber auf die schrecklichen „Erfahrungen aus dem belagerten, ausgehungert-

ten und erfrierenden, aber eben nicht besetzten Leningrad“ (S.18). In dem sehr berührenden Beitrag „Ein Leben, das auch nicht hätte sein können“ berichtet darüber Sergei Suchorukow. Auch nach dem Krieg war das Dasein extrem bedroht. So gingen 1947 während der größten Hungersnot, die die deutschen Probleme dieser Jahre weit übertraf, Kinder in umliegende Dörfer Essbares erbetteln, um zum Überleben der Familie beizutragen (Viktor Pawlow).

Hinsichtlich ihrer sozialen Herkunft unterscheiden sich die Autoren ebenfalls in vieler Hinsicht. Entstammten die Deutschen mehrheitlich „bürgerlichen Familien“ (so B.), vor allem Akademikerkreisen, also traditionellen Bildungsschichten, kamen „die Angehörigen der russischen Gruppen überwiegend aus einfachsten Verhältnissen“ (S.15).

Die in ihrer Ausführlichkeit unterschiedlichen Erinnerungen (farbig und faktenreich beispielsweise Claus Scharf über sein Aufwachsen in Leipzig, der Generalstäblerssohn Hans-Heinrich Nolte „Über Kindheit und Jugend in Deutschland“ oder Arkady Tsfasmans über „Abschied von einer Illusion“) machen wie schon frühere Erinnerungsdokumente und Kindheitsforschungen erneut auf die außergewöhnlichen Leistungen der Mütter oder Großeltern aufmerksam, die das relativ sichere Durchkommen der Kinder ermöglichten. Sie bestätigen außerdem die Erfahrung, dass Kinder in der Obhut vertrauter Bezugspersonen die Kriegs- und Hungersituationen mehr oder weniger angstfrei und gar als irgendwie interessante Zeiten erlebten, die schlechten Wohnverhältnisse und

ihre Mithilfe bei Lebensmittelbeschaffungsaktionen eingeschlossen. Hunger lernten einige der deutschen Kinder vor allem in der unmittelbaren Nachkriegszeit kennen. Eine Beruhigung der Lage setzte aber im Westen schon Ende der 40er-Jahre ein, auch die Wohnungssituation wandelte sich bis in die 50er hinein zum Positiven. Die Heranwachsenden lebten nun ein weitgehend normales Leben, suchten nach Gemeinschaften, und einige fanden sie zunächst bei den deutschen (Carsten Goehrke) oder russischen (zunehmend kritisch bis zum Austritt bei Julia Oswald) Pfadfindern sowie in der katholischen bündischen Jugend „Neudeutschland“ (Hans Hecker), die ihnen traditionelle bürgerliche, aber eben auch konservative Werte vermittelten bzw. vermitteln wollten.

Unübersehbar ist das Bemühen der deutschen Lehrer-, Hochschullehrer- oder anderen Akademikereltern, ihrem Nachwuchs nach wie vor eine gediegene Bildung angedeihen zu lassen, um den darauf beruhenden sozialen Status der Familien für die Zukunft zu erhalten. Die den einzelnen Erinnerungsberichten beigegebenen Biografien der Autoren widerspiegeln denn auch stetig aufsteigende Wissenschaftlerkarrieren. Der Werdegang von Scharf, der nach dem Abitur von Leipzig in die Bundesrepublik übersiedelte, nach dem Studium aber u. a. aktiv in der SPD wirkte, sich zwar an wissenschaftlichen Projekten beteiligte, aber erst 1993 promovierte (übrigens bei einem der wichtigsten Osteuropaforscher der DDR, bei Erich Donnert), ist eher die Ausnahme. Auch die Kinder russischer Lehrer- oder Arztfamilien (Galina Saposchni-

kowa, Alexei Filitow, L. Thomas) wechselten meist nahtlos bei Erlangen der Hochschulreife, die in der Sowjetunion bekanntlich schon nach zehn Schuljahren erreicht wurde, auf Hochschule oder Universität. Die Wege russischer Arbeiter- oder Bauernkinder waren indes oft steiniger und führten erst über Wehrdienst, Berufstätigkeit und Abendstudium an höhere Lehranstalten, aber sie erfuhren keine soziale Ausgrenzung (u. a. Michail Jerin).

Als besonders aufschlussreich erweisen sich die autobiografischen Schilderungen vor allem insofern, als der je individuelle Rückblick auf Kindheit und Jugend geradezu unweigerlich zur Familiengeschichte und damit zum sozialen und auch politischen Umfeld führte. B. nennt als „interessante Gemeinsamkeit“ der deutschen Vf.: „Alle stammen aus dem Osten – aus dem Baltikum, dem Sudetenland, den Gebieten jenseits von Oder und Neiße oder dem Teil Deutschlands, der zur Sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR wurde. [...] Vorstellungen über den Kriegsgegner Sowjetunion und das von ihm vertretene System haben die Westbewegung aller bzw. die der verantwortlichen Elternteile beeinflusst, wenn nicht gar provoziert.“ (S.15) Inwieweit dieser Umstand die Sichtweisen der späteren Osteuropaforscher so oder so beeinflusste, bleibt vage. Genauere Selbstauskünfte über etwa prägende Wirkungen der Kinder- und Jugendjahre im Allgemeinen bzw. explizit unter den Bedingungen des Dritten Reiches oder auch der Adenauerzeit erfolgten eher sporadisch. Desgleichen werden die Verstrickungen der Eltern in die Naziwelt meist

sehr verhalten problematisiert. Kritische Töne wie später bei den 68ern findet man kaum. Unter den russischen Familiengeschichten erfordern die von L. Thomas „Kindheit in Sibirien“ und A. Tsfasman besondere Aufmerksamkeit, weil sie nicht nur Auswirkungen des Krieges auf ihr Erwachsenwerden schildern, sondern über die schwierigen Lebensverhältnisse politisch gefährdeter Gruppen einstiger Sowjetbürger informieren.

Der Hrsg. betonte ausdrücklich, dass der Bd. kein Ergebnis eines wissenschaftlichen Forschungsprojektes sei und auch nicht als Material eines solchen dienen wolle. So gesehen kann jeder – auch der Historiker – für sich herauslesen, was für ihn von Interesse ist oder seinen Widerspruch herausfordert. *Evemarie Badstübner*

Detlef Nakath (Hrsg.): DDR-Geschichte: Bilder und Zerrbilder. Siegfried Prokop zum 70. Geburtstag, Karl Dietz Verlag, Berlin 2010, 340 S.

Im Februar 2010 veranstaltete die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg zu Ehren des 70. Geburtstages ihres Vorsitzenden Prof. Dr. Siegfried Prokop ein Kolloquium, mit dem sie ihn als einen der Wissenschaftler und Zeithistoriker würdigte, der sich zeit seines „beruflichen Lebens von linken Positionen um eine konstruktive und zugleich kritische Sicht auf die Geschichte der DDR bemüht“ hat (S.7). Pünktlich zur Veranstaltung konnte außerdem ein hiermit vorzustellender Sammelbd., von N. langfristig geplant und vorbereitet, als Festschrift an die Teilnehmer des Kolloquiums überge-

ben werden – eine Leistung, die besondere Anerkennung verdient.

An der Festschrift für Siegfried Prokop beteiligten sich 20 Autoren mit 21 Beiträgen – sowohl ältere, gleichaltrige als auch jüngere Kollegen (z. T. Schüler) des Jubilars, von denen 17 bereits in der DDR geforscht und gelehrt hatten bzw. auf anderen Gebieten tätig waren. Außerdem sind Fritz Vilmar, ehemals Berlin (West), Eiichi Kido (Osaka) und Jean Mortier (Paris) mit interessanten Beiträgen vertreten.

Nach einem kurzen Vorwort des Hrsg. würdigen N. (Würdigende Gedanken zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Siegfried Prokop; S.9-16) und Vilmar (Ein linker Intellektueller: Laudatio für Siegfried Prokop; S.17-24) Lebensweg und wissenschaftliche Leistungen des Jubilars. Übereinstimmend benennen sie die vier Schwerpunkte seiner akribischen Forschungen und umfangreichen Publikationen: Geschichte der DDR, Sozialgeschichte der DDR-Intelligenz, Aspekte der Geschichte der Bundesrepublik, biografische Arbeiten zu Persönlichkeiten der DDR-Geschichte. Dabei heben sie besonders hervor, dass Prokop sich vornehmlich mit „Umbruchsituationen der DDR-Geschichte“ (1953, 1956, 1961, 1978) beschäftigte und durch seine Publikationen sowie die von ihm vorgelegten Dokumentationen zur Lage der DDR-Intelligenz immer wieder „auf die schicksalhafte Rolle der linken Intellektuellen für das Wohl und Wehe einer neuen Gesellschaft“ eingegangen ist und damit zugleich „eine[n] weitere[n] Baustein für eine noch zu schreibende Gesellschaftsgeschichte der DDR“ vorgelegt hat (S.24, 19). Beide Laudatoren ver-

weisen auf eine ihnen besonders wichtige Eigenschaft Prokops, die seine Forschungen und Publikationen auszeichnet: seinen „Umgang mit Primärquellen“ (S.15). „Die große Leistung Prokops liegt in der Ausgrabung“ (S.21). Manfred Bogisch ergänzt diesen Aspekt mit der Feststellung: „Prof. Prokop betritt erst dann das Podium zur öffentlichen Rede, wenn er das Archiv verlassen hat!“ (S.86)

Die folgenden 19 Beiträge sind nach Familiennamen in alphabetischer Reihenfolge geordnet. Thematisch lassen sie sich – obwohl bei einigen die Zuordnung auch zu einem anderen Schwerpunkt erfolgen könnte – in fünf Gruppen gliedern: SBZ und Vorgeschichte der DDR (2), Aspekte der DDR-Geschichte (7), explizite Auseinandersetzung mit Manipulationen der DDR-Geschichte (6), Forschungen zur DDR-Geschichte im Ausland (1) sowie Geschichte und Geschichtsdebatte der SED-PDS – Die Linke (3). Da die Beiträge verständlicherweise hier nicht ausführlich gewürdigt werden können, muss sich der Rezensent auf einen kursorischen Überblick beschränken, wobei zumeist schon die Überschriften die Schwerpunkte des behandelten Themas verdeutlichen.

Rolf Badstübner und Günter Wirth liefern mit „Irredenta-Konstrukt, doppelte Staatsbildung und schlechtes Gewissen eines Meistererzählers (S.50-65) und „Über die intellektuelle Vorgeschichte der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik“ (S.305-326) zwei faktenreiche, interessante Studien zum ersten thematischen Schwerpunkt. Zu Aspekten der DDR-Geschichte äußern sich Evemarie Badstübner (Aspekte einer Rezeptionsgeschichte. Der

Sowjetfilm und sein ostdeutsches Publikum in den vierziger und fünfziger Jahren; S.25-49), Siegfried Kuntsche (Kampf um die Köpfe 1960: Sozialistischer Frühling, Zwangskollektivierung?; S.152-170), Mortier (Reisen im Kopf; S.171-185), Jörg Roesler (Zwischenfall unterwegs oder Verbote vom Ende? Erich Apels Tod und das Schicksal des NÖS; S.186-208), Horst Schützler (Deutsch-sowjetische Freundschaft – im Spiegel widerstreitender Erinnerung und Darstellung; S.236-261), Mathias Wagner (Der menschliche Faktor – Zusammenbruch der DDR; S.290-304) und Michael Herms (Offener Brief an einen verehrten Kollegen. Ein Getreuer; S.327-330).

Der Auseinandersetzung mit den Manipulationen der DDR-Geschichte widmen sich Günter Benser (Das Messen mit zweierlei Maß. Wenn es um die DDR geht, werden Standards historischer Forschung negiert; S.66-85), Bogisch (Im aufklärerischen Sinne verpflichtet; S.86-102), Eiichi Kido (Betrachtungen über Geschichtspolitik in Deutschland zur DDR-Vergangenheit; S.140-151), Lothar Schröter (Befassung mit der Vergangenheit oder manipulierte Geschichtspolitik?; S.209-235), Vilmar (Diskriminierung und überraschende Selbstbehauptung der ostdeutschen Kunst seit 1989; S.273-289) und Karlen Vesper (Wenn nichts zusammenwächst... Einige ungehörige Betrachtungen; S.331-335). Den vierten Themenkreis bestreitet Mario Keßler (Die Geschichte der DDR in der US-amerikanischen Forschung seit 1990; S.128-139). Fakten und Überlegungen zum fünften Schwerpunkt präsentieren Jürgen Hofmann (Die Historische Kommission der

PDS und die Geschichtsdebatte; S.114-127) und Gerd-Rüdiger Stephan (Von der SED zur PDS. Der zeitweilige Arbeitsausschuss der SED und der Sonderparteitag im Dezember 1989; S.262-272). Hierher gehört auch der Beitrag von Stefan Bollinger (Die Linke, aus der Geschichte katapultiert. Eine Skizze; S.103-113), wobei diese Skizze, anknüpfend an Erfahrungen der Geschichte der Linken, vor allem ihrer Niederlage, ganz im Sinne der gegenwärtig stattfindenden Programmdiskussion Fragen zukünftiger Orientierung anspricht und diskutiert.

Die Festschrift enthält eine Auswahlbibliografie zu Veröffentlichungen von Siegfried Prokop und kurze biografische Angaben zu den Autorinnen und Autoren. Insgesamt eine solide, kritisch-ausgewogene Publikation, die u. a. auch am Beispiel des Jubilars „Abwicklung“ und „Abwickler“ in recht trübem Licht erscheinen lassen. Eine anregende, empfehlenswerte Lektüre.

Heinz Deutschland

Heinz Langer: Zärtlichkeit der Völker. Die DDR und Kuba, Verlag Wiljo Heinen, Berlin 2010, 173 S.

Die Beziehungen der DDR zu Kuba hatten einen besonderen Charakter; sie waren enger als zu anderen in Asien, Afrika und Lateinamerika befindlichen Ländern, die den Sozialismus aufbauen wollten oder dies zumindest propagierten. Einer, der solche Beziehungen intensiv mitverfolgte und sogar an herausgehobener Stellung mitgestaltete, war L. Zunächst im DDR-Außenministerium und im Auslandsentsatz als Diplomat in Lateinamerika tätig, war er von 1975 bis

1979 sowie von 1983 bis 1986 Botschafter des kleineren deutschen Staates in Kuba. Eingebettet in persönliche Erinnerungen berichtet L. recht offen über die Erfolge und Probleme der nicht immer komplikationslosen Beziehungen zwischen der DDR und Kuba.

Das Buch ist leicht zu lesen, auch wenn ab und zu die politischen Schlagworte und Allgemeinheiten des „DDR-Deutsch“ hervortreten. Unbekannte Details spricht L. auch an, etwa zum Verhältnis Kubas zur Sowjetunion oder der BRD. Nicht unbedeutend ist die Mitteilung, dass sich Erich Honecker über seinen neuen Botschafter in Havanna von Fidel Castro über die von ihm im Jahre 1976 besuchten Länder in Afrika informieren ließ (S. 125).

Alles in allem eine Lektüre, die nicht fundamental neue Erkenntnisse bereithält, aber doch das eine oder andere Detail aus der Geschichte der Beziehungen DDR-Kuba vermittelt. Den Anspruch des gewählten Untertitels vermag L. jedoch nicht zu erfüllen.

Ulrich van der Heyden

Marketa Spiritova: Hexenjagd in der Tschechoslowakei. Intellektuelle zwischen Prager Frühling und dem Ende des Kommunismus, Böhlau Verlag, Köln-Weimar-Wien 2010, 385 S.

Als Dissertation unter dem Titel „Alltag am Rande des Dissens: Strategien der Alltagsbewältigung tschechischer Intellektueller zur Zeit der ‚Normalisierung‘ (1968-1989)“ an der Universität München entstanden, widmet sich das Buch einer Thematik – und ver-

sucht sie theoretisch aufzuarbeiten –, die eine der sensibelsten Bereiche der stalinistisch geprägten kommunistischen Bewegung berührt: das Verhältnis von „Proletariat“ und „Intelligenz“. Im marxistisch-leninistischen Verständnis war die Intelligenz eine soziale Schicht, die vorrangig von Geistesschaffenden repräsentiert wurde. Sie könne keine eigene Rolle im System der Produktion spielen und müsse die Führung durch die Arbeiterklasse anerkennen, hieß es. Die durch Herkunft, Tradition und Erziehung vorwiegend aus dem Bürgertum stammende Intelligenz im Kapitalismus sei durch die herrschende Ideologie mit der Bourgeoisie verbunden und noch im Sozialismus mit bürgerlichem Verhalten behaftet. Als Bündnispartner habe die Intelligenz eine schwankende und unzuverlässige Position, weshalb sie nach der Machtergreifung durch das Proletariat auf dessen Seite zu bringen sei.

Die Geschichte der Tschechoslowakei und der KPTsch bietet ein besonders tragisches Beispiel dieser „Bündnispolitik“. Dabei verfügte das Land seit seiner Gründung 1918 über progressive linksorientierte Intellektuelle. Eine Vielzahl von Schriftstellern war Mitglied der KPTsch. Darauf verweist die Vf. im zweiten Kapitel (S.65-88), das einen historischen Rückblick enthält. Sie betont, dass die ČSR in der Zwischenkriegszeit eine entwickelte *société civil* war (S.67), die eine bürgerliche Demokratie hervorbrachte und über einen breiten Parteienpluralismus verfügte. In dieser Tatsache sieht die Vf. die Ursache dafür, dass die KPTsch vonseiten der Bourgeoisie Widerstand gegen ihr sowjetisch geprägtes Sozia-

lismusmodell zu erwarten hatte (S.67). Ein großer Teil der tschechoslowakischen Intellektuellen hatte 1945 die Befreiung durch die Sowjetarmee sowohl aus slawischer Anhänglichkeit als auch aus Enttäuschung über das Verhalten der ehemaligen verbündeten Mächte Großbritannien und Frankreich (Münchener Abkommen 1938) begrüßt. Sie waren bereit, am Aufbau einer neuen demokratischen Gesellschaft mit sozialistischem Charakter teilzunehmen. Das zeigte sich darin, dass etwa 30 Prozent der Intellektuellen KP-Mitglied waren. Die aus Moskau zurückgekehrte kommunistische Führung setzte jedoch das stalinistische Gesellschaftsmodell durch.

Die politischen Verfolgungen der 50er-Jahre und die Schauprozesse mit Todesurteilen und langen Haftstrafen führten zum Verlust des Glaubens an eine sozialistische und demokratische Perspektive der Gesellschaft, die KPTsch-Parteibasis zerfiel, so die Vf., in eine verfolgte bürgerliche (d. h. intellektuelle) Mitgliedschaft und eine weiterhin „gläubige“ Schicht der Anhänger des sowjetischen Gesellschaftsmodells (S.71).

Die Vf. untersucht die Politik der KPTsch-Führung gegenüber den Intellektuellen in den Jahren bis 1968 (S.90), wobei sie die Abschnitte in den Kapiteln durch „Meilensteine“ markiert. Genannt sind u. a. die Kafka-Konferenz 1963 und der IV. Schriftstellerkongress 1967. Die Unmöglichkeit der Reformierbarkeit des Realsozialismus konnte damals laut Vf. noch nicht erkannt werden.

Der Einmarsch der Warschauer Vertrags-Armeen im August 1968 erscheint als zentraler Punkt für die

Behandlung ihres Forschungsanliegens, dem eine Untersuchung des Zeitraums der sogenannten Normalisierung (1969-1989) folgt, einer Phase der Stabilisierung des sowjetisch geprägten Sozialismusmodells und der Repression gegenüber den als konterrevolutionär bewerteten Reformkräften von 1968 (S.82). Das gesamte dritte Kapitel von nahezu 170 Seiten ist diesem Thema gewidmet (S.89-260). S. unternimmt den Versuch, die Folgen für die betroffenen Intellektuellen, in der Mehrzahl Geisteswissenschaftler, darzustellen, die als Dissidenten eine eigene, aber nicht homogene Klientel bildeten. Sie stützt sich hierbei nahezu ausschließlich auf Interviews, die sie mit betroffenen zehn Frauen und zwölf Männern geführt hat. Genau genommen bilden diese Ego-Dokumente *die* Quelle und Materialbasis der vorliegenden Publikation. Zwar ist sich die Vf. der Grenzen dieser Materialgrundlage bewusst, denn sie meint, die Befragten „richteten die Inhalte ihrer Erzählungen [...] nach ihrem fragenden Gegenüber aus“ bzw. sie verdrängten „was sie nicht gern sagen möchten“ (S.58). Insbesondere hätten mehrere Befragte Probleme gehabt, ihre ehemalige Mitgliedschaft in der KPTsch zu erklären. S. stellt aber fest, dass sie auf offizielle Dokumente (Kaderakten, Staatssicherheitsprotokolle usw.) keinen Zugriff hatte. Das erweist sich fraglos als Mangel. Weshalb die offiziellen, meist veröffentlichten Dokumente jener Jahre, die heute in den Zeitungsarchiven zugänglich sind (z.B. die „Charta 77“) von S. als Sekundärliteratur bezeichnet werden, bleibt fraglich.

Eindringlich beschreibt S. die Schicksale der verfolgten Intellektuellen und ihrer Familien. Sie verweist auf die subtilen staatlichen und gesellschaftlichen Methoden, die den ehemals reformerischen Kräften das Alltagsleben erschwerten. Wirtschaftliche Existenzvernichtung, gebrochene Arbeitsbiografien und Lebensläufe werden geschildert. Ein breites Spektrum von familiären und sozialen Problemen kennzeichnete die „zweite Alltagskultur“ der Betroffenen. Kapitel drei und vier sind nicht deutlich strukturiert und unterscheiden sich in ihren Inhalten kaum. Es kommt zu Wiederholungen. Auf die Probleme der slowakischen Intellektuellen in der „Normalisierungsphase“ wird leider nicht eingegangen.

Insgesamt beschreibt S. den Lebensalltag in den letzten Jahrzehnten des Sozialismusmodells sowjetischen Typs mit den Erscheinungen der Mangel-

wirtschaft (Konsumtion), der Missachtung des Volkseigentums (Entwendung von Material aus den Betrieben), dem Fehlen von demokratischen Regularien sowie der Repression durch KPTsch, Polizei und Justiz nicht nur gegenüber Andersdenkenden. Aus all dem fügt sich die Geschichte des selbst verschuldeten Prestige- und Machtverlusts einer Partei und Bewegung, die angetreten war, eine neue Gesellschaftsordnung zu verwirklichen und dabei einen Großteil der Kräfte bekämpfte, die Jahrzehnte lang bereit waren, für diese gerechtere Welt einzutreten. Der Stil der Darlegung ist einprägsam, wenngleich einige Textstellen holprig erscheinen. Letzteres ist wohl der Übertragung aus dem Tschechischen geschuldet. Im Glossar (S.381) sind nicht alle wichtigen Namen, die im Text erscheinen, enthalten (u. a. fehlen Dubček, Beneš, Husák).

Veronika Arndt

Autorenverzeichnis

Veronika Arndt, Dr. habil., Magdeburg
Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin
Anneliese Braun, Prof. Dr., Berlin
Heinz Deutschland, Prof. Dr., Graal-Müritz
Wolfgang Eichborn, Prof. Dr., Berlin
Anette Eklund Hansen, Leiterin von Bibliothek und Archiv der Arbeiterbewegung, Kopenhagen
Ronald Friedmann, Berlin
Martin Grass, Dr., Uppsala
Horst Haase, Prof. Dr., Berlin
Joachim Heinz, Saarbrücken
Andreas Herbst, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin
Ulrich van der Heyden, PD Dr., Berlin
Ralf Hoffrogge, Doktorand, Berlin
Jürgen Hofmann, Prof. Dr., Berlin
Martin Holler, Doktorand, Humboldt-Universität zu Berlin
Martin Hundt, Prof. Dr., Schwielowsee
Horst Klein, Dr. sc., Strausberg
Hermann Klenner, Prof. Dr., Berlin
Todor Kuljić, Prof. Dr., Universität Belgrad
Ingo Materna, Prof. Dr., Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Renate Merkel-Melis, Prof. Dr., Berlin
Klaus Misgeld, Prof. Dr., Uppsala
Ulla Plener, Dr. sc., Berlin
Edgar Günther-Schellheimer, Dr., Mittenwalde
Evelyne Günther-Schellheimer, Dr., Mittenwalde
Elke Scherstjanoi, PD Dr., Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abt. Berlin
Raquel Varela, PhD, Neue Universität Lissabon
Jochen Weichold, Dr., Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin

Jahresinhaltsverzeichnis 2011

Artikel

Holger Czitrich-Stahl: Arthur Stadthagen – Reichstagsneuling und Rechtsexperte (1890 bis 1896) I/22

Horst Dietzel: Von der PDS-Programmatik zum Programmwurf der Partei DIE LINKE I/56

Anette Eklund Hansen: Die Internationale Konferenz sozialistischer Frauen 1910 in Kopenhagen – Netzwerke, Wahlrecht und Wohlfahrt III/5

Ronald Friedmann: Arthur Ewert und Elise Saborowski – zwei Deutsche in der frühen kommunistischen Bewegung Kanadas I/5

Martin Grass: Briefe Clara Zetkins in Archiv und Bibliothek der Arbeiterbewegung Stockholms III/34

Mario Kessler: Berlin 1936 – nur Spiele der Nazis? Olympia zwischen Sport und Politik II/5

Todor Kuljić: Der flexible Feind. Zur Rolle des Antibürokratismus bei der Legitimierung von Titos Selbstverwaltungssystem III/58

Klaus Misgeld: Teil einer weltweiten Unterstützung: Die schwedischen Gewerkschaften und die Solidarność III/89

Gigi Roggero: Organisierte Spontaneität: Klassenkampf, Arbeiterautonomie und Räte in Italien I/42

Günter Rosenfeld: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen nach der Errichtung des Hitler-Regimes (Januar bis Mai 1933) II/25

Walter Schmitz: IBB – GBB – DBB. Die Etablierung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in der DDR und in den neuen Bundesländern (1989-1991) II/52

Raquel Varela: „Wenn die Unteren nicht mehr wollen...“ Die Arbeiterbewegung und die Rolle der Soldaten in der portugiesischen Nelkenrevolution (1974/75) III/71

Zur 46. Linzer Konferenz der ITH

Ralf Hoffrogge: The Memory of Labour – Arbeiterbewegungen in globalen Erinnerungsprozessen II/65

Hyun Bock Chung: Chun Tae-il – die Erinnerung an einen widerständigen Arbeiter in Südkorea II/72

Biografisches

Siegfried Grundmann: Dr. Felix Bobek. Eine biografische Skizze I/135

Horst Klein: Richard Hauschildt (1876-1934) – ein von den Nazis in den Tod getriebener Sozialdemokrat I/116

Dokumentarisches

Svetlana Bartels: „So trennt uns beide, Söhne eines ehrenwürdigen deutschen Arbeiters, Lokomotivführers, eine Kluft.“ Ein Brief aus dem Jahre 1934 von Moskau nach Hamburg II/124

Erwin Lewin: „Beginn der Wende in unserer Partei“. Das II. Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Albaniens im November 1944. Eine Dokumentation I/80

Miszelle

Wilma Ruth Albrecht: Die „Sickingen-Debatte“ I/156

Regionales

Evelyne und Edgar Günther-Schellheimer: Die Magdeburger Widerstandsgruppe um Hermann Danz 1933 bis 1945 III/108

Walter Schmidt: Die schlesischen Demokratenkongresse von 1848 II/84

Kurt Wernicke: Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Berliner Südossten nach 1945 II/113

Diskussion

Anneliese Braun: Fritz Behrens „Man kann nicht Marxist sein, ohne Utopist zu sein ...“ Texte von und über Fritz Behrens III/145

Ulla Plener: Zur „Chronik der deutschen Sozialdemokratie“ 1974 bis 1990 – eine Erinnerung an vergessene Positionen unter Willy Brandt II/137

Elke Scherstjanoi: Arbeiterlicher Staatssozialismus in den Farben der DDR III/119

Gert Wendelborn: Nicht Kitt der Gesellschaft, sondern Sauerteig. Gedanken zu Hanfried Müllers Autobiografie „Erfahrungen/Erinnerungen/Gedanken“ I/166

Berichte

Günter Benser: Die Treuhand – die Gewerkschaften – der Widerstand in Betrieben 1990 und danach. Tagung in Berlin II/150

Ingo Materna: Basisdemokratie und Arbeiterbewegung – Erfahrungen und Vermächnisse. Kolloquium in Berlin II/146

Information

Jürgen Kögel: Das „Archiv Schreibende ArbeiterInnen“ I/179

Leserzuschriften

Martin Holler: Heiligt der gute Zweck die Mittel? Eine Replik auf die Leserzuschrift von Erhard Pachaly III/157

Erhard Pachaly: Eine Erwiderung auf die Rezension von Martin Holler II/156

Buchbesprechungen

Werner Abel (Hrsg.): Die Kommunistische Internationale und der Spanische Bürgerkrieg (*Herbert Mayer*) I/206

Udo Achten/Bernt Kamin-Seggewies: Kraftproben. Die Kämpfe der Beschäftigten gegen die Liberalisierung der Hafendarbeit (*Peer Lautenschläger*) I/195

Pavlina Amon/Stephan-Immanuel Teichgräber (Hrsg.): Otto Bauer. Zur Aktualität des Austromarxismus (*Horst Klein*) III/171

Walter Baier: KPÖ 1918 bis 2008 (*Ronald Friedmann*) III/181

Joachim Becker/Rudy Weissenbacher (Hrsg.): Sozialismen. Entwicklungsmodelle von Lenin bis Nyerere (*Horst Klein*) III/166

Willi Beitz: Michail Scholochow – im Duell mit der Zeit (*Katharina Kretzschmar*) I/207

Günter Benser: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Bd. 4. Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/46) (*Stefan Doernberg* †) I/215

Wolfgang Benz: Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945-1949 (*Rolf Badstübner*) I/217

- Theodor Bergmann: Internationalismus im 21. Jahrhundert. Lernen aus Niederlagen – für eine neue internationale Solidarität; Theodor Bergmann: Internationalisten an den antifaschistischen Fronten. Spanien – China – Vietnam (*Heiner Jestrabe*) II/209
- Wolfgang Beutin: Hilleriana. Studien zum Leben und Werk Kurt Hillers (1885-1972) (*Horst Haase*) III/183
- Ursula Bitzegeio/Anja Krüge/Meik Woyke (Hrsg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert. Beiträge zu Gewerkschaften, Nationalsozialismus und Geschichtspolitik (*Jürgen Hofmann*) II/186
- Stefan Bollinger (Hrsg.): Linke und Nation. Klassische Texte zu einer brisanten Frage (*Jürgen Hofmann*) II/173
- Bernd Bonwetsch (Hrsg.): Kriegskindheit und Nachkriegsjugend in zwei Welten. Deutsche und Russen blicken zurück (*Evemarie Badstübner*) III/200
- Werner Bramke/Silvio Reisinger: Leipzig in der Revolution von 1918/1919; Manfred Weißbecker (Hrsg.): November 1918. Gesellschaftliche Veränderungen und Zukunftsentscheidungen; Heidi Beutin/Wolfgang Beutin/Ralph Müller-Beck (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918 in Grundzügen (*Ulla Plener*) III/173
- Peter Brandt: Soziale Bewegung und politische Emanzipation. Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung und des Sozialismus (*Ulla Plener*) II/174
- Christiane Brenner: „Zwischen Ost und West“. Tschechische politische Diskurse 1945-1948 (*Veronika Arndt*) II/200
- Ilse Brusis/Inge Wettig-Danielmeier (Hrsg.): „Wir haben etwas bewegt“. Der Seniorenrat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (*Wolfgang Heyn*) I/227
- Eberhard Czichon/Heinz Marohn: Thälmann. Ein Report (*Ronald Friedmann*) I/205
- Kurt Finker: Der Dämon kam über uns. Faschismus und Antifaschismus im Geschichtsbild und in der Geschichtsschreibung Westdeutschlands (1945-1955) (*Arne Schott*) I/213
- Ilse Fischer (Hrsg.): Die Einheit sozial gestalten. Dokumente aus den Akten der SPD-Führung 1989/90 (*Günter Benser*) I/228
- Manuel Friedel: Sport und Politik in der DDR am Beispiel des Schachsports (*Jürgen Birg*) I/224
- Sönke Friedreich: Autos bauen im Sozialismus. Arbeit und Organisationskultur in der Zwickauer Automobilindustrie nach 1945 (*Elke Scherstjanoi*) I/221
- Joachim Gatterer: „rote milben im gefieder“. Sozialdemokratische, kommunistische und grün-alternative Parteipolitik in Südtirol (*Rainer Bert*) I/203
- Günther Glaser: Armee gegen das Volk? Zeitgenössische Studie mit Do-

- kumenten zur Einsatzplanung des Militärs im Innern der DDR (1949-1965/66) (*Paul Heider*) II/204
- Bettina Günter (Hrsg.): Alte und Neue Industriekultur im Ruhrgebiet (*Evemarie Badstübner*) III/160
- Stefan Heinz: Der „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlins“ (*Ingo Matera*) III/187
- Christian Heppner (Hrsg.): Als Sozialist und Kommunist unter vier Regimes. Die Memoiren des ersten niedersächsischen Sozialministers Karl Abel (1897-1971) (*Michael Buckmiller*) II/195
- Eric J. Hobsbawm: Wege der Sozialgeschichte (*Evemarie Badstübner*) I/191
- Jan Hoff: Karl Marx und die „ricardianischen Sozialisten“; Jan Hoff: Marx global. Zur Entwicklung des internationalen Marx-Diskurses seit 1965 (*Michael R. Kraetke*) II/166
- Dierk Hoffmann: Otto Grotewohl. Eine politische Biographie (*Manfred Teresiak*) II/192
- Rolf Hosfeld: Die Geister, die er rief. Eine neue Karl-Marx-Biographie (*Andreas Lotz*) II/164
- Irina Hundt (Hrsg.): Im Streben „nach Einfluß aufs Ganze“. Louise Ottos Tagebücher aus den Jahren 1849-1857 (*Walter Schmidt*) II/170
- Martin Hundt (Hrsg.): Der Redaktionsbriefwechsel der Hallischen, Deutschen und Deutsch-Französischen Jahrbücher (1837-1844) (*Hermann Klenner*) II/161
- Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2010 (*Wladislaw Hedeler*) I/204
- Christoph Jünke (Hrsg.): Linkssozialismus in Deutschland. Jenseits von Sozialdemokratie und Kommunismus? (*Horst Klein*) II/177
- Gerd Kaiser: Vom Kinderheim der Roten Hilfe zu Elgersburg zum Hotel „Am Wald“ (*Herbert Mayer*) III/185
- Rainer Karlsch/Paul Werner Wagner: Die AGFA-ORWO-Story. Geschichte der Filmfabrik Wolfen und ihrer Nachfolger; Silke Fengler: Entwickelt und fixiert. Zur Unternehmens- und Technikgeschichte der deutschen Fotoindustrie, dargestellt am Beispiel der Agfa AG Leverkusen und des VEB Filmfabrik Wolfen (1945-1995) (*Jörg Roesler*) I/196
- David King: Roter Stern über Russland. Eine visuelle Geschichte der Sowjetunion von 1917 bis zum Tode Stalins (*Ralf Hoffrogge*) III/176
- Klaus Kinner (Hrsg.): DIE LINKE – Erbe und Tradition. T. 1: Kommunistische und Sozialdemokratische Wurzeln; T. 2: Wurzeln des Linkssozialismus (*Herbert Mayer*) II/180
- Horst Klein: Beiträge zur linkssozialistischen Theoriegeschichte im 20. Jahrhundert (*Uli Schöler*) II/184

- Klaus Körner: „Wir zwei betreiben ein Compagniegeschäft“. Karl Marx und Friedrich Engels (*Renate Merkel-Melis*) III/165
- Heinz Langer: Die DDR und Kuba (*Ulrich van der Heyden*) III/204
- Peter Joachim Lapp: Aus deutscher Teilungszeit. Eine Ost-West-Biographie (*Wolfgang Heyn*) I/219
- Marcel van der Linden: Workers of the World. Essays toward a global labor history (*Peter Schäfer*) II/158
- Marcel van der Linden/Karl Heinz Roth (Hrsg.) unter Mitarbeit von Max Henninger: Über Marx hinaus. Arbeitergeschichte und Arbeitsbegriff in der Konfrontation mit den globalen Arbeitsverhältnissen des 21. Jahrhunderts (*Peter Hübner*) II/208
- Richard Löwenthal: Faschismus – Bolschewismus – Totalitarismus. Schriften zur Weltanschauungsdiktatur im 20. Jahrhundert, hrsg. u. eingel. von Mike Schmeitzner (*Mario Keffler*) II/190
- Denis Mäder: Fortschritt bei Marx (*Hermann Klenner*) III/162
- Diemut Majer: Frauen – Revolution – Recht. Die grossen Europäischen Revolutionen in Frankreich, Deutschland und Österreich 1789 bis 1918 und die Rechtsstellung der Frauen (*Irina Hundt*) II/160
- Andreas Malycha: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970-1990 (*Christa Uhlig*) I/225
- Marx-Engels Jahrbuch 2008; Marx-Engels Jahrbuch 2009 (*Martin Hundt*) I/186
- Heinz Monz: Karl Marx. Trierer Reminiszenzen (*Renate Merkel-Melis*) I/188
- Stefan Müller: Gewerkschafter, Sozialist und Bildungsarbeiter. Heinz Dürbeck (1912-2001) (*Joachim Heinz*) III/195
- Detlef Nakath (Hrsg.): DDR-Geschichte: Bilder und Zerrbilder. Siegfried Prokop zum 70. Geburtstag (*Heinz Deutschland*) III/202
- Craig Phelan (Hrsg.): Trade Unionism since 1945. Towards a Global History (*Hans-Otto Hemmer*) II/198
- Ulla Plener: Die Lebensgeschichte einer Idealistin – Marie-Luise Plener-Huber (*Jürgen Hofmann*) III/189
- Ulla Plener: Rosa Luxemburg und Lenin. Gemeinsamkeiten und Kontroversen. Gegen ihre dogmatische Entgegenstellung (*Wolfgang Eichhorn*) III/168
- Ulla Plener (Hrsg.): Die Novemberrevolution 1918/1919 in Deutschland. Für bürgerliche und sozialistische Demokratie (*Rainer Holzge*) II/188

- Siegfried Prokop: Ulbrichts Favorit. Auskünfte von Alfred Neumann (*Joachim Eichler*) II/206
- J. G. Rokitjanskij: Gumanist oktjabr'skoj èpochi. Akademik D. B. Rjazanov – social- demokrat, pravozasčitnik, učenyj (*Martin Humdt*) III/179
- R. S. Rose/Gordon D. Scott: Johnny. A spy's life (*Ronald Friedmann*) III/193
- Elke Scherstjanoi: Wege in die Kriegsgefangenschaft – Erinnerungen und Erfahrungen deutscher Soldaten (*Joachim Eichler*) II/196
- Joachim Schindler (Red.): Rote Bergrsteiger. Unterwegs auf ihren Spuren im Elbsandsteingebirge (*Gerd Kaiser*) I/210
- Walter Schmidt (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3 (*Kristiane Jancke*) II/168
- Uli Schöler: Die DDR und Wolfgang Abendroth – Wolfgang Abendroth und die DDR (*Andreas Diers*) II/203
- Wolfgang Schröder: Leipzig – die Wiege der deutschen Arbeiterbewegung. Wurzeln und Werden des Arbeiterbildungsvereins 1848/49 bis 1878/81 (*Ursula Herrmann*) I/193
- Erika Schwarz: Juden im Zeugenstand. Die Spur des Hans Globke im Gedächtnis von Überlebenden der Schoa (*Günter Wehner*) I/211
- Augustin Souchy: Anarchistischer Sozialismus, hrsg. von Hans Jürgen Degen und Jochen Knoblauch (*Jochen Weichold*) III/197
- Marketa Spiritova: Intellektuelle zwischen Prager Frühling und dem Ende des Kommunismus (*Veronika Arndt*) III/205
- Victor Adler – Friedrich Engels. Briefwechsel (*Horst Klein*) I/189
- Hilde Wagner: Karl Wagner. Der Kapo der Kretiner (*Andreas Herbst*) III/191
- Lothar Wieland: „Wieder wie 1914!“ Heinrich Ströbel (1869-1944) (*Gerhard Engel*) I/200

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:
Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:
Helga Brangsch, Dr. Christa Hübner
(V.i.S.d.P.), Bärbel Kontny, Dr. Her-
bert Mayer, Dr. Ulla Plener, Dr. Elke
Scherstjanoi, Dr. Daniela Schnitter,
Dr. Carola Tischler

Postadresse der Redaktion:
Weydingerstraße 14-16, D-10178
Berlin

Email-Adresse der Redaktion:
redaktion@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de

Email-Adresse der Redaktion für
Buchbesprechungen:
rez-kon@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de

Website:
www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal
jährlich (Januar, Mai, September) in
der NDZ GmbH, Weydingerstraße
14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtum-
fang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge
veröffentlicht werden, die nicht bereits
erschienen sind – Internet einge-
schlossen – und die außer dem Jahr-
Buch nicht gleichzeitig anderweitig zur
Veröffentlichung angeboten wurden.
Manuskripte können per E-mail oder

auf Diskette, vorzugsweise als word-
Datei, eingesandt werden. Beiträge
sollten 40.000, Berichte 10.000, Buch-
besprechungen 8.000 Zeichen nicht
überschreiten. Bitte reichen Sie stets
die letzte Fassung des Beitrages ein
und beachten Sie die im „JahrBuch“
übliche äußere Manuskriptgestaltung.
Die Redaktionsrichtlinien senden wir
Ihnen gern zu. Die namentlich ge-
zeichneten Beiträge geben ausschließ-
lich die Meinung des Autors und nicht
die der Redaktion wieder.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden
nicht honoriert.

Abonnements- und Heftzahlungen so-
wie Spenden bitte an:
Berliner Volksbank eG, BLZ 10090000,
Konto-Nr.: 5744561010

Satz: Joanna Boegendorff/Christa
Kouschil. Realisiert in den Typowerk-
stätten des Giambattista-Bodoni-
Museums e. V. info@bodoni.org

Sonderdrucke der im Jahrbuch veröf-
fentlichten Beiträge sind möglich. Die
Konditionen sind zu erfragen unter
der Telefonnummer: 030-28 25 137

Redaktionsschluss: 18.08.2011

17. Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft am 5./6. Oktober 2011 in Moskau

Veranstaltungsort

RGASPI – Russländisches Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte

Hauptthemen

1. Rosa Luxemburg und „Weltpolitik“ – Weltwirtschaft und Imperialismus
2. Rosa Luxemburg und Russland

Mitveranstalter

zentrale Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und ihr Büro in Moskau sowie die russländische Stiftung „Alternativ“

Mit dieser Tagung der seit 1980 bestehenden Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft kommt es zum ersten Mal in Moskau zu einer großen internationalen Veranstaltung über die bedeutende sozialistische Theoretikerin und Politikerin. Referenten aus Argentinien, Brasilien, Bulgarien, China, Deutschland, Großbritannien, Indien, Israel, Italien, Japan, Kanada, Russland, Weißrussland, USA widmen sich hauptsächlich den nationalökonomischen Werken Luxemburgs und deren Bedeutung für die Gegenwart sowie Luxemburgs Auffassungen über die russische Revolution.

Weitere Informationen

Prof. Dr. Narihiko Ito (ito-lux248@nifty.com), Ottokar Luban (oluban@gmx.de) sowie im Internet unter <http://www.internationale-rosa-luxemburg-gesellschaft.de>.